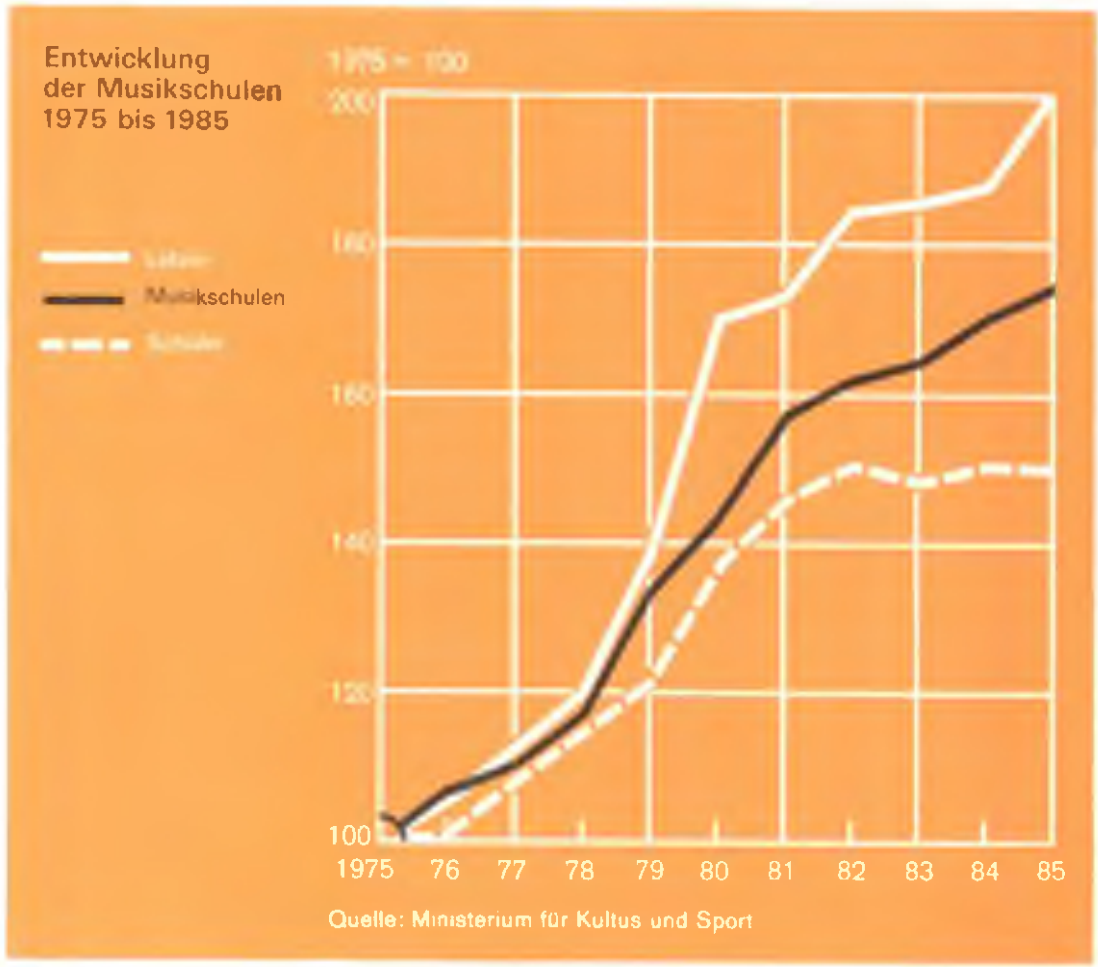
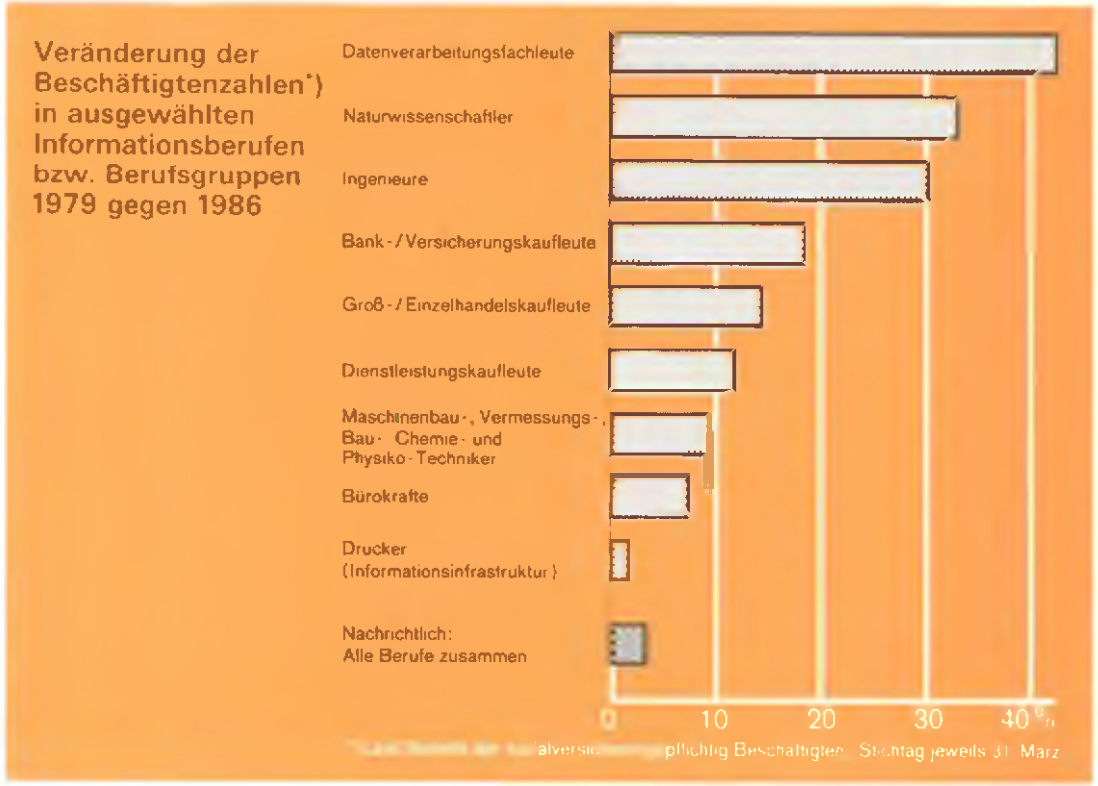
Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87

Daten - Analysen - Perspektiven

Heft 14





Baden-Württemberg

Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87

Daten - Analysen - Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung
Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 87001

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1986/87 legt die Landesregierung den vierzehnten Band dieser Reihe vor.

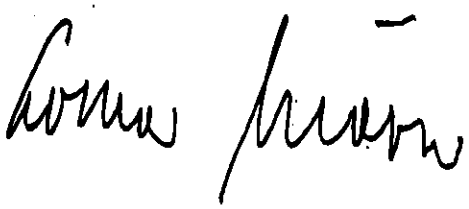
Der diesjährige Bericht enthält Einzeluntersuchungen zu den beiden Schwerpunktthemen "Bildungswesen" und "Tertiärer Sektor". Darüber hinaus wird die Wettbewerbsposition der baden-württembergischen Wirtschaft analysiert und die Entwicklung des Gesamtverkehrsnetzes in Baden-Württemberg einer näheren Betrachtung unterzogen.

Keine Angst vor der Fülle des statistischen Materials, vor den Tabellen und Schaubildern! Es sind die Veränderungen im Detail, aus denen die großen Entwicklungen resultieren. So schlagen zum Beispiel die demographischen Verschiebungen bereits deutlich erkennbar auf Schulen und Hochschulen durch, so kommt etwa die Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft nicht zuletzt in der Expansion der Informationsberufe zum Ausdruck. Die Beiträge belegen diese Entwicklungen mit Zahlen und zeigen Zusammenhänge auf, die für die Konzeption politischer Maßnahmen und Programme von Bedeutung sind.

Die Untersuchungen dieses Berichts dienen somit den Ressorts und der Regierung als Grundlage für die Fundierung politischer Entscheidungen. Aber sie dienen auch der Information der Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen. Mit bewährter Sorgfalt und mit großem Einsatz hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Zustandekommen des Berichts 1986/87.

Stuttgart, im Juni 1987



Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

		Seite
Vorwort		**3**
Teil I	**Rückblick 1986 – Ausblick 1987**	**7**
Teil II	**Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**	**35**
1.	Bildungswesen	35
1.1	Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg – Entwicklungen ausgewählter Schülerjahrgänge –	35
1.2	Neuere Entwicklungen an den Hochschulen – Einfluß der Bildungswanderung auf die Entwicklung der Studentenzahlen –	55
2.	Aspekte des Tertiären Sektors	71
2.1	Kulturelle Dienstleistungen – Schwerpunkte der öffentlichen Förderung –	71
2.2	Bedeutung des Informationssektors – Aspekte des beruflichen Strukturwandels –	95
3.	Die Wettbewerbssituation Baden-Württembergs – Das Verarbeitende Gewerbe auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt und im Export –	109
4.	Strukturen des Gesamtverkehrsnetzes – Regionale Entwicklung der Verkehrs- und Straßenflächen –	135
Anhang		167
Schlagwortverzeichnis		184

Teil I

Rückblick 1986 - Ausblick 1987

Gesamtüberblick

1986 war das Jahr mit dem höchsten Wirtschaftswachstum, das bisher in den 80er Jahren erreicht wurde. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt - der zusammenfassende Indikator für die Leistungskraft einer Wirtschaft - stieg in Baden-Württemberg gegenüber 1985 um 3,8 %. Dies war der höchste Anstieg unter den Bundesländern, er lag erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 2,5 %. Mit dieser Wachstumsdynamik wurde die Annahme des letztjährigen Berichts bestätigt: Hier war ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in der Größenordnung von 3,5 % bis 4 % angenommen worden. Die Zukunftsperspektiven stellen sich für das laufende Jahr demgegenüber etwas anders dar: 1986 haben sich Veränderungen in den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben, die neue Anforderungen stellen und das Wachstum nachhaltig beeinflussen dürften, so daß in Bund und Land von einem gedämpfteren Entwicklungspfad auszugehen ist.

An der im Vergleich zum Bund überdurchschnittlichen Landesentwicklung im abgelaufenen Jahr waren alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme des Staates, beteiligt. Von herausragender Bedeutung ist im Land nach wie vor das Warenproduzierende Gewerbe, das rund die Hälfte der wirtschaftlichen Wertschöpfung erbringt und das am Bundeswert dieses Wirtschaftsbereichs mit knapp einem Fünftel (19,3 %) beteiligt ist. Mit einem Zuwachs von real 4,3 % fiel das Ergebnis doppelt so hoch aus wie im Bundesdurchschnitt (+ 2,1 %). Innerhalb des Warenproduzierenden Gewerbes bildet das Verarbeitende Gewerbe den wichtigsten Bereich. Mit einer Zuwachsrate von real 4,4 % konnte sich auch die Dynamik dieses Wirtschaftszweigs deutlich vom Bundesdurchschnitt (+ 2,5 %) abheben.

Positiv im Vergleich zum Bund war im letzten Jahr auch die Entwicklung im Baugewerbe des Landes, dessen Wertschöpfung sich 1986 um real 4,1 % erhöhte (Bund: + 1,8 %). Im Hinblick auf den Dienstleistungsbereich ist bemerkenswert, daß 1986 alle Sparten in Baden-Württemberg stärker zugenommen haben als im Bundesdurchschnitt, wenngleich durchaus in unterschiedlichem Ausmaß (Tabelle 1). Mit einer wachsenden Warenproduktion expandieren somit auch die vor- und nachgelagerten Dienstleistungsaktivitäten, wobei diese zugleich in immer stärkerem Maße als Voraussetzung für eine effektive Produktion und eine erfolgreiche Vermarktung benötigt werden. Gleichzeitig erzielte der Dienstleistungsbereich starke Impulse aus dem mit stärkerem Wirtschaftswachstum und besserer Arbeitsmarktlage verbundenen höheren Einkommensniveau des Landes. So betrug 1985 - die Angaben für 1986 liegen erst später vor - das Bruttosozialprodukt je Einwohner 32 700 DM (jeweilige Preise), womit es um 8 % über dem Bundesdurchschnitt von 30 270 DM und an erster Stelle unter den Flächenländern lag (Hessen: 31 560 DM, Nordrhein-Westfalen: 29 900 DM, Bayern: 29 400 DM).

Die Konstellation dieses Geflechts von Einflußfaktoren war im abgelaufenen Jahr im Land somit besonders günstig. Es kann aber angenommen werden, daß von dieser Ausgangsposition auch Impulse für die Entwicklung des laufenden Jahres resultieren. Dies auch deshalb, weil diese besondere Lage keineswegs spontan entstanden ist, sondern sich sukzessive aufgebaut hat. Baden-Württemberg hat bereits die lang anhaltende Rezession zu Anfang der 80er Jahre insgesamt besser überstanden als der Bundesdurchschnitt, und der seit 1983 laufende Aufschwung gelang deutlich nachhaltiger (Schaubild 1). So war die im Land zwischen

Tabelle 1

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche 1986 *)
— Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung —

Bezeichnung	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1986/85		Mill. DM	Veränderung 1986/85		Strukturanteil	Anteil am Bundesgebiet
		Baden-Württemberg	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Bundesgebiet		
		%			%			
Bruttoinlandsprodukt[1]	312 794	7,8	5,7	259 745	3,8	2,5	–	16,1
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	308 247	7,9	5,8	255 724	4,0	2,7	100	16,3
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 739	14,2	6,3	5 198	14,1	5,9	2,0	14,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	7 972	2,4	– 2,6	5 821	4,1	– 1,1	2,3	11,8
Verarbeitendes Gewerbe	129 590	11,5	8,9	104 796	4,4	2,5	41,0	20,2
Baugewerbe	17 474	6,5	4,2	15 803	4,1	1,8	6,2	5,5
Handel	23 762	2,6	1,0	21 013	2,9	2,2	8,2	13,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	13 957	3,5	3,0	12 970	2,7	2,5	5,1	13,0
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	14 427	4,4	3,0	11 061	7,6	5,9	4,3	13,9
Wohnungsvermietung	20 470	5,1	4,3	16 395	3,1	2,3	6,4	15,8
Sonstige Dienstleistungen	40 455	7,9	7,8	32 492	4,0	3,9	12,7	14,4
Staat	30 428	4,7	4,9	26 007	1,3	1,5	10,2	14,0
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	4 972	8,3	8,5	4 165	4,4	4,6	1,6	12,6

*) Vorläufiges Ergebnis. — 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung ./. unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

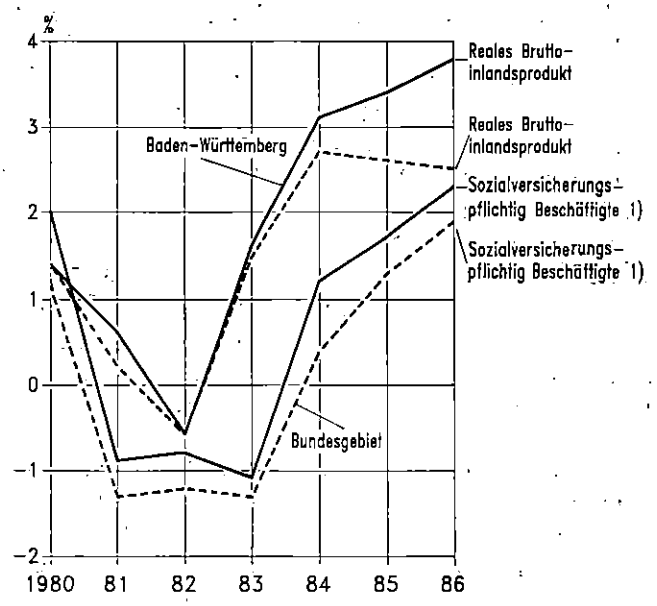
1983 und 1986 erreichte Zunahme des Wirtschaftswachstums (reales Bruttoinlandsprodukt) mit 10,7 % um fast ein Drittel höher als im Bund (8,1 %). Mit dieser Entwicklung war insbesondere auch ein höherer Beschäftigtenanstieg verbunden. So konnten seit dem Tiefpunkt im Jahr 1983 in Baden-Württemberg 181 000 versicherungspflichtig Beschäftigte einen neuen Arbeitsplatz finden. Dies entsprach einer Zunahme von 5,3 % gegenüber 3,7 % im Bund. Im Land sind somit in dieser Zeit knapp ein Viertel (24 %) aller im Bundesgebiet neu besetzten Arbeitsplätze entstanden. Insgesamt wurden im September 1986 im Land 3 566 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt.

Diese wirtschaftliche Situation hatte auch im abgelaufenen Jahr insbesondere über die bessere Konstellation auf dem Arbeitsmarkt Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung. Denn trotz deutlich gestiegener Geburtenzahlen hatte auch 1986 die Wanderungsbewegung mit einem Überschuß von 46 800 Personen den größten Einfluß auf die auf 9,327 Millionen Personen angestiegene Einwohnerzahl des Landes (Jahresende 1986). Anders als noch zuvor, war die Nettozuwanderung bei den Ausländern mit 19 300 Personen wieder beträchtlich. Auch die schon seit mehreren Jahren hohe Per-Saldo-Zuwanderung von Deutschen war 1986 mit 27 500 Personen nochmals hoch. Zwar besteht diese Zuwanderung zu etwa 60 % aus Nichterwerbspersonen (Rentner, Studenten, Angehörige von Umsiedlern und Zuziehenden). Doch sind immerhin 40 % oder knapp 10 000 Personen als Erwerbspersonen ausgewiesen. Bemerkenswert ist 1986 der mit 7,6 % deutliche Anstieg der

Geburten auf 101 616, womit erstmals wieder seit 1982 über 100 000 Geburten gezählt werden. Diese Zunahme wurde vor allem von der Entwicklung beim deutschen Bevölkerungsteil getragen (+ 7,7 %). Dies dürfte mit dem Nachholen von in jüngerem Alter zunächst zurückgestellten Kinderwünschen zusammenhängen. Ferner rücken gegenwärtig stark besetzte Frauenjahrgänge in das Alter auf, in dem mehr Kinder zu erwarten sind. In Fortsetzung dieser Tendenzen ist auch für die Geburtenzahl von 1987 zumindest eine Stabilisierung auf dem erreichten Niveau zu erwarten. Da die Arbeitsmarktsituation auch 1987 in Baden-Württemberg vergleichsweise günstig bleiben dürfte, ist eine wenn auch eventuell verminderte Zuwanderung von Deutschen nicht unwahrscheinlich, während auch vom Ausland eine zwar geringere, aber immer noch deutliche Nettozuwanderung zu erwarten ist. Somit kann auch für 1987 von einer leichten Bevölkerungszunahme ausgegangen werden.

Schaubild 1

Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet *)



*)Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr.–1)Jeweils September.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 168 87

Der stärkste Wandel in den Ausgangsbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung ergab sich im letzten Jahr durch ein wechselkursbedingtes Nachlassen der Auslandsnachfrage. Die damit verbundenen Konsequenzen sind auch derzeit noch nicht zu überschauen, da neben den Unsicherheiten über den weiteren Dollarkurs die Neigung zu protektionistischen Eingriffen wächst. In Baden-Württemberg signalisierten die ab Jahresmitte zunächst leicht dann stärker rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland auch hier den Beginn des außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesses, wovon allerdings nur der Investitionsgüterbereich betroffen wurde. Für das Gesamtjahr ergab sich allerdings im Land eine Stagnation der realen ausländischen Bestelltätigkeit (Verarbeitendes Gewerbe: + 0,1 %, Investitionsgütergewerbe: - 0,8 %), während der Bund bereits einen Rückgang hinnehmen mußte (- 3,2 %). Die Auswirkungen der abgeflachten Auslandsnachfrage auf den Export blieben nicht aus, 1986 wurden Waren im Wert von 95,2 Milliarden DM auf Auslandsmärkten abgesetzt. Dies entsprach einer Zunahme um 4,1 % gegenüber 1985, wobei 1985 noch eine Zunahme um 12,3 % gegenüber 1984 zu verzeichnen gewesen war. Im Hinblick auf die veränderte Wettbewerbsposition aufgrund der starken Dollarabwertung weisen aber die baden-württembergischen Exporte 1986 eine erhebliche Robustheit aus, was mit der gegen den Preiswettbewerb besonders wiederstandsfähigen Produktpalette des Landes zusammenhängen dürfte, wie zum Beispiel qualitativ besonders hochwertige Personenkraftwagen und Spezialprodukte des Maschinenbaus. Dies zeigt sich auch im Vergleich zum Bund, hier konnten die wertmäßigen Ausfuhren den Vorjahreswert nicht mehr erreichen (- 2,0 %). Stark zugelegt haben auch die heimischen Exporte in die USA (+ 14,1 %) - hervorgerufen durch hohe Zunahmen beim Fahrzeugbau (+ 28,5 %) -, während sich bundesweit eine Stagnation ergab (- 0,6 %).

Sichtbar wurden die Wirkungen der Verschiebung der Währungsrelationen jedoch auch auf der Einfuhrseite, für die allerdings statistisch keine eigene Landesentwicklung herausgearbeitet werden kann. Hier klaffte durch den Rückgang des Dollarkurses und den Verfall der Rohstoff- und Energiepreise die wertmäßige Entwicklung einerseits und die Mengenentwicklung andererseits sehr stark auseinander. So sanken bundesweit

die Einfuhren wertmäßig um - 10,8 %, während sie volumenmäßig deutlich zunahmen (+ 6,1 %). Die Bundesrepublik hat damit in dieser Phase der Wirtschaftsentwicklung in nicht unbeträchtlichem Umfang Wachstumsimpulse an das Ausland weitergegeben. Die Einfuhr wuchs auch bei Produkten des Investitionsgütergewerbes (real + 7,2 %), und hier insbesondere bei Fahrzeugen (real + 16,5 %) und Maschinenbauerzeugnissen (real + 9,3 %). Von der Wirtschaftsstruktur her dürfte somit auch Baden-Württemberg von dem hierin sichtbaren Importdruck, der auch weiterhin anhalten dürfte, nicht unberührt bleiben.

Im Jahresverlauf 1986 ergab sich eine Verschiebung bei den konjunkturstützenden Kräften: Die nachlassende Nachfragedynamik aus dem Ausland insbesondere im Investitionsgüterbereich wurde teilweise durch ein Anziehen der Binnennachfrage und eine Aktivierung der Wirtschaftstätigkeit sowohl im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich wie im Verbrauchsgütersektor aufgefangen. So entwickelten sich die realen Auftragseingänge in diesen beiden Sektoren mit Zuwachsraten von + 4,0 % bzw. + 2,5 % deutlich überdurchschnittlich (Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: - 0,2 %, Investitionsgüterbereich: - 1,8 %), wobei bemerkenswert ist, daß dies sowohl für die Inlands- wie für Auslandsnachfrage zutrifft (Tabelle 6). Mit diesen Ergebnissen hat das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs den Übergang von der expansiven Investitionsgüterkonjunktur des Jahres 1985 zu der sektoral differenzierten und stärker auf dem Binnenmarkt abgestützten Weiterentwicklung des Jahres 1986 besser geschafft als die Industrie im Bundesdurchschnitt. Insbesondere ist der Produktionsausstoß im Land mit + 4,2 % wesentlich stärker gestiegen als im Bund mit 2,5 %. Auch die Nachfrage aus dem Ausland hat das Land, wie schon zuvor dargestellt, stärker begünstigt als den Bund. Die inländische Ordertätigkeit wird demgegenüber im

Tabelle 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet im September 1986

Wirtschaftsabteilungen[1]	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen zusammen[2]	3 566,5	+ 81,6	+ 2,3	21 196,3	+ 389,7	+ 1,9
davon Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34,8	0,0	0,0	234,2	— 2,1	— 0,9
Energie, Bergbau	32,1	— 2,3	— 6,7	477,1	— 4,7	— 1,0
Verarbeitendes Gewerbe[2]	1 701,5	+ 39,7	+ 2,4	8 304,2	+ 151,5	+ 1,9
Baugewerbe	248,6	— 3,1	— 1,2	1 496,6	— 20,0	— 1,3
Handel	410,2	+ 6,1	+ 1,5	2 829,9	+ 17,3	+ 0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	127,8	+ 3,8	+ 3,1	1 016,9	+ 20,6	+ 2,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	131,8	+ 4,8	+ 3,8	846,0	+ 22,8	+ 2,8
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	609,2	+ 26,4	+ 4,5	4 095,9	+ 146,7	+ 3,7
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	61,9	+ 1,6	+ 2,7	454,2	+ 23,4	+ 5,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	208,6	+ 4,5	+ 2,2	1 441,3	+ 34,4	+ 2,4

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. — 2) Einschließlich "Ohne Angaben".

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Land (- 0,4 %) ungünstiger ausgewiesen als im Bund (+ 1,9 %). Ursächlich hierfür ist ein Basiseffekt im Fahrzeugbau[1], der die Landesergebnisse sowohl im Investitionsgüterbereich wie für das gesamte Verarbeitende Gewerbe auch im regionalen Vergleich stärker nach unten verzerrt, als es der Lage in den einzelnen Branchen entspricht.

Die Aktivierung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte im abgelaufenen Jahr stimulierte nicht nur die seither nachhinkenden Sektoren des Verbrauchsgütergewerbes und der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Vielmehr empfingen alle Bereiche, die wie die Bauwirtschaft, der Handel und der Verkehr, der Fremdenverkehr und alle sonstigen Dienstleistungsbereiche primär von der inländischen Nachfrage abhängig sind, kräftige Impulse. Dies schlug sich, wie bereits zuvor dargestellt, in einer nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung dieser Bereiche nieder. Hierbei ist auch in Rechnung zu stellen, daß den außenwirtschaftlich bedingten Restriktionsfaktoren andererseits stimulierende außenwirtschaftliche Effekte gegenüberstanden. So führte die Aufwertung der DM zu einer Verbilligung aller Importprodukte, wobei dieser Effekt durch den Preisverfall des Rohöls nochmals verstärkt wurde. Hierdurch wurde zum einen die Kostenseite der Unternehmen nachhaltig entlastet - was zu einer flexibleren Preisgestaltung beitrug -, zum anderen ergab sich über gesunkene Energiepreise und über ein im Durchschnitt stabiles bzw. sogar leicht nachgebendes Preisniveau - so lag der Preisindex für die Lebenshaltung in Baden-Württemberg 1986 auf dem selben Niveau wie 1985 - ein starker Kaufkraftzuwachs bei den privaten Haushalten. Verstärkt wurde dieser Effekt durch deutlich höhere Einkommenssteigerungen als im Vorjahr, die sich angesichts stabiler Preise in voller Höhe als Reallohn- bzw. Gehaltssteigerungen niederschlugen. Weiterhin hat sich die Einkommenssituation der Bevölkerung durch steigende Beschäftigung sowie durch den Abbau von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verbessert. Hierbei sind auch die Auswirkungen der Anfang 1986 in Kraft getretenen Steuerreform zu berücksichtigen. Die durch verschiedene Komponenten stark gestiegene Kaufkraft der privaten Haushalte hat dann auch im Verlauf des Jahres 1986 dazu geführt, daß diese ihre bereits seit Jahren bestehende zurückhaltende Konsumneigung gelockert bzw. aufgegeben haben. Entsprechend nahm der private Verbrauch real 1986 bundesweit um 4,2 % zu, nachdem er im ebenfalls positiv verlaufenen Jahr 1985 nur um 1,8 % angestiegen war.

Die kräftig aktivierte Binnennachfrage und eine im Land nach wie vor deutlich wirksame Auslandsnachfrage führte 1986 zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung. In Baden-Württemberg fanden zwischen September 1985 und September 1986 81 600 versicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich einen Arbeitsplatz, dies entsprach einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um 2,3 % (Bundesgebiet: + 1,9 %). Damit wurden in dieser Zeit mehr als ein Fünftel (21 %) aller im Bundesgebiet entstandenen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten im Land geschaffen, während der Anteil des Landes an der Beschäftigung im Jahr 1986 knapp 17 % betrug. Allein 39 700 neue Arbeitsplätze entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe, dies entspricht einem Anteil von 27 % an dem bundesweit registrierten Beschäftigtenzuwachs dieses Wirtschaftsbereichs. Auch die privaten Dienstleistungsbereiche dehnten ihre Beschäftigung stärker aus als im Bundesdurchschnitt (Tabelle 2). Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Beschäftigung hat sich - wie bereits in den Vorjahren - allerdings nur zu einem kleinen Teil auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Denn trotz der hohen Zunahme der Beschäftigtenzahl

[1] Der reale Auftragseingang aus dem Inland stieg im Fahrzeugbau Baden-Württembergs im Jahr 1985 um 47 % gegenüber 1984. Angesichts dieser Auftragszunahme um fast die Hälfte entspricht es einer Normalisierung, wenn 1986 der inländische Ordereingang um mehr als ein Viertel (- 28,2 %) unter dem überhöhten Vorjahresergebnis lag. Im Bundesdurchschnitt ergab sich demgegenüber mit entsprechenden Raten von 12,8 % (1985 gegenüber 1984) und - 0,2 % (1986 gegenüber 1985) eine sehr viel ausgeglichenere Entwicklung.

von 81 600 (September 1986 zu September 1985) ist die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum nur um rund 15 000 gesunken. Neben dem immer noch steigenden heimischen Erwerbspersonenangebot spielen hierfür auch Zuwanderungen eine gewisse Rolle. Die Arbeitslosenquote betrug in Baden-Württemberg im Durchschnitt des Jahres 1986 5,1 % gegenüber 9 % im Bund. Im Land wurde mit einer Zahl von jahresdurchschnittlich 199 000 Arbeitslosen erstmals wieder seit 1982 die Schwelle von 200 000 unterschritten.

Die weitere Entwicklung im Wirtschaftsbereich ist gegenwärtig mit größeren Unsicherheiten behaftet, die insbesondere die Investitionsneigung belasten. Verfolgt man die Prognosen für das Bundesgebiet, so ist eine Reduzierung der Wachstumserwartungen zu konstatieren, die vor allem aus der zunehmend stärker eingeschätzten Intensität des wechselkursbedingten außenwirtschaftlichen Anpassungsdrucks herrührt. Das im April 1987 veröffentlichte Frühjahrsgutachten nahm die Wachstumserwartungen des Jahreswirtschaftsberichts von 2,5 % auf 2 % zurück. Die Unsicherheit über die mögliche Entwicklung zeigt sich darin, daß zwei Institute (Ifo, DIW) einen geringeren bundesweiten Wachstumspfad ansetzen (+ 1 %) als die übrigen drei beteiligten Institute (+ 2 %). Maßgeblich für die unterschiedliche Einschätzung ist - neben der erwarteten Wirkung der über den Zielkorridor der Bundesbank hinaus ausgeweiteten Geldmenge - insbesondere die unterschiedliche Erwartung hinsichtlich Intensität und Wirkungsdauer der außenwirtschaftlichen Restriktionsfaktoren. Hier werden die Unsicherheiten über die weitere Dollarkursentwicklung verstärkt durch die Risikokomponente zunehmender protektionistischer Tendenzen. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen sind in doppelter Weise problematisch: Sie erschweren den Export und führen über die Umlenkung von Handelsströmen gleichzeitig zu einer Verschärfung des Importdrucks, was wiederum protektionistische Gegenmaßnahmen hervorruft.

Diese Lage ist umso unbefriedigender, als die Tendenzen anderer wichtiger Grundkomponenten die Möglichkeit einer zügigen wirtschaftlichen Weiterentwicklung durchaus nahelegen: Weltweit - und insbesondere in den Industrieländern - ist der strukturell und auch konjunkturell bedingte Investitionsbedarf hoch, die Konjunkturentwicklung stimuliert in allen westlichen Ländern den Privaten Verbrauch und die Binnennachfrage, damit zugleich auch die Investitionsneigung und die Importe. Die Finanzierungsbedingungen sind angesicht niedriger Zinsen und ausgeweiteter Geldmenge günstig. Die Beschäftigtenlage ist allgemein besser. Dies ist auch die Ursache dafür, daß bei allen Einschätzungen Übereinstimmung darüber besteht, daß ein zyklischer Konjunkturabschwung nicht zu erwarten ist. So signalisiert auch die Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg eine Stimmungslage der Unternehmen, die eher noch eine befriedigende Einschätzung der Konjunkturentwicklung anzeigt, bei allerdings reduzierten Erwartungen auf kurze Sicht. Ursächlich hierfür ist, daß die Ausfuhrentwicklung des laufenden Jahres weniger günstig beurteilt wird als die von 1986: Vor einem Jahr rechneten nur 8 % der Unternehmen der Investitionsgütererzeugung mit rückläufigen Exportumsätzen, bei der diesjährigen Frühjahrsumfrage waren es 30 %. Diese Verschlechterung der Erwartungen war ungleich deutlicher als bei den Inlandsumsätzen. In der Tat lagen die realen Auftragseingänge aus dem Ausland im Investitionsgüterbereich im ersten Quartal von 1987 um 7 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (Bund: - 7,3 %). Damit ergab sich - obwohl im Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie im Verbrauchsgüterbereich die Situation mit Zunahmen von 2,4 % bzw. 4,2 % deutlich günstiger war - für das gesamte Verarbeitende Gewerbe ein Rückgang der Auftragseingänge im ersten Quartal (- 4,7 %). Dieser lag für den Bundesdurchschnitt in der gleichen Größenordnung. Die Aprilwerte signalisieren einen weiteren Orderrückgang aus dem Ausland, der im Land sogar stärker ausgefallen ist als im Bund (Tabelle 8). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß vor dem Hintergrund der hohen Aprilwerte des Jahres 1986 - die zudem im Land deutlich höher lagen als im Bund - die Abschwächung besonders stark hervortritt. Dies verdeutlicht generell, daß angesichts der schon im letzten Jahr zu beobachtenden stark

schwankenden Monatswerte - es wurde dafür der Begriff der "Waschbrettkonjunktur" geprägt - einzelne Monatsergebnisse in tendenzieller Hinsicht nicht überbewertet werden sollten.

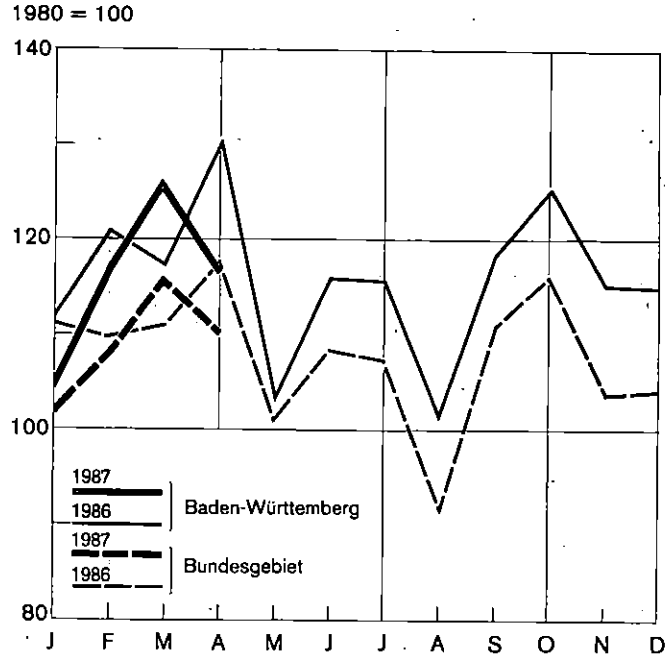
Die rückläufige Auftragsentwicklung aus dem Ausland führte inzwischen auch zu stagnierenden bzw. rückläufigen Exporten. War für den Zeitraum Januar bis März 1987 noch eine gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stagnierende Ausfuhr (+ 0,3 %) zu verzeichnen - hervorgerufen durch ein hohes Märzergebnis (+ 10,8 %) - so hat der im April rückläufige Export (- 8,5 %) zu einer auch im Gesamtzeitraum rückläufigen Entwicklung (- 2,2 %) geführt.

Für das Gesamtjahr 1987 wird im Frühjahrsgutachten bundesweit mit einem nur geringfügigen Ausfuhrrückgang um 1 % (real - 0,5 %) gerechnet - resultierend aus einer Abnahme im ersten Halbjahr und einem leichten Wiederanstieg im zweiten. Es ist derzeit schwer abzuschätzen, ob Baden-Württemberg bei einer unter Umständen weiter nachlassenden Auslandsnachfrage wegen seiner hohen Exportabhängigkeit überproportional betroffen sein wird - wie dies in früheren Phasen nachlassender Exporte der Fall war. Im Jahr 1986 hat sich gezeigt, daß die attraktive Produktpalette der Unternehmen des Landes generell rückläufigen Exporttendenzen noch gegenhalten konnte: Das Land verzeichnete eine Steigerung der Ausfuhren (+ 4,1 %), während die Exporte im Bund bereits rückläufig waren (- 2,0 %) (Tabelle 10). Diese Effekte waren auch zu Anfang 1987 noch wirksam: Der Bund verzeichnete im ersten Jahresdrittel mit - 5,1 % eine stärkere Exportabnahme als das Land (- 2,2 %).

Die Aussichten für die zweite Domäne der baden-württembergischen Wirtschaft, die Investitionsgüterherstellung, stellen sich nicht ganz eindeutig dar: Zwar sprechen die Grundkomponenten für weiterhin steigende Investitionen, doch sind einige Aspekte weniger günstig. So haben die Unsicherheiten im Exportgeschäft bereits im zweiten Halbjahr von 1986 die Investitionsneigung beeinträchtigt, naturgemäß vor allem in den exportorientierten Branchen. Auch von den Lohnstückkosten her sind die Erträge

Schaubild 2

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes[1]
— Volumenindex —



[1] Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 162 87

- anders als 1985 - unter Druck geraten; 1987 dürfte der Lohnkostendruck bei weiter steigenden Nominallöhnen und schwächerer Produktion weiter zunehmen. Auch ist die Kapazitätsauslastung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes inzwischen leicht rückläufig. Doch sind bei den binnenwirtschaftlich orientierten Branchen die Absatzerwartungen günstiger einzuschätzen. Die inländische Bestelltätigkeit führte im ersten Quartal im Verarbeitenden Gewerbe des Landes zu einem kleinen realen Plus (+ 1,5 %, Bund: - 0,3 %), woran Verbrauchsgüter und Grundstoff- und Produktionsgüter überdurchschnittlich beteiligt waren (Tabelle 8). Durchgehend holten die Branchen nach rückläufigen Januar- und schwachen Februarwerten im März auf. Dies gilt auch für den Investitionsgüterbereich, dessen Auftragseingang aus dem Inland allerdings im Durchschnitt des ersten Quartals stagniert (+ 0,5 %). Im April ergaben sich allerdings in fast allen Branchen auch aus dem Inland rückläufige Bestelleingänge, so daß sich die Auftragslage für den Zeitraum Januar bis April durchgehend abschwächte (Tabelle 8). Der

Tabelle 3

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1986		1987		
		Prognosen des Sachverständigenrats [1]	Ist [2]	Prognosen		
				Sachverständigenrat [1]	Jahreswirtschaftsbericht [3]	Frühjahrsgutachten [4]
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	+ 0,5
Arbeitslose	Mill.	ca. 2,2	2,2	ca. 2,2	.	ca. 2,2
Verwendung des Sozialprodukts (real)	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen		+ 3	+ 2,4	+ 2	+ 2,5	+ 2
Privater Verbrauch	"	+ 3	+ 4,2	+ 3	+ 3 bis + 4	+ 4
Staatsverbrauch	"	+ 2	+ 2,5	+ 2	+ 2 bis + 3	+ 2,5
Anlageinvestitionen	"	+ 4,5	+ 3,3	+ 5,5	+ 3 bis + 5	+ 3,5
Ausrüstungen	"	+ 9	+ 4,6	+ 7,5	+ 3 bis + 5	+ 4
Bauten	"	+ 1	+ 2,3	+ 4	+ 3,5 bis + 4,5	+ 3,5
Ausfuhr	"	+ 4,5	− 0,5	+ 1,5	+ 1 bis + 2	− 0,5
Einfuhr	"	+ 6	+ 3,2	+ 5,5	+ 5 bis + 6	+ 4
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 1,5	− 0,4	+ 1	0 bis + 1	+ 0,5
Bruttosozialprodukt	"	+ 2	+ 3,1	+ 2	+ 1,5	+ 2
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 5,5	+ 6,4	+ 4	+ 4 bis + 4,5	+ 4
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 5	+ 5,0	+ 4,5	+ 4 bis + 4,5	+ 4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 7	+ 9,5	+ 3,5	+ 3 bis + 5	+ 3,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 5 [5]	+ 4,4 [5]	+ 4 [5]	.	+ 4

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1986 (November 1985); 1987 (November 1986). – 2) Vorläufiges Ergebnis. – 3) Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung. – 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1987 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). Vorausschätzung der Mehrheit der beteiligten Institute; Angaben gerundet. – 5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Auftragseingang im industriell-gewerblichen Hochbau, der immer auch als Indikator für die Investitionsneigung herangezogen wird, zeigte im ersten Jahresdrittel 1987 nach einer langen Phase des Anstiegs einen Rückgang um 10,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an.

Generell ist also die Investitionsneigung zurückhaltender einzuschätzen als im Vorjahr. Trotzdem geht die Mehrheitsmeinung des Frühjahrsgutachtens von einer Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen im Bundesgebiet von 4 % aus, womit diese nur wenig unter der im Jahr 1986 realisierten (+ 4,6 %) liegen würde. Ifo und DIW halten einen Anstieg von 2 % für realistischer. Inwieweit allerdings die Investitionsgütererzeuger in Bund und Land von der erwarteten Zunahme der Ausrüstungsinvestition in diesem Jahr profitieren werden, hängt zum Teil auch von der Entwicklung des Importanteils bei den Investitionsgütern ab.

Eine Stützung der Konjunktur ist demnach 1987 vor allem vom Privaten Verbrauch zu erwarten. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden nach den bisherigen Tarifabschlüssen annähernd ebenso kräftig steigen wie im Vorjahr. Durch die zumindest mittelfristig anhaltende Preisstabilität werden

sie real ebenso wirksam werden. Hinzu kommt, daß 1986 eingetretene Verbilligungen im Energiebereich über die Energiekostenabrechnung teilweise erst 1987 faktisch wirksam werden. Für 1987 nimmt die Mehrheitsmeinung des Frühjahrsgutachtens für den realen Privaten Verbrauch eine Zuwachsrate von 3 % bis 4 % an, die auch für Baden-Württemberg Gültigkeit haben dürfte.

Die Mehrheitsmeinung des Frühjahrsgutachtens geht davon aus, daß nach einer stagnierenden bzw. retardierenden Anfangsphase im weiteren Jahresverlauf allgemein mit einer Belebung zu rechnen sei, so daß ein Anstieg des realen Wirtschaftswachstums um 2 % möglich sein könne. Wenn ein solches Wirtschaftswachstum im Bundesdurchschnitt erzielt wird, so könnte dies für Baden-Württemberg eine Untergrenze der Entwicklung darstellen: Die Werte für Produktion und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe waren im ersten Quartal im Land etwas günstiger als im Bund – die Abschwächung im April wird im Land/Bund-Vergleich durch statistische Basiseffekte überzeichnet –, auch der Übergang auf eine verstärkte Binnennachfrage gelang trotz der traditionellen Exportorientierung des Landes etwas besser, die Ausfuhr ging weniger stark zurück; generell dürfte die Dynamik der letzten drei Jahre auch nach 1987 hin ausstrahlen. Der Wachstumsabstand zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet wird sich allerdings 1987 verringern.

Die zu erwartende Abflachung des Wirtschaftswachstums wird dazu führen, daß sich die Beschäftigungssituation 1987 nicht mehr wesentlich verbessert. Zwar dürfte im Jahresdurchschnitt noch ein leichter Zuwachs eintreten, der sich vor allem in dem generell im Wachstumstrend liegenden Dienstleistungsbereich ergeben dürfte. Dagegen dürfte die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe kaum noch zunehmen. So waren im Verarbeitenden Gewerbe im März 1,1 % Personen mehr tätig als im März 1986, nachdem es im März 1986 noch 2,6 % mehr waren als 1985. Im Verlauf von 1987 dürfte der leichte Anstieg jedoch zum Stillstand kommen, so daß zum Jahresende in diesem Bereich nur wenig mehr Personen beschäftigt sein dürften als zu Jahresbeginn.

Auch in diesem Jahr wird das Erwerbspersonenangebot weiter zunehmen, so daß sich die im Vorjahresvergleich leicht steigende Beschäftigtenzahl nur teilweise in einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenzahlen niederschlagen wird. Während im Jahresdurchschnitt noch eine geringe Abnahme der Arbeitslosenzahl für möglich gehalten wird, dürfte im Jahresverlauf betrachtet eine Stagnation nicht unwahrscheinlich sein. Auch auf dem Arbeitsmarkt des Landes sind so 1987 – wenngleich ausgehend von einem wesentlich günstigeren Beschäftigungsstand – ähnliche Tendenzen zu erwarten wie im Bundesgebiet.

Über 100 000 Geburten

Die Zahl der Einwohner Baden-Württembergs erhöhte sich im Jahr 1986 um 55 400 Personen (+ 0,6 %). Der Anstieg ist damit kräftiger ausgefallen als im Vorjahr (+ 0,3 %). Am Jahresende betrug die Bevölkerungszahl 9 326 800 Personen, dies ist der höchste Stand seit Bestehen des Landes. Der im Lauf des Jahres 1986 eingetretene Zuwachs resultiert aus einem Geburtenüberschuß von 8 613 Personen, der ausschließlich von der ausländischen Bevölkerung getragen wurde, und einem Wanderungsüberschuß von 46 797 Personen, der sich auf einen Wanderungsgewinn von Deutschen (+ 27 481) und Ausländern (+ 19 316) aufteilt (Tabelle 4).

Die Zahl der Geburten ist 1986 deutlich gestiegen (+ 7,6 %). Mit einer Zahl von 101 616 wurden im abgelaufenen Jahr erstmals seit 1982 wieder über 100 000 Geburten gezählt. Diese Zunahme wurde vor allem von der Entwicklung beim deutschen Bevölkerungsteil getragen (+ 7,7 %), während die Geburten beim ausländischen Bevölkerungsteil um 6,5 % anstiegen. Von den Geburten des Jahres 1986 entfiel mit einer Zahl von 11 138 ein Anteil von 11,0 % (1985: 11,1 %) auf Ausländer.

Die starke Zunahme der Geburten des deutschen Bevölkerungsteils dürfte mit dem Nachholen von zunächst zurückgestellten Kinderwünschen zusammenhängen. Dadurch entstand zunächst ein Geburtental, das in einem gewissen Maße nun wieder ausgeglichen wird. Ferner rücken gegenwärtig stark besetzte

Tabelle 4

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1985			1986		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl					
Lebendgeborene	94 442	83 986	10 456	101 616	90 478	11 138
Sterbefälle	93 295	92 039	1 256	93 003	91 647	1 356
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 1 147	– 8 053	+ 9 200	+ 8 613	– 1 169	+ 9 782
Zuzüge über die Landesgrenze	190 882	108 617	82 265	205 255	109 458	95 797
Fortzüge über die Landesgrenze	161 742	79 783	81 959	158 458	81 977	76 481
Wanderungssaldo	+ 29 140	+ 28 834	+ 306	+ 46 797	+ 27 481	+ 19 316
Ein- bzw. Ausbürgerung	–	+ 2 352	– 2 352	–	+ 2 512	– 2 512
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 30 287	+ 23 133	+ 7 154	+ 55 410	+ 28 824	+ 26 586
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 271 370	8 401 435	869 935	9 326 780	8 430 259	896 521

Frauenjahrgänge in das Alter auf, in dem besonders viele Kinder zu erwarten sind. Jedoch ist im Vergleich zu dem starken Geburtenrückgang, der von 1965 bis etwa 1975 erfolgte, der gegenwärtige Wiederanstieg verhältnismäßig gering. Die Aufhellung der Arbeitsmarktsituation, die die Existenzsicherheit vieler Familien erhöht hat, könnte insbesondere bei der Entwicklung der Geburtenzahl des ausländischen Bevölkerungsteils eine Rolle gespielt haben. Hier sind nach - auch abwanderungsbedingt - stärkeren Rückgängen in den Vorjahren die Geburten erstmals seit 1980 wieder angestiegen.

Der Wanderungsüberschuß der Deutschen fiel 1986 mit einem Wert von 27 481 Personen kaum weniger deutlich aus als im Vorjahr. Zu einem Teil dürfte hierzu auch die in Baden-Württemberg ungleich günstigere Arbeitsmarktsituation beigetragen haben. Zu fast drei Fünfteln besteht der Wanderungsgewinn an Deutschen allerdings aus Nichterwerbspersonen. Dieser Wanderungsüberschuß übertraf das 1986 beim deutschen Bevölkerungsteil aufgetretene kleine Geburtendefizit von 1 169 Personen (Vorjahr: 8 053 Personen) deutlich. Stellt man noch die 2 512 Einbürgerungen in Rechnung, die den Deutschen zugeordnet und bei den Ausländern abgezogen werden, so lebten Ende 1986 8,430 Millionen Deutsche in Baden-Württemberg, dies war die bisher höchste Zahl von deutschen Einwohnern in der Geschichte des Landes.

Die Zahl der Ausländer, die bereits im Vorjahr leicht gestiegen war (+ 0,8 %), hat sich 1986 deutlich erhöht (+ 3,1 %). Maßgeblich hierfür war in erster Linie ein stark gestiegener Wanderungsüberschuß von 19 316 Personen (1985: 306 Personen). Hierzu beigetragen hat die hohe Zahl von Asylbewerbern. Hinzu kam ein gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhter Geburtenüberschuß von 9 782 Personen. Im Ganzen (nach Abzug der Einbürgerungen) hat sich die ausländische Bevölkerung im Jahr 1986 auf eine Zahl von 896 500 erhöht, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg damit auf 9,6 % nach 9,4 % im Vorjahr.

Für die Bevölkerungsentwicklung im laufenden Jahr ist wie bisher davon auszugehen, daß sie kurzfristig in starkem Maße vom Wanderungsverhalten bestimmt wird. Bei den Deutschen war in den letzten drei Jahren eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen, die zu einem Teil mit der besseren heimischen Arbeitsmarktsituation zusammenhängen dürfte. Die Unterschiede bei den Arbeitsmarktdaten zwischen den Bundes-

ländern dürften sich auch 1987 kaum verringern, so daß auch im laufenden Jahr eine Nettozuwanderung von Deutschen zu erwarten ist, allerdings dürften die von der Arbeitskräftenachfrage ausgehenden Impulse schwächer ausfallen als bisher. Hinzu kommt eine auch 1987 zu erwartende Zuwanderung von Deutschen insbesondere aus osteuropäischen Ländern. Auch bei den Ausländern dürfte ein Wanderungsüberschuß eintreten.

Bei der Geburtenentwicklung könnte sich in Fortsetzung der beschriebenen Tendenzen zumindest eine Stabilisierung der 1986 gestiegenen Geburtenzahlen auf dem erreichten Niveau ergeben. Hierdurch dürfte sich für die Gesamtbevölkerung ein Geburtenüberschuß ergeben, zusammen mit der erwarteten Nettozuwanderung würde sich hierdurch die Bevölkerung 1987 wiederum leicht erhöhen.

Mehr Erstklässler - weniger Abiturienten

Als Folge des Geburtenrückgangs der 70er Jahre hat sich insgesamt gesehen im Schuljahr 1986/87 die schon in den vergangenen Jahren eingetretene Abnahme der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen fortgesetzt. Da die Talsohle der Geburten jedoch 1978 erreicht war und die nachfolgenden Jahrgänge wieder etwas stärker besetzt sind, stieg erstmals die Zahl der Erstklässler wieder an (+ 5,7 %). Dies bewirkte, daß auch die Zahl der Schüler an Grundschulen erstmals wieder, wenn auch geringfügig, auf eine Zahl von 350 500 anstieg (+ 0,9 %).

Von den Schülern der vierten Klassenstufe wechselten zum Schuljahr 1986/87 40,0 % (Vorjahr: 39,8 %) auf die Hauptschule und 27,9 % (28,3 %) auf das Gymnasium, die Übergangsquote auf die Realschule blieb mit einem Wert von 27,8 % konstant. An den Hauptschulen wurden 192 400 Schüler unterrichtet (- 5,6 %). An den Realschulen betrug der Schülerbestand 190 000 (- 6,0 %), an den Gymnasien 252 400 (- 5,9 %). Erstmals erreichten die schwächer gewordenen Jahrgangsstärken auch die Abgangsklasse der Gymnasien. Von den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gingen 36 700 Schüler mit Hochschulreife ab (- 11,1 %).

Erstmals ging auch an den beruflichen Schulen die Schülerzahl spürbar zurück. Im Gesamtbereich der beruflichen Schulen wurden im Schuljahr 1986/87 438 600 Schüler unterrichtet, das waren 8 100 (- 1,8 %) weniger als im Vorjahr. Allerdings war die Entwicklung nach Schularten differenziert. Rückläufig war die Schülerzahl im Teilzeitbereich, so an Berufs- und Sonderberufsschulen, wo sich die Schülerzahl erstmals wieder verminderte (- 2,3 %) und im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr (- 3,6 %). Während die Schülerzahl an den beruflichen Gymnasien konstant blieb (+ 0,2 %), stieg sie an Fachschulen stark an (+ 10,3 %).

An den Hochschulen in Baden-Württemberg ist die Zahl der Studienanfänger bereits seit dem Wintersemester 1983/84 leicht rückläufig. Im Wintersemester 1986/87 wurden 25 400 Erstimmatrikulierte registriert (- 1,7 % gegenüber dem Wintersemester 1985/86). Dies war fast ausschließlich auf den Rückgang der Zahl der weiblichen Studienanfänger zurückzuführen (- 4,1 %), während die Zahl der männlichen Studienanfänger nahzu konstant blieb (- 0,1 %). Differenziert war - wohl auch im Zusammenhang mit den erwarteten Berufsaussichten - die Entwicklung bei den einzelnen Hochschularten. Weit überproportional war wieder der Rückgang der Zahl der Studienanfänger bei den Pädagogischen Hochschulen (- 35,6 %), während er bei den Universitäten 1,9 % betrug. Dagegen konnten die Fachhochschulen eine Zunahme um 2,9 % verbuchen. Durch den anhaltenden leichten Rückgang der Zahl der Studienanfänger flachte auch der bisherige Anstieg der Studentenzahlen weiter ab. Insgesamt bei allen Hochschularten stieg der Bestand an Studenten nochmals leicht auf eine Zahl von 193 400 (+ 1,6 %). Während die Pädagogischen Hochschulen auch hier eine anhaltend rückläufige Entwicklung verzeichneten (- 15,9 %), stieg die Zahl der Studierenden bei Universitäten (+ 2,8 %) und Fachhochschulen (+ 2,4 %) an, bei beiden Hochschularten war der Anstieg bei den naturwissenschaftlich/ technischen Fächern (Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften) überproportional (Universitäten + 3,4 %, Fachhochschulen + 4,0 %).

Wie bereits im laufenden Schuljahr wird auch im Schuljahr 1987/88 die Gesamtzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schularten insgesamt gesehen aufgrund der geringer besetzten Altersjahrgänge erneut abnehmen. Jedoch wird bei dem Einschulungsjahrgang 1987/88 aufgrund der durch die gegenüber dem Tiefpunkt von 1978 leicht höheren Geburtenzahlen ein weiterer Anstieg der Zahl der Erstklässler erwartet. Deshalb dürfte der Schülerbestand im gesamten Grundschulbereich etwas spürbarer steigen als im Vorjahr. Dagegen ist an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ein weiterer Rückgang zu erwarten. Im Schuljahr 1987/88 dürfte die Zahl der Abiturienten weiter abnehmen. An den beruflichen Schulen dürfte trotz der gestiegenen Ausbildungsbereitschaft von Abiturienten und Realschülern ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen eintreten.

Die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester 1987/88 dürfte wegen der leichten Abnahme der Abiturientenzahlen weiter zurückgehen, obwohl Absolventen älterer Abiturjahrgänge einen nicht unwesentlichen Anteil der Erstsemester bilden. Im übrigen ist zu erwarten, daß der Studentenbestand im Wintersemester 1987/88 letztmals steigen wird, die Zahl der Studierenden dürfte dann rund 198 000 erreichen, im darauffolgenden Wintersemester könnte erstmals ein zunächst nur geringfügiger Rückgang eintreten.

Weitere Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt

Auf dem Lehrstellenmarkt ist die Situation in dem am 30. September 1986 abgeschlossenen Ausbildungsjahr umgeschlagen. Während 1985 gerade ein rechnerischer Gleichstand von Nachfrage und Angebot erreicht worden war, standen Ende September 1986 den 3 447 noch nicht vermittelten Bewerbern (- 36,4 %) 7 800 unbesetzte Ausbildungsplätze (+ 42,8 %) gegenüber. Dabei ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern von Oktober 1985 bis September 1986 registrierten Ausbildungsstellen nochmals gegenüber dem Vorjahr angestiegen (+ 8,5 %), während die Zahl der Lehrstellenbewerber rückläufig war (- 7,0 %). Die insgesamt sichtbar günstiger gewordene Situation für Lehrstellensuchende birgt jedoch nach wie vor stärkere Ungleichgewichte in sich. So waren zwei Drittel der noch unversorgten Lehrstellenbewerber Mädchen, die insbesondere eine Ausbildung als Waren- oder Dienstleistungskauffrauen, oder in Büroberufen anstrebten. Auch in regionaler Sicht kam es zu Engpässen in den 4 Arbeitsamtsbezirken Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg, während andererseits in Stuttgart Ende September rechnerisch 10 unbesetzte Ausbildungsplätze auf einen noch nicht vermittelten Bewerber entfielen.

Bis zum Ende des Kalenderjahres sank die Zahl der bis dahin noch nicht vermittelten Lehrstellenbewerber auf 1 850, davon waren zwei Drittel Mädchen. Im jetzt laufenden Ausbildungsjahr, das sich bis Ende September 1987 erstreckt, zeichnet sich eine Fortsetzung der entspannteren Lage ab. Am Ende der ersten Hälfte des Ausbildungsjahres stieg die Zahl der bis dahin gemeldeten Ausbildungsstellen auf 77 050 an (+ 14,8 %), während infolge der jetzt deutlich schwächeren Altersjahrgänge die Zahl der Bewerber auf 73 800 zurückging (- 7,8 %). Rund 28 800 Lehrstellen waren so Ende März noch unbesetzt, das waren 28,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Ihnen standen eine Zahl von 7 760 bis zu diesem Zeitpunkt noch unvermittelten Bewerbern gegenüber (- 15,9 %). Trotz dieses positiven Trends sind auch in diesem Jahr Probleme bei der Verwirklichung der Berufswünsche insbesondere bei Mädchen und behinderten Jugendlichen nicht auszuschließen, auch regionale Engpässe sind weiterhin zu erwarten.

Arbeitslosenzahl erstmals wieder unter 200 000

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre schlug sich 1986 in einer weiteren Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt nieder. Deutlichstes Zeichen hierfür war - neben dem Zugang an offenen Stellen und der Abnahme der Kurzarbeit - die Zunahme der Beschäftigung. So waren Ende September 1986 rund 81 600 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ein Jahr zuvor (+ 2,3 %). Diese positive Beschäftigungsentwicklung wirkte sich

allerdings, wie bereits in den Vorjahren, nicht in einem entsprechenden Rückgang der Zahl der Arbeitslosen aus, diese ging im gleichen Zeitraum nur um 14 800 zurück. Ursächlich für die nur abgeschwächte Rückwirkung der Beschäftigungszunahme auf die Arbeitslosigkeit ist, daß demographisch bedingt die Zahl der jungen Menschen nach wie vor steigt, die im Anschluß an eine betriebliche oder schulische Ausbildung einen Arbeitsplatz suchen. Weiterhin treten - hervorgerufen durch die entspanntere Situation auf dem Arbeitsmarkt - Erwerbspersonen aus der sogenannten Stillen Reserve und auch insbesondere Zuwanderer aus anderen Bundesländern zusätzlich als Nachfrager nach einem Arbeitsplatz auf.

Im Jahresdurchschnitt von 1986 lag die Arbeitslosenzahl mit 198 911 Personen um 10 921 (- 5,2 %) unter dem Stand des Vorjahres. Damit konnte die Schwelle von 200 000 Arbeitslosen erstmals seit 1982 wieder unterschritten werden.

Im Verlauf des Berichtsjahres 1986 lag die Zahl der Arbeitslosen zunehmend deutlicher unter dem Niveau des Vorjahres. So wurde der Stand des entsprechenden Vorjahresquartals im ersten Quartal um 3,0 % unterschritten, bis zum vierten Quartal vergrößerte sich dieser Abstand auf 8,0 %. Insgesamt waren 1986 im Jahresdurchschnitt 198 911 Personen arbeitslos, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,1 % (1985: 5,4 %) (Tabelle 5).

Damit hielt der deutliche Abstand zur Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet unvermindert an, da bundesweit die Arbeitslosenquote mit einem Wert von 9,0 % den Vorjahreswert von 9,3 % nur geringfügig unterschritt. Baden-Württemberg hatte auch 1986 die geringste Arbeitslosenquote unter den Bundesländern.

Die leichte, aber stetige Aufwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die seit dem Herbst 1983 zu beobachten war (Schaubild 3), zeigte sich auch bei den offenen Stellen, die im Jahresdurchschnitt 1986 um 36,5 % über dem Vorjahresstand lag. Über das Jahr betrachtet entfielen trotzdem noch auf eine offene Stelle rechnerisch 6 Arbeitslose (1985: 9), auch hier wird der große Abstand zum entsprechenden Bundeswert (15) deutlich (1985: 21).

Die Zahl der Kurzarbeiter unterschritt 1986 mit durchschnittlich 28 824 nochmals

Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung

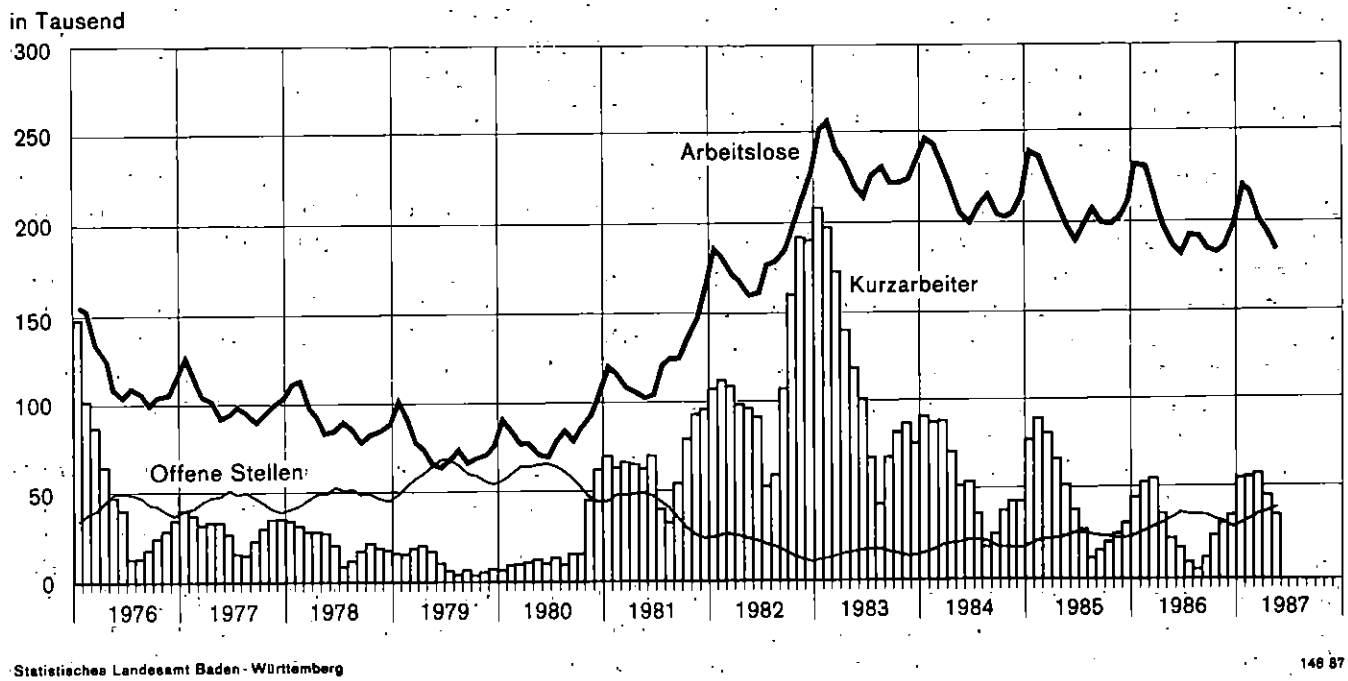
Nachweis	Einheit	1986						1987	
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Jahresdurchschnitt Baden-Württemberg	Jahresdurchschnitt Bundesgebiet	1. Vierteljahr	Januar – Mai
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	225 550	188 704	189 859	188 889	198 911	2 228 004	214 496	204 534
	Veränderung zum Vorjahr in %	– 3,0	– 5,3	– 6,0	– 8,0	– 5,2	– 3,3	– 4,9	– 3,6
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	5,5[1]	4,6[1]	4,7[1]	5,0[1]	5,1	9,0	5,3[1]	4,8[2]
Kurzarbeiter	Anzahl	51 234	24 985	8 940	30 139	28 824	197 389	56 505	50 201
	Veränderung zum Vorjahr in %	– 38,2	– 52,5	– 50,6	+ 18,1	– 35,6	– 15,8	+ 10,3	+ 18,7
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	26 238	33 704	36 019	31 348	31 559	153 866	33 233	35 233
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 28,3	+ 37,2	+ 43,1	+ 35,6	+ 36,5	+ 39,9	+ 26,7	+ 23,0

1) Stand: jeweils zum Quartalsende. – 2) Monatsende.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Schaubild 3

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg



deutlich den Vorjahresstand (- 35,6 %), nachdem sie bereits in den Vorjahren spürbar gesunken war (1985: - 16,7 %, 1984: - 52,6 %). Besonders stark war im Jahresdurchschnitt der Rückgang der Kurzarbeit im Maschinenbau (- 40,1 %) und im Baugewerbe (- 39,0 %). Beim Umfang der Kurzarbeit dominierte der Baubereich, hierauf entfielen 1986 38 % der Kurzarbeiter. Allerdings konnte das niedrige Niveau der Kurzarbeit im letzten Quartal des Jahres nicht mehr gehalten werden (+ 18,1 %). Betroffen hiervon waren in erster Linie exportorientierte Branchen. Wie das Landesarbeitsamt hierzu feststellte, führten die betroffenen Betriebe die Kurzarbeit in erster Linie auf wechselkursbedingte Marktschwächen zurück.

Unterschiedlich war auch 1986 die Arbeitslosigkeit der einzelnen Personengruppen. So war zum Jahresende die Arbeitslosenquote bei den Frauen (6,3 %) immer noch höher als bei den Männern (4,2 %). Stark überdurchschnittlich blieb auch die Arbeitslosenquote der Ausländer (8,7 %). Damit waren 18,1 % aller Arbeitslosen ausländischer Herkunft (Dezember 1985: 17,8 %). Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren lag die Arbeitslosenquote mit 4,0 % deutlich unter dem Vorjahresstand (4,8 %). Geringer als im Vorjahresmonat war auch die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten (- 6,6 %).

Besonders augenfällig verringerte sich die Zahl der älteren (59 Jahre und älter) Arbeitslosen, deren Zahl am Jahresende um 22,9 % unter dem Vorjahresstand lag. Im Dezember 1986 wurden so 2 332 Arbeitslose dieses Personenkreises weniger gezählt als ein Jahr zuvor. Hier ist aber zu berücksichtigen, daß gemäß der zu Beginn des Jahres 1986 in Kraft getretenen "58er-Regelung" Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind nicht mehr als arbeitslos registriert werden müssen, obwohl sie Arbeitslosengeld oder -hilfe erhalten. Im Dezember 1986 zählt dieser Personenkreis 4 030 Personen.

Die bisherige Entwicklung des Jahres 1987 zeigt zwar im Vergleich zum Vorjahr noch eine weitere leichte Besserung am Arbeitsmarkt an; doch ist im bisherigen Jahresverlauf saisonbereinigt betrachtet keine weitere Belebung mehr zu erkennen. So lag die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal um 4,9 % unter dem Vorjahresstand, während die Zahl der

offenen Stellen sich erhöhte (+ 26,7 %). Im April verringerte sich der Abstand zum Vorjahr bei der Arbeitslosenzahl auf 1,9 %, wobei allerdings bei einzelnen Personengruppen (Ausländer, ältere Arbeitslose) der Vorjahresstand geringfügig überschritten wurde. Saisonbereinigt betrachtet zeichnet sich nach dem Tiefpunkt im November 1986 jedoch eher eine geringfügige Erhöhung der Arbeitslosenzahlen im bisherigen Jahresverlauf ab, die auch im April weiter anhielt. Einen Schatten auf den weiteren Jahresverlauf wirft auch die Entwicklung der Kurzarbeit, die bereits im vierten Quartal von 1986 den Vorjahresstand leicht übertroffen hatte. Auch im ersten Quartal von 1987 (+ 10,3 %) wie ebenfalls im April (+ 28,3 %) wurde bei der Kurzarbeit eine Zunahme registriert. Hinter dieser globalen Zunahme beim Frühindikator Kurzarbeit verbergen sich jedoch größere strukturelle Verschiebungen. So nahm im Rahmen der Belebung im Bausektor der Umfang der Kurzarbeit in diesem Bereich im April stark ab (- 38 %), während er sich im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte. In den drei Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Textil/Bekleidung hat sich zusammengenommen die Zahl der Kurzarbeiter verdreifacht, allerdings von dem niedrigen Niveau von rund 5 000 Kurzarbeitern im April 1986 ausgehend. Die Zunahme der Kurzarbeit in exportorientierten Wirtschaftszweigen zeigt eine wechselkursbedingte Abschwächung der Exportkonjunktur an. Dies könnte auch auf die Investitionstätigkeit ausstrahlen. So dürften über das Gesamtjahr gesehen vom Verarbeitenden Gewerbe trotz der für die konsumnahen Branchen erwarteten günstigen Entwicklung kaum noch zusätzliche Impulse für die Beschäftigung ausgehen. Im März lag in Baden-Württemberg die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe um 1,1 % über dem Vorjahresstand, von März 1986 zu März 1985 hatte die Zuwachsrate noch 2,6 % betragen. Dagegen dürften die binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereiche ihre Beschäftigung weiter ausdehnen. Im Baugewerbe scheint sich inzwischen die Beschäftigungslage stabilisiert zu haben. Insgesamt gesehen dürfte 1987 in Baden-Württemberg die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr betrachtet noch leicht steigen, jedoch mit abflachender Tendenz.

Im Jahresdurchschnitt erwarten die am Frühjahrsgutachten beteiligten Institute eine Zunahme der Beschäftigung von 125 000 bis 200 000 Personen im Bundesgebiet. Da für das Erwerbspersonenangebot eine ähnlich starke Zunahme wie im Vorjahr erwartet wird, resultiert hieraus nur eine leichte Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen wird - nach 2,228 Millionen 1986 - im Jahresverlauf auf 2,17 bis 2,20 geschätzt. Für Baden- Württemberg zeichnet sich entsprechend ebenfalls eine nochmalige allerdings nur leichte Verminderung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr ab.

1986 nochmals kräftiger Produktionsanstieg

Das Verarbeitende Gewerbe wird in besonderem Maß von den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflußt, die sich im Lauf des Jahres 1986 insbesondere durch die Dollarabwertung in starkem Umfang veränderten. Während die Produktion des heimischen Verarbeitenden Gewerbes, auch begünstigt durch die bereits im Vorjahr angesammelten hohen Auftragseingänge, spürbar ausgeweitet werden konnte, zeigte die Struktur der Nachfrageentwicklung die beginnende Notwendigkeit einer wechselkursbedingten Umschichtung der Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage hin zur Binnennachfrage. Dieser Prozess wurde zumindest 1986 gemeistert, wobei der Anpassungsdruck in Baden-Württemberg wohl etwas später einsetzte und auch bisher weniger stark wirksam wurde als im Bundesgebiet.

Im gesamten heimischen Verarbeitenden Gewerbe hatten die realen Auftragseingänge bereits 1985 (+ 8,1 % gegen 1984) ein hohes Niveau erreicht, das durch Sonderentwicklungen im Fahrzeugbau, die hier besonders aus der stürmischen Inlandsnachfrage resultierten (+ 47,0 %), begünstigt war. Im Jahr 1986 konnte im Verarbeitenden Gewerbe der 1985 erreichte Stand der Ordereingänge insgesamt gehalten werden (- 0,2 %), sowohl bei den inländischen (- 0,4 %) als auch bei den ausländischen Bestelleingängen (+ 0,1 %). Die Entwicklung der gesamten Ordertätigkeit verlief damit parallel zum Bundesgebiet (- 0,1 %). Hierbei ist die

bundesweite Entwicklung der Auslandsnachfrage (- 3,2 %) spürbar schwächer als in Baden-Württemberg, wogegen die Inlandsnachfrage (+ 1,9 %) im Bund etwas günstiger ausgewiesen wird als im Land. Hierbei ist allerdings der erwähnte Basiseffekt im Fahrzeugbau zu berücksichtigen, der die Landesergebnisse generell und damit auch im Bundesvergleich stärker nach unten drückt, als es der Lage entspricht.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte 1986 das Niveau der Auftragseingänge des Vorjahres nicht ganz halten (- 1,8 %), wobei die Inlandsnachfrage (- 2,6 %) stärker rückläufig war als die Auslandsnachfrage (- 0,8 %). Maßgeblich war hier, wie schon erwähnt, die Entwicklung beim Fahrzeugbau, wo die Ordereingänge deutlich geringer waren als 1985 (- 11,1 %), ursächlich war hier allein das Absinken der In-

Tabelle 6

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1986

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1980 = 100)		Umsatz	
	Veränderung 1986 gegen 1985		insgesamt	Veränderung 1986 gegen 1985
	Wertindex	Volumenindex		
	%		Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 0,9	– 0,2	268 903,1	+ 4,2
Inland	+ 0,8	– 0,4	182 321,2	+ 4,0
Ausland	+ 1,0	+ 0,1	86 581,9	+ 4,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 1,1	+ 4,0	46 353,4	– 3,0
Inland	+ 1,6	+ 3,7	35 225,8	– 3,8
Ausland	– 0,2	+ 4,6	11 127,6	– 0,3
Chemische Industrie	+ 0,8	+ 3,8	19 085,5	+ 3,4
Inland	+ 1,2	+ 3,2	12 301,1	+ 2,6
Ausland	+ 0,3	+ 4,8	6 784,4	+ 4,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,3	– 1,8	160 339,8	+ 7,0
Inland	– 0,3	– 2,6	95 048,5	+ 7,8
Ausland	+ 1,0	– 0,8	65 291,3	+ 5,9
Maschinenbau	+ 1,7	– 1,9	43 100,0	+ 9,3
Inland	+ 8,8	+ 4,8	23 548,1	+ 12,7
Ausland	– 5,8	– 8,9	19 552,0	+ 5,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	– 8,4	– 11,1	47 033,8	+ 6,6
Inland	– 25,6	– 28,2	23 701,8	+ 5,8
Ausland	+ 11,0	+ 8,2	23 332,0	+ 7,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 4,7	+ 3,6	40 536,8	+ 6,3
Inland	+ 7,2	+ 5,9	27 983,0	+ 5,8
Ausland	– 0,5	– 1,2	12 553,7	+ 7,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren[1]	+ 2,7	– 0,4	7 513,7	+ 2,0
Inland	+ 6,0	+ 2,9	4 328,6	– 0,1
Ausland	– 1,3	– 4,7	3 185,1	+ 5,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,4	+ 2,5	42 696,0	+ 3,3
Inland	+ 3,7	+ 2,7	34 260,5	+ 3,2
Ausland	+ 2,2	+ 1,7	8 435,5	+ 3,4
Textilgewerbe	– 3,1	– 3,5	10 922,3	– 1,3
Inland	– 2,9	– 3,6	8 251,1	– 2,3
Ausland	– 3,5	– 3,1	2 671,2	+ 1,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	–	–	19 513,8	+ 1,7
Inland	–	–	17 786,4	+ 2,4
Ausland	–	–	1 727,5	– 4,6
Nachrichtlich Bundesgebiet:				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 0,1	– 0,1	1 435 101,9	– 1,8
Inland	+ 2,3	+ 1,9	1 002 574,4	– 1,8
Ausland	– 3,5	– 3,2	432 527,4	– 1,7

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren.

landsorder (- 28,2 %) gegenüber dem von einem Auftragsboom geprägten Vorjahr - 1985 war hier ein Anstieg um 47,0 % erfolgt -, während die Bestelltätigkeit aus dem Ausland weiter expansiv war (+ 8,2 %). Abgesehen von der vom Vorjahr beeinflußten Sonderentwicklung beim Fahrzeugbau, wo der Rückgang der Inlandsnachfrage gegenüber dem Vorjahr durchaus als Normalisierung angesehen werden kann, entwickelte sich die Inlandsnachfrage durchweg positiv, während die Auslandsnachfrage erste Bremsspuren zeigte. Der Maschinenbau erlitt leichte Auftragseinbußen (- 1,9 %), die von der abnehmenden Auslandsnachfrage resultierten (- 8,9 %), während die Inlandsbestellungen expandierten (+ 4,8 %). Positiv war die Auftragsentwicklung in der Elektrotechnik (+ 3,6 %), wobei auch hier die Impulse aus dem Inland kamen (+ 5,9 %). Auch im Bereich Feinmechanik und Optik, wo die Ordertätigkeit insgesamt stagnierte (- 0,4 %), waren die Inlandsbestellungen noch positiv (+ 2,9 %). Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie konnte ihr Auftragsniveau deutlich erhöhen (+ 4,0 %), wobei sich die Erholung im Bausektor in einer kräftigen Zunahme der Auftragseingänge im Bereich Steine und Erden ausdrückte (+ 7,4 %), während die Chemische Industrie ein Auftragsplus von 3,8 % verbuchen konnte (Tabelle 6).

Das bereits 1985 erreichte Niveau der Auftragseingänge führte auch 1986 zu einem kräftigen Produktionsanstieg (+ 4,2 %). Überdurchschnittlich war die Erhöhung des Ausstoßes in der Investitionsgüterherstellung (+ 4,7 %), womit das bereits 1985 beachtlich gesteigerte Produktionsniveau (1985: + 11 %) nochmals übertroffen wurde. Im Investitionsgüterbereich konnten sowohl der Fahrzeugbau (+ 7,2 %), der Maschinenbau (+ 6,5 %) und die Elektrotechnik (+ 3,5 %) ihre Produktion kräftig ausweiten, den größten Produktionszuwachs hatte jedoch der Bereich Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (+ 8,0 %).

Im Branchendurchschnitt lag die Produktionsentwicklung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 4,4 %), wobei die Chemische Industrie nur einen leichten Zuwachs von 0,8 % verzeichnete. Vergleichsweise gering war auch der Anstieg in der Verbrauchsgütererzeugung (+ 2,6 %). Einer kräftigen Produktionsausweitung in der Kunststoffwarenherstellung (+ 7,7 %) standen schwächere Zunahmen in der Bekleidungsindustrie (+ 1,8 %) und der Holzverarbeitung (+ 2,5 %) gegenüber, während die Produktionstätigkeit in der Textilindustrie konstant blieb. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnte die Produktion um 2,4 % ausweiten.

Entsprechend dem Verlauf der Produktion entwickelten sich auch die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes positiv. Insgesamt konnte ein Anstieg um 4,2 % auf 268,9 Milliarden DM verbucht werden. Im Inland wurden Waren im Wert von 182,3 Milliarden DM verkauft (+ 4,0 %), während der Auslandsumsatz leicht überdurchschnittlich auf 86,6 Milliarden DM stieg (+ 4,6 %). Hierdurch erhöhte sich die Exportquote leicht von 32,1 % auf 32,2 %. Im gesamten Bundesgebiet lag die Exportquote wie im Vorjahr bei 30,1 %.

Die Beschäftigungssituation im Verarbeitenden Gewerbe hat sich 1986 erneut spürbar verbessert (+ 2,3 % im Jahresdurchschnitt), nachdem bereits 1985 erstmals in den 80er Jahren ein deutlicher Anstieg (+ 2,2 %) registriert werden konnte (Tabelle 7). Damit waren im Monatsdurchschnitt 1,424 Millionen Personen im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Im gesamten Bundesgebiet fiel die Zunahme der Industriebeschäftigten geringer aus, sie stieg um 1,8 % auf eine Zahl von 6,853 Millionen. Maßgeblich für den Beschäftigtenzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe war die Expansion im Investitionsgütergewerbe (+ 3,6 %), während von den anderen Bereichen kaum Impulse ausgingen. So stieg die Beschäftigtenzahl in der Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung um 0,2 %, während sie im Verbrauchsgüterbereich und in der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung unverändert blieb.

Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs erhöhte sich um 0,8 %. Der im Vergleich zur Produktionsentwicklung (+ 4,2 %) merklich geringere Anstieg des Arbeitseinsatzes deutet, wie bereits im Vorjahr, auf eine spürbare Erhöhung der Produktivität.

Tabelle 7

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1986

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Produktion		Exportquote[1]		Erzeugerpreise 1980=100[2]
	insgesamt MD[3]	Veränderung 1986 gegen 1985	insgesamt	Veränderung 1986 gegen 1985	Index MD[3]	Veränderung 1986 gegen 1985	1986	1985	Veränderung 1986 gegen 1985
	1000	%	Mill.	%	1980=100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 424,2	+ 2,3	1 543,8	+ 0,8	112,8	+ 4,2	32,2	32,1	– 2,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	164,1	+ 0,2	177,0	– 0,8	107,6	+ 4,4	24,0	23,4	– 12,2
Chemische Industrie	67,9	+ 1,7	57,6	+ 0,3	113,5	+ 0,8	35,5	35,1	– 5,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	923,6	+ 3,6	974,1	+ 1,7	120,0	+ 4,7	40,7	41,2	+ 2,3
Maschinenbau	255,5	+ 3,9	269,3	+ 2,0	110,5	+ 6,5	45,4	47,0	+ 3,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	223,9	+ 2,6	266,0	+ 0,9	126,1	+ 7,2	49,6	49,2	+ 3,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	244,7	+ 4,1	234,1	+ 2,8	121,2	+ 3,5	31,0	30,7	+ 1,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	50,5	+ 0,7	52,3	– 3,0	109,1	+ 8,0	42,4	41,2	+ 2,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	281,8	0,0	330,7	– 1,0	97,4	+ 2,6	19,8	19,7	+ 1,0
Textilgewerbe	74,6	– 1,9	89,6	– 3,3	96,6	+ 0,0	24,5	23,7	– 0,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	54,7	– 0,1	62,0	– 0,2	97,8	+ 2,4	8,9	9,4	– 0,7
Nachrichtlich Bundesgebiet: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 852,9	+ 1,8	7 719,3	+ 0,8	107,2	+ 2,5	30,1	30,1	– 2,9

1) Hauptbeteiligt. — 2) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Bundesgebiet, ohne Mehrwertsteuer. — 3) Monatsdurchschnitt.

Die Lohn- und Gehaltssumme im Verarbeitenden Gewerbe belief sich 1986 auf 63,073 Milliarden DM und lag damit um 7,0 % über dem Niveau von 1985. Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten ergibt sich ein Pro-Kopf-Wert von rund 44 290 DM. Das waren 4,6 % mehr als im Vorjahr.

Das erste Quartal von 1987 ließ in der Nachfrageentwicklung eine gewisse Abkühlung erkennen. Zwar entwickelten sich die inländischen Auftragseingänge leicht positiv (+ 1,5 %), doch reichte dies nur knapp aus, um die durch eine wechselkursbedingt schwieriger gewordene Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten verursachte rückläufige Auslandsnachfrage (– 4,7 %) auszugleichen, so daß die gesamten realen Auftragseingänge stagnierten (– 0,8 %) (Tabelle 8).

Rückläufig war die Nachfrage in der Investitionsgütererzeugung (– 2,8 %), wo bei kaum veränderten Inlandsaufträgen (+ 0,5 %) die Auslandsnachfrage deutlich abfiel (– 7,0 %). Maßgeblich beeinflußt wurde diese Entwicklung vom Fahrzeugbau (– 8,2 %), wo neben den Inlandsaufträgen (– 4,9 %) vor allem die Auslandsorder deutlich zurückgingen (– 10,5 %). In dieser Branche bewegt sich das Auftragsvolumen jedoch, insbesondere bei den Inlandsaufträgen, noch auf recht hohem Niveau. Leicht negativ war die Entwicklung beim Maschinenbau (– 2,8 %), wo allerdings die Inlandsaufträge stärker nach unten neigten (– 4,5 %) als die Auslandsaufträge (– 0,8 %). Lebhaft war die Inlandsnachfrage dagegen in der Elektrotechnik (+ 4,9 %), dies reichte aber nicht aus, bei gleichzeitig stark gesunkenen Auslandsaufträgen (– 11,1 %) der Gesamtnachfrage (– 0,5 %) zusätzliche Impulse zu geben. Einen leichten Anstieg der realen Auftragseingänge verbuchten dagegen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 2,6 %) und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe

Tabelle 8

Entwicklung des Auftragseingangs und der Produktion (1980 = 100)

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Veränderung 1. Quartal 1987 gegen 1. Quartal 1986				Veränderung Januar-April 1987 gegenüber Vorjahreszeitraum			
	Auftragseingang			Produktion	Auftragseingang			Produktion
	Volumenindex insgesamt	davon Inland	davon Ausland	insgesamt	Volumenindex insgesamt	davon Inland	davon Ausland	insgesamt
	%							
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	− 0,8	+ 1,5	− 4,7	+ 1,7	− 3,4	− 1,2	− 6,9	− 1,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,4	+ 4,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	− 2,8	+ 0,5	− 7,0	+ 0,8	− 5,7	− 2,9	− 9,3	− 2,2
darunter Maschinenbau	− 2,8	− 4,5	− 0,8	+ 3,5	− 6,2	− 7,4	− 4,8	0,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	− 8,2	− 4,9	− 10,5	− 1,5	− 8,9	− 8,5	− 9,2	− 4,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	− 0,5	+ 4,9	− 11,1	+ 6,6	− 5,1	+ 0,5	− 16,1	+ 3,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 3,4	+ 4,2	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	− 0,4
darunter Textilgewerbe	+ 0,6	− 1,4	+ 6,5	+ 0,4	− 1,6	− 3,2	+ 3,1	− 1,9
Nachrichtlich Bundesgebiet:								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	− 1,8	− 0,3	− 4,1	+ 0,7	− 3,1	− 2,0	− 4,7	− 0,9

(+ 3,5 %). In diesen beiden Bereichen entwickelten sich Inlands- und Auslandsaufträge gleichermaßen nach oben.

Entsprechend der Zurückhaltung bei der Nachfrage wurde die Produktion im ersten Quartal nur noch leicht ausgeweitet (+ 1,7 %). Das sektorale Muster der Entwicklung der Auftragseingänge spiegelt sich in dem unterschiedlichen Produktionswachstum der einzelnen Branchen. Der Ausstoß im Investitionsgüterbereich stieg nur um 0,8 %. Besonders deutlich war die Zunahme hier in der Elektrotechnik (+ 6,6 %) und beim Maschinenbau (+ 3,5 %), während der Fahrzeugbau (− 1,5 %) und der Bereich Feinmechanik, Optik, Uhren (− 0,8 %) die Produktion leicht zurücknahmen. Dagegen entwickelte sich der Ausstoß der vor allem von der Binnennachfrage beeinflußten Bereiche überdurchschnittlich. So stieg die Produktion im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 4,3 %), in der Verbrauchsgütererzeugung (+ 2,3 %) und beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 2,6 %) spürbar an.

Abnehmende Dynamik der Investitionstätigkeit

Nachdem 1985 die realen Ausrüstungsinvestitionen bundesweit um nahezu ein Zehntel gestiegen waren, flachte die Entwicklung 1986 ab (+ 4,6 %). Hierbei war die Zunahme im ersten Halbjahr allerdings deutlicher (+ 7,4 %) als danach (+ 2,4 %). Es ist nicht auszuschließen, daß sich in dieser Abschwächung der Investitionsneigung bereits die aus dem rückläufigen Dollarkurs resultierende Dämpfung der Erwartungen aus dem Exportgeschäft niedergeschlagen hat. Deutlich zugenommen haben dürfte der Einsatz von aus dem Ausland bezogenen Ausrüstungsgütern. So sind die Importe von Erzeugnissen des Investitionsgütersektors bundesweit volumenmäßig um 7,2 % gewachsen.

Die Erträge der Unternehmen haben sich 1986 nicht mehr so günstig entwickelt wie im Vorjahr. So hat sich das von der Deutschen Bundesbank berechnete Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen im 4. Quartal saisonbereinigt betrachtet etwas verringert, auch wenn es den Vorjahresstand noch übertraf. Zwar haben sich die Bezüge aus dem Ausland verbilligt, dem stand aber ein steigender Kostendruck aus dem Inland gegenüber, wobei die Überwälzungsspielräume vor allem im Auslandsgeschäft sehr begrenzt sind. So sind in Baden-Württemberg die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe 1986 um reichlich 2,5 % gestiegen, nachdem sie im Vorjahr mit + 0,5 % nahezu stabil waren.

Trotz einiger hemmender Einflüsse sind für 1987 insgesamt gesehen positive Impulse von den Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Zwar wirken die gesunkenen Absatz- und Ertragserwartungen der exportorientierten Branchen zunächst retardierend. Doch die vorwiegend binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche werden angesichts weiter positiver Absatzerwartungen ihre Investitionen ausdehnen, wenngleich hier, insbesondere in den Dienstleistungsbereichen, Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zu Bauinvestitionen weniger im Vordergrund stehen. Die Investitionsentscheidungen werden auch dadurch erleichtert, daß angesichts des niedrigem Zinsniveaus die Finanzierungskosten niedrig sind und derzeit die Renditen aus Sachanlagen die aus Finanzanlagen übertreffen. Erhebungen des Ifo-Instituts bestätigen, daß ein Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen nicht zu erwarten ist, vergleichsweise optimistisch fallen sogar die Umfragen der Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs aus. Trotz leicht gesunkener Kapazitätsauslastungen war das vom Ifo-Institut erfragte Geschäftsklima der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im März nach einem Tief im Winterhalbjahr wieder nach oben gerichtet. So ist die Mehrheitsmeinung des Frühjahrsgutachtens plausibel, nach der die realen Ausrüstungsinvestitionen 1987 um 4 %, d.h. nur wenig schwächer als 1986, zunehmen werden. Ihr Anstieg wird also über der Zunahme des gesamten Sozialprodukts liegen. Baden-Württemberg dürfte aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur hiervon profitieren, wenngleich sich durch die tiefgreifende Änderung der Währungsparitäten der Importdruck auch bei Investitionsgütern eher noch verstärken wird.

Wirtschaftsbau belebt Bauhauptgewerbe

Nachdem sich im Jahr 1985 die Auftragslage der Bauwirtschaft wenn auch auf sehr niedrigem Niveau stabilisiert hatte, brachte das Jahr 1986 eine deutliche Auftragsbelebung. So übertrafen die nominalen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe das Vorjahresniveau um 14,4 %. Diese Aufwärtsentwicklung, die sich bereits im letzten Quartal von 1985 abgezeichnet hatte, setzte sich in allen Quartalen des Berichtsjahres kontinuierlich fort und hielt auch noch im letzten Quartal von 1986 an (+ 16,9 %). Anders als in den Vorjahren, in denen sich Hoch- und Tiefbau unterschiedlich entwickelten, waren 1986 beide Sparten in etwa gleichem Maß an dem Aufwärtstrend beteiligt. Dieser wurde im Hochbau (+ 14,5 %) maßgeblich durch ein starkes Plus im gewerblichen und industriellen Bau bestimmt (+ 29,2 %). Hierin fand die nach wie vor starke Investitionsneigung, die zunehmend auch von den binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen getragen wurde, ihren Niederschlag. Auch der öffentliche Hochbau zog deutlich an (+ 11,7 %). Im Wohnungsbau verharrten dagegen die Auftragseingänge mehr oder weniger auf dem sehr niedrigen Vorjahresniveau (+ 1,5 %).

Im Tiefbau setzte sich die seit 1982 zu beobachtende leichte Auftragsbelebung 1986 verstärkt fort (+ 14,3 %). Alle Sparten des Tiefbaus hatten eine positive Entwicklung zu verzeichnen. So wiesen die für den Tiefbau maßgeblichen Bereiche Straßenbau und sonstiger öffentlicher Tiefbau (einschl. Bundesbahn und Bundespost) Zuwachsraten von 5,6 % bzw. 19,9 % auf, wobei die Zunahme beim sonstigen öffentlichen Tiefbau allerdings in erheblichem Umfang von mehreren Auftragsvergaben im Rahmen eines Großbauvorhabens der Bundesbahn beeinflußt wurde. Auch die Auftragseingänge im gewerblichen und industriellen Tiefbau zeigten mit + 19,4 % ein überdurchschnittliches Auftragsplus (Tabelle 9).

Tabelle 9

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (1980 = 100)

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Zeitraum	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungsbau	gewerblicher und industrieller Bau	öffentlicher Bau[1]		Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	sonstiger öffentlicher Bau[1]
1986 1. Vierteljahr	+ 13,9	+ 15,6	+ 4,6	+ 28,9	+ 25,0	+ 11,2	– 8,9	+ 18,4	+ 9,0
2. Vierteljahr	+ 15,1	+ 11,4	+ 6,7	+ 17,2	+ 8,4	+ 20,4	+ 16,8	+ 22,4	+ 30,2
1. Halbjahr	+ 14,6	+ 13,1	+ 5,8	+ 21,1	+ 15,1	+ 16,8	+ 7,4	+ 20,6	+ 22,1
3. Vierteljahr	+ 12,2	+ 11,8	– 6,3	+ 30,0	+ 5,5	+ 12,8	+ 10,7	+ 14,6	+ 5,0
4. Vierteljahr	+ 16,9	+ 20,7	+ 0,9	+ 44,4	+ 14,5	+ 11,1	– 6,6	+ 23,1	– 1,5
2. Halbjahr	+ 14,3	+ 15,8	– 2,9	+ 36,5	+ 9,1	+ 12,1	+ 3,7	+ 18,3	+ 2,1
Jahr	+ 14,4	+ 14,5	+ 1,5	+ 29,2	+ 11,7	+ 14,3	+ 5,6	+ 19,4	+ 10,7
1987 1. Vierteljahr	+ 1,0	– 8,0	– 11,7	– 6,0	+ 4,9	+ 17,0	+ 1,9	– 3,7	+ 62,8
Jan. - April	– 2,4	– 9,3	– 12,8	– 10,8	+ 12,4	+ 8,9	– 2,2	+ 2,1	+ 39,4
Nachrichtlich Bundesgebiet: Jahr 1986	+ 9,0	+ 7,6	– 5,0	+ 17,0	+ 9,1	+ 11,2	+ 4,1	+ 21,4	+ 10,4

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Die Aufhellung der Auftragslage führte dazu, daß der im Vorjahr noch starke Abbau der personellen Kapazitäten (- 7 %) abebbte. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen sank im Jahresdurchschnitt noch um 2,4 %, am Jahresende lag sie um 1,3 % unter dem Vorjahresstand. Aufgehellt hat sich auch der Arbeitsmarkt für Bauberufe. Ende September gab es in diesem Bereich 6 343 Arbeitslose, das war fast ein Drittel (- 30,4 %) weniger als vor Jahresfrist, gleichzeitig hatte sich die Zahl der offenen Stellen verdoppelt. Auf eine offene Stelle im Baubereich kamen 2,7 Arbeitslose gegenüber 7,8 im September 1985.

Als Frühindikator für die zukünftigen Entwicklungen im Hochbau können die Genehmigungszahlen herangezogen werden. Gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raums lag die Hochbaunachfrage 1986 um 13,1 % über dem Vorjahresniveau, wobei ein stark gegensätzlicher Verlauf im Wohnungsbau (- 1,8 %) und im Nichtwohnbau (+ 27,5 %) zu verzeichnen war. Damit stieg der Anteil des Nichtwohnbaus am insgesamt zum Neubau genehmigten Hochbauvolumen, der 1984 noch rund zwei Fünftel betragen hatte, auf deutlich mehr als die Hälfte. Bei einer Tendenzaussage über die zukünftige Entwicklung im Hochbaubereich ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die Baugenehmigungen des Jahres 1986 schon in erheblichem Umfang an den Auftragseingängen desselben Jahres niedergeschlagen und die ersten Monate des Jahres 1987 eine deutliche Auftragseingangsabschwächung gebracht haben. So nahm neben einem erneuten Rückgang der Baugenehmigungen im Wohnungsneubau (- 13,2 % beim umbauten Raum) im 1. Quartal 1987 auch der Nichtwohnbau gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 11,4 % ab. Von daher ist es äußerst fraglich, ob im Hochbau das relativ hohe Auftragsniveau des Jahres 1986 auch 1987 wird erreicht werden können. Im 1. Quartal 1987 jedenfalls unterschritt das Auftragsniveau im Hochbau den entsprechenden Vorjahreswert um 8 %. Allerdings nahmen gleichzeitig die Tiefbauaufträge um 17 % zu.

1986 nochmals Exportzuwachs

Die bereits im zweiten Halbjahr von 1986 rückläufige Auslandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe wirkte sich beim Export des Berichtsjahres lediglich in einer Abflachung der äußerst dynamischen Entwicklung der Vorjahre aus. Mit einem Wert von 95,189 Milliarden DM wurden nochmals 4,1 % mehr Waren abgesetzt als 1985, wo die Zuwachsrate 12,3 % betragen hatte. Demgegenüber war 1986 die wertmäßige Ausfuhr bundesweit rückläufig (- 2,0 %). Der Anteil des Landes an der Ausfuhr des Bundesgebiet stieg damit von 17,0 % auf 18,1 %. Da die bundesweit berechneten Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) rückläufig waren (- 3,3 %), war für das Ausfuhrvolumen auch bundesweit ein kleines Plus zu verzeichnen. Entsprechend ist auch die reale Ausfuhr Baden-Württembergs etwas stärker gestiegen als der Ausfuhrwert.

In vierteljährlicher Betrachtung zeigte die baden-württembergische Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte eine verhaltenere Entwicklung. Nach den im ersten und zweiten Quartal erreichten Zuwachsraten (+ 5,4 % bzw. + 5,8 %) war die Entwicklung im dritten Quartal deutlich schwächer (+ 1,8 %), während die Zuwachsrate im vierten Quartal wieder leicht anstieg (+ 3,6 %).

Der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse in Europa nahm überdurchschnittlich stark zu (+ 5,5 %) und erreichte 1986 einen Wert von 62,6 Milliarden DM, dies entspricht einem Anteil von fast zwei Dritteln an der Gesamtausfuhr (Tabelle 10). Besonders stark war der Anstieg der Ausfuhr in die EG-Länder (+ 6,9 %), wobei die Entwicklung bei den neuen EG-Mitgliedsstaaten Portugal (+ 22,9 %) und Spanien (+ 28,7 %) besonders dynamisch war. Auf die EG-Länder entfiel ein Anteil von über zwei Fünftel der Ausfuhren. Zu den wichtigsten Abnehmerländern zählten auch 1986 Frankreich (+ 5,4 %), Italien (+ 9,4 %), Großbritannien (+ 4,6 %) und Niederlande (+ 4,8 %). Die EFTA-Staaten nahmen 4,6 % mehr Waren ab als 1985, auf sie entfiel ein knappes Fünftel der Ausfuhren des Landes. Wichtigste Abnehmerländer waren hier Österreich (+ 6,7 %) und die Schweiz (+ 3,7 %). Leicht rückläufig war der Export in die europäischen Staatshandelsländer, die von dem niedrigen Niveau der Energie- und Rohstoffpreise betroffen waren (- 1,5 %).

Auf dem amerikanischen Kontinent wurden 1986 Waren im Wert von 19,6 Milliarden DM abgesetzt (+ 13,3 %). Mit am dynamischsten entwickelte sich wieder der Absatz in die USA (+ 14,1 %), während hier bundesweit die Exporte stagnierten (- 0,6 %). Die USA sind mit einem Ausfuhranteil von 17,5 % das

Tabelle 10

Ausfuhr nach Handelspartnern 1986

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	62 604,2	65,8	+ 5,5
davon			
EG-Länder	39 560,6	41,6	+ 6,9
Frankreich	11 519,6	12,1	+ 5,4
Belgien-Luxemburg	3 661,7	3,8	+ 4,4
Niederlande	5 633,4	5,9	+ 4,8
Italien	7 485,4	7,9	+ 9,4
Großbritannien	6 278,9	6,6	+ 4,6
Republik Irland	324,7	0,3	+ 9,9
Dänemark	1 535,2	1,6	+ 6,9
Griechenland	790,9	0,8	– 0,4
Portugal	436,4	0,5	+ 22,9
Spanien	1 894,3	2,0	+ 28,7
EFTA-Länder[1]	18 360,3	19,3	+ 4,6
Staatshandelsländer[2]	2 639,3	2,8	– 1,5
Übriges Europa	2 044,1	2,1	– 3,5
Afrika	2 944,6	3,1	– 24,3
Amerika	19 595,7	20,6	+ 13,3
darunter			
Vereinigte Staaten	16 615,7	17,5	+ 14,1
Asien	8 905,4	9,4	– 7,6
Australien und Ozeanien	1 139,2	1,2	– 8,5
Ausfuhr insgesamt	95 189,1	100	+ 4,1
davon			
Industrialisierte Länder	82 035,3	86,2	+ 7,1
Entwicklungsländer	9 747,2	10,2	– 13,9
darunter OPEC-Länder[3]	3 217,8	3,4	– 33,7
Staatshandelsländer insgesamt[4]	3 406,6	3,6	– 2,3
Nachrichtlich Bundesgebiet:			
Ausfuhr insgesamt	526 362,4	100	– 2,0

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. – 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. – 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

wichtigste Abnehmerland Baden-Württembergs. Seit jeher stehen hierbei die Ausfuhr von Straßenfahrzeugen und Maschinenbauerzeugnissen im Vordergrund. 1986 betrug der Anteil dieser beiden Produktgruppen am Export in die USA 61,3 % bzw. 17,7 %. Noch stärker war der Anstieg der Ausfuhren nach Kanada (+ 15,5 %), während die Exporte in die amerikanischen Entwicklungsländer um 5,0 % zunahmen.

Der Absatz in die asiatischen Länder nahm 1986 ab (- 7,6 %), allerdings bei stark differenzierter Entwicklung. Während die Ausfuhren in die Volksrepublik China als Folge der dortigen Bemühungen zum Ausgleich der Handelsbilanz rückläufig waren (- 6,2 %), nahmen die Ausfuhren in die dynamischen Schwellenländer Südkorea (+ 76,6 %) und Hongkong (+ 14,5 %) kräftig zu, wie auch die Ausfuhr nach Japan (+ 19,8 %).

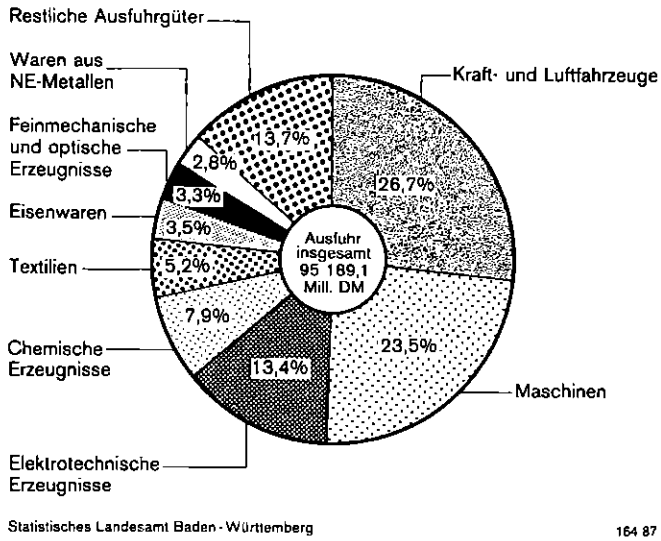
In Afrika wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von 2,9 Milliarden DM abgesetzt (- 24,3 %). Gleichermaßen rückläufig waren die Exporte in die Republik Südafrika (- 24,0 %), wie auch die Exporte in die afrikanischen Entwicklungsländer (- 24,5 %). Abgenommen haben auch die Lieferungen in die Region Australien/Ozeanien (- 8,5 %).

Baden-Württemberg erhöhte 1986 seinen Absatz in die industrialisierten westlichen Länder um 7,1 % auf 82,0 Milliarden DM. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer sank dagegen (- 13,9 %), besonders stark war der Rückgang der Exporte in die vom Verfall der Rohölpreise besonders stark betroffenen OPEC-Länder (- 33,7 %), während die Ausfuhren in die übrigen Entwicklungsländer stabil blieben (+ 1,0 %). Leicht rückläufig waren die Exporte in die Staatshandelsländer (- 2,3 %).

Die bedeutendste Warengruppe beim Export sind die Kraftfahrzeuge, die 1986 über ein Viertel der Gesamtausfuhr ausmachten (Schaubild 4). Dieser Bereich wies 1986 auch die dynamischste Entwicklung auf (+ 12,9 %). Einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichnete auch der Auslandsumsatz von Maschinenbauerzeugnissen (+ 6,8 %), der zweitwichtigsten Warengruppe mit einem

Schaubild 4

Struktur der Ausfuhr 1986



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 164 87

Exportanteil von 23,5 %. Besonders stark wuchs hier die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen (+ 19,8 %). Mäßig entwickelte sich dagegen die Ausfuhr bei elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 4,5 %) und chemischen Erzeugnissen (+ 2,8 %), während feinmechanische und optische Erzeugnisse eine rückläufige Entwicklung aufwiesen (- 8,4 %).

1986 beliefen sich die Einfuhren der Importeure mit Sitz in Baden-Württemberg auf 57,2 Milliarden DM, das waren 8,5 % weniger als im Vorjahr. Maßgeblich für den Rückgang war die Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar und der Verfall der Rohstoff- und Energiepreise, die zu einem Rückgang der bundesweit berechneten Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) um 16 % führten, wobei die Einfuhrpreise für Öl und Gas sich halbierten. Demgegenüber haben die realen Einfuhren deutlich zugenommen. Bundesweit gingen die nominalen Einfuhren in sehr ähnlichem Umfang wie in Baden-Württemberg (- 10,8 %) zurück, während das Volumen der Einfuhren spürbar stieg (+ 6,1 %).

Im Frühjahr 1987 war der Kurs der DM gegenüber dem Dollar um 75 % höher bewertet als Anfang 1985. Die hierdurch bewirkte Verteuerung heimischer Produkte in den USA und im Dollar-Raum (z.B. Kanada und die ostasiatischen

Tabelle 11

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1986	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1985[1]	Saldo der Leistungsbilanz 1986[2]	Veränderung gegen Vorjahr			
				Bruttosozialprodukt real	Verbraucherpreise	Bruttosozialprodukt real	Verbraucherpreise
				1986		1987[3]	
	%		Mrd. $	%			
Bundesrepublik Deutschland	–	–	+ 36	+ 2,4	– 0,2	+ 2,0	+ 0,5
Frankreich	12,1	+ 8,8	+ 4	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,5
Italien	7,9	+ 4,3	+ 5	+ 2,7	+ 6,1	+ 2,5	+ 5,0
Niederlande	5,9	+ 0,4	.	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,5	0,0
Belgien	3,8	+ 1,6	.	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Luxemburg			.	.	.	.	.
Großbritannien	6,6	+ 24,7	– 2	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,5
Schweiz	8,4	+ 0,1	.	+ 2,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,5
Österreich	5,7	0,0	.	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
USA	17,5	+ 37,1	– 141	+ 2,5	+ 1,9	+ 3,0	+ 3,5
Japan	2,2	+ 2,4	+ 86	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,5	0,0

1) Stand März 1987 (Monatsdurchschnitt). – 2) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. – 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1987). Vorausschätzung der Mehrheit der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

Schwellenländer) wird mit zeitlicher Verzögerung dazu führen, daß die in den letzten Jahren z.B. in die USA außerordentlich stark gestiegenen Exporte 1987 wert- und volumenmäßig zurückgehen dürften. Dieser negativen Komponente für die Exportaussichten in den Dollar-Raum stehen jedoch mehrere günstige Einflußfaktoren gegenüber (Tabelle 11). So wird das Wirtschaftswachstum für die westlichen Industrieländer weiter anhalten, und die Talsohle der Ausfuhren in die ölproduzierenden Länder dürfte inzwischen erreicht sein, da sich die Ölpreise inzwischen offenbar auf einem mittleren Niveau stabilisiert haben. Umfragen lassen entsprechend erkennen, daß die Exportwirtschaft keinen Einbruch befürchtet, vielmehr wird teilweise sogar nach einem vorübergehenden mäßigen Rückgang wieder ein leichter Anstieg der Ausfuhren in der zweiten Jahreshälfte für möglich gehalten. Auf relativ milde Anpassungsprozesse deutet auch die Entwicklung der Auslandsorder des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes hin. Im ersten Quartal sind die realen Auftragseingänge aus dem Ausland zwar rückläufig gewesen (– 4,3 %), aber nicht in dramatischem Umfang. Die Ausfuhrwerte des ersten Quartals (+ 0,3 %, Bundesgebiet: – 2,3 %) signalisieren ebenfalls einen eher gleitenden Anpassungsprozeß an die neuen Rahmenbedingungen, der jedoch für einzelne Branchen und einzelne Unternehmen nicht ohne sichtbare Anpassungsprobleme verlaufen dürfte.

Die Mehrheitsmeinung des Frühjahrsgutachtens erwartet für 1987 einen nur leichten Rückgang der realen Exporte (– 0,5 %), wobei einem etwas deutlicheren Rückgang im ersten Halbjahr eine leichter Wiederanstieg im zweiten folgt. Demgegenüber erwartet das Minderheitsvotum, daß der Wendepunkt der Exportentwicklung so spät in diesem Jahr erfolgt, daß für das ganze Jahr ein etwas stärkerer Rückgang der Exporte eintreten wird. Übereinstimmung herrscht darüber, daß von den Exporten zwar keine positiven Impulse, aber andererseits auch keine anhaltend retardierenden Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen werden.

Alles in allem sind für Baden-Württemberg keine vom Bundesdurchschnitt stärker abweichenden Entwicklungen zu

sehen. Zwar haben die USA ein etwas höheres Gewicht bei den Exporten als bundesweit, demgegenüber steht jedoch, daß die heimische Produktpalette sich gerade auf dem US-Markt (z.B. Pkw der gehobenen Preisklasse und Maschinenbauerzeugnisse) bisher als relativ robust erwiesen hat.

Deutliche Reallohnsteigerung stützt privaten Verbrauch

Die Lohn- und Gehaltssteigerungen fielen 1986 höher aus als im Vorjahr. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und beim Versicherungsgewerbe von Oktober 1985 bis Oktober 1986 um 3,9 % (gegenüber 3,2 % im entsprechenden Zeitabschnitt 1984/85). Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 4 531 DM (+ 4,6 %), ihre Kolleginnen verdienten 2 850 DM (+ 6,5 %).

Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter - gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste - um 4,2 %. Beim Index der Bruttowochenverdienste betrug die Steigerung 4,0 %, da der Index der bezahlten Wochenstunden etwas unter dem Vorjahreswert lag. Im Oktober 1986 belief sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter auf 40,5 Stunden. Den Arbeiterinnen wurde im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 537 DM ausbezahlt (+ 4,3 %), ihren männlichen Kollegen 752 DM (+ 4 %).

Um festzustellen, ob die nominalen Lohnerhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Dieser wird über den Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung (von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen) ermittelt. Als Reallohnindex errechnet sich danach für Oktober 1985 ein Wert von 98,2 und für Oktober 1986 von 102,6, so daß in Jahresfrist eine Zunahme um 4,5 % und damit eine deutliche Reallohnverbesserung zu verzeichnen war. Die nominalen Lohn- und Gehaltssteigerungen schlugen sich also wegen der leicht rückläufigen Preisentwicklung in voller Höhe als Reallohnsteigerung nieder.

Diese deutlich steigenden Reallöhne sind eine wesentliche Stütze der privaten Nachfrage, die zudem auch durch andere Faktoren wesentlich günstiger war als im Vorjahr. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen bundesweit um 1 %, hinzu kam die Entlastungswirkung der zum Jahresanfang in Kraft getretenen Steuerreform. Aufgrund dieser starken Impulse nahm der private Verbrauch real 1986 bundesweit um 4,2 % zu, nachdem er im Vorjahr nur um 1,8 % anstieg. Entsprechend waren auch die Umsätze im Einzelhandel in Baden-Württemberg steigend (real + 4,7 %).

Das Preisniveau war 1986 durch eine außergewöhnliche Stabilität gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt betrug die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 0,0 %, wobei die Entwicklung der Jahresveränderungsraten des Jahres 1986 eine kontinuierliche Verringerung der Preissteigerungsraten zeigt und im zweiten Halbjahr schließlich rückläufige Werte (Oktober - 0,7 %; November: - 0,8 %; Dezember: - 0,7 %) (Tabelle 12).

Eine durchweg rückläufige Preisentwicklung war bundesweit bei den vorgelagerten Handelsstufen zu beobachten. Durch die erhebliche Verbilligung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen sowie durch den niedrigen Dollarwert lagen die Einfuhrpreise im gesamten Jahresverlauf deutlich unter dem Vorjahresniveau und zwar im Durchschnitt um 18,9 %, wobei der Abstand im Jahresverlauf zunehmend stärker wurde.

Die laufend sinkenden Einfuhrpreise wirkten sich auch auf die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte aus. Sie gingen im Jahresdurchschnitt um 3 % zurück. Die Einflüsse der sinkenden Preise bei Einfuhrwaren und gewerblichen Produkten sowie die sinkenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bewirkten, daß die Großhandelspreise ebenfalls zurückgingen. Sie lagen im Jahresdurchschnitt 1986 um 7,4 % unter dem Vorjahresniveau. Entsprechend waren auch stabile

Tabelle 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1986 (1980 = 100)
— Veränderung gegen Vorjahr in % —

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft[1]		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
								Preisindex für	
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland)[1]	Großhandelsverkaufspreise[1]	Einzelhandelspreise[2]	Bauleistungen an neuen Wohngebäuden[2]	die Lebenshaltung[3]
	Bundesgebiet[4]							Baden-Württemberg	
Januar	– 9,6	– 0,1	– 3,1	– 1,7	0,0	– 1,9	+ 1,1	–	+ 1,3
Februar	– 14,3	– 1,0	– 2,6	– 3,1	– 0,8	– 5,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8
März	– 18,1	– 1,5	– 3,7	– 4,6	– 1,4	– 7,1	0,0	–	+ 0,3
April	– 18,6	– 2,0	– 4,9	– 5,1	– 2,1	– 7,1	– 0,1	–	+ 0,2
Mai	– 19,9	– 2,3	– 6,0	– 5,6	– 2,9	– 7,7	– 0,3	+ 1,4	0,0
Juni	– 21,0	– 2,5	– 5,0	– 5,8	– 2,9	– 7,9	– 0,2	–	+ 0,2
Juli	– 22,4	– 2,8	– 4,5	– 6,9	– 3,6	– 8,7	– 0,3	–	– 0,2
August	– 21,7	– 2,8	– 4,5	– 6,9	– 3,6	– 8,3	– 0,1	+ 1,8	– 0,1
September	– 21,5	– 2,8	– 3,8	– 7,2	– 3,8	– 8,1	– 0,3	–	– 0,3
Oktober	– 20,7	– 2,9	– 5,3	– 7,4	– 4,7	– 8,5	– 0,5	–	– 0,7
November	– 20,3	– 2,8	– 7,1	– 8,2	– 4,9	– 9,2	– 0,8	+ 1,9	– 0,8
Dezember	– 19,6	– 2,6	– 8,6	– 8,7	– 4,8	– 9,4	– 0,8	–	– 0,7
Jahresdurchschnitt	– 18,9	– 2,2	– 5,7	– 5,9	– 3,0	– 7,4	– 0,2	+ 1,4	0,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Aller privaten Haushalte. — 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Einzelhandelspreise zu verzeichnen. Die durchschnittliche Preissenkung betrug hier 0,2 %, wobei im November und Dezember Preisrückgänge um 0,8 % zu verzeichnen waren.

Nachdem die Preise im letzten Jahr rückläufig waren, sind sie mit dem allmählichen Fortfall der dämpfenden Wirkungen des Ölpreisrückgangs und der Aufwertung der D-Mark seit Jahresbeginn 1987 leicht gestiegen. Der Preisindex für die Lebenshaltung für Baden-Württemberg lag im April wieder um 0,2 % über dem Vorjahresniveau (Januar: – 0,4 %; Februar: – 0,3 %; März: + 0 %). Bundesweit veranschlagen die Forschungsinstitute im Frühjahrsgutachten für 1987 eine jährliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise von 0,5 %.

Der private Verbrauch wird auch 1987 weiter steigen. Dafür spricht u.a., daß das verfügbare Einkommen des Bundesgebiets voraussichtlich mit etwa 4 % nur wenig schwächer zunehmen wird als 1986. Die Zahl der Erwerbstätigen wird jedoch laut Frühjahrsgutachten etwas verlangsamt um nur 0,5 % zunehmen, so daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit etwas weniger als im Vorjahr (1986: 5 %) ansteigen wird. Dagegen werden die übertragenen Einkommen 1987 voraussichtlich in ähnlichem Umfang expandieren wie im vergangenen Jahr, wobei die Renten etwas stärker steigen dürften. Jedoch wird von den Verbrauchsausgaben ein Teil dadurch aufgezehrt werden, daß die Preise für die Lebenshaltung wieder steigen. Da sich der Preisanstieg insgesamt jedoch in engen Grenzen halten wird, dürfte der reale private Verbrauch nicht wesentlich schwächer zunehmen als im Jahre 1986. Die Forschungsinstitute veranschlagen im Frühjahrsgutachten einen Anstieg von 3 bis 4 %.

Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes hat 1986 bei einem Ausgabenvolumen von 38,814 Mrd. DM mit einem minimalen Fehlbetrag von 10,9 Millionen DM abgeschlossen.

Die Ist-Steuereinnahmen des Landes lagen 1986 mit 26,927 Mrd.DM um 6,9 % höher als im Vorjahr. Dabei war die Entwicklung, wie bei der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und damit einhergehenden Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten war, bei fast allen Steuerarten günstig. So wurden Einnahmensteigerungen bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, bei den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag und bei der Umsatzsteuer erzielt. Rückläufig waren lediglich die Körperschaftsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer.

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden 1986 insgesamt 4,308 Mrd.DM gebucht. Das sind 6,8 Millionen DM weniger als 1985. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 3,459 Mrd.DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme für 1986 von 849,1 Millionen DM. Diese liegt um 190,9 Millionen DM oder 18,4 % unter der Nettokreditaufnahme des Haushalts 1985. Übrige Einnahmen wurden in Höhe von 7,568 Mrd. DM gebucht.

Entsprechend lagen die Gesamteinnahmen des Landes für das Jahr 1986 mit 38,803 Mrd.DM um 5,3 % über dem Vorjahresniveau, während sich die Gesamtausgaben auf 38,814 Mrd.DM beliefen und damit ebenfalls um 5,3 % über dem Vorjahreswert lagen. Die Steuereinnahmen deckten dabei 69,4 % der Gesamtausgaben gegenüber 68,4 % im Vorjahr. Bei den Ausgaben stiegen sowohl die Personalausgaben (+ 3,9 %) als auch die Sachausgaben (+ 6,2 %).

Der Doppelhaushalt 1987/88 wurde auf 40,188 Mrd.DM für das Jahr 1987 und 41,549 Mrd.DM für das Jahr 1988 festgestellt. Im Vordergrund stand bei der Erstellung dieses Doppelhaushalts weiterhin die Haushaltskonsolidierung.

Die Einnahmen des Landes werden 1987 voraussichtlich zu 70,8 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 24,6 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,6 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1987 voraussichtlich rund 15,1 Mrd.DM (37,6 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 5,54 Mrd.DM werden 13,8 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Hier stehen vor allem der Umweltschutz und Hilfen für den ländlichen Raum im Mittelpunkt.

Dabei kommen die Ausgaben für den Umweltschutz u.a. dem "Gesamtprogramm zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und zum Ausgleich landwirtschaftlicher Nutzungsbeschränkungen" mit 140 Millionen DM im Jahr 1988 zugute. Zu nennen sind hier aber auch der Umweltschutzfonds als Teil des kommunalen Investitionsfonds mit den Ausgaben vor allem für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie für die Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten und die Umweltforschung (vor allem die Großforschungsprojekte "Maßnahmen zur Luftreinhaltung" und "Wasser, Abfall, Boden" sowie der mittelfristige Forschungsplan "Ökologie").

Zur Stärkung des ländlichen Raums sind das Sonderprogramm zur Förderung baulicher Verbesserungen in Krankenhäusern des ländlichen Raums mit einem Volumen von 114 Millionen DM, das Sonderprogramm "Ländlicher Raum", das mit einem Volumen von 97 Millionen DM über das Behördenbauprogramm finanziert wird sowie das Strukturprogramm "Ländlicher Raum" mit einem Gesamtvolumen von 300 Millionen DM (1987/88: 55 Millionen DM) zu nennen.

Bei den Gemeindefinanzen waren wieder deutlich steigende Einnahmen und steigende Ausgaben kennzeichnend. Nach vorläufigen Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik stiegen die Nettosteuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern gegenüber 1985 um 694,7 Millionen DM oder 7,0 % auf 10,690 Mrd.DM an; im Vorjahr wurde eine Zunahme um 6,8 % verzeichnet. Bei den Gesamteinnahmen der Gemeinden war ein Anstieg um 4,9 % zu verzeichnen. Die Investitionsausgaben der Gemeinden stiegen 1986 ebenfalls an (+ 6,3 %). So gaben die Gemeinden für Baumaßnahmen um 7,5 % mehr aus. Sie investierten 1986 rund 4,904 Mrd.DM in Baumaßnahmen

gegenüber 4,561 Mrd.DM 1985. Der Anteil der Baumaßnahmen an den Gesamtausgaben hat leicht zugenommen (1985: 14,8 %; 1986: 15,1 %), da die Gesamtausgaben 1986 mit 5,2 % deutlich geringer stiegen.

Die Einnahmenseite der Haushalte von Land und Gemeinden war 1986 von dem kräftigen Wirtschaftswachstum begünstigt. Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr hingegen werden auch für die öffentlichen Haushalte neue Anforderungen stellen. Der in erster Linie durch die Veränderung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gedämpfte Entwicklungspfad des Wirtschaftswachstums dürfte auch bei den öffentlichen Finanzen Spuren hinterlassen.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Bildungswesen

1.1 Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg — Entwicklungen ausgewählter Schülerjahrgänge —

Einleitung

Nach unserer Landesverfassung hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Dies erfordert ein Schulsystem, das die Entfaltung der Begabung und Persönlichkeit jedes Kindes ermöglicht. Der gewählte Bildungsweg sollte der Veranlagung und Begabung des Kindes entsprechen. Wenn sich später herausstellt, daß sich das Kind anders als erwartet entwickelt, sollte es möglich sein, ein neues Bildungsziel zu erreichen. Es sollte auch möglich sein, nach einer eingeschobenen Phase der beruflichen Tätigkeit durch eine weitere schulische Ausbildung eine zusätzliche Qualifikation zu erwerben.

Ziel dieses Beitrags ist es, zu untersuchen, inwieweit sich Bildungsziele und Schullaufbahnen gewandelt haben. Dabei kommt dem beruflichen Schulwesen eine besondere Bedeutung zu. Es ermöglicht auf verschiedenen Bildungswegen, die Abschlüsse und schulische Qualifikationen des allgemeinbildenden Schulwesens zu ergänzen und zu erweitern.

Zur Darstellung der Bildungswege gibt es zwei Untersuchungsmethoden
- die Längsschnittanalyse und
- die Querschnittsanalyse.

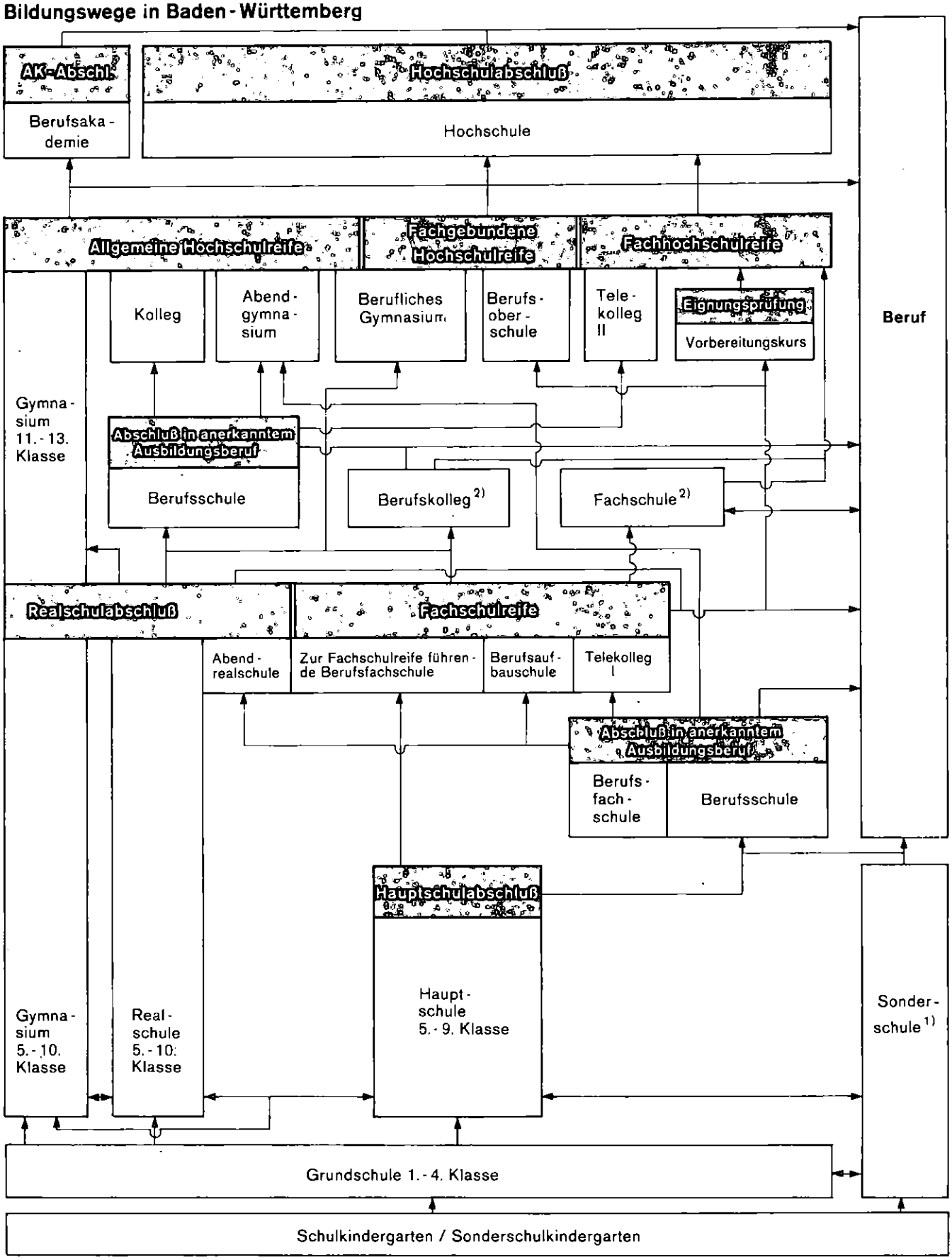
Für die Darstellung der Bildungswege ist die Methode der Längsschnittanalyse prinzipiell besser geeignet. Sie verfolgt den Durchlauf eines Schülerjahrgangs durch das gesamte Bildungssystem. Allerdings ist eine solche Methode sehr aufwendig. Zur Analyse des Schulbesuchs eines Einschulungsjahrgangs werden Daten von mindestens 13 Jahren benötigt. Soll der Werdegang dieser Schüler weiter etwa bis zum Abschluß eines Studiums verfolgt werden, so sind nahezu 20 Jahre zu untersuchen. Bei der Längsschnittanalyse dauert es also zu lange, bis Ergebnisse erhalten werden können. Ein weiterer gravierender Nachteil ist, daß der statistische Nachweis von Bildungslebensläufen einzelner Schüler mangels einer individuellen Schülerverlaufsstatistik nur eingeschränkt möglich ist.

Eine Möglichkeit, auch ohne Vorliegen einer individuellen Verlaufsstatistik zu einigen interessanten Aussagen über Bildungsverläufe zu gelangen, besteht in der Anwendung einer sogenannten Kohortenanalyse[1]. Hierbei wird auf die Untersuchung eines individuellen Schülerverlaufs verzichtet. Statt dessen werden Schülerkohorten, beispielsweise Schüler des gleichen Einschulungsjahres, während ihrer Schulzeit betrachtet. Dabei ist zu beachten, daß die so definierte Kohorte in der Regel über den betrachteten Zeitraum nicht konstant ist. Beispielsweise kommen Schüler aus anderen Bundesländern hinzu und einige Schüler verlassen die Schulen des Landes. Schüler, die das Klassenziel nicht erreichen, scheiden aus der Kohorte aus, und Wie-

1) Einen Überblick über die Kohortenanalyse geben Donald W. Hastings und Linda Berry, Introduction: An Overview of Cohort Analysis, in: Donald, W. Hastings and Linda Berry (ed.), Cohort Analysis: A collection of interdisciplinary readings, Oxford OH 1979, S. 1-19.

Schaubild 1

Bildungswege in Baden-Württemberg



1) Zum Teil mit Bildungsgängen der Hauptschule, Realschule, des Gymnasiums, der Berufsschule bzw. Berufsfachschule. – 2) Mit Beiprogramm "Vermittlung der Fachhochschulreife", diese kann auch in einem einjährigen Berufskolleg direkt erworben werden.

derholer aus früheren Einschulungsjahrgängen kommen hinzu. Diese Effekte gleichen sich weitgehend aus und können daher vernachlässigt werden. Unter dieser Voraussetzung können mittels der Kohortenanalyse die Bildungswege einzelner Schülerkohorten aufgezeigt und durch den Vergleich mehrerer Kohorten Unterschiede im Bildungsverhalten der Kohorten herausgearbeitet werden. Die Personen einer Kohorte durchlaufen das Schulsystem unter den gleichen schulischen und außerschulischen Gegebenheiten. Durch den Vergleich mehrerer Kohorten lassen sich Änderungen dieser Gegebenheiten und somit auch bildungspolitische Auswirkungen feststellen.

Im Unterschied zur Längsschnittanalyse werden in der Querschnittsanalyse die Verhältnisse in einem Jahr bei mehreren unterschiedlichen Gruppen untersucht. Die Querschnittsanalyse liefert somit rasch Ergebnisse über die neuesten Entwicklungen. Insbesondere kann die Verknüpfung und Verzahnung des Bereichs der allgemeinbildenden Schulen und des beruflichen Schulwesens anhand von Querschnittsdaten aufgezeigt werden. Es ist demnach von Vorteil, wenn beide Untersuchungsmethoden parallel verwendet werden.

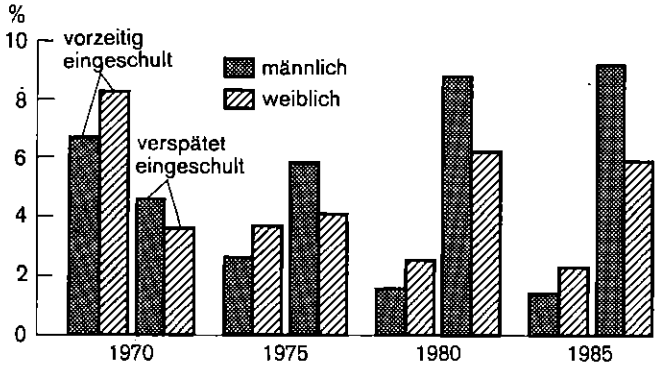
Im Folgenden werden zunächst die heutigen Bildungswege anhand von Daten der Querschnittsanalyse beschrieben. Daran schließt sich eine Längsschnittanalyse an, die sich auf zwei Schülerkohorten bezieht, nämlich die Einschulungsjahrgänge 1962 und 1972. Ihre Bildungswege werden verfolgt und Unterschiede im Bildungsverhalten zwischen den beiden Kohorten ermittelt.

Bildungswege in Baden-Württemberg

Schaubild 1 gibt einen Überblick über mögliche Bildungswege in Baden-Württemberg. Dabei wurde auf die Darstellung der vielfältigen Verästelungen auf den einzelnen Stufen zugunsten der Übersichtlichkeit verzichtet. Aber auch die geraffte Darstellung zeigt eine Fülle an Möglichkeiten, im allgemeinbildenden oder beruflichen Schulsystem einen qualifizierten Abschluß zu erlangen. Auch wird deutlich, daß die Gelegenheit besteht, eine einmal verpaßte Chance später nachholen zu können.

Schaubild 2

Vorzeitig und verspätet eingeschulte Kinder an öffentlichen und privaten Grundschulen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 163 87

Die Pflicht zum Besuch der Schule beginnt mit Vollendung des sechsten Lebensjahres. Kinder, die bei Beginn der Schulpflicht geistig oder körperlich nicht genügend entwickelt sind, um mit Erfolg am Unterricht teilzunehmen, können um ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Andererseits können, auf Antrag des Erziehungsberechtigten, Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie den für den Schulbesuch erforderlichen geistigen und körperlichen Entwicklungsstand besitzen. Die Entscheidung trifft die Schule unter Beiziehung eines Gutachtens vom Gesundheitsamt.

Ca. 1 % der Kinder eines Jahrgangs besuchen infolge ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Besonderheit eine Sonderschule, die nach sonderpädagogischen Grundsätzen arbeitet. (Es gibt Sonderschulen für Blinde, Gehörlose,..) Kinder, die vor Beginn der Schulpflicht bereits förderungsbedürftig erscheinen, können einen entsprechenden Sonderschulkindergarten vom 3. Lebensjahr an besuchen.

In den letzten 10 Jahren wurden jeweils etwa 9 % der schulpflichtigen Kinder eines Jahrgangs vom Schulbesuch zurückgestellt. Die verspätet eingeschulten Kinder machen zur Zeit rund 8 % der Schulanfänger eines Schuljahres aus, die vorzeitig eingeschulten Kinder 2 %; 1970 waren es noch 8 %. Wie sich diese Anteile seit 1970 entwickelt haben ist getrennt nach Geschlechtern aus Schaubild 2 zu entnehmen.

Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde die Meinung vertreten, daß Kinder schon in den ersten Jahren weit lernfähiger sein können, als dies bis dahin angenommen wurde und daß aus diesem Grunde vieles dafür spreche, Kinder schon im Alter von 5 Jahren einzuschulen[2]. Im Laufe der Zeit kam man von dieser Vorstellung jedoch wieder ab. Nach eingehenden Untersuchungen hat sich die Landesregierung dafür entschieden, die 5jährigen Kinder in den Kindergärten in altersgemischten Gruppen von 3 bis 6 Jahren zu fördern. Für diese Kinder steht in Baden-Württemberg ein gut ausgebautes Angebot an Kindergärten zur Verfügung. Der Besuch des Kindergartens ist freiwillig. Insgesamt werden zur Zeit 263 196 Kinder an 5 463 öffentlichen und privaten Kindergärten pädagogisch gefördert. Das entspricht einem Anteil von rund 92 % an der 3 bis unter 6jährigen Bevölkerung. 1969 lag dieser Anteil bei 65 %. Damals wurden an 4 437 Kindergärten 305 613 Kinder betreut[3]. Ein wichtiges pädagogisches Anliegen ist auch die Kooperation des Kindergartens mit der Grundschule. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Sicherung eines möglichst bruchlosen Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule.

Im Zuge der Pädagogisierung der Grundschule wurde 1977 die Versetzungsentscheidung von Klassenstufe 1 nach Klassenstufe 2 aufgehoben, da Klassenstufe 1 und 2 als pädagogische Einheit gesehen werden. Somit gibt es für die 1. Klassenstufe nur noch eine freiwillige Wiederholung. Am Ende der 2. Klassenstufe werden derzeit 1,3 % der Kinder nicht versetzt (vgl. Tabelle 1).

---

2) Siehe, Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970, S. 40 f.

3) Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) Denkschrift zum Ausbau der vorschulischen Erziehung im Kindergarten, 1970, sowie Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.), Sozialpolitik in Baden-Württemberg, Leistungen und Perspektiven, Stuttgart 1976, S. 366 ff.

Weichenstellung für den weiteren Schulverlauf am Ende der 4. Klassenstufe

Nach Abschluß der 4. Klassenstufe der Grundschule entscheiden die Eltern zusammen mit der Schule, welche weiterführende Schulart ihr Kind ab der 5. Klassenstufe besuchen soll. Dem geht eine lange Beratungsphase voraus. Schon im 2. Schulhalbjahr des 3. Schuljahres finden für die Eltern Informationsveranstaltungen statt. Diese werden vielfach durch zusätzliche Veranstaltungen im 4. Schuljahr ergänzt. Die Schüler der 4. Klassenstufe schreiben zu Beginn des 2. Schulhalbjahres landeseinheitliche Orientierungsarbeiten in Deutsch (Aufsatz und Diktat) und Mathematik. Sie gelten soviel wie eine schriftliche Arbeit und unterscheiden sich daher grundsätzlich von den früheren Probearbeiten. Aufgrund der Leistungsbeurteilung in Deutsch und Mathematik sowie unter Berücksichtigung seiner bisherigen Entwicklung, insbesondere des Lern- und Arbeitsverhaltens des Kindes, wird von der Klassenkonferenz jedem Schüler die für ihn geeignete Schullaufbahn empfohlen (Grundschulempfehlung). Die Empfehlung wird ausgesprochen für Hauptschule, Hauptschule oder Realschule, Hauptschule oder Realschule oder Gymnasium. Die drei Schularten gelten im Rahmen des dreigliedrigen Schulsystems als gleichwertig, haben jedoch unterschiedliche Zielrichtungen. Das Gymnasium zielt vor allem auf die Studierfähigkeit ab, die Realschule und die Hauptschule schaffen die Grundlage für eine Berufsausbildung sowie für weiterführende, vorwiegend berufsbezogene, schulische Bildungsgänge (vgl. §§ 6,7,8 Schulgesetz in der Fassung von 1984). Die Grundschulempfehlung (GSE)in dieser Form gibt es seit dem Schuljahr 1979/80. Stimmen Eltern mit der Grundschulempfehlung nicht überein, haben sie die Möglichkeit, für ihr Kind die gemeinsame Bildungsempfehlung und/oder die Aufnahmeprüfung zu beantragen. Die Grundschulempfehlung wird von den Eltern jedoch weitgehend (zu ca. 90 %) akzeptiert. Entwickelt sich ein Kind anders als erwartet, so ist ein Wechsel zwischen den weiterführenden Schularten im Rahmen der Multilateralen Versetzungsordnung auch später, insbesondere in Klassenstufe 5 und 6, der Orientierungsstufe, möglich.

Tabelle 1

Nichtversetzte Schüler an öffentlichen und privaten Grundschulen

Klassenstufe	Nichtversetzte Schüler									
	Anzahl					in % des entsprechenden Schuljahrgangs				
	84/85	dagegen				84/85	dagegen			
		79/80	74/75	69/70	59/60		79/80	74/75	69/70	59/60
1	–	–	6 728	7 126	2 576	–	–	4,4	4,3	2,4
2	1 257	2 142	3 910	4 308	1 579	1,4	1,9	2,6	2,8	1,7
3	1 134	1 528	3 047	3 208	1 375	1,3	1,3	2,0	2,4	1,3
4	681	1 180	1 642	2 716	1 344	0,8	0,9	1,1	2,9	1,3

Seit 1979 liegt die Quote der Übergänger - Zahl der tatsächlichen Übergänge bezogen auf die Zahl der Schüler der 4. Klassenstufe des Vorjahres - auf die Hauptschule bei rund 40 %, die Übergangsquote auf die Realschule stieg von 24,6 % auf 27,8 % und die Übergangsquote auf das Gymnasium fiel von 29,9 % auf 26,5 % (1982) und stieg dann auf derzeit 27,9 % an. Neben der Übergangsquote wirkt sich die Entwicklung der Bevölkerung im entsprechenden Alter auf die Zahl der Schüler an den einzelnen Schularten aus. Beide Faktoren zusammen führten zu der in Tabelle 2 aufgezeigten Entwicklung der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen seit 1955.

Verhaltensänderungen können weniger aus den absoluten Schülerzahlen entnommen werden, da hierauf zumindest zwei Faktoren - Bevölkerungsentwicklung und Bildungsverhalten - einwirken. Besser geeignet sind die Schulbesuchsquoten im zeitlichen Verlauf. Sie geben den Anteil der Schüler in den verschiedenen Schularten bezogen auf die Bevölkerung der entsprechenden Altersjahrgänge (Bevölkerung im Alter 10 bis unter 16 an Hauptschulen, 10 bis unter 17 an Realschulen, 10 bis unter 20 an Gymnasien) an. Deutlich zeigt sich hier (vgl. Tabelle 3), daß vor allem das Übergangsverhalten der Mädchen sich verändert hat. Vor 30 Jahren waren Mädchen noch vorwiegend in den Hauptschulen (45 %) zu finden und nur 9 % der 10 bis 19jährigen Mädchen besuchten ein Gymnasium. Dagegen lag die Gymnasialquote der Jungen bei 14 %. Die Gymnasialquote beider Geschlechter hat sich seither erhöht, wobei die Quote der Mädchen weit stärker angestiegen ist als die der Jungen. Seit

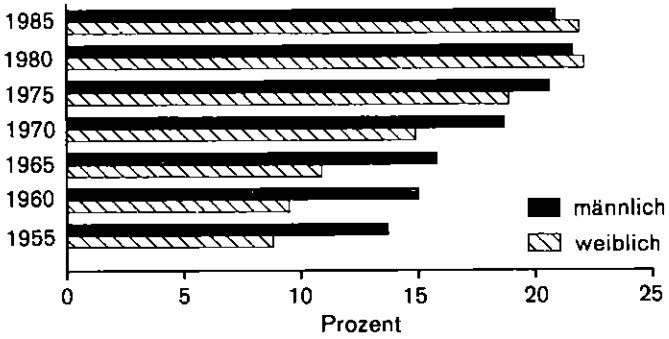
Tabelle 2

Schüler an öffentlichen und privaten weiterführenden Schulen nach Schularten

Jahr	Hauptschulen			Realschulen			Gymnasien		
	insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
1955	281 775	140 717	49,9	–	–	–	130 725	50 075	38,3
1960	280 600	140 444	50,1	26 511	15 706	59,2	129 269	48 821	37,8
1965	278 229	140 103	50,4	50 352	27 383	54,4	149 359	59 055	39,5
1970	323 649	160 098	49,5	136 781	73 895	54,0	217 162	93 966	43,3
1975	351 832	165 532	47,0	209 034	114 467	54,8	295 924	138 342	46,7
1980	285 411	127 951	44,8	256 490	138 346	53,9	339 696	167 106	49,2
1985	204 178	92 112	45,1	202 157	107 421	53,1	268 370	134 461	50,1

Schaubild 3

Entwicklung der Gymnasialquote*) seit 1955



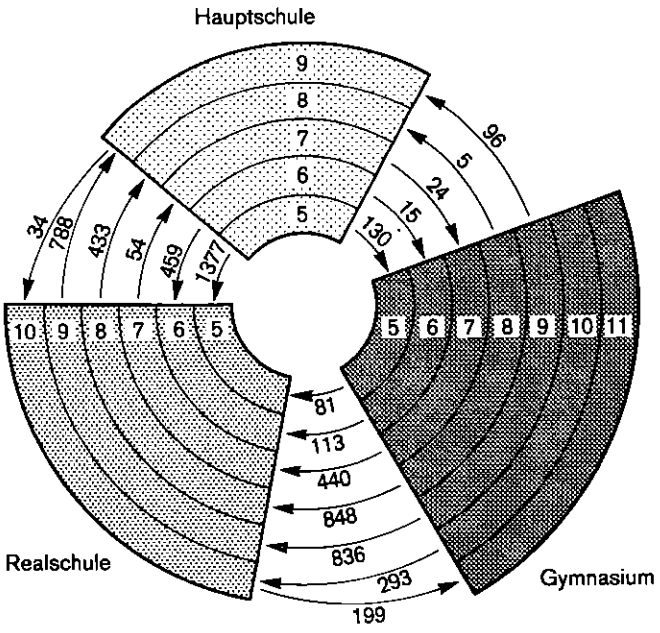
*) Zahl der Gymnasiasten bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 10 bis unter 20 Jahren.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 167 87

1979 entwickeln sich beide Quoten ungefähr gleich (vgl. Schaubild 3), wobei die Quote der weiblichen Schüler in den letzten Jahren etwas über der der männlichen Schüler lag. Dagegen lag die Realschulquote der Mädchen von Anfang an immer über der Quote für die Jungen (vgl. Tabelle 3).

Schaubild 4

Schülerbewegung zwischen weiterführenden Schularten*) zum Schuljahr 1985/86 nach Klassenstufen



*) Nur öffentliche Schulen, Nettoströme.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 150 87

Die eingeschlagenen Bildungswege werden überwiegend zum Abschluß geführt

Ein Wechsel der Schularten nach der 5. Klassenstufe ist im Rahmen der Multilateralen Versetzungsordnung möglich[4]. Beispielsweise kann aus den Klassenstufen 5 und 6 ohne Prüfung aus der Hauptschule auf die Realschule oder das Gymnasium bzw. aus der Realschule auf das Gymnasium gewechselt werden, wenn eine entsprechende Bildungsempfehlung der Schule vorliegt. Liegt eine solche Empfehlung nicht vor, so ist ein Wechsel trotzdem möglich, wenn gewisse Voraussetzungen, beispielsweise Versetzung in die nächsthöhere Klassenstufe, erfüllt sind. Dann muß jedoch in der Regel eine Prüfung abgelegt werden. Auch der Wechsel von der Realschule in die Hauptschule bzw. vom Gymnasium in die Realschule oder die Hauptschule ist unter gewissen Voraussetzungen möglich. Bemerkenswert ist, daß die Mehrzahl der Schüler den einmal eingeschlagenen Bildungsweg beibehält und der Wechsel zwischen den weiterführenden Schularten gegenüber früher geringer geworden ist.

4) Vgl. Verordnung des Ministeriums für Kultus und Sport über den Übergang zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien der Normalform vom 14. Juli 1985.

Tabelle 3

Schulbesuchsquoten an weiterführenden Schulen*)

Jahr	Hauptschulquote[1]		Realschulquote[2]		Gymnasialquote[3]	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1955	43,2	44,6	–	–	13,7	8,8
1960	46,8	49,1	3,1	4,7	15,0	9,5
1965	39,6	41,9	5,6	7,0	15,8	10,9
1970	39,8	40,9	13,3	16,4	18,7	14,9
1975	38,7	36,1	17,0	21,6	20,6	18,9
1980	34,2	29,2	21,6	26,7	21,6	22,1
1985	34,4	29,3	23,8	28,0	20,9	21,9

*) Öffentliche und private Schulen. – 1) Zahl der Hauptschüler bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 10 bis unter 16 Jahren. – 2) Zahl der Realschüler bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 10 bis unter 17 Jahren. – 3) Zahl der Gymnasiasten bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 10 bis unter 20 Jahren.

Dies zeigt die hohe Voraussagekraft der Grundschulempfehlung. So wechselten zum Schuljahr 1985/86 nur knapp 4 % der Schüler eines Schuljahres zwischen den drei weiterführenden Schularten. Die meisten gingen nach der 5. Klassenstufe aus der Hauptschule auf die Realschule über (vgl. Schaubild 4 und Tabelle 1 im Anhang). Ein verstärkter Wechsel im Bildungsweg erfolgt erst nach dem Hauptschulabschluß oder dem Realschulabschluß. Die zusätzlichen Bildungswege des beruflichen Schulwesens werden stark genutzt. Dies zeigt, daß die Bildungswege in Baden-Württemberg nicht in eine "Sackgasse" führen.

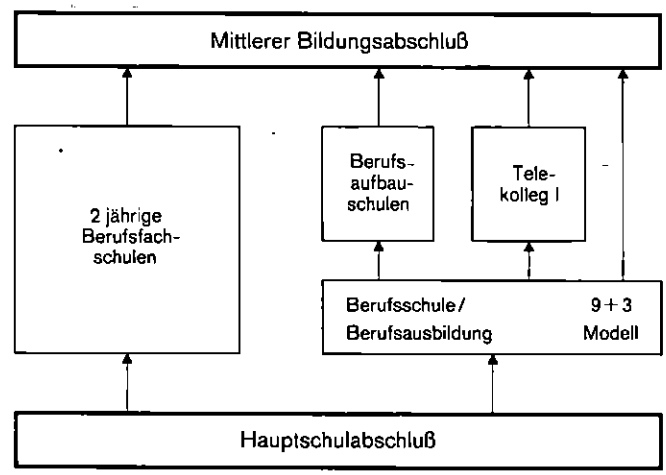
Mittlerer Bildungsabschluß über das berufliche Schulsystem

Für Hauptschüler bietet sich die Möglichkeit, einen Mittleren Bildungsabschluß über das berufliche Schulsystem (vgl. Schaubild 5) zu erwerben. Seit 1984 gibt es einen Weg, der unter der Bezeichnung "9+3" bekannt ist. Dahinter verbirgt sich ein Hauptschulabschluß plus einem Berufsschulabschluß plus einer Kammerprüfung. Bei einer Durchschnittsnote von 2,5 und besser erwirbt man einen 'Mittleren Bildungsabschluß'. Die ersten Hauptschüler erhalten im Sommer 1987 den Mittleren Bildungsabschluß nach dem Modell 9 + 3.

Viele Abgänger mit Hauptschulabschluß wählen den Weg über die zweijährige zur Fachschulreife führende Berufsfachschule. Vor allem von den Mädchen wird diese Möglichkeit genutzt. Rund 39 % der weiblichen und 15 % der männlichen Schulabgänger mit Hauptschulabschluß setzen ihre schulische Ausbildung an einer zweijährigen Berufsfachschule fort[5]. Die Mädchen besuchen vorwiegend den wirtschaftswissenschaftlichen sowie den hauswirtschaftlichen und sozialpädagogischen Typ (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Diese Typen werden in beruflichen Schulen allgemein von Mädchen bevorzugt (z.B. im dualen System). Da im gewerblich-technischen Bereich jedoch eine größere Zahl von Ausbildungsplätzen vorhanden ist, und in diesem Bereich die Berufe mit den besseren Zukunftschancen liegen (Facharbeitermangel), hat die Landesregierung durch verschiedene Einzelmaßnahmen (z.B. Orientierung in Berufsfeldern an Hauptschulen) schon vor einigen Jahren damit begonnen, Mädchen verstärkt für Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen Bereich zu interessieren.

Schaubild 5

Vom Hauptschulabschluß zum mittleren Bildungsabschluß



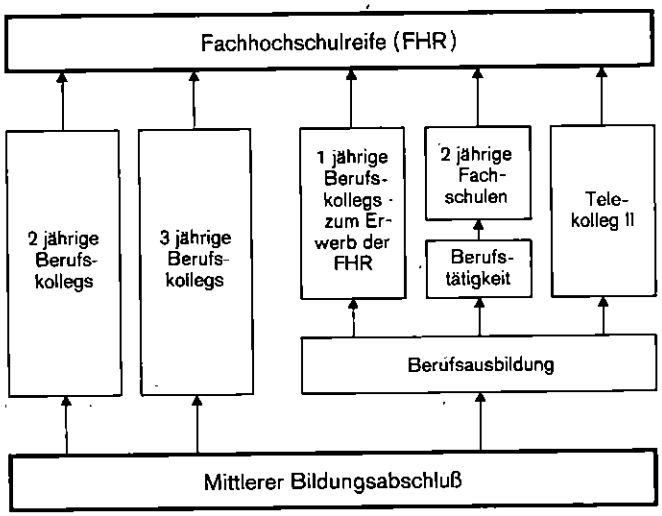
Quelle: Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.). Berufliche Bildung in Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 135 87

Auch nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung kann noch ein Mittlerer Bildungsabschluß erlangt werden. Unter der Voraussetzung eines Hauptschulabschlusses, eines Berufsschulabschlusses und einer Berufsausbildung oder einer mehrjährigen Berufstätigkeit kann entweder über ein Jahr Vollzeitunterricht an einer Berufsaufbauschule oder über zwei Jahre Unterricht an Samstagen und abends am Telekolleg I ebenfalls ein Mittlerer Bildungsabschluß erzielt werden. Die absolute Zahl der Schüler dieser Schularten setzt sich folglich aus unterschiedlichen Abschlußjahrgängen zusammen. Derzeit besuchen rund 1 000 Schüler eine Berufsaufbauschule. Die Gesamtzahl der Hauptschüler, die nach Abschluß einer Berufsausbildung den Mittleren Bildungsabschluß erwerben, zeigt, daß die Hauptschule eine solide

5) Unter der Annahme, daß die neueingetretenen Schüler und Schülerinnen an den Berufsfachschulen am Ende des vorangegangenen Schuljahres den Hauptschulabschluß erworben haben.

Schaubild 6

Vom mittleren Bildungsabschluß zur Fachhochschulreife



Quelle: Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.), Berufliche Bildung in Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 139 87

Ausbildung vermittelt, die bei Eignung und Neigung Grundlage für weitere schulische und berufliche Qualifikationen sein kann.

Vom Mittleren Bildungsabschluß zur Fachhochschulreife

Die Wege führen grundsätzlich vom Mittleren Bildungsabschluß über ein Berufskolleg, eine Fachschule oder das Telekolleg II (vgl. Schaubild 6). Während das 2- und 3-jährige Berufskolleg direkt auf dem Mittleren Bildungsabschluß aufbaut, wird für das 1-jährige Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife und für das Telekolleg II außerdem eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine entsprechende berufliche Tätigkeit von mehreren Jahren verlangt.

Bei Schülern, die über den Besuch der zweijährigen Fachschulen die Fachhochschulreife erwerben wollen, wird ein Mittlerer Bildungsabschluß, eine abgeschlossene Berufsausbildung und berufliche Tätigkeit vorausgesetzt. Diese Schüler müssen am Zusatzunterricht teilnehmen.

Das Berufskolleg wird in der Regel im Vollzeitunterricht besucht und vermittelt in 2 bis 3 Jahren eine berufliche Qualifikation. Zum Erwerb der Fachhochschulreife müssen zusätzliche Kurse in Deutsch, einer Fremdsprache, Mathematik und einem naturwissenschaftlichen Fach belegt werden.

Auch über ein einjähriges Berufskolleg kann die Fachhochschulreife erworben werden. Es gibt diese Schulart mit den Schwerpunkten Technik, Betriebswirtschaftslehre und Hauswirtschaft. Im Schuljahr 1985/86 wurden hier rund 3 100 Schüler unterrichtet.

In all diesen Schularten wird der berufsbezogene Aspekt besonders berücksichtigt. Dies zeigt sich darin, daß die berufsbezogenen Fächer einen breiten Raum einnehmen. Die Schwerpunkte sind je nach Schultyp verschieden gesetzt.

Aber nicht nur die Fachhochschulreife, sondern auch die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife kann über das berufliche Schulsystem erworben werden. Hierfür stehen zwei Wege offen - Besuch einer Berufsoberschule oder eines beruflichen Gymnasiums.

Vom Mittleren Bildungsabschluß zur Hochschulreife

Die Berufsoberschulen - Technische Oberschule und Wirtschaftsoberschule - führen in zwei Jahren zur fachgebundenen Hochschulreife. Sie bauen auf dem Mittleren Bildungsabschluß und einer abgeschlossenen Berufsausbildung auf. Jährlich treten rund 500 Schüler in die 6 vorhandenen Berufsoberschulen ein, darunter 400 in die Technischen Oberschulen. Im Schuljahr 1985/86 wurden insgesamt 998 Schüler unterrichtet.

Ohne berufliche Ausbildung kann entweder im Anschluß an die Realschule oder nach der Versetzung in die Klassenstufe 11 an allgemeinbildenden Gymnasien oder als Hauptschulabgänger nach Besuch der 2jährigen Berufsfachschule und Erwerb des qualifizierten Mittleren Bildungsabschlusses in die 11. Klassenstufe eines beruflichen Gymnasiums eingetreten wer-

den[6]. Nach drei Jahren kann die Hochschulreife erworben werden. Die Oberstufe an den beruflichen Gymnasien ist durch den berufsbezogenen Aspekt gekennzeichnet. Je nach Schultyp werden technische, wirtschaftliche, haus- oder agrarwissenschaftliche Fächer schwerpunktmäßig unterrichtet. Das berufliche Gymnasium wird von den Absolventen der Realschulen bevorzugt. Von den Neuzugängen kamen 1981 rund 55 % aus Realschulen. Aus den 2jährigen Berufsfachschulen kamen 14 % und aus allgemeinbildenden Gymnasien kamen 27 %. Die Zusammensetzung hat sich seither zugunsten der Gymnasiasten verändert. Im Schuljahr 1985/86 waren 40 % der neu eingetretenen Schüler zuvor an allgemeinbildenen Gymnasien, 9 % aus den 2jährigen Berufsfachschulen und 47 % aus Realschulen. Insgesamt werden an den beruflichen Gymnasien des Landes 30 753 Schüler unterrichtet.

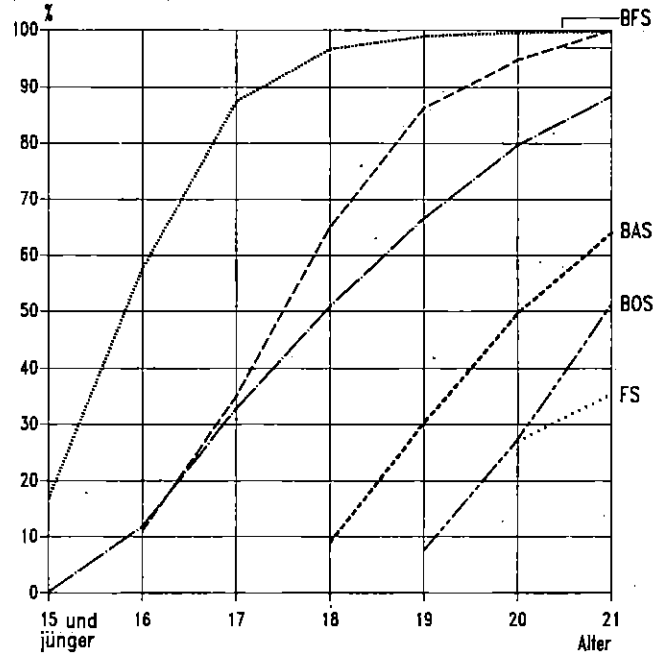
Schulausbildung in einem Zuge wird bevorzugt

Von den aufgezeigten Bildungswegen im beruflichen Schulsystem, die zu einem weiteren schulischen Abschluß führen, werden diejenigen bevorzugt, bei denen die schulische Laufbahn nicht unterbrochen wird, also z.B. die Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife und die beruflichen Gymnasien zum Erwerb der Hochschulreife. Die Schülerzahlen der entsprechenden Schularten zeigen dies deutlich. Während an den Berufsfachschulen 25 450 Schüler unterrichtet werden, sind es an Berufsaufbauschulen nur 1 089. Die Bedeutung der Berufsfachschulen hat stark zugenommen. Heute werden hier rund 7 mal so viele Schüler unterrichtet wie 1960. Auch die Schülerzahlen an den beruflichen Gymnasien zeigen deutlich, welche große Bedeutung dieser Schulart zukommt. An den beruflichen Gymnasien

Schaubild 7

Anteil der 15- bis 21jährigen Schüler an ausgewählten Schularten 1984/1985

(Anteile kumuliert)



BFS = Berufsfachschulen zur Fachschulreife führend
BOS = Berufsoberschulen TO/WO
BK = Berufskollegs
FS = Fachschulen
BAS = Berufsaufbauschulen
BGy = berufliche Gymnasien

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 161 87

werden derzeit rund 31 000 Schüler unterrichtet, an den Berufsoberschulen im Vergleich dazu nur knapp 1 000 Schüler (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Diese Struktur der Schülerzahlen dürfte unter anderem damit zusammenhängen, daß es nicht leicht ist, nach einer mehrjährigen Unterbrechung die schulische Laufbahn fortzuführen. Bei den Schülern an Berufsaufbauschulen, Berufsoberschulen und Fachschulen handelt es sich in der Regel um Erwachsene, die ihren Beruf aufgeben, um erneut die Schule für ein bis zwei Jahre zu besuchen. So sind 70 % der Schüler an den Berufsaufbauschulen und 93 % an den Berufsoberschulen 20 Jahre alt oder älter. An den Fachschulen sind 35 % der Schüler sogar 25 Jahre und älter. Dagegen sind an den Berufsfachschulen, die zur Fachschulreife führen, mehr als die Hälfte der Schüler noch nicht einmal 17 Jahre alt und an den beruflichen Gymnasien stellen die 17- und 18jährigen mehr als die Hälfte aller Schüler (vgl. Schaubild 7 und Tabelle 4 im Anhang).

6) Unter der Voraussetzung, daß der Notendurchschnitt des Mittleren Abschlusses aus den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik mindestens 3,0 beträgt, wobei keines der Fächer schlechter als "ausreichend" sein darf.

Insbesondere Frauen versuchen, den höchstmöglichen Schulabschluß auf direktem Wege zu erreichen. Dies zeigt ihr hoher Anteil an Berufsfachschulen (65 %) und an beruflichen Gymnasien (42 %). Dagegen sind an den Berufsoberschulen weniger als 20 % der Schüler und an den Berufsaufbauschulen 26 % weiblichen Geschlechts.

Mehr Schulabgänger mit Hochschulreife

Von den Abgängern der 10. und 11. Klassenstufe der Gymnasien gaben 1977 noch 52,6 % bei der Entlaßschülerbefragung an, daß sie einen Ausbildungsplatz anstreben, wobei mehr als die Hälfte von ihnen schon einen sicheren Ausbildungsplatz hatte. Bei der letztmaligen Befragung 1981 wollten nur noch 31 % der Abgänger aus der 10. und 11. Klassenstufe der Gymnasien eine Ausbildung im dualen System antreten. Dagegen gaben 65 % der Befragten an, daß sie eine weitere schulische Ausbildung anstreben (1977 waren es nur 45,5 %). Obwohl zwischen den angegebenen Wünschen der Entlaßschüler und deren Realisierung erhebliche Abweichungen auftreten können, geben diese Daten doch gewisse Anhaltspunkte über das Bildungsverhalten der Schüler. Hier zeigte sich eine Tendenz zu weiterer schulischer Ausbildung ebenso, wie bei den Abgängern aus der 10. Klassenstufe der Realschule. Damit einher ging eine Erhöhung der Abgängerzahlen mit Mittlerem Abschluß sowie mit Hochschulreife und zwar sowohl im allgemeinbildenden als auch im beruflichen Schulsystem (vgl. Tabelle 4). Gegenüber 1960 hat sich die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife aus den allgemeinbildenden Gymnasien nahezu vervierfacht. An den beruflichen Gymnasien sind es sogar 12 mal so viele wie 1960. Von der Gesamtzahl der Schulabgänger mit Hochschulreife kommen derzeit rund ein Viertel aus den beruflichen Gymnasien. Der Wunsch nach weiterer schulischer Ausbildung ist also stark ausgeprägt und hat sich in den letzten Jahren noch erhöht, was an den zunehmenden Abgängerzahlen mit Mittlerem Abschluß und Hochschulreife deutlich wird. Dabei werden diese Abschlüsse sowohl im allgemeinbildenden als auch im beruflichen Schulsystem über die aufgezeigten Wege erreicht. Hauptsächlich bedingt durch die demographische Entwicklung werden die Abgängerzahlen jedoch wieder zurückgehen. Für 1995 wird mit 41 000 Abgängern mit Mittlerem Bildungsabschluß und 22 000 Abgängern mit Hochschulreife gerechnet.

Tabelle 4

Schulabgänger von öffentlichen und privaten Schulen nach ausgewählten Abschlußarten

Jahr	Schulabgänger					
	mit Fachschulreife		mit Realschulabschluß		mit Hochschulreife	
	von		von		von	
	Berufsaufbauschulen	Berufsfachschulen	Realschulen	Gymnasien	beruflichen Gymnasien	allgemeinbildenden Gymnasien
	Anzahl					
1960	–	–	4 926	–	815	7 511
1965	–	–	6 135	–	763	6 568
1970	2 706	8 232	13 569	4 232	2 360	11 302[1]
1975	2 230	13 037	23 267	5 033	4 820	15 283[1]
1980	1 686	13 403	36 670	6 112	6 166	21 394[1]
1981	1 844	13 904	37 841	8 004	6 976	25 280
1982	1 774	14 203	40 341	7 792	8 207	26 422
1983	1 621	13 549	40 971	8 468	9 240	28 131
1984	1 135	13 164	41 145	9 721	9 620	28 620
1985	911	12 115	40 891	10 215	9 914	29 847

1) Einschließlich externe.

Abiturienten nehmen verstärkt eine Berufsausbildung im dualen System auf

Mehr Mittlere Abschlüsse und mehr Abiturienten aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bedeuten nicht, daß die betriebliche Ausbildung weniger attraktiv geworden wäre. Vielmehr ist festzustellen, daß immer mehr Schulabgänger mit Mittlerem Abschluß und Abiturienten neben den Hauptschulabgängern die berufliche Ausbildung im dualen System aufnehmen.

Der Besuch einer Beruflichen Vollzeitschule wird in der Regel auf die betriebliche Ausbildungszeit angerechnet. Bei der 2jährigen, zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule beträgt die Anrechnungszeit 1 Jahr. Die 1jährige Berufsfachschule wird ebenfalls mit 1 Jahr angerechnet, das heißt, auch hier beginnt die betriebliche Berufsausbildung mit dem 2. Ausbildungsjahr. Sowohl die 2jährige als auch die 1jährige Berufsfachschule übernimmt also die Funktion des ersten Ausbildungsjahres einer Berufsausbildung im Betrieb.

Absolventen der Sonderschule und Hauptschüler ohne Abschluß können ihre Chancen zur Aufnahme einer Berufsausbildung durch ein vollzeitschulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) verbessern. Im Berufsvorbereitungsjahr werden nicht nur Wissenslücken geschlossen, sondern es wird auch in 2 bis 3 Berufsfelder eingeführt, so daß die Berufswahl und die Chance, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu erhalten verbessert werden. Nach einer erfolgreichen Zusatzprüfung wird den Absolventen des BVJ der Hauptschulabschluß bestätigt.

Die unterschiedlichen Bildungswege, die die Berufsschüler vor Eintritt in die Berufsschule durchlaufen haben (z.B. Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Berufsfachschule) schlagen sich in der Altersstruktur der Berufsschüler nieder. Die Berufsschüler sind in der Regel zwischen 16 und 21 Jahre alt (vgl. Schaubild 7).

Von den Abiturienten wird zunehmend die berufliche Ausbildung im dualen System als Alternative zum Hochschulstudium gesehen oder aber es wird als Zusatzqualifikation eine berufliche Ausbildung erworben. Die berufliche Ausbildung zusammen mit dem Hochschulstudium soll die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker erhöhen. Inzwischen haben 8,6 % der neu in die Berufsschulen eingetretenen Schüler die Hochschulreife als letzten erworbenen Schulabschluß vorzuweisen. Im Schuljahr 1972/73 waren es dagegen nur 0,2 %.

Unter der Voraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung und dem Berufsschulabschluß können einerseits, wie bereits erwähnt, aufbauend auf dem Hauptschulabschluß oder einem Mittleren Abschluß weitere schulische Abschlüsse erworben werden. Andererseits können aber auch nach abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Tätigkeit im erlernten Beruf weitere berufliche Qualifikationen erworben werden. Hierfür eignet sich beispielsweise der Besuch von Fachschulen, die im allgemeinen der Weiterbildung von Fachleuten dienen. Je nach Fachrichtung können diese Schulen zum staatlich geprüften Techniker, Betriebswirt, zum technischen Fachwirt oder zur Wirtschafterin ausbilden. Daneben gibt es den "klassischen" auch heute noch viel begangenen Weg über die Berufsausbildung zum Meister. Nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung mit anschließender mehrjähriger Tätigkeit in dem entsprechenden Beruf kann über die Meisterschulen in einem Jahr Vollzeitunterricht oder in zwei Jahren Teilzeitunterricht oder nach dem Besuch von Meisterkursen beispielsweise bei Innungen die Meisterprüfung abgelegt werden. Die Prüfung findet in der Regel vor dem zuständigen Prüfungsausschuß der Handwerkskammer statt und berechtigt dazu, selbst junge Leute in dem entsprechenden Beruf auszubilden oder sich selbständig zu machen. Jährlich werden rund 6 000 Meisterprüfungen in den verschiedensten Fachrichtungen abgelegt. Auf die Weiterbildung der Meister, beispielsweise um höheren technischen oder betriebwirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden zu können, sind die Akademien für handwerkliche Berufe und Landbau ausgerichtet. Akademien für handwerkliche Berufe gibt es beispielsweise in sieben Fachrichtungen.

Interessant wäre es zu erfahren, wie das vorhandene Bildungsangebot von den einzelnen Schülern genutzt und welche

Bildungswege bevorzugt werden. Zwar ist es aufgrund der Datenlage nicht möglich, einzelne Schüler auf ihrem Weg durch das Schulsystem zu verfolgen, aber die Wege von Schülergruppen, sogenannte Schülerkohorten, lassen sich weitgehend analysieren.

Der Verlauf zweier Kohorten durch das Bildungssystem

Durch einen Vergleich des Verlaufs mehrerer Kohorten durch das Schulsystem wird ein Vorteil der Kohortenanalyse im Vergleich zur Gesamtbetrachtung deutlich. Erlaubt es ein solcher Vergleich doch[7], demographische Einflüsse teilweise von anderen Einflüssen auf das Bildungssystem zu isolieren und damit verschiedene Entwicklungen zu untersuchen. Für die Definition der Kohorten wurde nicht, wie allgemein üblich, das Geburtsjahr als gemeinsames Merkmal gewählt. Seit einiger Zeit werden in der amtlichen Schulstatistik nur noch im dreijährigen Turnus die Schülerzahlen nach Geburtsjahren erhoben. Hier wurde daher das Einschulungsjahr als gemeinsames Merkmal verwendet. Es wurde versucht zu analysieren, wie die Kinder zweier Einschulungsjahrgänge das Schulsystem durchlaufen haben. Die Einschulungsjahrgänge 1962 und 1972 wurden als für die Analyse interessante Jahrgänge ausgewählt.

Der Zeitpunkt der Einschulung der früheren Kohorte liegt kurz vor dem Beginn der Expansion in der Bildungspolitik. Erinnert sei an das Schlagwort "Bildungskatastrophe". Eine Reihe von Reformen des Bildungswesens wurden angestrebt, von der vorschulischen Erziehung bis zum Hochschulbereich. Das politische Interesse richtete sich vor allem auf den Abbau des sozialen und regionalen Bildungsgefälles. Für Baden-Württemberg ist in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Schulentwicklungsplan I für die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und den Schulentwicklungsplan II für die beruflichen Schulen hinzuweisen, mit denen ein flächendeckendes Netz leistungsfähiger Schulstandorte geschaffen wurde.

Zum Zeitpunkt der Einschulung der späteren Kohorte 1972 war ein Teil der angestrebten Maßnahmen bereits umgesetzt. Es ist somit zu erwarten, daß zumindest einige der Änderungen, die zwischen den beiden Einschulungsjahren durchgeführt wurden, sich im Bildungsverhalten der Schüler niederschlagen und im Vergleich der Bildungswege der beiden Schülerkohorten deutlich werden.

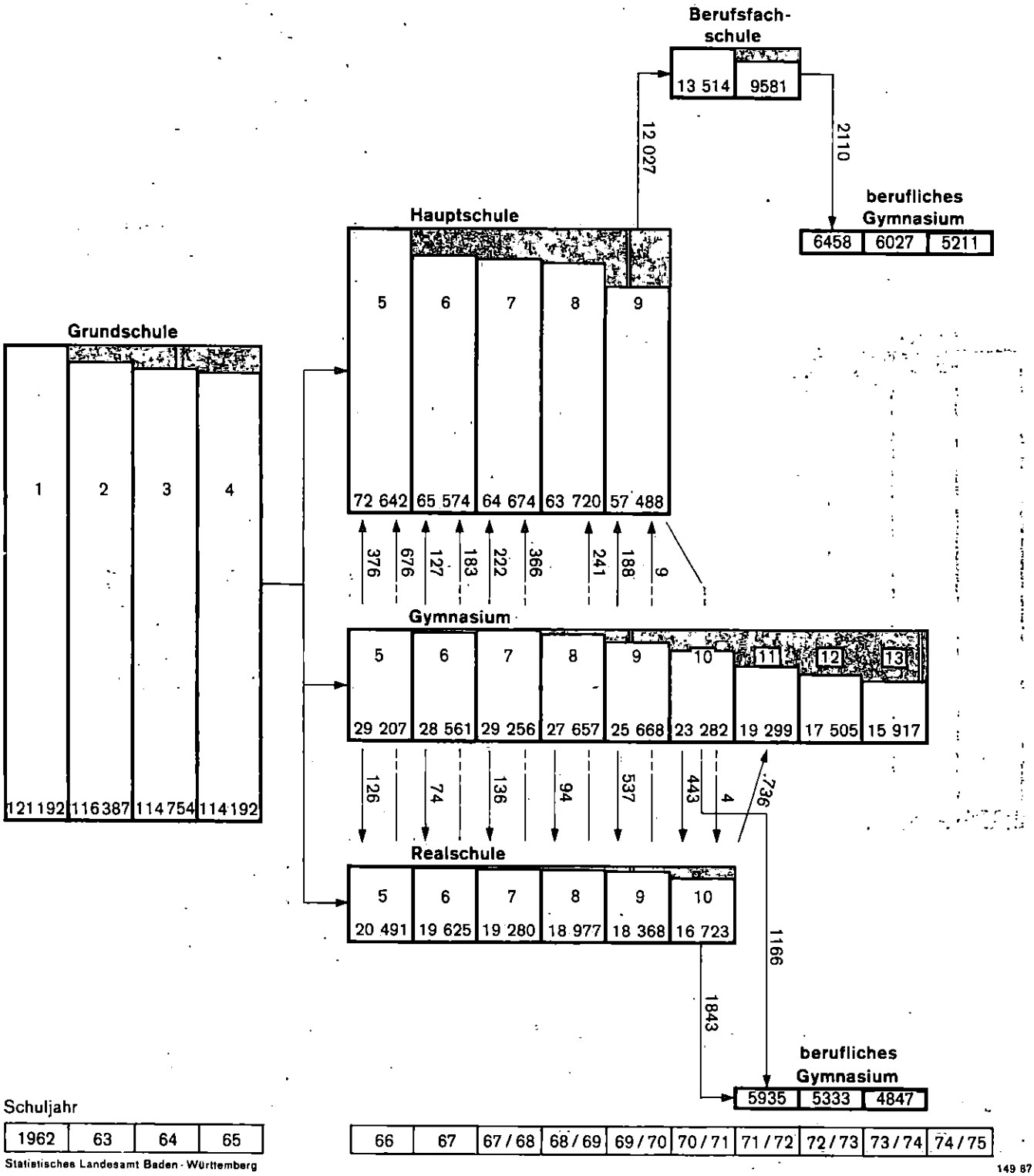
Die Verläufe der beiden Kohorten sind in Schaubild 8 und 9 dargestellt. Dabei wurden nur bestimmte Schularten in die Analyse einbezogen. Obwohl - wie bereits erwähnt - andere Schularten als die Berufsfachschule und das berufliche Gymnasium auf weitere schulische Abschlüsse vorbereiten, wurden sie in dieser Analyse nicht berücksichtigt. Es ist anhand der statistischen Angaben nicht möglich zu rekonstruieren, welche Einschulungsjahrgänge beispielsweise an Berufsaufbauschulen oder Berufsoberschulen unterrichtet werden und damit ist nicht errechenbar, wieviel Prozent der Schüler der beiden betrachteten Kohorten z.B. über die Berufsaufbauschule einen Mittleren Bildungsabschluß bzw. wieviel Prozent über die Berufsoberschule die Fachhochschulreife erwerben. Selbst die Quoten für die Berufsfachschule und das berufliche Gymnasium sind nur unter der Annahme, daß die Schüler unmittelbar von einer zur anderen Schulart wechseln, errechenbar. In den Schülerzahlen der einzelnen Klassenstufen sind jeweils auch die Wiederholer und damit Schüler früherer Einschulungsjahrgänge enthalten, während die nichtversetzten Schüler der betrachteten Kohorte dieselbe verlassen und nicht weiter verfolgt werden.

Die aufgezeigten Einschränkungen werden jedoch in Kauf genommen, da es sich zum einen um geringe Schülerzahlen handelt und zum anderen angenommen wird, daß sich die Effekte teilweise ausgleichen. Es empfiehlt sich jedoch, die berechneten Quoten nicht bis auf die letzte Stelle genau als "die wahre" Größe anzusehen. Vielmehr ist damit beabsichtigt, Größenordnungen aufzuzeigen und durch den Vergleich zweier Kohorten, die ähn-

7) Z.B. lassen sich Wanderungsbewegungen während des Beobachtungszeitraums nicht herausrechnen.

Schaubild 8

Bildungswege der Kohorte 1962 nach Klassenstufen



Schuljahr

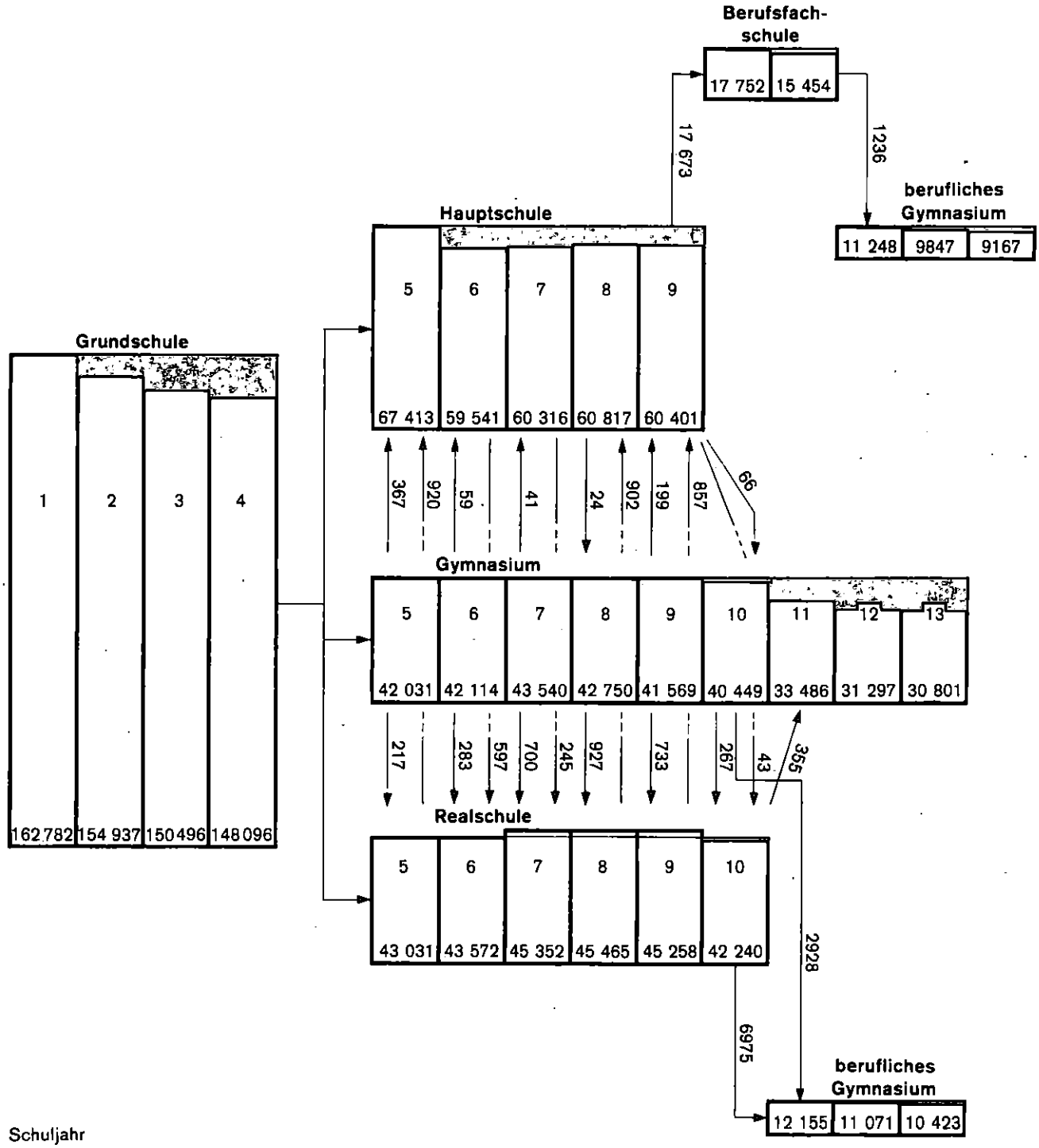
1962	63	64	65	66	67	67/68	68/69	69/70	70/71	71/72	72/73	73/74	74/75

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

149 87

Schaubild 9

Bildungswege der Kohorte 1972 nach Klassenstufen



Schuljahr

72/73	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79	79/80	80/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86

Tabelle 5

Nichtversetzte Schüler der Kohorten 1962 und 1972

Schulart	Nichtversetzte Schüler					
	Kohorte 1962			Kohorte 1972		
	Anzahl	in % der Schüler der Kohorte an der Schulart	in % des Einschulungsjahrgangs	Anzahl	in % der Schüler der Kohorte an der Schulart	in % des Einschulungsjahrgangs
Grundschule	10 452	2,2	8,6	16 646	2,7	10,2
Hauptschule	2 706	0,8	2,2	3 719	1,2	2,3
Realschule	7 934	7,0	6,6	10 958	4,1	6,7
Gymnasium	18 530	10,1	15,3	15 664	5,9	9,6

lichen Ungenauigkeiten und Annahmen unterliegen, Änderungen im Bildungsverhalten und damit indirekt auch Änderungen der Anschauung der Bevölkerung in bezug auf die schulische Bildung aufzudecken.

Mehr Schüler erreichen das Klassenziel

Beim Vergleich beider Kohorten fällt auf, daß aus dem Einschulungsjahrgang 1972 insgesamt relativ mehr Kinder das Klassenziel erreicht haben[8]. In den einzelnen Schularten hat sich die Entwicklung jedoch unterschiedlich vollzogen. Während in der Grundschule mehr Schüler nicht versetzt wurden, ging der Anteil der nichtversetzten Gymnasiasten am Einschulungsjahrgang stark zurück. Dagegen blieben die Anteile am Einschulungsjahrgang bei den Hauptschülern und den Realschülern nahezu unverändert. Dabei wird jedoch die Änderung der Aufteilung der Einschulungsjahrgänge auf die weiterführenden Schularten nicht berücksichtigt. Beispielsweise hat sich die Zahl der Realschüler um mehr als 150 000 Schüler erhöht. Die Zahl der nichtversetzten Realschüler stieg dabei nur um 3000. Entsprechend hat sich der Anteil der nichtversetzten Realschüler an der Gesamtzahl der Realschüler von 7 % auf 4 % reduziert. Der Nichtversetztenanteil der Gymnasiasten an der Zahl der Gymnasiasten der Klassenstufe 5 bis 11 hat sich halbiert, während sich der Anteil der Hauptschüler, die das Klassenziel nicht erreichten an den Hauptschülern der Klassenstufen 5 bis 9 erhöhte (vgl. Tabelle 5).

Mittlerer Abschluß und Abitur stärker gefragt

Deutlich zeigt sich eine Veränderung im Bildungsverhalten der beiden Kohorten bei der Aufteilung der Schüler auf die weiterführenden Schularten. Längere Schulzeiten mit dem Ziel weiterführender schulischer Abschlüsse gewannen zunehmend an Bedeutung, was in den Übergängen auf weiterführende Schularten zum Ausdruck kommt. Vom Einschulungsjahrgang 1962 gingen 17 % der Schüler nach der Grundschule auf eine Realschule und 23 % auf ein Gymnasium. Insbesondere der Anteil der Schüler, der auf eine Realschule ging, lag bei der späteren Kohorte wesentlich höher. Von den Erstklässlern 1972 gingen nach der Grundschule 26 % auf eine Realschule. Damit hat sich die Zahl der Schüler der 5. Klassenstufe der Realschule, die aus der Grundschule kamen, in etwa verdoppelt. Ein späterer Wechsel zwischen den Schularten wurde von beiden Kohorten nur wenig genutzt. Bei der 62er Kohorte spielte dieser Wechsel kaum eine Rolle. Nur 417 Schüler vollzogen den späteren Übergang von der Hauptschule auf die Realschule, und 179 von der Hauptschule

8) Unter der Annahme, es wurden alle nichtversetzten Schüler nur einmal nicht versetzt.

Tabelle 6

Wechsel der Schüler der Kohorten 1962 und 1972 zwischen den weiterführenden Schularten

Wechsel von ... nach ...	Kohorte 1962		Kohorte 1972	
	Anzahl	in % des Einschulungsjahrgangs	Anzahl	in % des Einschulungsjahrgangs
Hauptschule – Realschule	417	0,3	2 851	1,7
Hauptschule – Gymnasium	179	0,2	661	0,4
Realschule – Gymnasium	1 793	1,5	1 733	1,1
Realschule – Hauptschule	1 888	1,5	4 645	2,8
Gymnasium – Hauptschule	912	0,8	1 237	0,8
Gymnasium – Realschule	2 810	2,3	4 504	2,8
Hauptschule – Berufsfachschule	12 027	9,9	17 673	10,8
Berufsfachschule – berufliches Gymnasium	2 110	1,7	1 236	0,8
Realschule – berufliches Gymnasium	1 843	1,5	6 975	4,3
Gymnasium – berufliches Gymnasium	1 166	1,0	2 928	1,8

aufs Gymnasium. Rund zehnmal mehr gingen von der Realschule auf ein Gymnasium über, wobei allein 738 von ihnen nach dem Realschulabschluß, also nach der Klassenstufe 10, diesen Wechsel, insbesondere in die damaligen Aufbauzüge, vollzogen. Insgesamt entsprach die Anzahl der Wechsler von der Hauptschule und der Realschule auf das Gymnasium und von der Hauptschule auf die Realschule gerade 2 % des Einschulungsjahrgangs 1962. Rund 5 % dieses Einschulungsjahrgangs, das entspricht 5 610 Kindern, wechselten von der Realschule bzw. dem Gymnasium auf die Hauptschule bzw. vom Gymnasium auf die Realschule. Die meisten Schüler gingen vom Gymnasium zur Realschule, recht häufig auch von der Realschule auf die Hauptschule, aber nur sehr wenige vom Gymnasium auf die Hauptschule. Die Struktur der Übergänge blieb auch beim Einschulungsjahrgang 1972 erhalten. Die Anteile haben sich in beiden Gruppen jedoch etwas erhöht. Rund 10 000 Schüler oder 6 % des Einschulungsjahrgangs 1972 wechselten von der Realschule bzw. dem Gymnasium auf die Hauptschule bzw. vom Gymnasium auf die Realschule und insgesamt 3 % beschritten die umgekehrten Wege (vgl. Tabelle 6). Geringfügig angestiegen ist der Anteil derer, die ihre schulische Laufbahn von der Grundschule über die Hauptschule zur Berufsfachschule, die zur Fachschulreife führt, durchlaufen haben. Leicht gesunken ist der Anteil derer, die danach noch in das berufliche Gymnasium übergingen.

Dagegen wechselten relativ mehr Schüler von der Grundschule über die Realschule auf das berufliche Gymnasium. Hier macht sich die geänderte Aufteilung der Schüler auf die weiterführenden Schularten bemerkbar. Ganz deutlich zeigt sich auch hier die Änderung in der Einstellung zu weiteren schulischen Abschlüssen. Relativ mehr Schüler streben einen Mittleren Bildungsabschluß und die Hochschulreife über die Realschule und das Gymnasium an und gleichzeitig versuchen mehr Hauptschulabgänger über das berufliche Schulsystem noch einen Mittleren Abschluß zu erreichen und mehr Schüler mit einem Mittleren Abschluß der Realschule oder des Gymnasiums versuchen über das berufliche Gymnasium die Hochschulreife zu erlangen.

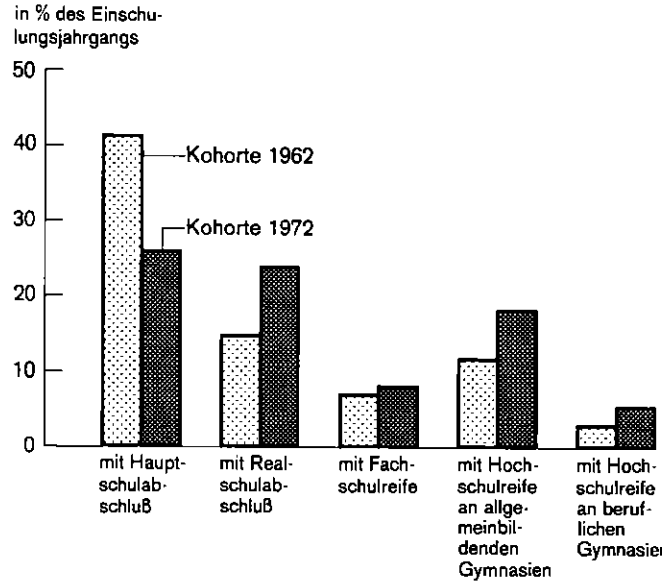
Insgesamt ist der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife aus allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien von 15 % auf 24 % des jeweiligen Einschulungsjahrgangs angestiegen. Darunter haben 3 % der 62er Kohorte und 6 % der

72er Kohorte die Hochschulreife am beruflichen Gymnasium abgelegt. Für die Berechnung der Anteile an beruflichen Gymnasien, die über die Hauptschule und die Berufsfachschule bzw. über die Realschule oder das allgemeinbildende Gymnasium kamen, wurde angenommen, daß der Anteil derjenigen, die nach der 13. Klassenstufe der beruflichen Gymnasien das Abitur bestehen, für alle gleich ist, unabhängig davon, welche Schulart zuvor besucht wurde. Die Umrechnung war notwendig, weil der Weg über die Hauptschule und die Berufsfachschule ein Jahr länger dauert als über die Realschule oder über das allgemeinbildende Gymnasium.

Stark zugenommen hat der Anteil der Schulabgänger mit Realschulabschluß. Dagegen sind es nur wenig mehr Abgänger aus Berufsfachschulen mit Fachschulreife. Beträchtlich zurückgegangen ist der Anteil der Schüler, die den Hauptschulabschluß als letzten schulischen Abschluß erworben haben (vgl. Tabelle 7 und Schaubild 10). Dies ergab sich vor allem durch die Veränderung im Bildungsverhalten beim Übergang auf weiterführende Schularten. Mitbedingt war diese Veränderung auch dadurch, daß eine schulische Ausbildung für die Mädchen immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Zum einen läßt sich die Änderung in der Einstellung der Bevölkerung zur Ausbildung der Mädchen an den Anteilen der Abiturienten aus den allgemeinbildenden Gymnasien am Einschulungsjahrgang nach Geschlecht erkennen. Von der 62er Kohorte haben nur 11 % der Mädchen, aber 13 % der Jungen an den Gymnasien ein Abitur abgelegt. Von der 72er Kohorte waren es 20 % der Mädchen und 19 % der Jungen. Zum anderen verließen auch relativ mehr Mädchen als Jungen der früheren Kohorte das Gymnasium nach der 10. Klassenstufe, während die Anteile aus der 72er Kohorte nahezu gleich waren.

Schaubild 10

Schulabgänger der Kohorten 1962 und 1972 nach Abschlußart



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 132 87

Tabelle 7

Schulabgänger der Kohorten 1962 und 1972 nach ausgewählten Abschlußarten*)

Art des zuletzt erworbenen Abschlusses	Kohorte 1962		Kohorte 1972	
	Anzahl	in % des Einschulungsjahrgangs	Anzahl	in % des Einschulungsjahrgangs
Mit Hauptschulabschluß	50 052	41,3	42 703	26,0
Mit Realschulabschluß	18 028	14,9	39 080	24,0
Mit Fachschulreife	8 717	7,2	13 495	8,3
Mit Hochschulreife aus allgemeinbildenden Gymnasien	14 340	11,8	29 847	18,3
Mit Hochschulreife aus beruflichen Gymnasien	3 878	3,2	9 087	5,6

*) Über die hier betrachteten Wege.

Weniger Abiturienten wollen studieren

Um festzustellen, wie hoch der Anteil der Schüler ist, der beabsichtigt, nach der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife ein Studium aufzunehmen, werden jährlich die Schüler der 13. Klassenstufe und teilweise auch der 12. Klassenstufe nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Unter der Annahme, daß die Ergebnisse der Befragung von 1974 in etwa die Studienabsichten der Schüler des Einschulungsjahrgangs 1962 widerspiegeln und die Ergebnisse der Befragung von 1985 die Absichten der 72er Kohorte, kann folgende Entwicklung zwischen den beiden untersuchten Kohorten festgestellt werden. Von den Studienberechtigten der 62er Kohorte äußerten 80 % die feste Absicht, ein Studium aufzunehmen. Dagegen waren von der 72er Kohorte nur noch 59 % fest dazu entschlossen. Der Anteil der Unentschlossenen stieg von 13 % auf 25 %. Stark zugenommen hat der Anteil derjenigen Studienberechtigten, die nicht zu studieren beabsichtigten (von 7 % auf 16 %). Insgesamt hat sich also die Studierneigung zumindest nach den Absichtserklärungen der Studienberechtigten erheblich verringert. Ein besonders deutlicher Rückgang ist beim Anteil der Studienwilligen mit dem Studienziel Lehramt zu verzeichnen. Nach den Angaben von 1985 streben nur noch wenig mehr als 3 % der Studienwilligen ein Lehramt an. Von der 62er Kohorte 1973 waren es ungefähr zehnmal so viele. Bei den Angaben der Befragung handelt es sich um unverbindliche Absichtserklärungen. Erfahrungsgemäß entschließen sich viele der zum Zeitpunkt der Befragung Unentschlossenen später doch noch zu einem Studium. In den vergangenen Jahren fiel der Rückgang der Studienanfängerzahlen geringer aus als aufgrund der demographischen Entwicklung erwartet. Es ist außerdem zu vermuten, daß der Rückgang inzwischen ein Ende gefunden hat. Nach Meinung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ist längerfristig damit zu rechnen, daß ca. 80 % der Abiturienten ein Studium aufnehmen werden. Die Absichtserklärungen erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und Endgültigkeit. Sie können jedoch bis zu einem gewissen Grade als Indikator der Situation auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker dienen. Daß die Berufschancen schlechter eingeschätzt werden, zeigt sich auch in der wachsenden Bedeutung der Alternativen zum Studium. Der Anteil der Abiturienten, der eine Berufsausbildung anstrebt, ist, wie gezeigt, gestiegen. Die Antwort auf die Frage, ob studieren oder nicht, hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab. Eindeutig hat sich gezeigt, daß die Studierquote der Frauen niedriger liegt als die der Männer, und in jüngster Zeit ist sie noch gesunken. Dies ist dadurch mitbedingt, daß die Attraktivität der Lehramtsstudiengänge stark zurückgegangen ist. Die Lehramtsstudiengänge waren aber bislang, so könnte man sagen, eine Domäne der Frauen. Allerdings ist zu erwarten, daß die Frauen sich relativ schnell neu orientieren werden und ihre Zahl in anderen Studiengängen ansteigen wird. Neben dem Geschlecht spielen der Schulabschluß und die berufliche Stellung des Vaters eine entscheidende Rolle. Studienberechtigte, deren Väter nicht studiert haben, wenden sich verstärkt der beruflichen Ausbildung zu. Noch gravierender wirkt sich die berufliche Stellung des Vaters auf die Studierneigung aus. Vor allem Abiturienten aus Arbeiterfamilien streben in überdurchschnittlichem Maße in eine berufliche Ausbildung.[9] Außerdem spielt auch die Durchschnittsnote beim Abitur für die Entscheidung eine Rolle. Etwas salopp formuliert könnte man sagen: je besser die Noten, desto größer der Wunsch nach einem Studium. Eine Stichprobenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von 1976[10] ergab, daß die Studierneigung auch von der zu-

---

9) Siehe Lothar Birk, Heinz Griesbach u.a., Abiturienten zwischen Studium und Beruf, Wirklichkeit und Wünsche, in: HIS (Hrsg.), Bd. 28 München, New York 1978, sowie F. Durrer-Guthof und H. Schaeper, Übergänge, in: Studium, Berufsausbildung und Berufstätigkeit in HIS-Kurzinformation A9/1986, Dezember 1986.

10) Vgl. Heinz Stegmann und Hermine Kraft, Abiturienten und betriebliche Berufsausbildung, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1, 1983, S. 28 ff.

Tabelle 8

Studienanfänger in Baden-Württemberg nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung	Studienanfänger							
	WS 82/83		WS 83/84		WS 84/85		WS 85/86	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1979 und früher	2 868	10,3	1 757	6,1	–	–	–	–
1980	4 104	14,7	1 180	4,1	1 564[1]	5,8		
1981	7 269	26,0	4 143	14,5	1 172	4,4	2 123[2]	8,2
1982	13 459	48,2	7 867	27,5	3 757	13,9	1 469	5,7
1983	–	–	13 336	46,7	6 890	25,5	4 215	16,3
1984	–	–	–	–	10 582	39,2	7 446	28,9
1985	–	–	–	–	–	–	10 336	40,1
Ohne Angabe	215	0,8	302	1,1	3 015	11,2	219	0,8

1) 1980 und früher. – 2) 1981 und früher.

vor besuchten Schulart abhängig ist. Danach neigen Absolventen der beruflichen Gymnasien eher zu einer beruflichen Ausbildung als die Absolventen der allgemeinbildenen Gymnasien.

Späterer Studienbeginn

Einige der Abiturienten beginnen nach der beruflichen Ausbildung noch mit einem Studium, obwohl sie es ursprünglich nicht vorhatten. Andere haben von Anfang an die Absicht zu studieren, ziehen es aber vor, zunächst eine Lehre zu absolvieren. Sie erhoffen sich dadurch bessere Berufschancen nach dem Studium. Durch dieses Verhalten verzögert sich der Beginn des Studiums. Aber auch Praktika schieben den Studienbeginn hinaus und für einen Teil der Männer die Wehr- oder Zivildienstzeit. Durch diese Faktoren bedingt beginnt ein Teil der Abiturienten verspätet mit dem Studium. Von den Studienanfängern in Baden-Württemberg im Wintersemester 1984/85 hatten 40 % im vorangegangenen Frühjahr die Hochschulberechtigung erworben (vgl. Tabelle 8), ein Jahr zuvor 29 % und 8 % sogar fünf Jahre zuvor. Insgesamt wird gegenüber den 70er Jahren später mit dem Studium begonnen.

Einen dem Hochschulabschluß vergleichbaren Abschluß können Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung auch an den Berufsakademien erwerben. Im weiteren Sinne zählen die Berufsakademien zum dualen System. Ihre Beliebtheit bei den Abiturienten hat seit deren Gründung ständig zugenommen. 1985 nahmen 6 516 Studenten dieses Bildungsangebot wahr. Das waren zweieinhalbmal so viele wie fünf Jahr zuvor. Die Berufsakademien bieten den Vorteil einer Kombination von wissenschaftsbezogener Ausbildung an den Studienakademien und einer praxisorientierten Ausbildung an Ausbildungsstätten. Die Studenten schließen mit den Ausbildungsstätten - Industriebetrieben, Handels- und Dienstleistungsunternehmen und dgl. - einen Ausbildungsvertrag ab. Die Ausbildung erfolgt in 12wöchigem Wechsel zwischen der Studienakademie und der Ausbildungsstätte. Diese praxisnahe Ausbildung erleichtert den Absolventen der Berufsakademien den Übergang in das Berufsleben. Ein großer Teil der Studenten wird später von den Ausbildungsstätten übernommen. Nicht zuletzt deshalb dürfte dieser Ausbildungsgang sich zunehmender Beliebtheit erfreuen.

Zusammenfassung

- Das Schulsystem in Baden-Württemberg ermöglicht es, Bildungsziele auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Die Wege im allgemeinbildenden Schul-

wesen führen nicht in Sackgassen. Über das berufliche Schulwesen ist stets ein Anschluß gegeben, über den weitere schulische Qualifikationen erworben werden können.

- Das Bildungsangebot an beruflichen Schulen wird von den Schülern heute stärker als früher genutzt. Obwohl ein Wechsel zwischen den weiterführenden allgemeinbildenden Schularten möglich ist, ziehen es die Schüler vor, einen einmal eingeschlagenen Bildungsweg zunächst zu beenden, um dann in einer darauf aufbauenden beruflichen Schulart das nächste Bildungsziel zu erreichen. Ebenfalls in diese Richtung weist, daß Eltern ganz überwiegend die Grundschulempfehlung akzeptieren.

- Immer mehr Schüler versuchen, nach dem Hauptschulabschluß über die Berufsfachschule den Mittleren Bildungsabschluß zu erreichen. Gegenüber 1960 befindet sich derzeit an dieser Schulart die achtfache Schülerzahl. Die Zahl der Schulabgänger mit Mittlerem Bildungsabschluß ist seit 1960 auf ein Vielfaches angestiegen.

- Vielfältige Möglichkeiten bestehen, nach dem Abschluß einer beruflichen Ausbildung sowie nach einer weiteren Phase der praktischen Tätigkeit erneut die Schule zu besuchen und weiterführende Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife zu erreichen. Somit hat auch jemand, der zunächst die Schule verläßt, um einige Jahre eine berufliche Tätigkeit auszuüben, die Möglichkeit, noch die Voraussetzungen zu erwerben, um später ein Studium aufnehmen zu können, falls er dies wünscht.

- Mehr Schüler besuchen ein Gymnasium oder eine Realschule als früher. Die Anteile an der Bevölkerung des entsprechenden Alters haben sich in den letzten 30 Jahren beträchtlich erhöht. Insbesondere sind die Anteile der Mädchen sehr stark angestiegen; an den Gymnasien beispielsweise von 8,8 % auf 21,9 %.

Der Vergleich der Schülerkohorten von 1962 und 1972 führte zu folgenden Ergebnissen:

- Die eingeschlagenen Bildungswege wurden überwiegend auch tatsächlich abgeschlossen. Ein Wechsel zwischen den weiterführenden Schularten fand bei beiden Kohorten kaum statt. Vorgezogen wurde ein Übergang nach dem Hauptschul- oder Realschulabschluß auf berufliche Schulen.

- Die bildungspolitischen Vorstellungen der 60er Jahre machten sich im Bildungsverhalten der Schülerkohorten bemerkbar. Vom späteren Einschulungsjahrgang (72er Kohorte) setzten mehr Schüler nach der 4. Klassenstufe der Grundschule auf einem Gymnasium ihre schulische Laufbahn fort als von der 62er Kohorte.

- Mehr Schüler der späteren Kohorte legten die Hochschulreife ab, sowohl an allgemeinbildenden als auch an beruflichen Gymnasien. Auch der Anteil der Abgänger mit Mittlerem Abschluß am jeweiligen Einschulungsjahrgang liegt bei der 72er Kohorte deutlich höher, insbesondere bei den Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen. Aber auch der Anteil der Abgänger mit Fachschulreife aus beruflichen Schulen ist angestiegen.

- Die Studierneigung ist erheblich gesunken. Vor allem der Wunsch, ein Lehramtsstudium aufzunehmen, ist stark zurückgegangen. Weniger als 4 % der Schüler der 72er Kohorte (34 % der 62er Kohorte) gaben bei der Befragung der Studien- und Berufswünsche den Wunsch zum Lehramtsstudium an.

1.2 Neuere Entwicklungen an den Hochschulen
— Einfluß der Bildungswanderung auf die Entwicklung der Studentenzahlen —

Die gegenwärtige quantitative Entwicklung im Hochschulbereich ist durch unterschiedliche Tendenzen gekennzeichnet. Die Studienanfängerzahlen sind seit dem Wintersemester 1983/84 leicht rückläufig. Dabei lag die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester im Wintersemester 1986/87 mit 25 400 um rd. 400 unter dem Wintersemester 1985/86 (- 1,7 %). Demgegenüber ist für die Gesamtzahl der Studenten im Hochschulbereich noch eine leichte Zunahme zu beobachten: Im Wintersemester 1986/87 lag die Zahl der Studierenden mit rd. 193 400 um 3 100 über der des Vorjahres (+ 1,6 %). Diese gegenläufigen Entwicklungen - aus demographischen Gründen sinkende Studienanfängerzahlen und noch leicht steigende Studentenzahlen - sind rein rechnerisch darauf zurückzuführen, daß der Zugang zum Hochschulstudium quantitativ immer noch etwas größer ist als die Zahl der Hochschulabgänger. Gleichwohl signalisieren die gegenläufigen Entwicklungstendenzen aber auch, daß für die quantitative Entwicklung im Hochschulbereich in naher Zukunft ein Trendumbruch bevorsteht: nach Jahren ständiger, teilweise stürmischer Zunahme der Studentenzahlen ist in naher Zukunft ein Rückgang zu erwarten. Das mögliche Ausmaß des zu erwartenden Rückgangs frühzeitig abzuschätzen, ist dementsprechend eine wichtige Voraussetzung für quantitativ fundiertes Entscheiden und Handeln im Hochschulbereich.

1. Bundesweite Perspektiven

Jüngste Basisdaten zur Beurteilung der künftigen quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich auf Bundesebene bis zum Jahr 2 000 sind von der Kultusministerkonferenz 1986 vorgelegt worden[1]. Danach wird folgende Entwicklung für möglich gehalten:

- Die Zahl der Studienberechtigten, die 1985 fast genau bei 300 000 lag, dürfte bis 1987 im wesentlichen stagnieren. Danach dürfte sie relativ schnell auf nur noch 200 000 Studienberechtigte bereits im Jahr 1993 sinken, später nur leicht weiter abnehmen auf 191 000 in den Jahren 1996 bis 1998. Für das Jahr 2 000 wird mit 199 000 Studienberechtigten gerechnet.

- Die Zahl der Studienanfänger, die 1985 bei 208 000 lag, dürfte analog zur Entwicklung der Studienberechtigten nach tendenzieller Stagnation bis 1987 danach auf 130 000 bis 167 000 Studienanfänger im Jahr 1995 zurückgehen, und dann in etwa bis zum Jahr 2 000 konstant bleiben.

- Die Zahl der Studenten, die sich 1985 auf 1,3 Millionen belief, dürfte sich auf 0,9 bis 1,1 Millionen im Jahr 1995 und auf 0,7 bis 0,9 Millionen im Jahr 2 000 vermindern.

- Die Zahl der Hochschulabsolventen dürfte von 144 000 im Jahr 1985 bis 1994 auf 162 000 bis 200 000 noch zunehmen und erst danach auf 112 000 bis 144 000 Hochschulabsolventen im Jahr 2 000 absinken.

Bei diesen Prognosen der Kultusministerkonferenz handelt es sich nicht um politische Zielvorgaben für die weitere Entwicklung des Hochschulwesens. Vielmehr wird betont, daß es darum geht, die voraussichtlichen quantitativen Entwicklungen anhand der vorliegenden Informationen über die Studienberechtigtenzahlen und der bereits Studierenden zunächst rein rechnerisch zu beschreiben. Dabei wird der Spielraum für die Entwicklungen durch eine Bandbreite dargestellt, die durch einen unteren und oberen Wert begrenzt wird. Die Varianten der Prognose beschreiben also ein breites Feld, in dem sich die zahlenmäßige Entwicklung der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bei Eintreffen der zugrunde gelegten Annahmen bewegen dürfte (Übergangsquote in den Hochschulbereich in % der Studienberechtigten je nach Variante 60 % bis 80 %).

---

1 Vgl. Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz: Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2000, Fortschreibung zu Dokumentation Nr. 86, 95, Februar 1986.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, daß Veränderungen der den Hochschulbereich beeinflussenden Randbedingungen wie zum Beispiel die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Dauer der akademischen Ausbildung, die Vielfalt interessanter nichtakademischer Ausbildungen und die Tatsache, daß gegenwärtig annähernd 30 % eines Geburtsjahrganges in der Bundesrepublik Deutschland eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, zu wechselndem Verhalten vieler Studienberechtigter geführt haben und noch führen werden.

Der Trend in diesen Verhaltensänderungen läßt sich in der Regel nur unvollkommen vorhersehen. Ihre quantitativen Auswirkungen können aber so nachhaltig sein, daß Versuche von Prognosen der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2 000 immer stärker unter dem Vorbehalt noch nicht erkennbarer Einflüsse und Verhaltensweisen stehen müssen.

2. Baden-Württemberg

Bei den angeführten Prognosen der Kultusministerkonferenz haben länderspezifische Daten nur in eingeschränktem Umfang Eingang ins Prognosemodell gefunden. Durch Umfrage bei den Ländern wurden die zukünftigen Zahlen über die deutschen und ausländischen Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife sowie über die deutsche und ausländische gleichaltrige Wohnbevölkerung ermittelt. Sodann wurden länderspezifische Studienberechtigungsquoten nach diesen Daten berechnet.

Nicht einbezogen in den Bericht sind neben politischen Zielvorgaben für die weitere Entwicklung im Hochschulwesen länderspezifische Prognosen zum Wanderungsverhalten im Hochschulbereich. Wie von der Kultusministerkonferenz betont wird, können die zahlenmäßig für das einzelne Land bedeutsamen Wanderungen der Studenten von Land zu Land in von-

Tabelle 1

Deutsche Studenten*) in der Bundesrepublik Deutschland im Wintersemester 1985/86 nach dem Land des Studienortes und dem Land der ständigen Heimatanschrift

Land des Studienortes	Mit ständiger Heimatanschrift							
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin (West)	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
	Anzahl							
Baden-Württemberg	137 374	7 382	636	462	588	6 629	4 017	8 641
Bayern	13 055	163 001	467	464	593	4 141	3 943	9 048
Berlin (West)	5 336	3 215	49 912	1 038	1 065	2 968	6 838	8 947
Bremen	131	82	78	8 188	111	36	4 268	448
Hamburg	892	440	252	980	31 178	825	8 979	2 746
Hessen	5 428	4 520	436	572	421	76 177	4 977	9 370
Niedersachsen	1 628	1 092	455	2 815	1 642	5 528	89 274	11 527
Nordrhein-Westfalen	5 650	4 191	1 048	1 314	969	6 023	17 272	338 402
Rheinland-Pfalz	3 123	1 097	129	130	160	9 552	1 181	4 144
Saarland	899	295	37	41	46	316	371	917
Schleswig-Holstein	752	490	177	666	1 254	497	3 634	1 751
Bundesgebiet	174 268	185 805	53 627	16 670	38 027	112 692	144 754	395 941
Anteile in %[2)]	78,8	87,7	93,1	49,1	82,0	67,6	61,7	85,5

*) Nur Haupthörer. — 1) Studenten mit Heimatanschrift und Studienort im Land, in Prozent aller Studenten im Land des Studienortes. — aller Studenten im Land der Heimatanschrift.

einander unabhängigen Vorausberechnungen zum Hochschulbereich nicht so ausgewogen prognostiziert werden, daß eine spätere Zusammenfassung der Einzelprognosen im Hochschulbereich hinreichend zuverlässige Bundesgebietsergebnisse ergeben würde.

Vor diesem Hintergrund wird für eine Prognose zur künftigen quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich in Baden-Württemberg zunächst die Analyse der möglichen quantitativen Entwicklung des "Studenten-Imports" Baden-Württembergs in Gliederung nach deutschen und ausländischen Studenten im Vordergrund zu stehen haben.

2.1 Entwicklung des Studenten-Imports/ Exports 1975 bis 1985 im direkten Ländervergleich

Eine Auswahl statistischer Indikatoren zu treffen, anhand derer die Anziehungskraft oder Attraktivität der Hochschulen eines Landes gemessen werden können, ist keineswegs einfach, da es in der amtlichen Statistik bislang keine speziell für diese Zielsetzung erhobenen Merkmale gibt. Wäre jedoch der Hochschulzugang uneingeschränkt und die Aufnahmekapazität der Hochschulen unbegrenzt, dann stünde mit der Zahl der Studenten an den Hochschulen eines Landes ein solides Maß für die Nachfrage und zugleich für die Attraktivität der Hochschulen bereit.

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt ist in Tabelle 1 die Nachfrage nach Studienplätzen (Studenten aus dem Land) und zugleich auch das Angebot an Studienplätzen (Studenten im Land) nach Bundesländern aufgegliedert. Weil für eine solche Tabelle ein Länderabgleich erst dann vorgenommen werden kann, wenn die Ergebnisse der Hochschulstatistik für alle Bundesländer vorliegen, kann eine solche Aufgliederung nur mit gewisser zeitlicher Verzögerung vorgelegt werden.

Tabelle 1 ist zu entnehmen, daß sich im Wintersemester 1985/86 an den Hochschulen Baden-Württembergs insgesamt 179 561 deutsche Studenten befanden, von denen 137 374 (76,5 %) ihre ständige Heimatanschrift in Baden-Württemberg hatten und 42 187 in einem anderen Bundesland beheimatet waren.

Von den 42 187 Studenten mit Heimatanschrift in einem anderen Bundesland stammte jeder Vierte (10 234 oder 24,3 %) aus Rheinland-Pfalz, jeder Fünfte aus Nordrhein-Westfalen (8 641 oder 20,5 %), gefolgt von Studenten aus Bayern (7 382 oder 17,5 %), Hessen (6 629 oder 15,7 %) und Niedersachsen (4 017 oder 9,5 %). Die drei Anrainer-Länder Baden-Württembergs stellten somit insgesamt 57,5 % aller Hochschulstudenten mit Heimatanschrift in einem anderen Bundesland.

Von 174 268 Studenten im Bundesgebiet, deren ständige Heimatanschrift in Baden-Württemberg lag, befanden sich 36 894 zum Hochschulstudium in einem anderen Bundesland. Die meisten Baden-Württemberger studierten in Bayern (13 055 oder 35,6 %), gefolgt von den Studienländern Nordrhein-Westfalen (5 650 oder 15,3 %), Hessen (5 428 oder 14,1 %) und Berlin (West) (5 336 oder 14,5 %).

Den 5 336 Hochschulstudenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die in Berlin(West) studierten,

in (im) ...					
Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	außerhalb der Bundesrepublik und ohne Angabe	Deutsche Studenten insgesamt	Anteile[1]
Anzahl					%
10 234	1 579	1 288	731	179 561	76,5
2 605	669	1 092	623	199 701	81,6
1 797	567	2 033	329	84 045	59,4
50	17	135	51	13 595	60,2
392	90	10 552	110	57 436	54,3
6 423	1 069	897	336	110 626	68,9
862	282	3 574	181	118 860	75,1
12 426	1 554	1 777	1 083	391 709	86,4
32 956	4 127	283	157	57 039	57,8
2 501	13 694	77	92	19 286	71,0
271	94	20 330	47	29 963	67,9
70 517	23 742	42 038	3 740	1 261 821	76,1
46,7	57,7	48,4	–	76,1	

2) Studenten mit Heimatanschrift und Studienort im Land, in Prozent

standen - auch dies verdeutlicht Tabelle 1 - lediglich 636 Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Berlin(West) gegenüber, die ihrerseits einen Studienort in Baden-Württemberg gewählt haben. Umgekehrt belief sich die Zahl von Studenten in Baden-Württemberg, deren Heimatanschrift in Rheinland-Pfalz lag, auf 10 234 gegenüber lediglich 3 123 Studenten aus Baden-Württemberg, die an Studienorten in Rheinland-Pfalz studierten. Im direkten Ländervergleich ergibt sich somit für Baden-Württemberg mit + 7 111 Studenten der größte "Import-Überschuß" im Hochschulbereich gegenüber Rheinland-Pfalz, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (+ 2 991), Niedersachsen (+ 2 389) und Hessen (+ 1 201). Nennbare Export-Überschüsse sind - außer gegenüber Berlin (West) (- 4 700) - insbesondere gegenüber Bayern (- 5 673) zu beobachten.

In Schaubild 1 sind die Differenzen zwischen der Zahl der Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die in einem anderen Bundesland studieren, und der Zahl der Studenten mit ständiger Heimatanschrift im anderen Bundesland, die ihrerseits an Hochschulen Baden-Württembergs studieren, sowohl für das Wintersemester 1975/76 als auch für 1985/86 gegenübergestellt.

Wie im unteren Teil des Schaubildes 1 für den gesamten Hochschulbereich deutlich wird, hatte Baden-Württemberg im Länder-Direktvergleich im Wintersemester 1985/86 gegenüber den gleichen Ländern positive oder negative Salden wie bereits auch schon im Wintersemester 1975/76. Lediglich die Höhe der Salden, positiv wie negativ, ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, größer geworden. Damit hat sich selbst an der Rangfolge der positiven wie negativen Salden nicht allzu viel verändert.

Den größten positiven Saldo wies Baden-Württemberg im Hochschulbereich im Wintersemester 1975/76 gegenüber Rheinland-Pfalz auf (+ 6 161), gleiches gilt auch noch im Wintersemester 1985/86 (+ 7 111). Den zweithöchsten positiven Saldo verzeichnete Baden-Württemberg 1975/76 wie 1985/86 gegenüber Nordrhein-Westfalen, wobei hier allerdings der Saldo des Wintersemesters 1985/86 (+ 2 991) etwas kleiner war als im Wintersemester 1975/76 (+ 4 043). Gegenüber Berlin (West) und Bayern war der Saldo Baden-Württembergs in beiden Vergleichssemestern negativ. Auffällig ist dabei die deutliche Ausweitung im Saldo gegenüber Bayern.

Im oberen und mittleren Teil des Schaubildes sind die Salden im Länder-Direktvergleich zum einen für deutsche Studenten an Universitäten, zum anderen für den übrigen Hochschulbereich getrennt dargestellt. Wie nicht anders zu erwarten - in Baden-Württemberg befinden sich sieben von zehn Studenten an einer Universität - dominiert und bestimmt der Saldo für Studenten an Universitäten den Saldo für den Hochschulbereich insgesamt.

Der hohe positive Saldo Baden-Württembergs im Direktvergleich mit Rheinland-Pfalz resultiert dabei aus der hohen Attraktivität, die insbesondere die Universitäten Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg für Studenten aus Rheinland-Pfalz haben. Studenten aus Nordrhein-Westfalen präferieren in besonderer Weise ein Studium an den Universitäten Freiburg und Tübingen, Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Hessen ein Studium in Mannheim und Heidelberg. Studenten aus dem Saarland zieht es zum Studium besonders nach Karlsruhe, und Studenten aus Bayern bevorzugen ein Studium an der Universität Ulm. Die Universitäten Stuttgart, Hohenheim und Tübingen werden überproportional häufig von Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg selbst besucht. Auch der übrige Hochschulbereich, beispielsweise die Pädagogische Hochschule in Heidelberg und die Fachhochschule für Technik in Mannheim, werden in hervorzuhebendem Maße von Studenten aus Rheinland Pfalz und Hessen präferiert, gleiches gilt für die Fachhochschule Ulm hinsichtlich Studenten aus Bayern.

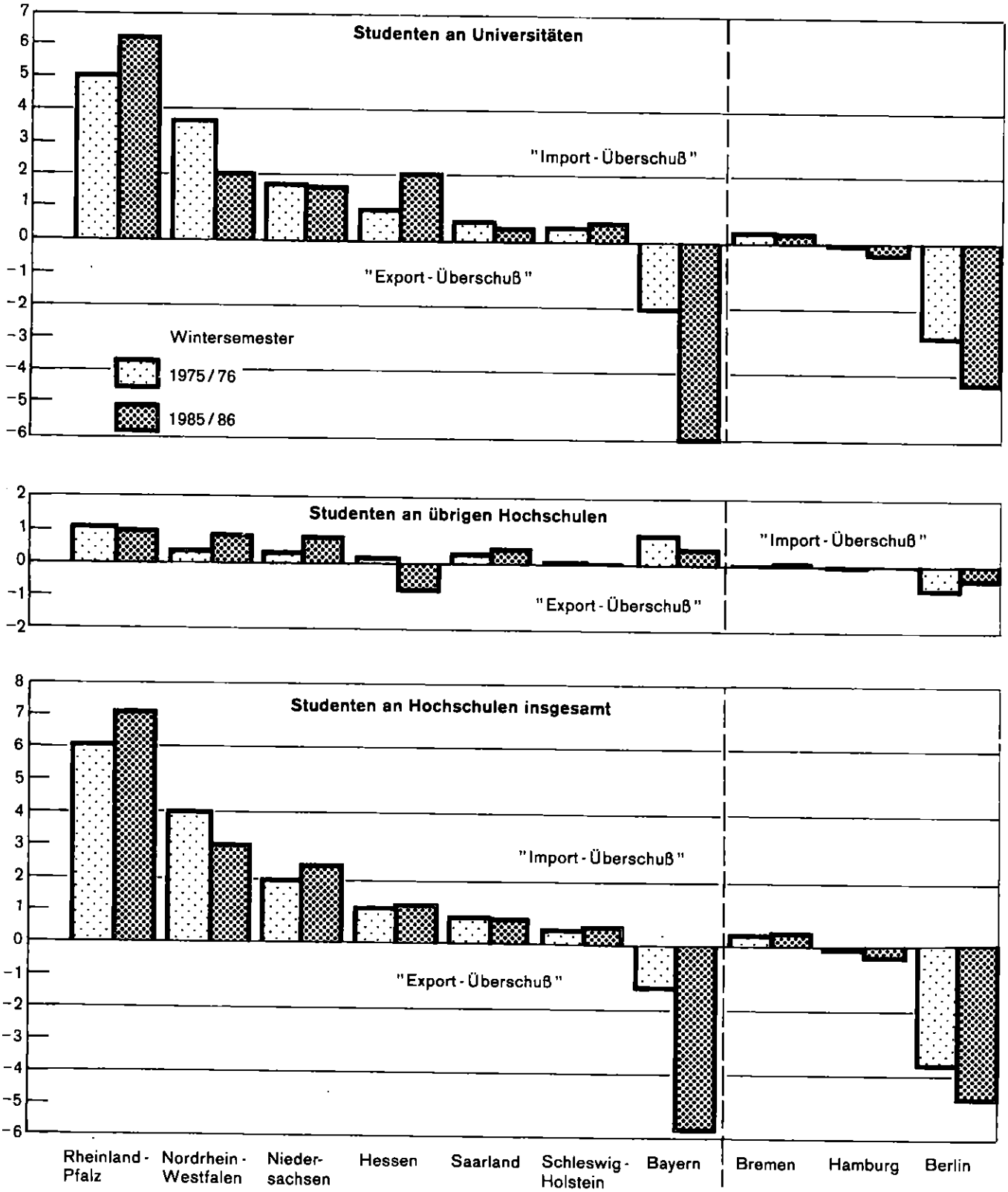
2.2 Entwicklung des Studenten-Imports 1975 bis 1985 im bundesweiten Vergleich

In den erwähnten Zahlen spiegeln sich zum einen Präferenzenunterschiede bei der Wahl der Studienorte wider. Zum anderen klaffen in einzelnen Bundesländern

Schaubild 1

Studentenimport und - export*) nach Bundesländern im Wintersemester 1975/76 und 1985/86

In Tausend



*)Differenzen zwischen der Zahl der Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die in einem anderen Bundesland studieren und der Zahl der Studenten mit ständiger Heimatanschrift im anderen Bundesland, die ihrerseits an Hochschulen Baden-Württembergs studieren.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

151 87

jedoch auch das Angebot an und die landeseigene Nachfrage nach Hochschulplätzen stark auseinander, sodaß ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auch aufgrund von Auswahlverfahren und Ortsverteilungsverfahren durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) Platz greifen kann. Wie bei einem Vergleich zwischen den landesspezifischen Werten der "Insgesamt"-Spalte der Tabelle 1 - sie ist Indikator der Angebotsseite - und der "Bundesgebiet"-Zeile - sie reflektiert die Nachfrage - deutlich wird, übersteigt speziell in den Stadtstaaten Berlin (West) (besondere politisch geographische Lage) und Hamburg (direktes Einzugsgebiet von Schleswig-Holstein und Niedersachsen) das Angebot an Studienplätzen die heimatliche Nachfrage. Dies ist aber aufgrund der besonderen Situation dieser Stadtstaaten auch kein überraschendes Ergebnis.

Interessanter für den Vergleich der Wanderungsströme sind die Verhältnisse in den Flächenstaaten. Die Differenzbildung zwischen diesen beiden Wanderungsgrößen ergibt hier eine positive Import-Bilanz für Bayern (+ 13 896) und Baden-Württemberg (+ 5 293).

Unter den Ländern mit negativer Import-Export-Bilanz, also mit Export-Überschuß gegenüber den anderen Bundesländern, stand im Wintersemester 1985/86 Niedersachsen an der Spitze (- 25 894), gefolgt von Rheinland-Pfalz (- 13 478) und Schleswig-Holstein (- 12 075); die Länder Saarland (- 4 456), Nordrhein-Westfalen (- 4 232), Bremen (- 3 075) und Hessen (- 2 066) verzeichnen gleichfalls negative Werte, jedoch auf recht niedrigem Niveau.

Prinzipiell wird anhand der Wanderungsmatrix und der aus ihr abgeleiteten Analysen damit deutlich, daß für die Mehrheit der Hochschulstudenten der gewählte Studienort im eigenen Bundesland liegt. Bei Wanderung in andere Bundesländer wird, sofern dies möglich ist, in der Regel ein angrenzendes Bundesland bevorzugt, die Ferne zum elterlichen Heimatwohnort soll möglichst leicht überwindbar bleiben. Ein nicht unerheblicher Anteil der Entscheidungen beim Wanderungsverhalten ist aber das Ergebnis der z.T. deutlich negativen Differenzen zwischen landesspezifischem Angebot und landesspezifischer Nachfrage nach Studienplätzen. Ein ebenfalls nicht unbedeutender Teil der Studenten schließlich entscheidet sich bei der Wahl des Studienortes auch gezielt für die Ferne vom Elternwohnort.

Eine positive Import-Export-Bilanz gegenüber den anderen Bundesländern hat im Hochschulbereich in Baden-Württemberg Tradition. Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, betrug der Import-Überschuß im Zeitraum vom Wintersemester 1975/76 bis zum Wintersemester 1985/86 stets zwischen 5 300 bis 10 300 Studenten je Semester, mit tendenziell rückläufiger Entwicklung seit dem Wintersemester 1981/82. Die "Insgesamt"-Spalte der Tabelle 2 verdeutlicht, daß das Angebot an Studienplätzen an baden-württembergischen Hochschulen in diesem Zeitraum deutlich zugenommen hat: befanden sich im Wintersemester 1975/76 lediglich rd. 124 000 deutsche Studenten an den Hochschulen dieses Landes, so waren es im Wintersemester 1985/86 rd. 180 000 (+ 44,9 %). Der Anteil der Studenten mit ständigem Wohnsitz in Baden-Württemberg an der Gesamtzahl der Studenten im Land, lag für den gesamten Zeitraum bei 76 bis 77 %, also fast stets genau bei drei Viertel. Dies bedeutet, daß von der Angebotsausweitung einheimische wie auch deutsche Studenten aus anderen Bundesländern zu gleichen Anteilen profitiert haben. Zugleich sind die konstanten Anteile aber auch - zu einem geringeren Teil - als Ergebnis der Arbeit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen zu sehen, die Angebot und Nachfrage nach Studienplätzen in den einzelnen Studiengängen, die sich bislang im Verteilungs- und Auswahlverfahren befinden, entsprechend steuerte.

Daß trotz deutlicher Angebotsausweitung an Studienplätzen sich im betrachteten Zeitraum der Import-Überschuß Baden-Württembergs im Hochschulbereich verringert hat, liegt, wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, somit praktisch ausschließlich an der überproportionalen Zunahme der Studenten mit Wohnsitz in Baden-Württemberg, die außerhalb Baden-Württembergs im Bundesgebiet studieren. Ihre Zahl hat sich vom Wintersemester 1975/76 bis zum Wintersemester 1985/86 von 19 300 auf 36 900 (+ 91,7 %) erhöht.

Tabelle 2

Deutsche Studenten*) an Hochschulen in den Wintersemestern 1975/76 bis 1986/87 nach Land des Studienortes und Land der ständigen Heimatanschrift
– auf Baden-Württemberg bezogener Ausschnitt –

Wintersemester	Studenten in Baden-Württemberg			Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die außerhalb Baden-Württembergs studieren	Import-Export-Bilanz
	insgesamt	davon mit ständiger Heimatanschrift			
		in Baden-Württemberg	außerhalb Baden-Württembergs		
	Anzahl				
1975/76	123 891	94 356	29 535	19 250	+ 10 285
1976/77	127 232	97 214	30 018	19 740	+ 10 278
1977/78	129 893	99 754	30 139	20 952	+ 9 187
1978/79	129 987	100 237	29 750	21 999	+ 7 751
1979/80	131 462	101 606	29 856	22 793	+ 7 063
1980/81	138 598	107 222	31 376	24 348	+ 7 028
1981/82	152 301	115 800	36 501	27 138	+ 9 363
1982/83	161 432	122 800	38 632	29 851	+ 8 781
1983/84	170 495	129 921	40 574	32 689	+ 7 885
1984/85	176 585	134 823	41 762	34 989	+ 6 773
1985/86	179 561	137 374	42 187	36 894	+ 5 293

*) Nur Haupthörer.

Im unteren Teil von Schaubild 2 ist ein Vergleich der Import-Export-Bilanz der einzelnen Länder im Hochschulbereich für die Wintersemester 1975/76 und 1985/86 dargestellt. Es zeigt sich, daß prinzipiell die Länder mit Import-Überschuß im Wintersemester 1985/86 bereits auch im Wintersemester 1975/76 eine solche positive Import-Export-Bilanz aufwiesen, und daß für die mit Export-Überschuß im Wintersemester 1985/86 auch eine negative Import-Export-Bilanz im Wintersemester 1975/76 zu beobachten war.

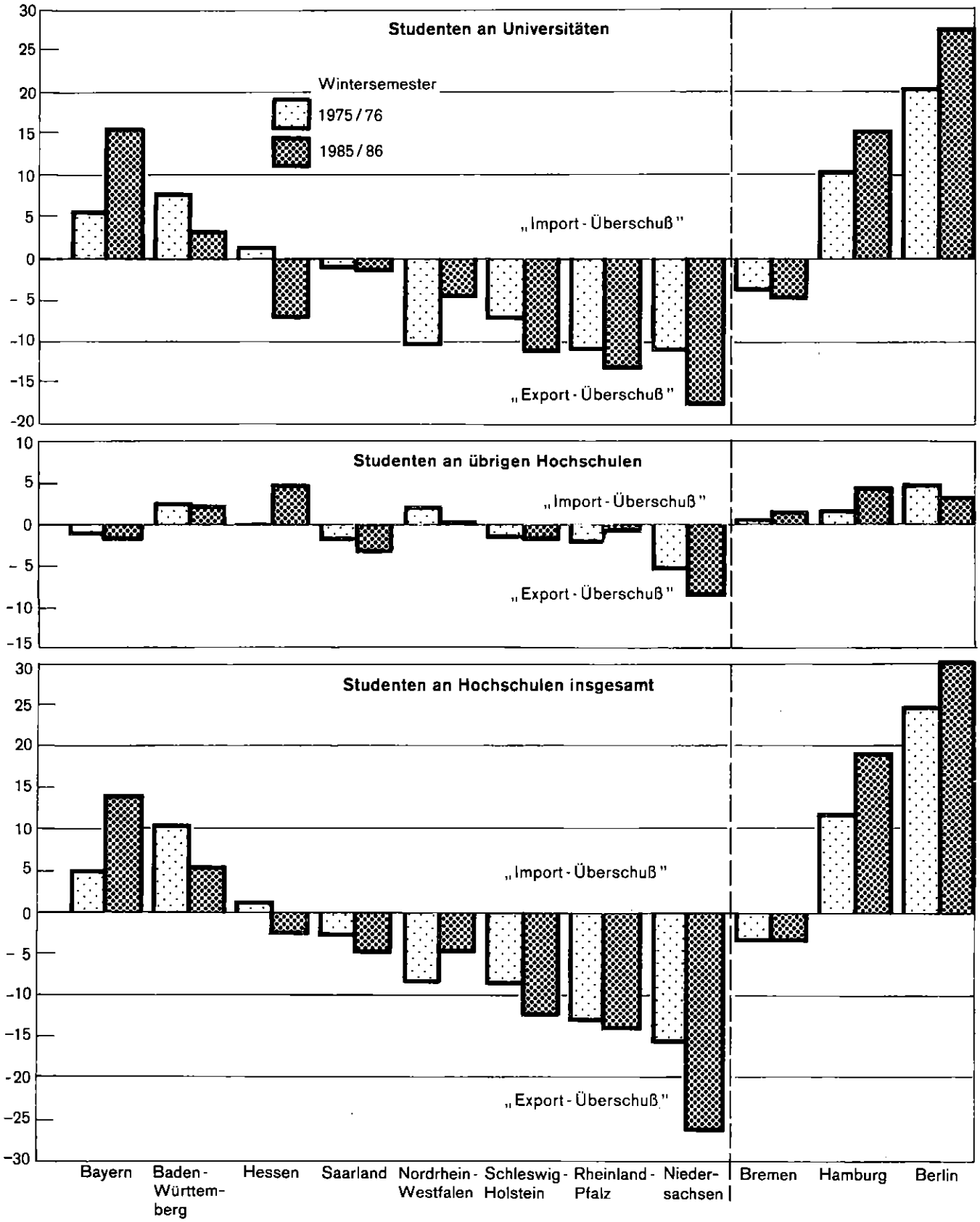
Im Semestervergleich 1975/76 mit 1985/86 sind die Salden, positiv wie negativ durchweg größer geworden, wobei sogar auch die Rangfolge in der Höhe der positiven oder negativen Salden der jeweiligen Länder im Wintersemester 1985/86 prinzipiell noch die gleiche ist, wie bereits im Wintersemester 1975/76. Beispielsweise verzeichnete Berlin, das im Wintersemester 1985/86 den größten Import-Überschuß aller Bundesländer aufwies, auch schon im Wintersemester 1975/76 den höchsten Import-Überschuß, und, umgekehrt, Niedersachsen 1975/76 und 1985/86 jeweils den höchsten Export-Überschuß. Neben Baden-Württemberg als Ausnahme - hier war infolge der deutlichen Zunahme baden-württembergischer Studenten, die außerhalb Baden-Württembergs im Bundesgebiet studieren, der Import-Überschuß 1985/86 kleiner als 1975/76, ist auch Nordrhein-Westfalen zu erwähnen. Hier hat sich - abweichend vom generellen Trend - der Exportüberschuß im Vergleich von 1975/76 mit 1985/86 nicht vergrößert, sondern verringert.

Im oberen und mittleren Teil von Schaubild 2 sind zum einen die Import-Export-Bilanz der jeweiligen Länder für deutsche Studenten an Universitäten, zum anderen für den übrigen Hochschulbereich getrennt dargestellt. Wie bereits schon bei Schaubild 1 deutlich wurde, dominiert und bestimmt der Saldo für Studenten an Universitäten den Saldo für den Hochschulbereich insgesamt (Tabelle 3). Gleichwohl hat der bereits seit Jahren positive Import-Überschuß Baden-Württembergs für den Hochschulbereich ohne Universitäten mit rd. 2 300 Studenten im Wintersemester 1985/86 eine beachtliche Größenordnung erreicht, wobei dies insbesondere auf den positiven Saldo im Fachhochschulbereich zurückzuführen ist.

Schaubild 2

Bilanz des Studentenimports und - exports*) nach Bundesländern im Wintersemester 1975/76 und 1985/86

In Tausend



*) Differenz zwischen der Zahl der Studenten im Land und der Zahl der Studenten mit ständiger Heimatanschrift im Land.

Tabelle 3

Deutsche Studenten*) an Universitäten in den Wintersemestern 1975/76 bis 1986/87 nach Land des Studienortes und Land der ständigen Heimatanschrift
– auf Baden-Württemberg bezogener Ausschnitt –

Wintersemester	Studenten in Baden-Württemberg			Studenten mit ständiger Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die außerhalb Baden-Württembergs studieren	Import-Export-Bilanz
	insgesamt	davon mit ständiger Heimatanschrift			
		in Baden-Württemberg	außerhalb Baden-Württembergs		
	Anzahl				
1975/76	79 504	56 193	23 311	15 547	+ 7 764
1976/77	82 521	59 018	23 503	15 949	+ 7 554
1977/78	86 210	62 427	23 783	16 943	+ 6 840
1978/79	88 324	64 696	23 628	17 840	+ 5 788
1979/80	89 225	65 528	23 697	18 411	+ 5 286
1980/81	94 527	69 803	24 724	20 065	+ 4 659
1981/82	102 587	75 888	26 699	22 089	+ 4 610
1982/83	108 293	80 317	27 976	23 942	+ 4 034
1983/84	115 200	85 456	29 744	26 002	+ 3 742
1984/85	120 480	89 655	30 825	27 324	+ 3 501
1985/86	123 308	91 707	31 601	28 574	+ 3 027

*) Nur Haupthörer.

2.3 Voraussichtliche künftige Entwicklung des Studentenimports

Da aufgrund der demographischen Entwicklung davon auszugehen ist, daß in ein paar Jahren die Studienanfängerzahlen sehr deutlich zurückgehen und mit gewisser zeitlicher Verzögerung dann auch die Studentenzahlen, stellt sich die Frage nach der Konsequenz dieser Entwicklung für das künftige Wanderungsverhalten im Hochschulbereich.

In den letzten Jahren hat ein Teil der Studienbewerber aufgrund der Zulassungsbeschränkungen (Auswahlverfahren, Ortsverteilungsverfahren) sein Studium an einer Hochschule aufgenommen, an der er sich bei uneingeschränkter, also freier Auswahl nicht immatrikuliert hätte. Weniger attraktive Hochschulen haben von dieser Situtation, wie Giese, Hoehl und Langer ausführen, profitiert, vor allem solche, die über einen großen Anteil zulassungsbeschränkter Studienplätze verfügen [2].

Wenn bei rückläufigen Studienanfängerzahlen damit zu rechnen ist, daß die Zulassungsbeschränkungen schrittweise zurückgenommen werden, zumindest für einen Teil der Fächer, wird dieser Abbau dazu führen, daß sich das Wanderungsverhalten der Studenten neu orientieren kann. Weniger attraktive Hochschulen, die bislang bedeutsame Teile ihrer Studentenschaft durch die Zen-

2 Vgl. Giese, Hoehl, Langer: Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Hochschulforschung 1/2 - 1986, Hrsg. Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung.

tralstelle für die Vergabe von Studienplätzen zugeteilt bekommen haben, hätten dann unter neuen Bedingungen nur noch einen unterproportionalen Zugang zu erwarten. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da nach der bisherigen Diskussion in den Gremien der ZVS bereits zum Sommersemester 1988 die Studiengänge Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre aus dem Verteilungsverfahren ausbezogen werden sollen.

Wie die dargelegten Entwicklungstendenzen belegen, ist für den Hochschulbereich in Baden-Württemberg von Folgendem auszugehen:

- Ein Abbau der Zulassungsbeschränkungen im Zuge sinkender Studentenzahlen dürfte dazu führen, daß in den nächsten Jahren die Zahl und der Anteil der Hochschulstudenten mit Heimatanschrift in Baden-Württemberg, die außerhalb Baden-Württembergs im Bundesgebiet und insbesondere in Berlin (West) studieren, sinken werden.
- Aus dem Wanderungsverhalten der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit sind ferner Anzeichen dafür zu erkennen, daß baden-württembergische Hochschulen für Studenten außerhalb Baden-Württembergs ihre z.T. traditionell tief verankerte Attraktivität weiter ausbauen können (vgl. auch Giese)[3].
- Von daher ist bei einem Abbau der Zulassungsbeschränkungen in der Zukunft eine erneute Vergrößerung des Import-Überschusses im Hochschulbereich trotz der demographischen Entwicklung wahrscheinlicher als eine Stagnation oder Verkleinerung.

2.4 Ausländische Studenten in Baden-Württemberg

Für ein stark exportorientiertes Land kommt neben dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr unter anderem auch dem Austausch im Kultur- und Bildungsbereich, speziell im Hochschulbereich, große Bedeutung zu. Als ein wirksames Instrument der internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel des gegenseitigen Wissenschaftstransfers kann dabei der Studienaufenthalt deutscher Studenten im Ausland wie andererseits der Deutschlandaufenthalt ausländischer Studenten angesehen werden.

Zahlen darüber, wieviele Studenten aus Baden-Württemberg derzeit im Ausland studieren dürften, sind nur im Wege grober Schätzung errechenbar, das hier nur auf Bundesebene verfügbare Datenmaterial enthält auch aufgrund zahlreicher Erfassungsprobleme eine Reihe von Unsicherheiten[4]. Gleichwohl könnte bei einer für 1985 geschätzten Zahl von 24 300 deutschen Studenten im Ausland insgesamt, die Zahl baden-württembergischer Studenten im Ausland bei ca. 3 500 gelegen haben. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, in der für das Wintersemester 1986/87 an den Hochschulen Baden-Württemberg insgesamt 11 100 ausländische Studenten nachgewiesen werden, ist demnach auch im Hinblick auf die die Grenzen der Bundesrepublik überschreitenden Wanderungen im Hochschulbereich die Import-Export-Bilanz Baden-Württembergs deutlich positiv.

Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, hat sich insbesondere seit dem Wintersemester 1979/80 die Zahl der an baden-württembergischen Hochschulen studierenden Ausländer stetig erhöht. Gleichwohl haben die ausländischen Hochschulstudenten von der Kapazitätserweiterung im Hochschulbereich nur unterproportional profitiert, was daran liegen kann, daß für ein Studium von Ausländern gewisse Grenzen - vor allem finanzielle Beschränkungen - gesetzt sind. Während im Wintersemester 1975/76 der Ausländeranteil bei 6,3 % lag, betrug er im Wintersemester 1986/87 nur 5,8 %.

Das Gros ausländischer Hochschulstudenten in Baden-Württemberg besuchte im Wintersemester 1986/87 die Universitäten des Landes (83,5 %). Trotz absolut steigender Studentenzahlen insbesondere ab

---

3 Vgl. Giese, E: Leistungsmessung wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Manuskript eines Vortrags am 2. Oktober 1986 auf dem 35. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Heidelberg.

4 Vgl. Statistisches Bundesamt: Deutsche Studenten im Ausland. Ein statistischer Überblick von 1975 bis 1985. Wiesbaden 1986, StBA - VII C - 5.01.

Tabelle 4

Deutsche und ausländische Studenten*) an den Hochschulen Baden-Württembergs in den Wintersemestern 1975/76 bis 1986/87

Wintersemester	Alle Hochschulen				Darunter Universitäten			
	Studenten insgesamt	davon			Studenten insgesamt	davon		
		Deutsche	Ausländer			Deutsche	Ausländer	
			insgesamt	Anteil an den Studenten insgesamt			insgesamt	Anteil an den Studenten insgesamt
	Anzahl			%	Anzahl			%
1975/76	132 293	123 899	8 394	6,3	86 583	79 627	6 956	8,0
1976/77	136 770	128 195	8 575	6,3	90 635	83 480	7 155	7,9
1977/78	139 270	130 732	8 538	6,1	94 198	87 049	7 149	7,6
1978/79	139 597	130 917	8 680	6,2	96 471	89 253	7 218	7,5
1979/80	140 026	131 462	8 564	6,1	96 277	89 225	7 052	7,3
1980/81	147 768	138 598	9 170	6,2	102 101	94 527	7 574	7,4
1981/82	161 885	152 301	9 584	5,9	110 426	102 587	7 839	7,1
1982/83	171 358	161 432	9 926	5,8	116 404	108 293	8 111	7,0
1983/84	180 789	170 495	10 294	5,7	123 643	115 200	8 443	6,8
1984/85	187 054	176 585	10 469	5,6	129 121	120 480	8 641	6,7
1985/86	190 301	179 561	10 740	5,6	132 181	123 308	8 873	6,7
1986/87	193 419	182 276	11 143	5,8	135 831	126 522	9 309	6,9

*) Bis Wintersemester 1978/79 Haupt- und Nebenhörer, ab Wintersemester 1979/80 nur Haupthörer; ohne Beurlaubte.

dem Wintersemester 1979/80 um ein Drittel hat sich der Anteil ausländischer Studenten an Universitäten ab dem Wintersemester 1975/76 von 8,0 % bis zum Wintersemester 1984/85 auf 6,7 % verringert, um erst danach wieder leicht auf 6,9 % im Wintersemester 1986/87 anzusteigen.

Baden-Württemberg weist damit im Ländervergleich nach Nordrhein-Westfalen die zweithöchste Zahl ausländischer Hochschulstudenten auf, im Ausländeranteil steht es (abgesehen von Berlin (West)) an der Spitze (5,8 %) noch vor Nordrhein-Westfalen (5,5 %) (Tabelle 5).

Die Ausländerquote bei Studenten im ersten Hochschulsemester lag im Wintersemester 1986/87 bundesweit mit 6,1 % nur leicht über dem Durchschnittswert für alle Hochschulstudenten (5,6 %). Um so bemerkenswerter ist hier die für Baden-Württemberg nachgewiesene Ausländerquote von 9,5 %. Mit rund 2 400 ausländischen Studenten im ersten Hochschulsemester lag hier Baden-Württemberg an der Spitze aller Bundesländer, fast jeder vierte ausländische Studienanfänger im Bundesgebiet hat somit im Wintersemester 1986/87 Baden-Württemberg als Studienland gewählt.

Die Ausländerquote bei Studenten an Universitäten lag im Wintersemester 1986/87 bundesweit bei 6,0 %, in Baden-Württemberg bei 6,9 % (Tabelle 6). Bei den Universitätsstudenten im ersten Hochschulsemester, den Studienanfängern, betrug die Ausländerquote bundesweit 7,5 %, in Baden-Württemberg demgegenüber 12,4 %. Kein anderes Bundesland wies damit bei den Studienanfängern eine so hohe Ausländerquote auf wie Baden-Württemberg. 27 % aller Studienanfänger im Bundesgebiet haben sich im Wintersemester 1986/87 für den Studienbeginn an Universitäten in Baden-Württemberg entschieden, ein deutlicher Hinweis auf die hohe aktuelle Attraktivität, die die Universitäten Baden-Württembergs für ausländische Studenten haben. Dies umso mehr, weil Studienplätze für Ausländer nicht zentral durch die ZVS, sondern durch Direktbewerbung ausländischer Studenten bei der von ihnen präferierten Universität vergeben werden.

Tabelle 5

Deutsche und ausländische Studenten an Hochschulen im Wintersemester 1986/87 nach Bundesländern

Bundesland[1]	Studenten an Hochschulen						
	insgesamt	davon			darunter im 1. Hochschulsemester		
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer	
			insgesamt	Anteil an den Studenten insgesamt		insgesamt	Anteil der Ausländer an den Studenten im ersten Hochschulsemester insgesamt
	Anzahl			%	Anzahl		%
Baden-Württemberg	193 419	182 276	11 143	5,8	22 976	2 400	9,5
Bayern	219 063	210 177	8 886	4,1	31 152	1 812	5,5
Berlin (West)	96 974	87 137	9 837	10,1	6 061	649	9,7
Bremen	15 786	14 715	1 071	6,8	2 737	153	5,3
Hamburg	60 520	57 215	3 305	5,5	5 113	282	5,2
Hessen	120 734	112 234	8 500	7,0	15 836	1 290	7,5
Niedersachsen	128 087	122 649	5 438	4,2	16 415	807	4,7
Nordrhein-Westfalen	421 132	398 070	23 062	5,5	49 001	2 213	4,3
Rheinland-Pfalz	61 051	58 011	3 040	5,0	8 229	515	5,9
Saarland	21 073	19 706	1 367	6,5	2 720	307	10,1
Schleswig-Holstein	31 573	30 097	1 476	4,7	3 766	221	5,5
Bundesgebiet	1 369 412	1 292 287	77 125	5,6	164 006	10 649	6,1

1) Für Baden-Württemberg endgültige, für die übrigen Bundesländer vorläufige Ergebnisse.

Es zeigt sich, daß Ausländer dabei überproportional häufig an den Universitäten Stuttgart (8,5 %), Heidelberg (8,2 %) und Freiburg (7,3 %) vertreten sind. Im übrigen Hochschulbereich verzeichnen insbesondere die Kunsthochschulen hohe Ausländeranteile (10,8 %) und hier speziell die Kunsthochschulen für Musik in Karlsruhe (16,1 %) und in Heidelberg-Mannheim (12,1 %). An den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) sind Ausländer nur unterproportional vertreten (3,6 %). Gleichwohl verzeichnen einzelne Fachhochschulen, wie beispielsweise die Fachhochschulen in Reutlingen (9,8 %) und Konstanz (5,9 %) beachtliche Ausländeranteile.

Für den Hochschulbereich in Baden-Württemberg ist im Blick auf das internationale Wanderungsverhalten von folgenden Tendenzen auszugehen:

- Es kann damit gerechnet werden, daß sich bei schrittweiser Zurücknahme der Zulassungsbeschränkungen der Anteil baden-württembergischer Studenten, die im Ausland studieren, zumindest nicht erhöhen dürfte. Ein Teil dieser Studenten ist nämlich aufgrund derzeitiger Zulassungsbeschränkungen zum Auslandsstudium veranlaßt worden.
- Gerade aktuellste Zahlen für den Hochschulbereich und hier insbesondere für Universitäten belegen die hohe Attraktivität, die ein Hochschulstudium in Baden-Württemberg für ausländische Studenten besitzt. Von daher wäre im Zuge der Entspannung bei der Überlastung im Hochschulbereich Raum für eine Erhöhung der Zahl ausländischer Hochschüler gegeben. Für den Fall uneingeschränkten Zugangs zu den Hochschulen Baden-Württembergs ist aus derzeitiger Sicht eine künftige Vergrößerung des Import-Überschusses Baden-Württembergs aus internationaler Wanderung wahrscheinlich.

3. Voraussichtliche Entwicklung im Hochschulbereich bis zum Jahr 2000.

Wie in den vorangegangenen Abschnitten dargelegt wurde, stellt die bundesländerübergreifende und die internationale Bildungswanderung eine bedeutsame Einflußgröße für die Entwicklung der Studentenzahlen im Hochschulbereich in Baden-Württemberg dar. Für den er-

Tabelle 6

Deutsche und ausländische Studenten an Universitäten im Wintersemester 1986/87 nach Bundesländern

Bundesland[1]	Studenten an Universitäten						
	insgesamt	davon			darunter im 1. Hochschulsemester		
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer	
			insgesamt	Anteil an den Studenten insgesamt		insgesamt	Anteil der Ausländer an den Studenten im ersten Hochschulsemester insgesamt
	Anzahl			%	Anzahl		%
Baden-Württemberg	135 831	126 522	9 309	6,9	14 797	2 097	12,4
Bayern	163 914	156 548	7 366	4,5	20 545	1 495	6,8
Berlin (West)	81 285	72 628	8 657	10,7	4 186	505	10,8
Bremen	9 713	8 988	725	7,5	1 232	92	6,9
Hamburg	45 180	43 000	2 180	4,8	3 750	190	4,8
Hessen	74 287	68 926	5 361	7,2	8 634	852	9,0
Niedersachsen	100 545	95 949	4 596	4,6	11 711	706	5,7
Nordrhein-Westfalen	243 945	230 782	13 163	5,4	22 708	1 030	4,3
Rheinland-Pfalz	42 434	39 993	2 441	5,8	4 763	427	8,2
Saarland	17 485	16 373	1 112	6,4	2 051	237	10,4
Schleswig-Holstein	18 442	17 520	922	5,0	2 085	157	7,0
Bundesgebiet	933 061	877 229	55 832	6,0	96 462	7 788	7,5

1) Für Baden-Württemberg endgültige, für die übrigen Bundesländer vorläufige Ergebnisse.

wähnten Sachverhalt, daß bei den überregionalen Prognosen der Kultusministerkonferenz länderspezifische Prognosen zum Wanderungsverhalten nicht einbezogen werden konnten, ergeben sich hieraus Folgerungen.

Von daher hat das Ministerium für Wissenschaft und Kunst seiner an die überregionalen Prognosen der Kultusministerkonferenz angelehnten Prognose zur künftigen quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich entsprechende Annahmen zugrunde gelegt: Allgemein wurde in Anlehnung an die Berechnungen der Kultusministerkonferenz unterstellt, daß die Übergangsquote der Studienberechtigten, die gegenwärtig etwa 70 % beträgt, mittel- bis langfristig wieder ansteigt. Dabei wurde eine über die Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz hinausgehende Quote von 85 % verrechnet und dieser höhere Wert, die Kultusministerkonferenz rechnet mit einem oberen Wert von 80 %, mit einem ansteigenden Importüberschuß und einer besonderen Attraktivität der baden-württembergischen Hochschulen begründet[5]. Wie die detaillierte Analyse zur voraussichtlichen künftigen Entwicklung des Wanderungsverhaltens im Hochschulbereich belegt hat, handelt es sich somit um eine wohlbegründete Modifikation.

Im Übrigen wird bei der Prognose von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Bei den Universitäten wird unterstellt, daß der Ausbau von Aufbaustudiengängen und die Verstärkung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge zu einem im Vergleich zu den Studienanfängerzahlen verhalteneren Rückgang der Studienzahlen führen wird.

5 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 9/3516 vom 17.9.1986.

- Bei der Entwicklung der Studentenzahlen an den Staatlichen Fachhochschulen (ohne öffentliche Verwaltung) wird angenommen, daß der Rückgang der Studienplatznachfrage an den überwiegend ingenieurwissenschaftlich orientierten Fachhochschulen wegen der guten Arbeitsmarktchancen der Absolventen eher unterproportional verlaufen wird. Für die Entwicklung der Studentenzahlen an den Verwaltungsfachhochschulen kann - wie bei den nichtstaatlichen Fachhochschulen - von einem demographisch bedingten Rückgang der Studentenzahlen ausgegangen werden.

Nach den Ergebnissen dieser Prognose dürften die Studentenzahlen an den Hochschulen Baden-Württembergs bis 1987/88 nur noch leicht auf rd. 198 000 Studenten ansteigen (Tabelle 7). Danach ist mittelfristig bis 1990 mit einem zunächst noch langsamen und erst ab dann beschleunigten Rückgang der Studentenzahlen auf 151 000 im Jahr 1995 zu rechnen. Für das Jahr 2000 könnte die Studentenzahl im Hochschulbereich bei 139 000 liegen. Die Berufsakademien sind in der dargestellten Entwicklung der Studentenzahlen an Hochschulen nicht enthalten.

Der künftige Rückgang der Studentenzahlen insbesondere ab dem Jahr 1988 dürfte an den Universitäten etwas deutlicher ausfallen als im übrigen Hochschulbereich. Die Abnahme der Studentenzahlen zwischen 1988 und 2000 könnte an Universitäten rund 36 % betragen, im übrigen Hochschulbereich 15 % (darunter mit einem Rückgang der Studentenzahlen an Fachhochschulen um 21 %). Gleichwohl sind für das Jahr 2000 Studentenzahlen zu erwarten, wie sie in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre beobachtet wurden. Damals waren an den Hochschulen Baden-Württembergs insgesamt im Durchschnitt 140 000 Studenten immatrikuliert.

Geht man davon aus, daß die Hochschulen derzeit und in den vergangenen Jahren den Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge nur unter Anstrengung aller Kräfte gemeistert haben, ergibt sich aus der langfristigen Abnahme der Studentenzahlen für die Hochschulen die Möglichkeit, allmählich wieder zu einer Normalsituation zurückzufinden.

Wenn schon die Kultusministerkonferenz darauf hingeweisen hat, daß aus ihren Prognoseergebnissen keine unmittelbaren finanzpolitischen Folgerungen gezogen werden können, gilt dies in verstärktem Maße für Baden-Württemberg. Aufgrund der besonderen Attraktivität baden-württembergischer Hochschulen und aufgrund des Umstandes, daß künftig für weniger Hochschüler aus Baden-Württemberg Anlaß zu einem Studium in anderen Bundesländern besteht, dürfte sich der Import-Überschuß Baden-Württembergs im Hochschulbereich in den kommenden Jahren wieder vergrößern. Daraus folgt, daß sich der langfristige Rückgang der Studentenzahlen an den Hochschulen Baden-Württembergs, verglichen mit der bundesweiten Entwicklung, nur in abgeschwächter Form vollziehen wird.

Tabelle 7

Entwicklung der Studentenzahlen an Hochschulen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000

Wintersemester[1] Jahr	Studenten an Hochschulen			
	insgesamt	davon		darunter an Fachhochschulen
		an Universitäten	im übrigen Hochschulbereich	
	Anzahl			
1975/76	132 293	86 583	45 710	20 617
1985/86	190 301	132 181	58 120	44 444
1986/87	193 419	135 831	57 588	45 528
1987	197 600	139 100	58 500	46 200
1988	197 500	139 300	58 200	46 100
1989	194 300	137 700	56 600	44 900
1990	190 300	135 400	54 900	43 600
1991	181 800	128 000	53 800	42 400
1992	172 800	120 200	52 600	41 100
1993	164 100	112 400	51 700	39 900
1994	156 200	105 500	50 700	38 700
1995	150 700	100 700	50 000	37 900
1996	145 100	95 700	49 400	37 200
1997	142 000	93 100	48 900	36 500
1998	138 500	90 100	48 400	35 800
1999	138 500	89 900	48 600	35 800
2000	139 300	90 000	49 300	36 500

1) Bis Wintersemester 1986/87 Ist-Bestand, danach Ergebnisse der Prognose.

Quelle: Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 9/3516.

Zusammenfassung

- In die neuesten Prognosen der Kultusministerkonferenz zur künftigen quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich haben länderspezifische Daten nur in eingeschränktem Umfang Eingang ins Prognosemodell gefunden. Die Kultusministerkonferenz sah sich aus methodischen Gründen nicht in der Lage, die zahlenmäßig für das einzelne Land bedeutsamen Wanderungen der Studenten von Land zu Land so ausgewogen zu prognostizieren, daß eine spätere Zusammenfassung der Einzelprognosen im Hochschulbereich hinreichend zuverlässige Bundesgebietsergebnisse ergeben würde.

- Vor diesem Hintergrund hat für eine Prognose zur künftigen quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich in Baden-Württemberg zunächst die Analyse der möglichen quantitativen Entwicklung des "Studenten-Imports" Baden-Württembergs in Gliederung nach deutschen und ausländischen Studenten im Vordergrund zu stehen.

- In den letzten Jahren hat ein Teil der Studienbewerber aufgrund der Zulassungsbeschränkungen (Auswahlverfahren, Ortsverteilungsverfahren) sein Studium an einer Hochschule aufgenommen, an der er sich bei uneingeschränkter, also freier Auswahl nicht immatrikuliert hätte. Wenn bei langfristig rückläufigen Studienanfängerzahlen damit zu rechnen ist, daß die Zulassungsbeschränkungen schrittweise zurückgenommen werden, zumindest für einen Teil der Fächer, wird dieser Abbau dazu führen, daß sich das Wanderungsverhalten der Studenten neu orientieren kann.

- Vertiefte Analysen des Wanderungsverhaltens deutscher Hochschulstudenten in der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit belegen, daß bei einem Abbau der Zulassungssbeschränkungen in der Zukunft eine erneute Vergrößerung des Import-Überschusses Baden-Württembergs im Hochschulbereich trotz der demographischen Entwicklung wahrscheinlicher ist als eine Stagnation oder Verkleinerung. Bei einerseits ungebrochen hoher Attraktivität baden-württembergischer Hochschulen für Studenten aus anderen Bundesländern dürfte andererseits in den nächsten Jahren die Zahl und der Anteil baden-württembergischer Hochschulstudenten, die außerhalb Baden-Württembergs im Bundesgebiet studieren, sinken.

- Gerade aktuellste Zahlen für den Hochschulbereich und hier insbesondere für Universitäten belegen ferner die hohe Attraktivität, die ein Hochschulstudium in Baden-Württemberg für ausländische Studenten besitzt. Aus derzeitiger Sicht ist eine künftige Vergrößerung des Import-Überschusses Baden-Württembergs aus internationaler Wanderung wahrscheinlich. Im Zuge der langfristigen Entspannung bei der Überlastung im Hochschulbereich ist zugleich Raum für eine Erhöhung der Zahl ausländischer Hochschüler gegeben.

- Unter Berücksichtigung des künftig wieder ansteigenden Importüberschusses Baden-Württembergs im Hochschulbereich dürften die Studentenzahlen bis 1987/88 noch leicht auf rd. 198 000 Studenten ansteigen, gegenüber 193 400 im Wintersemester 1986/87. Danach ist mittelfristig bis 1990 mit einem zunächst noch langsamen Rückgang der Studentenzahlen auf 190 300, und erst ab dann mit einem beschleunigten Rückgang auf 151 000 im Jahr 1995 zu rechnen. Für das Jahr 2000 könnte die Studentenzahl im Hochschulbereich bei 139 000 liegen. Der künftige Rückgang der Studentenzahlen insbesondere nach 1990 dürfte an den Universitäten etwas deutlicher ausfallen als im übrigen Hochschulbereich. Verglichen mit der bundesweiten Entwicklung dürfte sich der langfristige Rückgang der Studentenzahlen an den Hochschulen Baden-Württembergs in abgeschwächter Form vollziehen.

2. Aspekte des Tertiären Sektors

2.1 Kulturelle Dienstleistungen
— Schwerpunkte der öffentlichen Förderung —

Einführung

Kultur ist ein notwendiger Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft, denn sie bedeutet die Chance zur Entfaltung von Kreativität, Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung. Kultur ist darüber hinaus ein wesentliches Element, um den Einzelnen zu verantwortlichem, eigen- und nicht fremdgesteuertem Handeln in allen Lebensbereichen zu befähigen.

Änderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur verstärken gerade in der heutigen Zeit die Bedeutung der Kultur. Veränderungen im Bildungsverhalten, die Verringerung der Jahresarbeitszeit, die Verkürzung der Erziehungsphase durch eine gesunkene Kinderzahl und die Verlängerung der Ruhestandsphase geben der kulturellen Betätigung neue Chancen und lassen ihr auch zusätzliche Aufgaben zuwachsen, wie z.B. den Ausgleich eines nicht seltenen Rollen- und Funktionsverlusts im Ruhestand. Die orientierungs- und sinnstiftende Rolle der Kultur wird speziell auch durch den sich schon seit einiger Zeit abzeichnenden demografischen Alterungsprozeß der Gesellschaft sichtbarer hervortreten.

Kultur kann letztlich nicht losgelöst von anderen Lebensbereichen betrachtet werden. Vielmehr besteht eine zunehmend enge Wechselbeziehung zu Wirtschaft und Technik und zur Arbeitswelt.

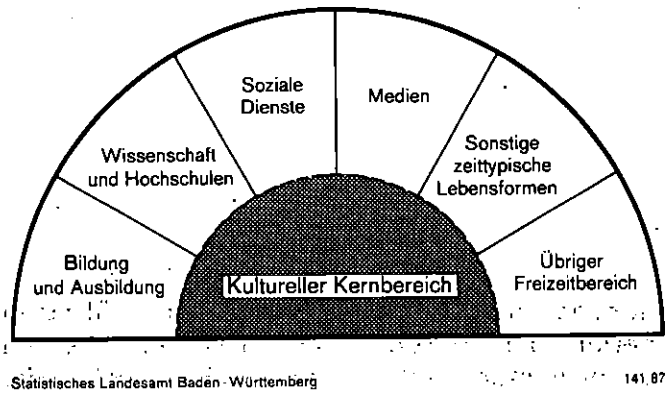
Zum einen wird die Kultur von diesen gesellschaftlichen Faktoren beeinflußt. Kultur kann umsomehr Breitenwirkung entfalten, wenn eine bestimmte Qualität an Lebensstandard, Bildung, sozialer Gleichheit und humaner Arbeitswelt gegeben ist. Diese in historischer Sicht eher triviale Aussage hat jedoch auch einen zeitbezogenen Aspekt: Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitswelt, die gerade heute im Zuge der Einführung neuer Techniken einem raschen Wandel unterworfen ist, beeinflußt auch die Möglichkeit und Befähigung zur kulturellen Betätigung. Vielleicht ist weniger der zeitliche Umfang der Arbeit als deren Art und Qualität ein Einflußfaktor auf die Teilhabe am kulturellen Leben. Freizeit ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Muße und kulturelles Tun. So wird ein Berufstätiger umso eher zur kulturellen Betätigung bereit und in der Lage sein, je mehr seine Fähigkeiten und kreativen Kräfte auch am Arbeitsplatz beansprucht und gefördert werden.

Von wachsender Bedeutung ist auch umgekehrt der Einfluß der Kultur auf das in sich eng verflochtene System von Technik, Wirtschaft und Arbeitswelt. So wird die angewandte Kunst materiell sichtbar in der Architektur und vor allem im Design - von den Bereichen Möbeldesign, Textilgestaltung, Produktgestaltung bis hin zum Investitionsgüterdesign. Im technischen Design verbinden sich ästhetische Formgebung, Ergonomie und sichere und leichte Handhabung. Design wird so zunehmend auch - neben Preis, Produktqualität und Service - zu einer Determinante des Markterfolgs eines Produkts.

Baden-Württemberg ist auf dem Weg von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Dieser Wandel geht einher mit wachsenden Anforderungen an die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen. Wie z.B. auch die von der Landesregierung eingesetzte Weiterbildungskommission feststellte, sind zukünftig verstärkt Schlüsselqualifikationen nachgefragt wie Systemdenken, Flexibilität, Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Lernbereitschaft, Fähigkeit zur Kommunikation und

Schaubild 1

Zur Abgrenzung des Kulturbegriffs



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 141.87

Teamarbeit. Wesentliche Elemente hierbei sind Einstellungen und Haltungen, die eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung voraussetzen.

Kultur kann so wesentlich dabei mitwirken, um nicht nur die ethischen und sozialen, sondern auch die wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Zwei weitere Aspekte kommen hinzu. In einer Zeit, da das Güterangebot in vielen Bereichen auf Sättigungstendenzen stößt, ist Kultur ein autonomer Wachstumsfaktor, der zugleich qualitatives Wachstum einschließt. Darüber hinaus ist ein wachsender Zusammenhang denkbar zwischen Kultur und der wirtschaftlichen Attraktivität einer Region wie Baden-Württemberg. Die Standortwahl z.B. bei Unternehmen in Bereichen der Hochtechnologie und der modernen Dienstleistungen und die Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte können auch durch die kulturelle Attraktivität beeinflußt werden, so daß unter diesem Blickwinkel Kultur auch ein Faktor für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einer Region ist. Dies gilt nicht nur für Großstädte und ihr Umland, sondern gerade auch für Zonen außerhalb der großen Ballungsgebiete.

Abgrenzung der kulturellen Dienstleistungen

Eine datenorientierte Abgrenzung der kulturellen Dienstleistungen ist schwierig und kann, wie immer sie ausfällt, nicht auf allgemeingültige, objektive Kriterien abgestützt werden, da je nach Art des Zugangs die Kultur in unterschiedlichem Ausmaß auf andere Lebensbereiche ausstrahlt bzw. sich mit diesen überschneidet (Schaubild 1). Für diesen Beitrag werden entsprechend neben einem kulturellen Kernbereich - Theater, Musik, bildende Kunst, Museen, Denkmalschutz - weitere Institutionen und Dienste als Bestandteil der kulturellen Dienstleistungen betrachtet, die die heutigen Lebensformen prägen, so daß der hier verwendete Kulturbegriff sich an den Kulturbegriff der heutigen Kulturwissenschaften anlehnt: Aus dem Bereich Bildung/Ausbildung wird der Teilbereich außerschulische Jugendbildung und die Weiterbildung/ Erwachsenenbildung als Bestandteil der kulturellen Dienstleistungen betrachtet. Aus dem Wissenschafts- und Hochschulbereich sind die Kunstakademien und Musikhochschulen einbezogen. Soziale Dienste sind ausgeklammert, ebenfalls ausgeschlossen werden Dienstleistungen des Medienbereichs, soweit sie vom Unternehmenssektor erbracht werden, einbezogen werden im Medienbereich dagegen die Bibliotheken wie auch die Fördermaßnahmen (z.B. Literatur- und Filmförderung). Besonders schwierig ist die Abgrenzung der Kultur gegenüber den unsere Zeit prägenden sonstigen Lebensformen und dem Freizeitbereich. Einbezogen wird hier das Vereinswesen im Bereich der Musik und des Sports, sowie die Infrastruktureinrichtungen im Sport- und Erholungsbereich.

Aufbau der Arbeit

Durch die Art der gewählten Abgrenzungen werden mit wenigen Ausnahmen nur solche kulturellen Dienstleistungen betrachtet, die nicht vom Unternehmenssektor erbracht werden. In der Regel werden diese Dienstleistungen von den öffentlichen Haushalten entweder zur Gänze finanziert oder durch Zuwendungen und Zuschüsse gefördert - nach dem Prinzip der Subsidiarität werden diese Dienste je nach Aufgabenbereich mit unterschiedlichen Anteilen auch von kirchlichen oder privaten gemeinnützigen Trägern erbracht.

Der erste Teil der Arbeit beschreibt die Finanzierung der kulturellen Dienstleistungen durch die öffentlichen Haushalte von Land und Gemeinden. Für manche

kulturellen Aufgaben haben Gemeinden Zweckverbände gegründet, deren Ausgaben zusammen mit den Gemeindeausgaben als "Ausgaben der Kommunen" zusammengefaßt dargestellt werden. Als Ergänzung zu den finanziellen Aufwendungen werden anschließend die im öffentlichen Dienst von Land und Kommunen stehenden Beschäftigten des kulturellen Bereichs betrachtet, die jedoch nur einen Teilbereich der mit kulturellen Dienstleistungen befaßten Personen ausmachen: zum einen sind hier die Beschäftigten der kirchlichen oder privaten gemeinnützigen Träger nicht enthalten, zum andern sind im Bereich der Kultur - ähnlich wie in den sozialen Diensten - eine große Zahl von Bürgern nebenamtlich, nebenberuflich oder ehrenamtlich tätig.

Der zweite Teil der Arbeit hat das Ziel, die vielgestaltige kulturelle Infrastruktur zumindest mit ihren Schwerpunkten darzustellen. Hier stehen nicht mehr die Aspekte der Finanzierung im Vordergrund, sondern mehr solche Daten, die jeweils deren Wirkungsspektrum hervorheben, z.B. Besucherzahlen, Teilnehmer und der Umfang der dort erbrachten hauptamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten. In diesem Teil wird auch sichtbar, wie sich - je nach dem jeweiligen Tätigkeitsfeld mit wechselnden Gewichten - staatliche, kommunale, kirchliche und private gemeinnützige Institutionen gegenseitig ergänzen.

Die Schwerpunktsetzung im zweiten Teil dieser Arbeit erfolgt nicht zuletzt auch entsprechend der Verfügbarkeit von Daten. Während im ersten Teil jeweils in sich konsistente Daten der amtlichen Statistik verwendet werden konnten, wurde für den zweiten Teil auf Datenquellen vielfältiger Art zurückgegriffen, neben Geschäftsstatistiken der mit Förderungsmaßnahmen betrauten Ministerien waren dies zahlreiche Daten und Publikationen, die die Verbände und Träger im Bereich der kulturellen Dienste freundlicherweise zur Verfügung stellten.

Über 2,5 Mrd. DM Kulturausgaben

Im folgenden werden die Kulturausgaben von Land, Gemeinden und Zweckverbänden betrachtet. Um diese Ausgaben vergleichbar darstellen zu können und insbesondere um Doppelzählungen zu vermeiden, werden die Nettoausgaben verwendet, die jeweils die aus eigenen Einnahmequellen finanzierten Ausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften umfassen ("Belastungsprinzip").

Die gesamten Kulturausgaben betrugen 1985 2,563 Mrd. DM, hiervon entfielen 27,4 % auf den Landeshaushalt und entsprechend 72,6 % auf Gemeinden und Zweckverbände ("Kommunen"). Hierbei sind die Angaben für Gemeinden und Zweckverbände geschätzt, da hier bisher ur Daten für 1984 vorliegen.

Sport und die Bereiche Musik und Theater sind die beiden mit Abstand größten Ausgabenbereiche im Kultursektor (Tabelle 1). Für die Theater- und Musikpflege wendeten die öffentlichen Haushalte von Land und Kommunen 1985 zusammen 500 Mill. DM auf, hiervon stammten 35 % vom Haushalt des Landes. Für den Bau und den Unterhalt von Sportstätten betrug das Ausgabenvolumen 523 Mill. DM, hier lag das Schwergewicht der Finanzierung bei den Kommunen, während auf den Landeshaushalt ein Anteil von 22 % entfiel. Weitere 176 Mill. DM betrug die allgemeine Sportförderung, auch hier war der Anteil des Landeshaushalts mit 31 % geringer als der Beitrag der Kommunen. Ein großer Ausgabenposten sind die Frei- und Hallenbäder mit 336 Mill. DM, wie auch die Park- und Gartenanlagen (316 Mill. DM).

Für Museen und Kunstsammlungen wurden 172 Mill. DM aufgewendet. Der kleine Teilbereich der wissenschaftlichen Museen (21 Mill. DM) wurde fast ausschließlich vom Landeshaushalt getragen, während bei den übrigen Museen, Galerien und Kunstsammlungen (151 Mill. DM) der Landeshaushalt rund 46 % der Ausgaben trug. In der gleichen Größenordnung lagen die Ausgaben für Bibliotheken mit 138 Mill. DM. Im Teilbereich der öffentlichen Bibliotheken (96 Mill. DM) war der Ausgabenanteil des Landeshaushalts nur gering (2,4 %), während er praktisch die gesamten Ausgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken finanzierte (42 Mill. DM). Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Denkmalschutz

und Denkmalpflege betrugen 77 Mill. DM, die ausschließlich aus dem Landeshaushalt bestritten wurden. Ein weiterer Bestandteil der Kulturausgaben ist die Weiterbildung. Im Bereich Erwachsenenbildung/Volkshochschulen betrugen die Ausgaben 71 Mill. DM, hiervon entfielen 22 % auf den Landeshaushalt. Ein verwandter Bereich ist die außerschulische Jugendbildung (35 Mill. DM), die ganz vom Landeshaushalt finanziert wurde. Die Ausgaben für Kunstakademien und Musikhochschulen (52 Mill. DM) wurden ebenfalls ohne Beteiligung der kommunalen Haushalte finanziert.

Betrachtet man den Landeshaushalt allein (Schaubild 2), so flossen von den gesamten Kulturausgaben in Höhe von 702 Mill. DM allein ein Viertel (24,8 %) in den Bereich Theater und Musik, hierbei dominierten die Ausgaben und Zuschüsse für Theater mit 158 Mill. DM, während in den Musikbereich (ohne Musikschulen) 15 Mill. DM flossen. Zentrale Etatposten des Landeshaushalts im Bereich Kultur sind weiter die Bibliotheken. Hierfür (einschließlich wissenschaftlicher Bibliotheken außerhalb der Hochschulen) wurden 1985 44 Mill. DM (6,3 %) aufgewendet, davon allein 42 Mill. DM für wissenschaftliche Bibliotheken. Auf den Bereich der Museen, der naturkundlichen Landessammlungen sowie der Kunstsammlungen und -ausstellungen entfielen 86 Mill. DM (12,7 %). Ein großes Gewicht haben auch Denkmalschutz und Denkmalpflege mit 77 Mill. DM (10,9 %). Die Aufwendungen für Kunstakademien und Musikhochschulen betrugen 52 Mill. DM (7,4 %) und für Weiterbildung und außerschulische Jugendbildung (einschließlich Musikschulen) 51 Mill. DM (7,2 %). Ins Gewicht fallen weiterhin die Ausgaben für Sportstätten in Höhe von 113 Mill. DM (16,1 %) und für die Sportförderung mit 54 Mill. DM (7,7 %).

Auch im Bereich der kommunalen Haushalte nimmt die Theater- und Musikpflege (einschließlich Musikschulen) einen breiten Raum ein mit einem Anteil von 17,5 %

Tabelle 1

Ausgaben für Kultur *)

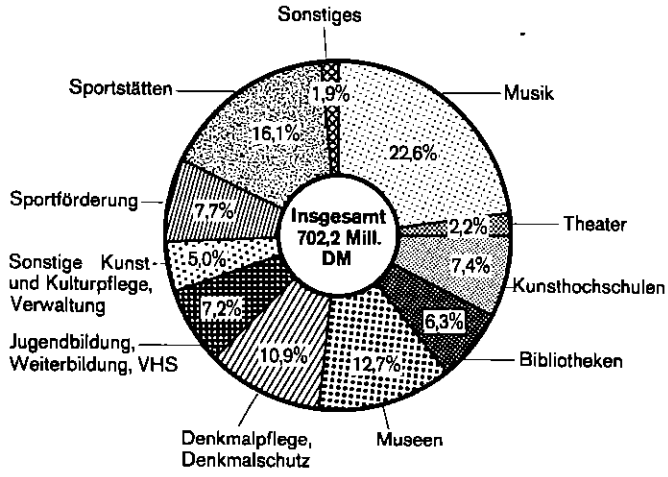
Aufgabenbereich	Systematik - Nr. Land	Systematik - Nr. Gemeinden/ Zweckverbände	1977	1980	1985 [1]	Veränderung 1980 gegen 1977	Veränderung 1985 gegen 1980	Veränderung 1985 gegen 1977
			1000 DM			%		
Musik Theater	182 181	33	259 284	366 289	500 101	+ 41,3	+ 36,5	+ 92,9
Kunsthochschulen	136	–	29 397	40 045	52 145	+ 36,2	+ 30,2	+ 77,4
Bibliotheken	157, 162	352, 311	72 811	117 290	138 434	+ 61,1	+ 18,0	+ 90,1
Museen	163, 183	310, 32	90 774	161 830	171 517	+ 78,3	+ 6,0	+ 88,9
Denkmalpflege, Denkmalschutz	184	–	40 548	56 907	76 804	+ 40,3	+ 35,0	+ 89,4
Jugendbildung	151	–	23 113	23 306	35 251	+ 0,8	+ 51,3	+ 52,5
Weiterbildung, VHS	152, 153	350, 355	28 666	54 951	71 329	+ 91,7	+ 29,8	+ 148,8
Sonstige Kunst- und Kulturpflege, Verwaltung	113, 189	30, 34, 36	70 125	120 914	157 836	+ 72,4	+ 30,5	+ 125,1
Sportförderung	324	55	82 133	122 068	176 000	+ 48,6	+ 44,2	+ 114,3
Sportstätten	323	56	397 559	704 183	523 000	+ 77,1	– 25,7	+ 31,6
Badeanstalten	322	57	231 372	322 397	336 000	+ 39,3	+ 4,2	+ 45,2
Park- und Gartenanlagen, Sonstiges	321, 329	58,59	210 843	292 488	316 000	+ 38,7	+ 8,0	+ 49,9
Naturschutz, Landschaftspflege	185	–	3 764	7 484	8 408	+ 98,8	+ 12,3	+ 123,4
Kultur insgesamt			1 540 389	2 390 152	2 562 825	+ 55,2	+ 7,2	+ 66,4

*) Nettoausgaben von Land, Gemeinden und Zweckverbänden. – 1) Gemeinden und Zweckverbände geschätzt.

an den Kulturausgaben (Tabelle 2). Weitere zentrale Bereiche der kommunalen Ausgaben sind der Sport- und Freizeitbereich, so die Sportstätten (22,0 %), Frei- und Hallenbäder (18,1 %), die allgemeine Sportförderung (6,6 %) und Park- und Gartenanlagen (16,7 %).

Schaubild 2

Ausgaben*) des Landeshaushalts für Kultur 1985



*)Nettoausgaben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 142 87

Kulturausgaben überproportional gewachsen

In längerfristiger Sicht sind die Ausgaben für Kultur stärker gestiegen als das Gesamtvolumen der öffentlichen Haushalte von Land und Kommunen. Während von 1977 bis 1985 die Kulturausgaben um zwei Drittel gewachsen sind, betrug der Anstieg des gesamten Haushaltsvolumens 57 %. Der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt stieg so in diesem Zeitraum von 4,6 % auf 4,9 %.

Betrachtet man den Landeshaushalt allein, so stiegen die Kulturausgaben um 59 % bei einem Zuwachs des gesamten Haushalts von 51 %, entsprechend stieg der Anteil der Kulturausgaben von knapp 2,2 % auf 2,3 %. Bei den zusammengefaßten Ausgaben von Gemeinden und Zweckverbänden stieg der Anteil der

Tabelle 2

Struktur der Ausgaben für Kultur*)

Aufgabenbereich	Systematik - Nr. Land	Systematik - Nr. Gemeinden/ Zweckverbände	1977	1980	1985[1] insgesamt	1985[1] Land	1985[1] Gemeinde, Zweckverbände
			%				
Musik	182	33	16,8	15,3	19,5	24,8	17,5
Theater	181						
Kunsthochschulen	136	–	1,9	1,7	2,0	7,4	–
Bibliotheken	157,162	352, 311	4,7	4,9	5,4	6,3	5,1
Museen	163, 183	310, 32	5,9	6,8	6,7	12,7	4,4
Denkmalpflege, Denkmalschutz	184	–	2,6	2,4	3,0	10,9	–
Jugendbildung	151	–	1,5	1,0	1,4	5,0	–
Weiterbildung, VHS	152, 153	350, 355	1,9	2,3	2,8	2,2	3,0
Sonstige Kunst- und Kulturpflege, Verwaltung	113, 189	30, 34, 36	4,6	5,1	6,2	5,0	6,6
Sportförderung	324	55	5,3	5,1	6,9	7,7	6,6
Sportstätten	323	56	25,8	29,5	20,4	16,1	22,0
Badeanstalten	322	57	15,0	13,5	13,1	–	18,1
Park- und Gartenanlagen, Sonstiges	321, 329	58, 59	13,7	12,2	12,3	0,7	16,7
Naturschutz, Landschaftspflege	185	–	0,2	0,3	0,3	1,2	–
Kultur insgesamt			100	100	100	100	100

*) Nettoausgaben. – 1) Gemeinden und Zweckverbände geschätzt.

Ausgaben für Kultur von knapp 8,5 % auf 8,6 %, auch hier war das Wachstum der Kulturausgaben mit 70 % stärker als beim gesamten Haushalt (+ 66 %).

Die Ausgaben für die einzelnen kulturellen Aufgabenbereiche wiesen eine sehr differenzierte Entwicklung auf. Bei der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte hatte der Bereich Weiterbildung/Volkshochschulen die größte Zuwachsrate (+ 149 % seit 1977), das war mehr als das Doppelte als bei den gesamten Kulturausgaben (+ 66 %). Stark überdurchschnittlich gestiegen sind auch die vielfältigen Förderungsmaßnahmen für Kunst und Literatur, die als "sonstige Kulturförderung" zusammengefaßt werden (+ 125 %). Überproportionale Zuwächse hatten auch die Bereiche Musik und Theater (+ 93 %), Bibliotheken (+ 90 %), Museen und Denkmalschutz (jeweils + 89 %) und Kunsthochschulen (+ 77 %).

Während die Sportförderung stark ausgebaut wurde (+ 114 %), nahmen die Ausgaben für den Bau und Unterhalt von Sportstätten weniger stark zu (+ 32 %), wie auch die Ausgaben für Frei- und Hallenbäder (+ 45 %) und für Parkanlagen (+ 50 %), hier dürfte eine Rolle spielen, daß diese Infrastruktureinrichtungen bereits einen hohen Ausbaustand erreichen haben.

Diese unterschiedliche Entwicklung der Ausgaben wird vor allem seit 1980 deutlich. So gingen von 1980 bis 1985 die Ausgaben für Sportstätten zurück, während die Förderung des Sports besonders stark ausgeweitet wurde (+ 44 %). Deutlich höher als der Anstieg der gesamten Kulturausgaben seit 1980 (+ 7 %) waren die Zuwachsraten bei Musik/Theater (+ 37 %), bildende Kunst (+ 30 %) und Denkmalpflege und Denkmalschutz (+ 35 %). Die stärkste Zunahme wies die Jugendbildung auf (+ 51 %), während die Ausgaben der Weiterbildung um 30 % stiegen. Die Kulturausgaben nahmen so seit 1980 weniger stark zu (+ 7,2 %) als das gesamte Haushaltsvolumen von Land und Kommunen (+ 20,6 %). Ursächlich war jedoch allein die rückläufige Entwicklung bei den Ausgaben für Sportstätten (- 26 %) und der geringe Anstieg bei den Schwimmbädern (+ 4 %) und Parkanlagen (+ 8 %). Ohne diese Bereiche sind die Kulturausgaben seit 1980 um 25 % gestiegen, also auch in diesem Zeitraum etwas stärker als die gesamten öffentlichen Ausgaben.

Zahl der Beschäftigten im Kulturbereich gestiegen

Ein Teil der öffentlichen Kulturausgaben dient zur Unterhaltung von Einrichtungen des Landes bzw. der Kommunen. Im folgenden wird noch der Umfang und die Struktur der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Kultur dargestellt. Hierbei dominieren kommunale Bedienstete; für den kommunalen Bereich werden die benötigten Daten jedoch nur in dreijährigem Abstand erhoben, so daß sich die folgenden Angaben durchgängig auf das Jahr 1983 beziehen.

Im Bereich der Kultur waren 1983 insgesamt 14 341 Vollzeitbeschäftigte tätig, das waren 9,1 % mehr als 1980. Hinzu kamen 3 294 Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der halben Wochenarbeitszeit). Rechnet man die Teilzeitbeschäftigten mit dem Faktor 0,5 in Vollzeitbeschäftigte um, so errechnet sich für 1983 eine Zahl von insgesamt 15 989 Vollzeitkräften (Mannjahre). Hiervon waren 12 780 (80 %) Beschäftigte der Kommunen und 3 211 Landesbedienstete. Ein großer Teil dieser Beschäftigten (Mannjahre) entfiel auf den Freizeitbereich, so waren in Park- und Gartenanlagen 4 431 Beschäftigte tätig, bei Bädern 2 652 und in Sportstätten und der Sportförderung 1 105 Personen. In Theatern und Orchestern und in der Musikförderung waren es 3 984 Peronen. Museen und ähnliche Einrichtungen zählten 1 168 Beschäftigte, Bibliotheken 1 809 Beschäftigte.

Im bisherigen Teil dieser Arbeit wurden die Finanzierungsleistungen und der Personaleinsatz im öffentlichen Bereich betrachtet. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden ausgewählte Bereiche der kulturellen Infrastruktur beschrieben, wobei sich je nach Art der Einrichtungen öffentliche, kirchliche und private gemeinnützige Institutionen mit wechselnden Schwerpunkten gegenseitig ergänzen.

Musik

Der Bereich der Musik umfaßt die ganze Spannbreite zwischen dem rezeptiven Genuß des Zuhörens und dem aktiven spielerischen Musizieren. Um Musik - als Laie oder als Beruf - ausüben zu können, ist eine musikalische Bildung/Ausbildung notwendig, von der musikalischen Früherziehung bis hin zu den Musikhochschulen.

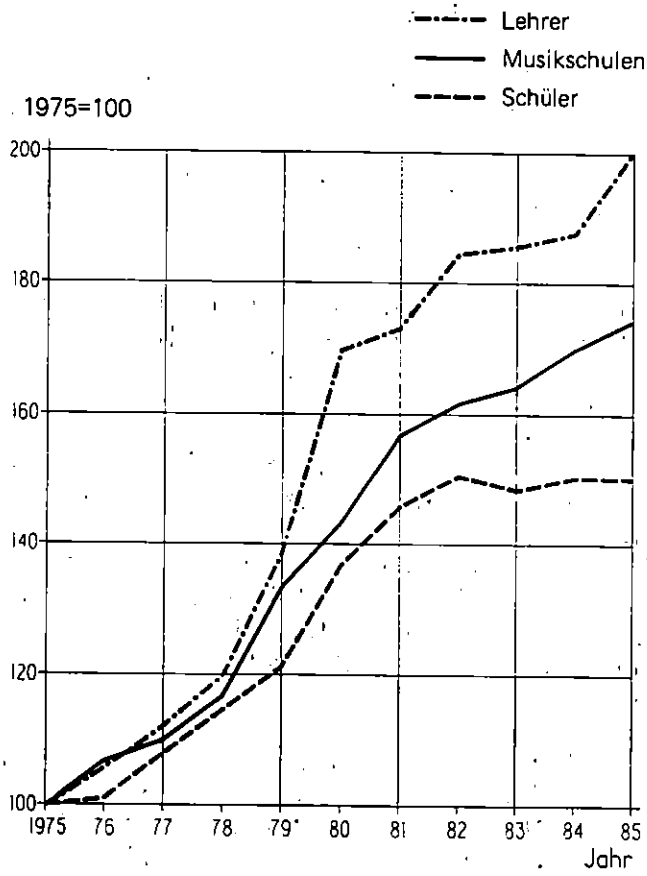
Eine wichtige Ergänzung und Vertiefung des musikalischen Unterrichts im allgemeinbildenden Schulwesen sind die Einrichtungen der öffentlichen bzw. gemeinnützigen Musikschulen, die privaten Einrichtungen - hier insbesondere die freiberuflichen Musikerzieher - und nicht zuletzt die Vereine der Laienmusik.

In Baden-Württemberg existierten 1985 209 kommunale bzw. von gemeinnützigen Trägern unterhaltene Musikschulen. Dort wurden knapp 139 900 Schüler von 7 014 Lehrkräften unterrichtet. Die Musikschulen haben eine sehr expansive Entwicklung hinter sich (Schaubild 3). Hatte die Zahl der Musikschulen 1975 noch 120 betragen, so stieg sie bereits bis 1980 auf 172. Gegenüber 1975 ist die Zahl der gegenwärtig (1985) bestehenden Musikschulen um 74 % gestiegen. Parallel zu dem verstärkten Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Musikschulen stieg auch die Zahl der Schüler, seit 1975 um 50 %. Gerade verdoppelt hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der Lehrkräfte, was auf eine Intensivierung des Unterrichts hinweist.

Während 1975 noch 58 % der Gesamtkosten der Musikschulen durch Unterrichtsgebühren gedeckt werden mußten, konnte dieser Anteil bis 1985 auf 50 % gesenkt werden. Die übrigen Kosten werden durch Gemeinden/Landkreise und Landeszuschüsse abgedeckt. Der Anteil der Gemeinden und Landkreise stieg von 34 % (1975) auf 38 % (1985), der durch Landeszuschüsse abgedeckte Anteil stieg in diesem Zeitraum von 8 % auf 12 %. Im Jahr 1985 gaben so die Gemeinden 48,6 Mill.DM, Landkreise 6,3 Mill.DM für Musikschulen aus, die Landeszuschüsse beliefen sich auf 17,9 Mill.DM.

Rund neun Zehntel der Musikschulen in Baden-Württemberg sind im Verband

Schaubild 3
Entwicklung der Musikschulen 1975 bis 1985



Quelle: Ministerium für Kultus und Sport
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 154 87

Deutscher Musikschulen (VDM) organisiert. Die weiteren Angaben beruhen auf Daten, die der VDM freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Danach steht die überwiegende Zahl der Musikschulen (57 %) in kommunaler Trägerschaft, die übrigen haben einen eingetragenen Verein als Rechtsträger und sind frei-gemeinnützig, sie erhalten von den Kommunen wie vom Land Zuschüsse.

Sehr unterschiedlich, sicherlich entsprechend der Struktur der Einzugsgebiete, ist die Größe der Musikschulen gemessen an der Zahl der erteilten Wochenstunden. Rund 5 % der Musikschulen haben ein Unterrichtsvolumen von mehr als 1 000 Jahreswochenstunden. Jeweils rund ein Fünftel liegen in der Größenklasse zwischen 300 bis 500 bzw. 500 bis 1 000 Wochenstunden. Mit einem Anteil von einem Drittel gab das Gros der Schulen 150 bis 300 Wochen-

stunden, während ein Fünftel der Musikschulen mit einem Volumen von unter 150 Wochenstunden zu den "kleinen" Ausbildungsstätten zählt.

Nicht alle Musikschulen haben einen hauptamtlichen Leiter, dies trifft nur auf rund drei Viertel der Schulen zu, ein Fünftel wird im Nebenamt besetzt, während etwas über 5 % der Musikschulen ehrenamtlich geleitet werden.

Von den Lehrkräften ist nur die Minderheit (13 %) vollbeschäftigt, während 87 % eine Teilzeitbeschäftigung ausüben. - Nach einer ergänzenden Mitteilung des Ministeriums für Kultus und Sport hierzu dürften bei der Gesamtheit der Musikschulen rund ein Fünftel der Lehrkräfte mindestens ein halbes Deputat haben. Ein gewisser Stamm an voll- bzw. in erheblichem Umfang teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte ist auch für die Qualität und Kontinuität des Unterrichts wünschenswert.

Von den Kursbelegungen entfällt bei den dem VDM angeschlossenen Schulen ein Fünftel auf die Grundfächer. Hier überwiegt die "musikalische Früherziehung", deren musikpädagogische Konzeption auf Vorschulkinder zugeschnitten ist. Daneben spielt die sonstige musikalische Grundausbildung eine wichtige Rolle. Zu diesem Bereich zählen auch die Singklassen. Rund 60 % der Belegungszahlen der Musikschulen entfallen auf den auf die Grundfächer aufbauenden instrumentalen und vokalen Unterricht. Ein weiteres Fünftel entfällt auf Ensemble- und Ergänzungsfächer, so wird an 48 Verbandsschulen Jazz angeboten. Der eindeutige Schwerpunkt der Zielgruppe der Musikschulen liegt bei Kindern und Jugendlichen. Rund 12 % der Schüler sind im Vorschulalter, 28 % im Alter von 6 bis 9 Jahren. Auf die Altersgruppe von 10 bis 14 Jahren entfällt ein Anteil von 35 %, auf Jugendliche bis 18 Jahre ein Fünftel. Rund 4 % der Schüler sind Erwachsene, wobei eine Rolle spielen dürfte, daß wohl aus Kapazitätsgründen bei 26 % der dem VDM angeschlossenen Schulen eine Altersbegrenzung besteht.

Auch angesichts des absehbaren Rückgangs der Geburtenzahlen ist die weitere Entwicklung der Musikschulen positiv einzuschätzen. So hat die Verweildauer der Schüler einen steigenden Trend; wesentlich ist auch, daß bisher nur ein geringer Teil der Altersjahrgänge die Musikschulen durchläuft. So dürfte etwa die Zahl der Schüler des 4 Jahrgänge umfassenden Primarbereichs (6 bis einschließlich 9 Jahre), die eine Musikschule besuchen bei rund 40 000 liegen, wenn man die Verbandszahlen hochrechnet (36 054). Demgegenüber zählt ein einzelner Altersjahrgang allein nahezu 100 000 Kinder.

Während die kommunalen bzw. gemeinnützigen Musikschulen vorwiegend in der Breitenarbeit tätig sind und eine besonders wichtige Aufgabe in der Früherziehung und Grundausbildung haben, ist der private, meist von freiberuflichen Musiklehrern erteilte Unterricht mehr, als dies bei Musikschulen möglich ist, auf die individuelle Betreuung und Förderung von musikalischen Begabungen zugeschnitten. Insofern erwächst eine natürliche Arbeitsteilung mit den Musikschulen. Unersetzlich ist der private Musiklehrer zur Vorbereitung von Schülern auf eine berufliche Laufbahn im Musikbereich, z.B. zur Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung an einer Musikhochschule. Aber auch in räumlicher Sicht kommt dem Musikunterricht außerhalb der Musikschulen eine wichtige Funktion zu: obwohl Musikschulen gerade in Ballungsgebieten auch Zweigstellen unterhalten, wird in manchen Fällen der Weg zum privaten Musikunterricht räumlich näher sein. Nach einer Schätzung des größten Berufsverbandes VDMK (Verband Deutscher Musikerzieher und Tonkünstler) dürften bundesweit rund 20 000 Lehrkräfte ihre berufliche Existenz ganz oder teilweise durch privaten musikalischen Unterricht finanzieren. Nach einer Schätzung des Landesmusikrats dürfte die Zahl der (organisierten und nichtorganisierten) Privatlehrer in Baden-Württemberg etwa 3 300 betragen. Private Musikerzieher dürften häufig in Nebentätigkeit an Musikschulen oder in anderen Funktionen der Musikpädagogik oder Musikdarbietung tätig sein, zumal das erzielbare Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit in manchen Fällen nicht ausreichen dürfte. Eine wichtige Funktion kommt privaten Musikpädagogen (wie auch Berufsmusikern) im ehrenamtlichen Bereich der Laienmusik bzw. im Bereich der Kirchenmusik zu. Dies sind Bereiche, die ganz wesentlich auf das ehren-

amtliche oder nebenamtliche Engagement ihrer musikalisch ausgebildeten Leiter angewiesen sind.

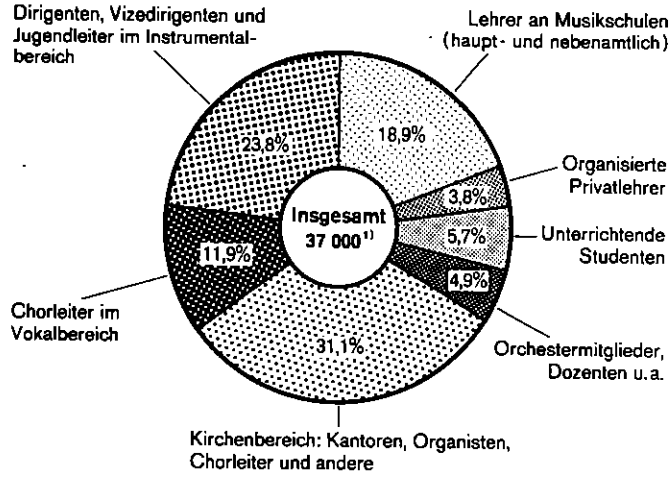
In der vom ehrenamtlichen Element besonders geprägten Laienmusik - d.h. im Vereinswesen - dürften im instrumentalen Bereich etwa 8 800 Dirigenten und Jugendleiter tätig sein, im Gesangsbereich etwa 4 400. Im Bereich der Kirchenmusik wird eine Zahl von etwa 11 500 Kantoren, Organisten und Chorleitern geschätzt. Im Bereich der katholischen Kirche sind etwa 45 Kirchenmusiker hauptberuflich beschäftigt, sowie etwa 4 500 Organisten und Chorleiter in Nebentätigkeit. Bei den beiden evangelischen Landeskirchen sind etwa 245 Kirchenmusiker hauptamtlich angestellt, weitere 3 700 (ohne Kurzzeiteinsätze) nebenamtlich, im Bereich der Posaunenchöre sind rund 1 680 Chorleiter ehrenamtlich tätig.

In allen Bereichen der Laienmusik dürfte ein ins Gewicht fallender Anteil der pädagogisch Tätigen ehrenamtlich beschäftigt sein. Ein weiterer nicht unerheblicher Teil im Nebenamt bzw. in Nebentätigkeit, wobei hier die Grenzen zwischen reinem Engagement und Erwerbstätigkeit sicherlich fließend sind. Es ist geradezu für den Musikbereich - wie wohl auch für andere kulturelle Bereiche - typisch, daß einerseits Kulturschaffende mit "vollem Deputat" bzw. Vollzeitbeschäftigung oft Aktivitäten im Ehrenamt oder als bezahlte Nebentätigkeit aufweisen, und daß andererseits eine freiberufliche Tätigkeit oder eine Tätigkeit als Arbeitnehmer im Musikbereich, die oft nur als Teilzeitbeschäftigung (z.B. an einer Musikschule) möglich ist, zur Existenzsicherung nicht ausreicht, so daß (gegebenenfalls mehrere) Nebentätigkeiten ausgeübt werden. Aber auch hier ist die Grenze zu aus Engagement ausgeübten ehrenamtlichen Tätigkeiten schwierig zu ziehen.

Ein wichtiger Bestandteil der Musikkultur sind - für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen - die Vereine. Im Bereich der vokalen Laienmusik sind nach der Schätzung des Musikrats 158 000 aktive Mitglieder in 3 200 Vereinen mit 4 800 Chören engagiert. Von den aktiven Sängern sind etwa 9 % Kinder bis 12 Jahre, 10 % Jugendliche bis 18 Jahre und

Schaubild 4

Tätigkeitsstruktur in der außerschulischen Musikpädagogik



1) Aufgrund der häufigen Mehrfachtätigkeiten beträgt die Zahl der „Ausbildenden" jedoch nur ca. 21 000.

Quelle: Musikatlas Baden-Württemberg (Hrsg: Landesmusikrat Baden-Württemberg), eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 144 87

8 % junge Mitglieder unter 25 Jahren. Die bei weitem mitgliedsstärksten Verbände sind der Schwäbische Sängerbund und der Badische Sängerbund.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Musikkultur ist die instrumentale Laienmusik, hier sind rund 225 000 Aktive in 4 600 Vereinen zusammengeschlossen. Der Bogen spannt sich hierbei von der Blasmusik (rund 130 000 Aktive) über die für Baden-Württemberg typischen Harmonika-Gruppen (49 000 Aktive), über Zupfmusik (4 900 Aktive), Spielmanns-, Fanfaren- und Feuerwehrmusikzüge (13 000 Aktive), Ensembles der Volkstums- und Heimatverbände (16 000 Aktive) bis zu Liebhaber- und Studentenorchestern (7 000 Aktive).

In kirchlichen Chören bzw. Instrumentalgruppen sind knapp 150 000 Bürger aktiv. Im instrumentalen Bereich spielen die evangelischen Posaunenchöre eine prägende Rolle.

Insgesamt dürften nach einer hier zugrunde gelegten Schätzung des Landesmusikrats im Land rund 37 000 musikpädagogische Betreuer tätig sein (Schaubild 4), z.B. Lehrer an Musikschulen,

unterrichtende Orchestermitglieder, Dozenten und Studenten, hinzu kommen Lehrer, Geistliche u.a., die noch neben ihrem Hauptberuf in der musikalischen Ausbildung engagiert sind. Hierbei ist jedoch eine große Anzahl von Mehrfachzählungen enthalten, da, wie ausgeführt, viele Musikpädagogen in mehr als einer Funktion tätig sind. Die Zahl der in der musikalischen Ausbildung tätigen Personen dürfte nach einer Schätzung des Musikrats bei 21 000 liegen. Diese Musikpädagogen betreuen schätzungsweise 335 000 Kinder und Jugendliche bzw. Erwachsene in der musikalischen Ausbildung - mit naturgemäß unterschiedlicher Ausbildungsdauer je nach betreuender Institution.

So groß die Breitenwirkung der bisher dargestellten Möglichkeiten zur aktiven Musikausübung auch ist, die Mehrheit der Menschen nimmt am Musikgenuß als Zuhörer teil, sei es bei Aufführungen von musikalischen Ausbildungsstätten, Vereinen, kirchenmusikalischen Veranstaltungen oder Darbietungen der aus Berufsmusikern gebildeten Orchester. Im folgenden werden die 7 staatlich bezuschußten Orchester - davon 4 Kammer- und 3 Symphonieorchester - betrachtet, die sich geographisch gesehen vom Bodenseesymphonieorchester bis zum Kurpfälzischen Kammerorchester Mannheim/Ludwigshafen spannen. Diese Orchester mit zusammen 236 Musikern gaben in der Saison 1985/86 an ihrem jeweiligen Sitzort 610 Konzerte mit rund 505 000 Besuchern. Hinzu kamen noch 421 Gastspiele außerhalb des Sitzortes. Bei Gesamtausgaben von 23,8 Mill.DM (1985) konnten sie 5,0 Mill. (21 %) durch eigene Einnahmen decken. Eine wesentliche Rolle bei der Ausgabendeckung kommt deshalb den öffentlichen Haushalten zu. So betrugen die Landeszuschüsse 10,9 Mill.DM, Zuschüsse der Kommunen 7,0 Mill.DM, und 0,6 Mill.DM entfielen auf andere Zuschüsse, z.B. Spenden aus der Wirtschaft. Die im Land ansässigen Orchester - die natürlich auch außerhalb des Landes gastieren - bilden nur einen Teil des Konzertangebots. Hinzu kommen - meist kleinere - Orchester und Ensembles, die oft von den Kommunen gefördert werden, sowie Gastspiele von nicht im Land ansässigen Orchestern und Gruppen.

Theater

Baden-Württemberg besitzt eine reichhaltige Theaterlandschaft, vom großen Landestheater bis hin zur von Amateuren unterhaltenen Marionettenbühne. Im Land gibt es derzeit (Stand 1986) 30 staatlich bezuschußte Theater - hierzu gehören die Staatstheater, die Landesbühnen, Kommunaltheater, von sonstigen Trägern unterhaltene Theater sowie Festspiele -, die in der Spielzeit 1985/86 rund 10 100 Vorstellungen vor 3,2 Mill. Besuchern

Tabelle 3

Staatlich bezuschußte Theater*)

Spielzeit	Geförderte Theater	Vorstellungen am Ort und Gastspiele außerhalb				Besucher am Ort	Personal insgesamt
		insgesamt	davon				
			Oper/Ballett	Operette/Musical	Schauspiel [1]		
	Anzahl		%			Anzahl	
1980/81	24	9 109	13,3	6,3	80,4	2 610 484	3 782
1981/82	23	9 059	13,1	7,3	79,6	2 643 747	3 755
1982/83	23	9 244	14,7	6,4	78,9	2 755 897	3 840
1983/84	24	9 566	14,1	6,6	79,3	2 461 874	3 889
1984/85	24[2]	9 249	.	.	.	2 594 700	4 036
1985/86	26	9 900	13,7	4,9	81,4	2 704 389	4 097

*) Ohne Festspiele. — 1) Einschließlich Podium, Studio, Kinder- und Jugendtheater. — 2) Einschließlich einem Theater ohne Angaben.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Kunst, eigene Berechnungen.

gaben (Tabelle 3). An diesen Theatern waren im künstlerischen Bereich, in der Verwaltung und in der Technik zusammen 4 100 Personen beschäftigt. Die Gesamtausgaben beliefen sich 1985 auf 318 Mill. DM, ihnen standen Eigeneinnahmen von 51 Mill. DM gegenüber, was einer Deckungsquote von 16 % entspricht. Hinzu kamen Zuschüsse des Landes von 124 Mill. DM, Zuschüsse der Gemeinden von 142 Mill. DM und sonstige Zuschüsse von 1,9 Mill. DM.

Vorstellungen werden zu einem nicht unerheblichen Teil auch außerhalb des Sitzortes der Bühne gegeben. Eine besondere Rolle spielen hier die drei Landesbühnen (Esslingen, Tübingen, Bruchsal), die ihrer Aufgabenstellung entsprechend sogar den Hauptteil ihrer Vorstellungen "in der Provinz" absolvieren. So hat etwa die Badische Landesbühne Bruchsal in der Spielzeit 1985/86 nur 46 Vorstellungen am Sitzort, andererseits 284 Vorstellungen außerorts gegeben.

In den obengenannten Globalzahlen sind vier staatlich bezuschußte Festspiele mitenthalten, die in der Spielzeit 1985/86 zusammen 195 800 Besucher am Ort registrieren konnten. Die größten Besucherzahlen hatten hierbei die Ötigheimer Volksschauspiele mit rund 66 000 Zuschauern bei 40 Vorstellungen und die Burgfestspiele Jagsthausen mit 52 600 Besuchern in 56 Vorstellungen.

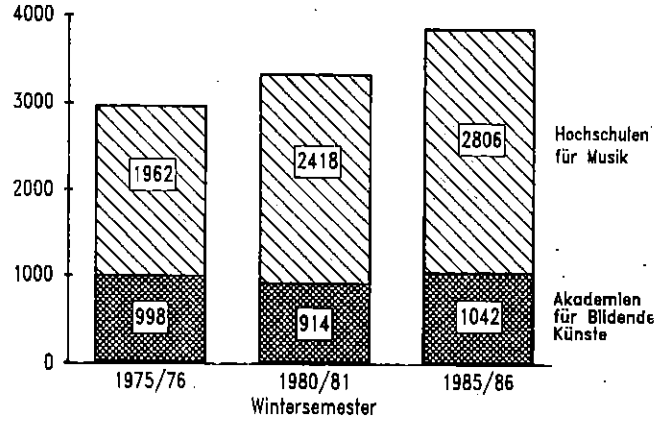
Zu den genannten Theatern treten noch zahlreiche Theater von lokaler Bedeutung, die als private Unternehmen, semiprofessionell oder als Amateurtheater oft von den Kommunen und vom Land gefördert werden.

Im Landesverband der Amateurtheater waren 1986 210 Bühnen zusammengeschlossen. Die Mitgliedszahlen zeigen eine steile Aufwärtsentwicklung, so hat sich seit 1980 (84 Mitgliedsbühnen) deren Zahl mehr als verdoppelt. Zu den Verbandstheatern gehörten 1986 auch 39 Puppentheater und 15 Freilichttheater.

Insgesamt 8 575 Mitglieder waren in diesen Amateurtheatern (im allgemeinen sicher ehrenamtlich) aktiv, diese Mitglieder absolvierten 3 100 Aufführungen. Die Mitgliederzahl (1980: 4 010) hat sich

Schaubild 5

Entwicklung der Studentenzahlen an Kunst- und Musikhochschulen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg | 165 87

im Laufe dieses Jahrzehnts mehr als verdoppelt, wie auch die Besucherzahl: 1986 zählten die Amateurtheater 618 400 Besucher, das waren mehr als doppelt so viel wie 1980 (303 500) bzw. knapp 19 % mehr als 1985.

Zu erwähnen sind im Bereich der Amateurtheater noch die Amateurtheatertage Baden-Württemberg, die 1986 zum 5. Mal stattfanden. Ein Teil der Amateurbühnen widmet sich dem Volkstheater; diese Theaterart wird bei den Volkstheatertagen Baden-Württemberg (erstmals 1985) der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Das Land fördert die Amateurtheater direkt, jedoch auch indirekt durch die Spielberatungsstelle in Wilhelmsfeld, die Beratungsfunktionen für Spielgruppen wahrnimmt.

Kunstakademien und Musikhochschulen

Die Akademien für Bildende Künste und die Hochschulen für Musik bilden den künstlerischen und kunstpädagogischen Nachwuchs aus, sie wirken zugleich durch zahlreiche Aktivitäten in der Öffentlichkeit am künstlerischen Leben des Landes und vor allem in der Region, in der sie tätig sind, mit.

An den 7 staatlichen Kunstakademien und Musikhochschulen des Landes - 5 Musikhochschulen und 2 Akademien für Bildende Künste - waren im Wintersemester 1985/86 3 848 Studierende immatrikuliert (Schaubild 5). Die Musikhochschulen

zählten 2 806 Studenten, davon waren 1 782 Studierende für Instrumentalfächer eingeschrieben, 226 für Gesang und 140 für Darstellende Kunst. Das Studienfach Kirchenmusik wurde 73 mal gewählt, Komposition belegten 57 Studierende und Dirigieren 26 Studierende. Weitere 502 Studenten wollten Musikerzieher werden.

An den Hochschulen für Bildende Künste waren 1 042 Studierende eingeschrieben, davon 282 für Malerei, 135 für Bildende Kunst und Grafik , 95 für Bildhauerei/ Plastik und 83 für Angewandte Kunst. Einen breiten Raum nahm auch das Studienfach Innenarchitektur ein mit 155 Studierenden sowie das Fach Kunsterziehung mit 292 Studierenden.

An den Kunstakademien und Musikhochschulen war insgesamt gesehen das Geschlechterverhältnis der Studierenden praktisch ausgeglichen, dies gilt auch für die Musikhochschulen allein, wo die Studentinnen leicht überwogen (Anteil 51 %), während ihr Anteil bei den Hochschulen für Bildende Künste 48 % betrug. Kunst ist international: Die Weltoffenheit der Kunstakademien und Musikhochschulen zeigt sich in dem hohen Anteil der ausländischen Studierenden, dieser Anteil ist mit 10,8 % deutlich höher als etwa bei den Universitäten (6,7 %).

In den letzten 10 Jahren hatten insbesondere die Musikhochschulen eine expansive Entwicklung zu verzeichnen. Während seit dem Wintersemester 1975/76 die Zahl der Studierenden bei den Kunstakademien um 4,4 % gestiegen ist, wuchs sie bei den Musikhochschulen um 43,0 %. Diese Zunahme war jedoch immer noch geringer als etwa bei den Universitäten (+ 52,7 %).

Die Absolventen der Kunstakademien und Musikhochschulen bilden den künstlerischen Nachwuchs. Im Zeitraum 1980 bis 1985 legten 452 Studenten die Bühnenreife- bzw. Konzertreifeprüfung ab, davon 396 als Musiker und 56 als darstellende Künstler. Hinzu kamen 87 Solistenprüfungen, 505 Prüfungen als Privatmusiklehrer und 46 Kirchenmusikprüfungen. Mit dem Diplom schlossen im Musikbereich (einschl. Darstellende Kunst) 598 Studenten ab, im Bereich Kunst/Gestaltung 131 und im Bereich Innenarchitektur 108 Studenten. Einen sonstigen künstlerischen Abschluß erreichten 297 Absolventen. Bei der Bildenden Kunst kommt hinzu, daß nicht alle Studierende einen Abschluß anstreben.

Die Kunstakademien und Musikhochschulen zählten 1985 349 Künstler und Wissenschaftler als hauptberuflich Beschäftigte, einschließlich Verwaltung umfaßte der Personalbestand 492 Beschäftigte. Insbesondere für die Musikhochschulen ist charakteristisch, daß dort wegen der Fülle der möglichen Studienfächer und der wünschenswerten Spezialisierung auf einzelne Instrumente eine hohe Zahl von nebenberuflichen Lehrbeauftragten tätig ist, die zugleich die notwendige Verbindung von Unterricht und künstlerischer Praxis vertiefen. Im Gesamtbereich der Kunstakademien und Musikhochschulen waren 1985 572 nebenberufliche Unterrichtskräfte tätig, darunter allein 528 im Bereich der Musikhochschulen.

Im Zuge der deutlich expansiveren Entwicklung der Musikhochschulen ist dort auch der Bestand an künstlerischem und wissenschaftlichem Personal deutlich gestiegen, seit 1980 um 10 % bei den hauptberuflich Beschäftigten und besonders ausgeprägt bei den nebenberuflichen Lehrkräften (+ 14 %).

Die 7 staatlichen Kunstakademien und Musikhochschulen des Landes hatten 1985 (ohne Gebäudebewirtschaftungskosten) ein Ausgabenvolumen von 52,3 Mill. DM, hiervon entfielen 45,3 Mill. DM auf Personalausgaben.

Kunstakademien und Musikhochschulen verbinden die Lehre mit Kunstausübung und Kunstpräsentation. Im Jahr 1985 traten sie mit rund 700 Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, insbesondere durch Konzerte, Bühnenaufführungen und Debütantenausstellungen. Hierzu dient nicht zuletzt auch das Programm "Kunsthochschulen in ihrer Region".

Bibliotheken

Bücher haben eine vielfältige Funktion: Sie helfen Kindern und Jugendlichen bei der Sozialisation und speziell beim Lesen lernen, dienen zur Besinnung und Erbauung, vermitteln Gedanken und Ideen

und geben Wissen und Fertigkeiten weiter. Bibliotheken sind ein wichtiger Bestandteil der Lesekultur, sie bieten allen Schichten und Altersgruppen in den Städten und auf dem Land ein breit gefächertes ortsnahes Bücherangebot.

Die meisten öffentlichen Bibliotheken sind kommunale Einrichtungen. Im Jahr 1985 gab es (einschließlich der Zweigstellen) 816 kommunale Bibliotheken, die für die Benutzer 10,07 Mill. Bände bzw. Medieneinheiten bereithielten, wie die staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen berichteten (Tabelle 4). Die Bedeutung dieser Bibliotheken zeigt sich in den Entleihungen, mit einer Zahl von 24,23 Mill. hat rechnerisch jeder Einwohner des Landes im lesefähigen Alter im Jahr 1985 3 Bücher ausgeliehen.

Die Zahl der Entleihungen ist ständig gestiegen, seit 1977 mit einer damaligen Anzahl von 18,25 Mill. um nahezu ein Drittel (32,8 %). Noch stärker ist die Ausstattung der Bibliotheken mit Büchern bzw. Medienbeständen gestiegen (+ 53 %). Leicht zurückgegangen ist die Zahl der statistisch erfaßten Bibliotheken, was ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß mehrere kleinere, früher selbständige Bibliotheken bzw. Zweigstellen inzwischen in leistungsfähigere Bibliothekssysteme umgewandelt wurden und so nur noch eine (statistische) Verwaltungseinheit bilden.

Fast verdoppelt haben sich seit 1977 die Aufwendungen der kommunalen öffentlichen Bibliotheken (seit 1977: + 92 %), 1985 betrug ihre Ausgabensumme 95,88 Mill. DM. Hiervon trugen die Gemeinden 93,96 Mill. DM und die Kreise 1,91 Mill. DM. Hier ist zu berücksichtigen, daß das Land für eine Übergangszeit gezielte Fördermaßnahmen für Bau, Einrichtung und den Aufbau von Beständen geleistet hat. Diese Förderung lief Ende 1984 aus, 1984 betrug der Beitrag des Landes noch 0,764 Mill. DM. Eine Förderung findet nunmehr im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs statt. Das Land trägt jedoch weiterhin die Bibliothekstantiemen, und es trägt die in den vier Regierungsbezirken befindlichen staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen, die die Bibliotheken bei ihrer Funktion beraten und unterstützen.

Eine wichtige Ergänzungsfunktion kommt den evangelischen und katholischen Bibliotheken zu. Im kirchlichen Bereich waren im Jahre 1983 854 Bibliotheken eingerichtet mit einem Bücherbestand von insgesamt 1,92 Mill. Auch hier war beim Bücherbestand ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, von 1975 bis 1983 stieg er um 41,4 %.

Weitere Strukturdaten über die Gesamtheit aller öffentlichen Bibliotheken sind Publikationen des Deutschen Bibliotheks-

Tabelle 4

Öffentliche Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft

Jahr	Bibliotheken		Bände		Entleihungen		Aufwendungen	
	Anzahl	1977 = 100	1000	1977 = 100	1000	1977 = 100	1000 DM	1977 = 100
1977	944	100	6 580,3	100	18 251,6	100	49 881,6	100
1978	941	99,7	7 141,6	108,5	18 637,0	102,1	60 360,8	121,0
1979	922	97,7	7 696,8	117,0	19 342,4	106,0	78 500,8	157,4
1980	918	97,2	8 174,0	124,2	20 419,4	111,9	86 654,1	173,7
1981	902	95,6	8 602,8	130,7	21 519,6	117,9	81 289,8	163,0
1982	842	89,2	8 846,3	134,4	21 985,3	120,5	94 299,5	189,0
1983	840	89,0	9 258,2	140,7	22 986,4	125,9	85 882,0	172,2
1984	826	87,5	9 652,8	146,7	23 612,7	129,4	88 677,4	177,8
1985	816	86,4	10 070,3	153,0	24 232,1	132,8	95 875,2	192,2

Quelle: Staatliche Fachstellen für das Bibliothekswesen, eigene Berechnungen.

instituts in Berlin zu entnehmen. So wurden die öffentlichen Bibliotheken in Baden-Württemberg 1985 von insgesamt 1,205 Mill. Einwohnern genutzt, hiervon entfielen allein 1,048 Mill. Nutzer auf kommunale (einschließlich der von Kreisen unterhaltenen) Bibliotheken. Insgesamt wurden 23,68 Mill. Bücher ausgeliehen, hiervon entfielen 20 % auf Belletristik, 25 % auf Sachbücher. Einen größeren Anteil machten Kinder- und Jugendliteratur aus mit einem Anteil von fast 30 %. Außerdem wurden 1,06 Mill. mal Tonträger ausgeliehen und 123 000 mal Spiele.

An allen öffentlichen Bibliotheken waren 1985 1 110 hauptamtliche Personalstellen sowie 292 (in Vollzeit umgerechnete) neben- und ehrenamtliche Stellen ausgewiesen. Nebenamtliche Funktionen spielen vor allem im Bereich der kleineren kommunalen Bibliotheken eine Rolle. So waren insgesamt 534 Personen nebenamtlich tätig, davon 409 bei den gemeinde- bzw. kreiseigenen Büchereien. Ehrenamtliche Funktionen treten vor allem im Bereich der kirchlichen Bibliotheken auf, so waren insgesamt 3 179 Personen ehrenamtlich tätig, davon 2 546 bei kirchlichen und 602 bei kommunalen öffentlichen Bibliotheken.

Bibliotheken werden oft das "Gedächtnis der Menschheit" genannt. Diese Bezeichnung trifft in besonderem Maße auf die wissenschaftlichen Bibliotheken und Archive zu. In Baden-Württemberg gibt es neben den Hochschulbibliotheken 8 derartige Einrichtungen, neben der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe und der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart zählen hierzu z.B. das Deutsche Volksliedarchiv Freiburg und das Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik in Eggenstein/Karlsruhe. In diesen Einrichtungen des außeruniversitären Bereichs waren 1985 (in Vollzeitkräfte umgerechnet) rund 1 200 Beschäftigte tätig, darunter 200 Wissenschaftler. Daneben stehen der Öffentlichkeit noch weitere Bibliotheken wissenschaftlicher Prägung zur Verfügung, die Teil von größeren Einrichtungen des öffentlichen Wissenschafts-, Forschungs- und Dienstleistungsbereichs sind, z.B. die Bibliothek des Statistischen Landesamts.

Museen

Baden-Württemberg blickt in allen seinen Landesteilen auf ein reiches und - auch entsprechend seiner Territorialgeschichte - besonders vielfältiges kulturelles Erbe zurück. Dieses zu sammeln, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist die Aufgabe der Museen, Sammlungen und übrigen musealen Einrichtungen wie Burgen, Schlösser und Klöster. Hinzu kommt noch, verstärkt im Teilbereich der wissenschaftlichen Museen, die Forschung.

In Baden-Württemberg gibt es derzeit - einschließlich der in der Aufbauphase befindlichen - fast 900 Museen, von den großen staatlichen Sammlungen über kommunale Kunstsammlungen bis hin zum kleinen Heimatmuseum (Tabelle 5). Die Museen (hier wie im folgenden einschließlich der Sammlungen und musealen Einrichtungen) werden im folgenden in zweifacher Hinsicht gegliedert, zum einen nach der Trägerschaft (staatlich/andere Träger) und nach dem Museumstyp. Die neun (einschließlich der sich in der Entstehungsphase befindlichen) großen staatlichen Museen unterhalten zahlreiche Zweigmuseen, so daß insgesamt etwa 36 Museen im Landesbesitz sind. Besonders zu erwähnen ist der 1984 eröffnete Neubau der Staatsgalerie Stuttgart und die Renovierung des Linden-Museums in Stuttgart (vollständige Wiedereröffnung 1986) sowie der Wiederaufbau des Nordflügels der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe, der bereits fortgeschrittene Aufbau des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim und das geplante Haus der Geschichte. Weit größer ist die Zahl der nichtstaatlichen Museen, die kommunale oder private Träger haben bzw. als Werksmuseum zu Unternehmen gehören.

Zur Zeit gibt es rund 830 solcher nichtstaatlicher musealen Einrichtungen, wobei die ausgewiesene Zahl als Schätzung betrachtet werden muß, da ständig neue Museen entstehen, denen wieder vereinzelt Schließungen gegenüberstehen.

Die ganze Vielgestaltigkeit der Museumslandschaft zeigt sich in einer schwerpunktmäßigen Gliederung nach Museumstypen, die ungeachtet der Größe der

Tabelle 5

Staatliche und nichtstaatliche Museen (einschließlich Zweigmuseen), Sammlungen und museale Einrichtungen*)

Museumstyp	Staatliche Museen, Sammlungen und museale Einrichtungen	Nichtstaatliche Museen, Sammlungen und museale Einrichtungen	Insgesamt	Anteil
	Anzahl			%
Landesmuseen, Regionalmuseen, Stadt- und Heimatmuseen, Dorfmuseen, Heimatstuben	4	357	361	41,6
Kunstmuseen	7	43	50	5,8
Völkerkundliche Museen und Sammlungen	1	6	7	0,8
Archäologische Museen	2	30	32	3,7
Naturkundliche Museen und Sammlungen	2	25	27	3,1
Technikgeschichtliche Museen und Sammlungen	1	75	76	8,8
Museum für Landwirtschaft, Weinbau und Waldwirtschaft	–	30	30	3,5
Freilichtmuseen, Bauernhausstraßen	–	11	11	1,3
Schlösser, Burgen, Klosteranlagen mit Inventar	12	28	40	4,6
Ostdeutsche Museen und Sammlungen	–	49	49	5,7
Dokumentations- und Erinnerungsstätten für historisch bedeutsame Persönlichkeiten und Ereignisse	–	51	51	5,9
Sonstige kulturgeschichtliche museale Einrichtungen	5	105	110	12,7
Mischtypen, Sonstiges	2	21	23	2,7
Insgesamt	36	831	867	100

*) Stand Anfang 1985.

Quelle: Museumskonzeption Baden-Württemberg, eigene Berechnungen und Schätzungen.

einzelnen Einrichtungen vorgenommen wurde. Die größte Gruppe mit einer Zahl von 360 stellen die kulturhistorischen Museen mit mehreren Sammlungsbereichen dar. Diese Museen dokumentieren jeweils die geschichtlichen Zeugnisse des Landes, einer Region oder einer Gemeinde. Hierzu gehören die großen Landesmuseen also auch zahlreiche Heimatmuseen, dieser Typ macht rund 42 % des Museumsbestandes aus. Kunstsammlungen und Kunstmuseen (einschließlich der Antikenmuseen) gibt es derzeit 50 (6 % des Museumsbestandes). Sie befinden sich meist in den größeren Städten bzw. Ballungsgebieten. Weitere Arten sind die Völkerkundlichen Museen (7), Archäologische Museen (32) und Naturkundliche Museen und Sammlungen (27). In einer Zeit des raschen strukturellen Wandels kommt den technikgeschichtlichen Museen eine wachsende Bedeutung zu, hier gibt es 76 Einrichtungen. Wirtschaftliche Traditionen anderer Art veranschaulichen die landwirtschaftlichen Museen (30) und die bäuerlichen Freilichtmuseen (11). Das Kulturgut der Heimatvertriebenen bewahren 49 Museen. Der Öffentlichkeit zugängliche Sammlungen in Schlössern, Burgen und Klosteranlagen (40) zeigen auch die vielgestaltige territoriale Geschichte des Landes. Leben und Werk historisch bedeutender Persönlichkeiten wird in 51 Erinnerungs- und Dokumentationstätten präsentiert.

Die meisten der heute bestehenden Museen wurden erst seit Bestehen des Bundeslandes Baden-Württemberg errichtet. So entstanden - soweit bekannt - seit 1952 rund 500 Museen, hiervon rund 320 erst nach 1973.

Museen sind ein großer Publikumsmagnet. Mit 10,5 Mill. Besuchern war in der Saison 1984/85 rein rechnerisch gut jeder Einwohner des Landes ein Museumsbesucher. Die größte Besucherzahl entfiel auf Kunst- und kulturgeschichtliche Museen (3,5 Mill.), es folgten Heimatmuseen (3,2 Mill.), naturwissenschaftliche und technikgeschichtliche Museen (2,9 Mill.) und die Freilichtmuseen (1,0 Mill. Besucher). Die genannten Besucherzahlen sind jedoch sicherlich Untergrenzen, da es praktisch unmöglich sein dürfte, die Be-

sucherzahlen zumal bei Einrichtungen mit freiem Eintritt quantitativ auch nur einigermaßen zu erfassen.

Während die staatlichen Museen und meist auch die größeren kommunalen Museen hauptamtliches Personal unterhalten, sind insbesondere im gemeinnützigen Bereich nicht nur nebenamtliche Funktionen, sondern gerade auch ehrenamtliche Tätigkeiten stark vertreten. So wurden in der Erhebung für die Museumskonzeption 365 ehrenamtliche Museumsleiter gezählt. Hilfestellung bei der oft von Laien zu bewältigenden Aufgabenfülle leisten die Landesstelle für Museumsbetreuung und die ebenfalls landeseigene Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten.

Der ständige Ausbau der staatlichen Kunstmuseen wird durch den aus Toto-Lotto-Mitteln gespeisten "Zentralfonds für die Anschaffung von Spitzenwerten" unterstützt. Die 1981 errichtete Museumsstiftung trägt darüber hinaus als besonderes Finanzierungsinstrument, vor allem mit Erträgen der Spielbanken, ebenfalls dazu bei, neben dem "Zentralfonds" den Erwerb herausragender Werke für die staatlichen Kunstsammlungen zu ermöglichen.

Eine wichtige Ergänzung der Kunstmuseen vor allem im Hinblick auf zeitgenössische Kunst sind die 26 Kunstvereine. Hervorgegangen aus privatem Mäzenatentum, finanzieren sie sich heute noch zum Teil aus Mitgliedsbeiträgen. Den größten Teil der Kosten tragen die Gemeinden, das Land trägt hierzu ebenfalls bei. Ähnlich wie die Kunsthalle Baden-Baden haben die Kunstvereine keine eigenen Bestände, ihre Aufgabe ist im wesentlichen die Ausstellung von Werken insbesondere auch von jüngeren, noch unbekannten Künstlern.

Denkmalpflege

In einer sich rasch wandelnden Welt bleiben Denkmalschutz und Denkmalpflege Daueraufgaben, deren Bedeutung noch verstärkt wird durch ein zunehmendes Interesse vieler Menschen an der Geschichte und den Kulturdenkmalen vergangener Epochen. Baudenkmale sind sprechende Zeugnisse der kulturellen Vergangenheit. Das Land trägt mit Zuschüssen dazu bei, die Erhaltungslast der Eigentümer zu erleichtern, auch Gemeinden und Landkreise übernehmen Verantwortung für ihr Kulturerbe. Ging es in den 70er Jahren noch häufig darum, Kulturdenkmale vor dem Abbruch zu bewahren, so rückt zunehmend in den Vordergrund, Baudenkmale bei Maßnahmen der Erhaltung und Erneuerung in ihrer denkmalpflegerischen Substanz zu erhalten und Nutzungsänderungen in schonender Weise durchzuführen.

Zu den Aufgaben der Bewahrung der Kulturdenkmale tritt die Funktion der archäologischen Denkmalpflege. Ihr Ziel ist es, die vor- und frühgeschichtlichen Fundstätten zu schützen und sie der Nachwelt zu erhalten.

Der Etat der Denkmalpflege wird überwiegend aus einem Anteil an den Erträgen der Toto-Lotto-Einspielergebnisse (1986: 60,5 Mill. DM), der Losbrieflotterie (1986: 4,0 Mill. DM) und aus allgemeinen Haushaltsmitteln (1986: 14,5 Mill. DM) finanziert. Die Toto-Lotto-Mittel werden zum größten Teil als Zuschüsse an Privatpersonen, Gemeinden und Kirchen für denkmalpflegerische Erhaltungsmaßnahmen bereitgestellt. Weitere Anteile werden für archäologische Grabungen verwendet. Ein Teil des Ertrags der Losbrieflotterie wird der Denkmalstiftung Baden-Württemberg zugeführt.

1986 wurden im Rahmen der allgemeinen Denkmalförderung 1 556 Anträge mit einer Antragssumme von 69,5 Mill. DM gestellt, hiervon konnten Anträge mit einer Gesamtsumme von 44,9 Mill. DM gefördert werden (Schaubild 6).

Das 1980 aufgelegte Schwerpunktprogramm Denkmalpflege wurde 1983 fortgeschrieben und erweitert. Das Programm hat derzeit eine Laufzeit bis 1991 und ein Gesamtvolumen von 158 Mill. DM. Es umfaßt eine geschlossene Liste von 130 Objekten der Baudenkmalpflege und 15 Maßnahmen der Archäologie. Kernanliegen dieses Programmes ist es, herausragende Kulturzeugnisse, die substantiell gefährdet sind, durch eine besondere Förderung vor dem drohenden Verfall zu

bewahren. Bis Anfang 1987 wurden 63 Maßnahmen fertiggestellt.

Mit dem 1987 beginnenden Denkmalnutzungsprogramm wird das Ziel verfolgt, derzeit unzureichend oder nicht genutzte, hochwertige Baudenkmale zu erhalten, indem sie einer langfristigen öffentlichen Nutzung zugeführt werden. Das Programm umfaßt derzeit 76 Förderobjekte von kommunalen und freien Trägern und 12 Objekte im Landeseigentum.

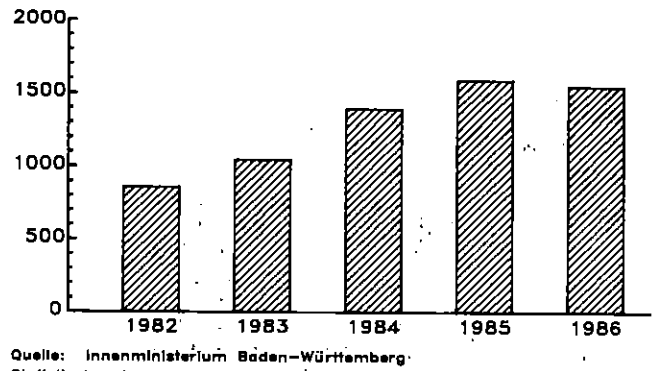
Baumaterialien aus Stein sind durch Umwelteinwirkungen in anhaltende Zerfallsprozesse geraten, die zu enormen Schäden an Baudenkmalen führen. Seit 1985 trägt die aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanzierte Sonderförderung für Steinschäden dazu bei, Erhaltungsmaßnahmen an Baudenkmalen mit Natursteinfassaden sowie an Steinskulpturen zu ermöglichen.

Nicht zuletzt trägt die 1985 errichtete Denkmalstiftung dazu bei, die staatliche Denkmalpflege dort zu ergänzen, wo diese nicht oder nur in beschränktem Umfang tätig werden kann. Das Ziel dieser Stiftung ist es jedoch auch, verstärkt private Mittel für die Aufgaben der Denkmalpflege zu erschließen und das Verständnis der Öffentlichkeit für die Belange der Denkmalpflege zu fördern.

Weiterbildung

Weiterbildung hat die Aufgabe, dem Bürger zu helfen, seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen, zu erweitern und zu erneuern. Sie soll dazu beitragen, den Einzelnen "zu einem verantwortlichen Handeln im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Bereich zu befähigen", wie es z.B. im baden-württembergischen Weiterbildungsgesetz heißt. Neben der beruflichen Weiterbildung, die im folgenden außer Betracht bleiben soll[1], bilden

Schaubild 6
Anträge im Rahmen der allgemeinen Denkmalförderung



Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
166 87

somit die allgemeine Weiterbildung, die Bereiche wie Familie, Gesundheit, Erziehung, Kunst und Literatur und andere Kulturbereiche umfaßt, und die politisch-gesellschaftliche Weiterbildung zentrale Bestandteile.

Wichtigster Träger der allgemeinen Weiterbildung sind die Volkshochschulen. Im Jahr 1985 gab es in Baden-Württemberg 141 Volkshochschulen mit 889 Außenstellen. Seit 1975 ist die Zahl der Volkshochschulen durch Zusammenschlüsse zu leistungsfähigeren Bildungszentren leicht gesunken, die Zahl der ortsnahen Außenstellen dagegen stark gestiegen (+ 26 %), was auf eine Intensivierung der Weiterbildungsarbeit vor allem auch im ländlichen Raum schließen läßt.

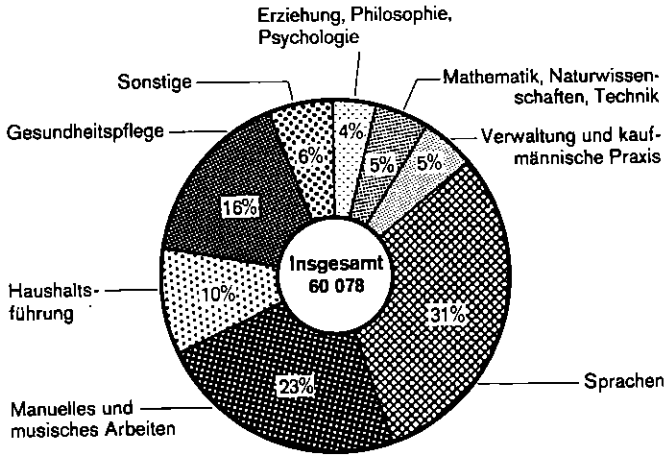
Die Volkshochschulen boten 1985 insgesamt 60 078 Kurse und Arbeitsgemeinschaften mit 1,714 Mill. Unterrichtsstunden an, die von 827 300 Teilnehmern besucht wurden (Belegungen). Hinzu kamen 14 411 Einzelveranstaltungen (z.B. Vorträge, Filmabende) mit 654 700 Besuchern.

Die Weiterbildungsmöglichkeiten der Volkshochschulen umfaßten eine Vielzahl von Themen. Im Vordergrund des Kursangebots (60 078 Kurse) standen Sprachen mit 31 %. Es folgten Kurse in manuellem und musischem Arbeiten (23 %), Gesundheit (16 %) und Haushaltsführung (10 %). Auf den Bereich Erziehung, Philosophie, Psychologie entfielen 4 % der Kurse, auf Kurse über Kunst 2 % des Angebots (Schaubild 7).

1) Siehe hierzu Hoffmann, Hans Jörg: Berufliche Weiterbildung in Betrieben. Vorstudie im Auftrag des BMBW, Statistisches Landesamt Baden- Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1985.

Schaubild 7

Kurse an Volkshochschulen nach Stoffgebieten 1985



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 145 87

Die Altersstruktur der Kursteilnehmer zeigt, daß Volkshochschulkurse vor allem bei jungen Erwachsenen beliebt sind. So entfielen auf die 18 bis unter 25jährigen 1985 ein Anteil von 18,6 % der Kursbelegungen, während der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung des Landes nur 12,5 % beträgt. Ähnlich war die Situation bei den 25 bis 35jährigen: in dieser Altersgruppe waren 25,8 % der Belegungen vertreten, bei einem Bevölkerungsanteil von 15,2 %. Noch höher als der entsprechende Anteil an der Einwohnerzahl ist demgegenüber die Beteiligungsquote bei den 35 bis 50jährigen (Belegungsquote 25,0 %, Bevölkerungsanteil 21,1 %). Bei den darauffolgenden Altersgruppen sinkt die Belegungsquote dagegen deutlich ab (50 bis 65jährige: Belegungsquote 9,0 % gegenüber 17,0 % Bevölkerungsanteil; über 65jährige: 3,0 % gegenüber 14,0 %).

Zwar dürften bei den Jüngeren bei einer größeren Zahl der Kursbelegungen auch berufliche Gründe bei der Motivation eine Rolle spielen, doch dürfte die geringere relative Teilnahmequote der höheren Altersgruppen noch ein größeres zukünftiges Entwicklungspotential in diesem Bereich aufzeigen.

Die Volkshochschulen zählten im Jahr 1985 über 21 000 Beschäftigte, hiervon waren fast 98 % nebenberuflich tätig. Neben 88 hauptberuflichen Leitern waren 104 hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter beschäftigt, hinzu kamen 257 Mitarbeiter in der Verwaltung. Die Kurse wurden darüber hinaus von 20 733 nebenberuflichen Kursleitern geleitet. Die dynamische Entwicklung der Volkshochschulen, die verstärkt wurde durch einen Trend zur Professionalisierung, zeigt sich auch in der Entwicklung der Personaldaten (Tabelle 6). So stieg die Zahl der hauptberuflichen Leiter (1976 bis 1985: + 33 %), gleichzeitig sank die Zahl der nebenberuflichen Leiter (- 22 %). Noch stärker als bei den Verwaltungsmitarbeitern (+ 54 %) stieg die Zahl der hauptberuflichen pädagogischen Kräfte (+ 148 %). Verdoppelt hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der nebenberuflichen Lehrkräfte (+ 103 %).

Die Volkshochschulen hatten 1985 Ausgaben von insgesamt 92,0 Mill. DM. Hiervon wurden 45,5 Mill. DM durch

Tabelle 6

Personelle Ausstattung der Volkshochschulen

Jahr	Leiter		Hauptberufliche Mitarbeiter		Leiter von Kursen		
	hauptberuflich	nebenberuflich	pädagogische Mitarbeiter	sonstige (Verwaltung)	insgesamt	darunter Lehrer	
	Anzahl						%
1976	66	69	42	167	10 196	6 068	59,5
1978	75	59	63	193	13 124	7 330	55,9
1980	82	52	86	216	15 896	7 982	50,2
1982	82	57	99	248	17 541	7 027	40,1
1985	88	54	104	257	20 733	7 425	35,8

Quelle: Volkshochschulverband Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Teilnehmergebühren gedeckt. Zuschüsse der Gemeinden und Kreise in Höhe von 28,7 Mill. DM (31,2 % der Gesamtausgaben) und Landeszuschüsse von 10,5 Mill. DM (11,4 %) förderten die Tätigkeit der Volkshochschulen. Gegenüber 1980 sind die Ausgaben der Volkshochschulen um 48,0 % gestiegen, die Teilnehmergebühren um 46,2 %, entsprechend sank der Anteil der Ausgaben, der durch Teilnehmergebühren zu decken war, leicht von 50,0 % auf 49,4 %.

Auch die kirchliche Erwachsenenbildung hat eine große Breitenwirkung. Im Jahr 1985 wurden bei 23 703 Kursen 508 748 Teilnehmer (Belegungen) gezählt. Davon entfielen 14 735 derartige Veranstaltungen mit 327 544 Teilnehmern auf die evangelische Erwachsenenbildung und 8 968 Kurse mit 181 204 Teilnehmern auf die katholische Erwachsenenbildung. Hinzu kamen im gesamten kirchlichen Bereich 47 910 Einzelveranstaltungen (z.B. Vorträge), davon 25 707 in der katholischen und 22 203 in der evangelischen Erwachsenenbildung.

Bei den gesamten kirchlichen Weiterbildungsaktivitäten mit Kurscharakter dominierten die Bereiche Gesundheit, Haushalt (Anteil: 24 %), Philosophie, Theologie, Religion (22 %), Erziehung, Psychologie und Familie (18 %), kreatives Gestalten, Freizeit (18 %) und Kunst, Literatur, Musik u.ä. (6 %).

Von den Aufwendungen für kirchliche Weiterbildung (einschließlich aller Einzelveranstaltungen), in Höhe von 33,2 Mill. DM (1985) wurden 2,0 Mill. durch Zuschüsse der Gemeinden und Kreise (6 % der Aufwendungen), 2,9 Mill. durch direkte Landeszuschüsse (9 %), 17,1 Mill. durch kirchliche Mittel (52 %) und 8,8 Mill. (27 %) durch Teilnehmergebühren abgedeckt. Rund 8 % entfielen auf sonstige Zuschüsse.

Volkshochschulen und Kirchen sind die mit Abstand wichtigsten Träger der institutionalisierten allgemeinen Weiterbildung. Daneben treten noch andere Träger, wie Gewerkschaften, andere Berufsverbände und weitere öffentliche und private Institutionen, wie auch kulturell orientierte Einrichtungen des Auslands (z.B. Amerika-Haus, Institut Francais), wie auch vorwiegend auf den ausländischen Bevölkerungsteil ausgerichtete Institutionen der ehemaligen Gastarbeiter-Entsendestaaten.

Flankierend zu der bisherigen Förderung der Weiterbildungsträger soll im Rahmen der Weiterbildungskonzeption des Landes ein Lehrerprogramm die Weiterbildungseinrichtungen vor allem im organisatorischen Bereich unterstützen. Hierzu werden - sukzessive in den nächsten Jahren, beginnend 1987 - den Trägern 300 Stellen für im Landesdienst stehende Lehrer gegen eine Beteiligung von einem Viertel an den Personalkosten zur Verfügung gestellt.

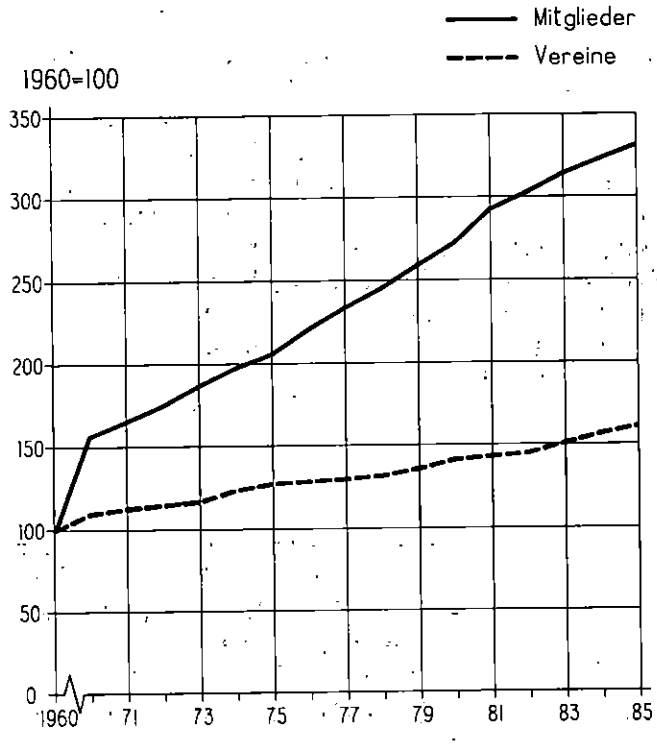
Sport

Beim Sport zeigt sich vielleicht am deutlichsten unter allen Bestandteilen der Kultur, wie stark sich der Kulturbegriff gewandelt hat hin zur Alltagskultur. Sport ist heute sicherlich ein Kulturphänomen von außergewöhnlicher Faszination und Internationalität. Seine Werte und Normen - fairer Wettbewerb in der festen Regeln unterworfenen spielerischen Auseinandersetzung, Leistungsprinzip - stehen in enger Wechselbeziehung zu den allgemeinen gesellschaftlichen Wertvorstellungen.

Am Sport - insbesondere am Vereinssport - nimmt eine überaus große Zahl von Menschen aller Könnens-, Leistungs- und Altersstufen aktiv teil, zur Förderung der Gesundheit und des physischen und psychischen Wohlbefindens und als Möglichkeit der Selbsterfahrung. Sportvereine haben darüber hinaus eine gemeinschaftsbildende Funktion, die begleitet wird von einer umfangreichen Jugendarbeit.

In Baden-Württemberg waren 1985 2,7 Mill. Menschen in Sportvereinen organisiert, das waren über ein Fünftel (21,4 %) mehr als 1980 bzw. 2,5 % mehr als 1984. Möglichkeit zur sportlichen Betätigung boten über 9 000 Vereine, auch ihre Anzahl ist gegenüber 1980 stark gestiegen (+ 13,9 %). Das Wachstum des Vereinssports wird besonders deutlich im längerfristigen Vergleich. So hat sich seit 1960 die Zahl der Mitglieder mehr als verdreifacht, die Zahl der Vereine nahezu verdoppelt (Schaubild 8).

Schaubild 8
Entwicklung der Sportvereine und ihrer Mitglieder



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 167 87

Das große Ausmaß der Jugendarbeit der Sportvereine zeigt sich in der Altersstruktur der Mitglieder. So waren fast ein Fünftel (19,1 %) der Vereinsmitglieder unter 15 Jahre alt, weitere 12,3 % waren Jugendliche im Alter von 15-19 Jahren und 7,6 % junge Erwachsene bis 22 Jahre.

Die beliebtesten Sportarten waren Fußball (752 900 Teilnehmer), Turnen (727 200) und Tennis (336 600). Es folgen Skisport (193 100), Handball (153 400), Leichtathletik (132 200) und Tischtennis (117 900). Zu den rund 40 in den Sportvereinen vertretenen Sparten gehört auch der Behindertensport, der 14 400 Teilnehmer zählte (Tabelle 7). Auch der Sport ist bestimmten Moderichtungen unterworfen. Besonders stark ist in den letzten Jahren die Zahl der Teilnehmer beim Tennis gestiegen (seit 1980: + 42,8 %) und beim Skisport (+ 28,5 %), während mehr traditionelle Sportarten wie Fußball (+ 12,2 %), Handball (+ 11,3 %) und Leichtathletik (+ 10,4 %) eher unterdurchschnittliche Zuwachsraten aufwiesen.

In den Sportvereinen waren 1986 im Breitensport 90 hauptberufliche Turn- und Sportlehrer tätig, deren Beschäftigung durch das Land durch einen Zuschuss in Höhe eines Drittels der Bezüge gefördert wird. Hinzu kommen weitere hauptberufliche Kräfte, u.a. auch ABM-Beschäftigte. Im längerfristigen Vergleich hat die Zahl der vom Land geförderten hauptberuflichen Sportlehrer im Vereinssport abgenommen - die Maximalzahl war um 1970 mit einer Anzahl von 450 erreicht worden -, dafür wurde der Sockel an nebenberuflichen Übungsleitern in Breiten- und Freizeitsport stark ausgeweitet. Im Breitensport der Vereine nahm die Zahl der nebenberuflichen Übungsleiter von 2 500 (1970) über 8 300 (1980) auf 9 390 (1986) zu. Das Land leistet hier einen Pauschalsatz von 700 DM pro Jahr und Übungsleiter aus Toto- und Lottomitteln. Hinzu kommen 9 950 nebenberufliche Übungsleiter im Freizeitsportbereich der Vereine, hierzu leistet das Land entsprechende Zuschüsse aus Mitteln des "Spiel 77". Diese seit 1977 bestehende Föderungsart setzte in jenem Jahr mit einer Zahl von 1 600 hieraus geförderten Übungsleitern ein, bereits 1980 war eine Zahl von 3 200 erreicht. Im Breiten- und Freizeitsport zusammen waren so 1986 in den Vereinen rund 19 340 mit Landeszuschüssen geförderte nebenberufliche Übungsleiter tätig, das waren 68 % mehr als 1980.

Von den Mitteln zur Sportförderung kamen 1985 92,1 Mill. DM aus Toto- und Lottomitteln und 12,5 Mill. DM aus dem Spiel 77. Das Land fördert den Sportstättenbau durch Mittel des Kommunalen Investitionsfonds, hierfür wurden 1985 Zuschüsse an Kommunen, Vereine und sonstige Träger in Höhe von 71,9 Mill. DM erbracht.

Im Bereich der kommunalen Sportstätten bestand Ende 1985 ein durchschnittlicher Versorgungsstand von einer Übungseinheit je 1 892 Einwohner bei Sporthallen und von 3,45 qm je Einwohner bei Sportplätzen. Um - insbesondere auch im Vereinssport - den Informationsstand über die örtliche Vesorgung mit Infrastruktureinrichtungen im Bereich des Sports zu verbessern, ist die Teilnahme des Landes an einer für 1988 geplanten bundesweiten umfassenden Bestandserhebung vorgesehen.

Tabelle 7

Sportvereine 1985

Sportart	Vereine	Mitglieder				
		insgesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
			unter 15	15 – 19	19 – 22	22 und älter
	Anzahl		%			
Insgesamt[1]	9 056	2 734 215	19,1	12,3	7,6	61,0
darunter[2]						
Badminton	197	9 579	7,5	18,9	15,7	58,0
Basketball	164	14 105	17,0	25,5	16,1	41,4
Boxen	72	11 445	10,5	14,4	13,5	61,6
Eissport	68	7 925	22,3	11,0	7,4	59,2
Fußball	3 039	752 865	16,9	11,2	7,4	64,5
Handball	756	153 429	20,1	18,1	10,9	50,9
Hockey	42	5 786	24,0	20,7	9,6	45,7
Judo	282	25 896	36,7	22,1	12,0	29,2
Kanu	109	9 846	12,4	12,5	7,7	67,3
Kegeln	398	32 079	3,9	6,5	5,9	83,7
Leichtathletik	1 095	132 193	29,3	17,7	8,8	44,2
Radsport	385	28 310	13,0	12,2	7,6	67,2
Reiten	554	74 899	14,8	15,9	9,4	59,8
Rudern	39	7 751	6,0	12,7	8,6	72,8
Schießen	1 249	135 922	3,1	8,2	6,8	82,0
Schwimmen	305	63 425	41,4	15,9	6,8	35,9
Ski	955	193 068	17,4	14,5	9,2	58,9
Tanzsport	172	15 716	5,5	10,3	10,2	74,0
Tennis	1 687	336 593	10,7	12,6	7,2	69,5
Tischtennis	1 553	117 943	17,7	18,8	11,1	52,4
Turnen	2 481	727 189	29,9	10,2	5,4	54,5
Volleyball	835	54 175	8,1	20,6	18,3	52,9
Behindertensport	231	14 378	3,9	2,2	2,3	91,6

1) Einfachzählungen. – 2) Beteiligungsfälle. Mehrfachbeteiligung möglich.

Quelle: Landessportbünde.

Zusammenfassung

- Kultur ist ein notwendiger Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft, die Möglichkeit zur kulturellen Betätigung ist zugleich ein Wesenselement der Demokratie. Der Wandel der Bevölkerungs- und Sozialstruktur wie auch der technische Wandel verstärken zukünftig noch die orientierungs- und sinnstiftende Rolle der Kultur.

- In ökonomischer Sicht ist der Kulturbereich in einer Zeit, da materielle Güter oft auf Sättigungstendenzen stoßen, ein autonomer Wachstumsfaktor. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen Kultur und Wirtschafts- und Arbeitswelt. Materiell sichtbar wird im Bereich der angewandten Kunst das Design, das zunehmend auch ein Element des Markterfolgs von Produkten werden dürfte.

- Eine Abgrenzung der kulturellen Dienstleistungen ist schwierig und kann nicht auf allgemein gültige, objektive Kriterien abgestützt werden. Die gewählte Abgrenzung lehnt sich an den Kulturbegriff der empirischen Kulturwissenschaften an.

- Betrachtet werden kulturelle Dienstleistungen, die von den öffentlichen Haushalten, von Land und Kommunen erbracht oder gefördert werden. Gegenstand des ersten Teils der Arbeit

ist die Finanzierung durch die öffentlichen Haushalte und der Personalbestand im öffentlichen Dienst für kulturelle Aufgaben. Im zweiten Teil werden die einzelnen Institutionen der kulturellen Infrastruktur betrachtet.

- Die Kulturausgaben von Land und Kommunen betrugen 1985 über 2,5 Mrd. DM (Nettoausgaben), hiervon entfielen 27 % auf den Landeshaushalt. Für den Bereich Musik und Theater wurden 500 Mill. DM aufgewendet, für Museen und Kunstsammlungen 172 Mill. DM, für Bibliotheken 138 Mill. DM, für Denkmalschutz und Denkmalpflege 77 Mill. DM, für Kunstakademien und Musikhochschulen 52 Mill. DM. Die Ausgaben für Sportstätten betrugen 523 Mill. DM, weitere 176 Mill. DM betrug die allgemeine Sportförderung.

- Seit 1977 sind die Kulturausgaben stärker gestiegen (+ 67 %) als das Gesamtvolumen der Haushalte von Land und Kommunen (+ 57 %), der Anteil der Kulturausgaben stieg damit von 4,6 % auf 4,9 %.
  Im öffentlichen Dienst von Land und Kommunen sind im Kulturbereich - in Vollzeit umgerechnet - rund 16 000 Personen tätig, davon 12 800 bei den Kommunen.

- Unter den kulturellen Infrastruktureinrichtungen im Musikbereich kommt den Musikschulen für die außerschulische musikalische Bildung große Bedeutung zu. Dort wurden 1985 rund 140 000 Schüler unterrichtet, seit 1975 ist die Zahl der Schüler um die Hälfte gestiegen.

- Ein wichtiger Bestandteil der Musikkultur sind die Vereine. Der Bereich der vokalen Laienmusik zählt rund 158 000 aktive Vereinsmitglieder, die instrumentale Laienmusik rund 225 000 Aktive. In kirchlichen Chören und Instrumentalgruppen sind rund 150 000 Bürger tätig.

- Im Gesamtbereich der musikalischen Ausbildung sind rund 21 000 Personen aktiv, die oft ehrenamtlich oder nebenberuflich tätig sind.

- Die 7 staatlich bezuschußten Orchester gaben in der Saison 1985/86 610 Konzerte am Sitzort und 421 Gastspiele.
  Im Land gibt es 30 staatlich bezuschußte Theater und Festspiele, die in der Spielzeit 1985/86 10 100 Vorstellungen gaben. Im Landesverband der Amateurtheater sind 210 Bühnen zusammengeschlossen, deren Zahl sich seit 1980 mehr als verdoppelt hat. Hier waren 1986 über 8 500 Bürger tätig.

- An den 7 staatlichen Kunstakademien und Musikhochschulen waren im Wintersemester 1985/86 über 3 800 Studierende eingeschrieben, davon 2 800 bei Musikhochschulen. Insbesondere die Musikhochschulen hatten eine expansive Entwicklung zu verzeichnen, ihre Studentenzahl stieg im letzten Jahrzehnt um 43 %.

- Im Jahr 1985 gab es 816 kommunale öffentliche Bibliotheken, die 10,07 Mill. Bücher bzw. Medieneinheiten bereithielten. Die Zahl der Entleihungen (1985: 24,23 Mill. ist seit 1977 um ein Drittel angestiegen. Im kirchlichen Bereich gab es 1985 854 Bibliotheken mit einem Bücherbestand von 1,92 Mill.

- In Baden-Württemberg befinden sich rund 900 Museen und Kunstsammlungen, über ein Drittel davon wurde erst nach 1973 eingerichtet. Rein rechnerisch besucht jeder Einwohner des Landes im Lauf eines Jahres einmal ein Museum.
  Im Rahmen der allgemeinen Denkmalpflege konnten 1986 Anträge mit einer Antragssumme von 44,9 Mill. DM gefördert werden.

- Wichtigster Träger der allgemeinen Weiterbildung sind die Volkshochschulen. Im Jahr 1985 gab es 141 Volkshochschulen mit 889 Außenstellen. Es wurden über 60 000 Kurse und Arbeitsgemeinschaften angeboten, die von 827 300 Teilnehmern besucht wurden. Im Vordergrund des Kursangebots stehen Sprachen (31 %) und Kurse in manuellem und musischem Arbeiten (23 %). Im Bereich der kirchlichen Erwachsenenbildung wurden 23 700 Kurse gezählt, die 508 700 Teilnehmer aufwiesen.

- Der Vereinssport hat eine außerordentliche Breitenwirkung, 1985 waren 2,7 Mill. Menschen in Sportvereinen orga-

nisiert, das waren über ein Fünftel mehr als 1980. Nahezu ein Drittel der Mitglieder sind Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren. Im Breiten- und Freizeitsport der Vereine leistete das Land 1986 Zuschüsse für 90 hauptberufliche Turn- und Sportlehrer und 19 340 nebenberufliche Übungsleiter, das waren 68 % mehr als 1980.

- Aus der Arbeit wird sichtbar, daß in vielen kulturellen Dienstleistungsbereichen neben- und ehrenamtliche Funktionen eine tragende Rolle spielen, so z.B. in der Laienmusik, bei Amateurtheatern, bei Museen und in Bibliotheken, hier insbesondere im kirchlichen Bereich, sowie bei Sportvereinen.

2.2 Bedeutung des Informationssektors
— Aspekte des beruflichen Strukturwandels —

Im Rahmen dieses Berichts wurde in den Vorjahren verschiedentlich auf die zunehmende Bedeutung der Dienstleistungen eingegangen und dabei u.a. die allmähliche Verlagerung des Schwergewichts der Erwerbstätigkeit von der Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft) über das Produzierende Gewerbe (sekundärer Sektor) in den tertiären Sektor angesprochen. Diese Entwicklungslinie wird auch bei Betrachtung der Erwerbstätigkeitsstruktur in Tabelle 1 sichtbar. Innerhalb von knapp einem Vierteljahrhundert ist der Anteil der hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen von 16 auf 5 Prozent zurückgegangen, während der Anteil der in den Wirtschaftsbereichen "Handel und Verkehr" sowie "Sonstige (Dienstleistungen)" Beschäftigten von 32 auf 48 Prozent angewachsen ist. Diese beiden Wirtschaftsbereiche, die üblicherweise unter dem Begriff "Tertiärer Sektor" oder "Dienstleistungssektor" zusammengefaßt werden, umfassen in Baden-Württemberg nahezu die Hälfte, im Bund sogar mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen.

Tabelle 1

Erwerbstätigenanteil*) der Wirtschaftsbereiche 1961, 1970 und 1985

Wirtschaftsbereich	1961	1970	1985
	%		
I Land- und Forstwirtschaft	16	8	5
II Produzierendes Gewerbe	52	55	47
III Handel und Verkehr	13	14	16
IV Sonstige (Dienstleistungen)	19	23	32
Alle Wirtschaftsbereiche	100	100	100

*) Erwerbstätige nach dem Wohnortprinzip; 1961 (einschließlich Erwerbslose) und 1970 Volkszählungsergebnisse, 1985 Ergebnisse des Mikrozensus.

Differenzierte Betrachtung der Dienstleistungen erforderlich

Hinter dem Wachstum des tertiären Sektors verbergen sich jedoch unterschiedliche Entwicklungen. Neben Wirtschaftszweigen mit hohen Wachstumsraten ist beispielsweise die im Wirtschaftsbereich IV angesiedelte Wirtschaftsgruppe "Private Haushalte" hinsichtlich der Zahl der Erwerbstätigen eher rückläufig. Es handelt sich hierbei um Dienste in Privathaushalten, die eigentlich eher vorindustriell geprägt sind. Auch in der Wirtschaftsabteilung "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", die zum Wirtschaftsbereich III und damit zum Dienstleistungssektor rechnet, ist gegenwärtig eine stagnierende Erwerbstätigenzahl festzustellen, obwohl die Nachfrage erheblich angewachsen ist. Hierzu haben Rationalisierung und Verlagerung von Verkehrsleistungen auf individuelle (nichtkommerzielle) Befriedigung beigetragen. Der Wirtschaftsbereich IV - Sonstige (Dienstleistungen)- umfaßt neben den Privathaushalten so unterschiedliche Gruppen wie Gesundheit, Bildungswesen, Wäscherei und Reinigung, Gaststätten, Körperpflege, Kirchen, Politische Parteien, Öffentliche Verwaltung u.a. mehr. Diese verkürzte Aufzählung dürfte allein schon die Heterogenität des Dienstleistungsbereichs belegen.

Vor allem wird jedoch bei einer sektoralen Betrachtungsweise nicht beachtet, daß innerhalb des Warenproduzierenden (sekundären) Sektors eine Akzentverschiebung stattfindet. In diesem Bereich nimmt, wie noch im einzelnen gezeigt werden wird, die Bedeutung der produktionsorientierten Dienste erheblich zu, während das Gewicht der Fertigung - gemessen am Arbeitseinsatz - zurückgeht. Außerdem werden von im Prinzip warenproduzierenden Unternehmen in zunehmendem Maße auch Dienstleistungen erbracht.

In Kenntnis der aufgeführten Mängel wurde in jüngster Vergangenheit von verschiedenen Autoren und Institutionen versucht, eine Art vierten Wirtschaftssektor zu definieren und abzugrenzen,

für den in der Regel der Begriff "Informationssektor" verwendet wurde. Diese Begriffswahl trägt dem Umstand Rechnung, daß die Informationstechnik in allen Studien über die Zukunft der Arbeitslandschaft als dominante Techniklinie angegeben wird.[1] Informationstechnik wird von Haefner als komplexe "Mischung aus technischer Informationsverarbeitung und Nachrichtentechnik" bezeichnet.[2] Hierin kommt die Tendenz zum Ausdruck, daß Computer zunehmend mit der Produktion, der Büroarbeit und mit anderen Computern verknüpft werden, so daß die Wirkungen der Informationstechnik vielfältiger und weitreichender Natur sind. Die gedankliche Isolierung eines Informationsbereichs dient demnach auch dem Versuch, die Auswirkungen der Verbreitung der Informationstechnik besser abschätzen zu können. Denkbar wäre eine Abgrenzung mit Hilfe wirtschaftssystematischer Zuordnung, über eine Aufspaltung der Wertschöpfung nach Informationsbezug, über die Berufe oder über die ausgeübten Tätigkeiten der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung. Auf diese Weise sollen eher informationsbezogene Tätigkeiten von solchen Tätigkeiten getrennt werden, die überwiegend auf Menschen oder auf Produkte bezogen sind.

Alle genannten Kriterien weisen jedoch Unschärfen auf und lassen die Informationsbedeutung im Wirtschaftsprozeß nur näherungsweise bestimmen. Die präziseste Art, den Strukturwandel zu erfassen, bestünde in der Darstellung der ausgeübten Tätigkeit. Hierüber liegen jedoch nur in unregelmäßigen Abständen erhobene Stichprobendaten (Mikrozensus) vor, die eine regionale Analyse nicht zulassen und fachliche Differenzierungen erschweren. In dieser Untersuchung soll wegen der wirtschaftsfachlich, beruflich und regional sehr differenziert vorliegenden Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (kurz: Beschäftigtenstatistik) eine Annäherung an den Informationsbereich über die ausgeübten Berufe erfolgen. Damit werden zwar Erwerbstätige, die nicht der Versicherungspflicht unterliegen, nicht einbezogen (beispielsweise Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte und geringfügig Beschäftigte), doch werden über die Beschäftigtenstatistik immerhin rund 80 % aller Erwerbstätigen erfaßt.

Unter "Informationsberufen (IB)" werden hier diejenigen (ausgeübten) Berufe subsummiert, die überwiegend mit der Produktion, der Verarbeitung oder der Verteilung von Informationen befaßt sind.[3] Die in Übersicht 1 aufgeführten Berufe müssen sich jedoch nicht zwangsläufig moderner Informationstechnik bedienen. Da diese Berufe jedoch überwiegend informationsorientiert arbeiten, ist zu erwarten, daß sie neue Kommunikationstechniken vorrangig nutzen oder zu ihrer Verbreitung beitragen werden. Die vorgenommene Abgrenzung wurde eng an Untersuchungen des IAB angelehnt. Im Unterschied zu der dort verwendeten Definition wurden aber Verkäufer(innen) als relativ stark besetzte Berufsklasse und einige andere, schwächer besetzte Berufe nicht zum Informationsbereich gerechnet. Die Angabe des ausgeübten Berufs (Berufsordnung, d.h. Dreisteller) liegt in der Beschäftigtenstatistik seit dem 1. Quartal 1979 vor. Mit Hilfe einer sehr umfangreichen Sonderauswertung sollen durch einen Vergleich mit dem 1. Quartal 1986 hier nun Veränderungen der Berufsstruktur unter dem Aspekt der Informationsrelevanz untersucht werden. Die strukturellen Verschiebungen innerhalb dieses Zeit-

---

1) Vgl. Dostal, W.: "Informationstechnik und Informationsbereich im Kontext aktueller Prognosen", in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Mitt AB) 1986, Seite 136.

2) Vgl. Haefner, K.: "Mensch und Computer im Jahre 2 000: Ökonomie und Politik für eine human computerisierte Gesellschaft"; Basel, Stuttgart; 3. Auflage 1986, Seite 25.

3) Vgl. Dostal, W.: "Datenverarbeitung und Beschäftigung, Teil 3: Der Informationsbereich", in: Mitt AB 1984, Heft 4, Seite 505 (Übersicht 4). Die Abweichungen zu der von Dostal verwendeten Abgrenzung wurden in Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Tübingen festgelegt.

raums (31.3.1979 bis 31.3.1986) sollen über den stattfindenden Strukturwandel weitere Aufschlüsse vermitteln.

Informationsberufe (IB) zeigen überdurchschnittliches Wachstum

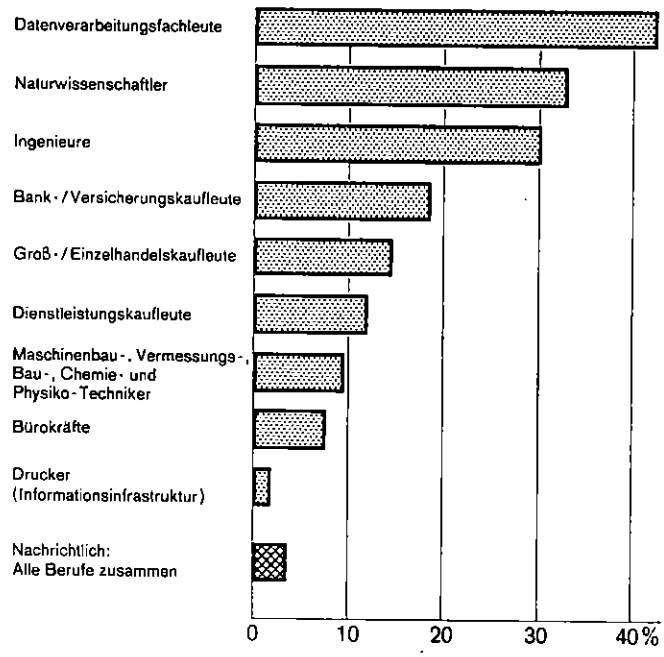
Betrachtet man zunächst die globale Beschäftigungssituation, so stellt man fest, daß die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dem genannten 7-Jahreszeitraum von 3,34 auf 3,46 Millionen (+ 3,7 %) angewachsen ist (Schaubild 1). Für die Informationsberufe im engeren Sinne (i.e.S.) ist jedoch das Wachstum mehr als dreimal so hoch (+ 11,3 %). Selbst unter Einbeziehung der Informationsberufe im weiteren Sinne (i.w.S.), zu denen auch nahezu alle Lehrer im Angestelltenverhältnis rechnen, ergibt sich für den Informationsbereich noch eine Zunahme von 10 %. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Pädagogen Ende der 70er Jahre im Gegensatz zu jetzt überwiegend im Angestelltenverhältnis eingestellt wurden und aus diesem Grunde eine rückläufige Zahl von Lehrern (die der Versicherungspflicht unterliegen) ausgewiesen wird. An dieser Stelle wird eine Schwachstelle der Konzentration auf die Beschäftigtenstatistik sichtbar, doch erscheint eine zusätzliche Erfassung der Informations- bzw. Nichtinformationsberufe bei den Beamten aus der Personalstandserhebung schwer durchführbar.

Außergewöhnlich hohe Wachstumsraten erkennt man in Schaubild 1 für Ingenieure (+ 30,1 %), Naturwissenschaftler (+ 33 %), Bank- und Versicherungskaufleute (+ 18,4 %) sowie Groß- und Einzelhandelskaufleute (+ 14,7 %). Die "Hauptmasse" der Informationsbeschäftigten, die knapp eine halbe Million umfassende Gruppe der Bürokräfte, hat jedoch mit + 7,6 % weniger stark zugenommen. Diese ersten Zahlen machen die Notwendigkeit einer wirtschaftsfachlichen Differenzierung noch deutlicher, sie machen aber bereits die zunehmende Bedeutung von Information wie auch die Rationalisierung von Informationstätigkeiten mit Hilfe der Informationstechnik deutlich.

In Tabelle 2 ist die Bedeutung der Informationsberufe in ausgewählten Branchen dargestellt. In nahezu allen

Schaubild 1

Veränderung der Beschäftigtenzahlen *) in ausgewählten Informationsberufen bzw. Berufsgruppen 1986 gegen 1979



*) Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stichtag jeweils 31. März.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 140 87

betrachteten Wirtschaftsgliederungen liegt dabei die Zunahme der Informationsberufe sowohl bei einer engen Abgrenzung (I in Übersicht 1) als auch bei einer weiten Fassung des IB-Begriffs (Übersicht 1: I + II + III) über der der übrigen Berufe. Interessant erscheint u.a., daß das starke Wachstum der Gesamtbeschäftigung im Gesundheitswesen (+ 25,4 %) von der Steigerung der Informationsberufe (+ 36,9 %) noch übertroffen wird. Im Folgenden wird bei den Informationsberufen (IB) die weitere Abgrenzung (I + II + III) zugrunde gelegt. Allerdings ist der Anteil des Informationsbereiches im Gesundheitswesen mit rund 10 % vergleichsweise gering, da insbesondere das ärztliche und das pflegende Personal nicht zu den Informationsberufen zählen. Im Handel ist eine differenzierte Entwicklung festzustellen: Während Großhandel und Handelsvermittlung eine steigende Bedeutung der Informationsberufe signalisieren, hat sich die Rationalisierung im Einzelhandel wohl am stärksten auf die Bürokräfte ausgewirkt.

Tabelle 2

Beschäftigte insgesamt und in Informationsberufen nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsgruppen 1979 und 1986*)

Wirtschaftsabteilung Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Beschäftigte insgesamt		Darunter im Informationssektor im engeren Sinne (I)		
	1979	1986	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979
	Anzahl				%
Wirtschaftsabteilungen insgesamt	3 341 607	3 464 362	758 595	844 405	+ 11,3
darunter					
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30 356	33 235	8 682	9 719	+ 11,9
Verarbeitendes Gewerbe	1 683 358	1 662 760	294 791	312 587	+ 6,0
Metallverarbeitung (17 – 27)	371 358	387 094	66 695	72 779	+ 9,1
Herstellung und Reparatur von Kfz. (28 - 30)	226 432	243 425	35 928	40 768	+ 13,5
DV-Anlagen, Elektrotechnik (33 – 34)	271 058	280 640	69 660	77 539	+ 11,3
Feinmechanik, Optik und dgl. (35 – 39)	179 931	172 983	29 202	30 188	+ 3,4
Papier/Druck (43 – 44)	85 072	81 538	14 557	14 433	– 0,9
Nahrungsmittelherstellung (54 – 56)	81 250	85 478	7 598	7 420	– 2,3
Baugewerbe	251 985	232 929	25 782	26 980	+ 4,6
Bauhauptgewerbe und Zimmerei (59 – 60)	181 927	159 829	17 716	17 444	– 1,5
Handel	393 813	399 516	95 428	95 618	+ 0,2
Großhandel, HV (620 – 621)	168 161	169 909	61 390	62 722	+ 2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116 146	123 405	17 667	21 076	+ 19,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	112 673	127 662	102 368	117 524	+ 14,8
Dienstleistungen, s. a.n.g.	484 181	587 698	107 670	142 175	+ 32,0
Gaststätten, Beherbergung, Heime (70 – 71)	86 894	104 004	3 626	4 790	+ 32,1
Schulen und Hochschulen (74 – 75)	91 039	96 729	19 572	22 950	+ 17,3
Gesundheitswesen (78)	143 971	180 474	9 383	12 762	+ 36,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	47 094	60 903	16 275	20 700	+ 27,2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	191 201	204 104	88 621	96 650	+ 9,1

*) Stichtag jeweils 31. März.

Bei Banken und Versicherungen hohes Wachstum der Beschäftigung

In der Wirtschaftsabteilung "Bank-/Versicherungsgewerbe" hat die Gesamtzahl der Beschäftigten im betrachteten 7-Jahres-Zeitraum um über 13 % zugenommen, doch liegt die Wachstumsrate der IB mit fast 15 % noch darüber. Gleichzeitig ist jedoch auch hier die Zahl der Buchhalter, Kalkulatoren und Bürokräfte rückläufig, während Bank- und Versicherungskaufleute zahlreicher anzutreffen sind. Offensichtlich hat auch hier eine Schwergewichtsverlagerung von der reinen Bürotätigkeit zur Beratung stattgefunden. Die formalisierbaren Arbeitsvorgänge wie Buchen u.ä. dürften in erheblichem Maße rationalisiert worden sein, während die Intensität der kundenorientierten Beratung möglicherweise verstärkt worden ist.

Umstrukturierung im Verarbeitenden Gewerbe

Dem Verarbeitenden Gewerbe sei hier besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da dort die Gesamtbeschäftigung tendenziell rückläufig ist, gleichzeitig aber noch ein erhebliches Wachstum der IB festzustellen ist. Aus diesem Grunde würde in Tabelle 3 zunächst die Struktur der Berufe im Verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Untergliederungen dargestellt. Hier zeigt sich mit Ausnahme des Kfz-

Darunter im Informationssektor im weiteren Sinne einschließlich Infrastrukturberufe (I + II + III)			Veränderung der Beschäftigten insgesamt 1986 gegen 1979	Anteil der Beschäftigten im Informationssektor (I + II + III) an den Beschäftigten insgesamt	
1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979		1979	1986
Anzahl		%			
1 003 324	1 104 034	+ 10,0	+ 3,7	30,0	31,9
10 355	11 356	+ 9,7	+ 9,5	34,1	34,2
386 915	405 757	+ 4,9	− 1,2	23,0	24,4
84 152	91 184	+ 8,4	+ 4,2	22,7	23,6
42 445	47 590	+ 12,1	+ 7,5	18,7	19,9
79 051	88 220	+ 11,6	+ 3,5	29,2	31,4
36 789	37 623	+ 2,3	− 3,9	20,4	21,7
41 015	40 908	− 0,3	− 4,2	48,2	50,2
11 573	11 007	− 4,9	+ 5,2	14,2	12,9
29 677	30 797	+ 3,8	− 7,6	11,8	13,2
20 661	20 208	− 2,2	−12,1	11,4	12,6
144 201	150 647	+ 4,5	+ 1,4	36,6	37,7
89 314	94 480	+ 5,8	+ 1,0	53,1	55,6
42 033	47 893	+ 13,9	+ 6,2	36,2	38,8
103 590	118 863	+ 14,7	+13,3	91,9	93,1
159 869	197 024	+ 23,2	+21,4	33,0	33,5
10 061	13 446	+ 33,6	+19,7	11,6	12,9
45 770	44 560	− 2,6	+ 6,2	50,3	46,1
13 342	18 266	+ 36,9	+25,4	9,3	10,1
23 453	30 508	+ 30,1	+29,3	49,8	50,1
101 205	109 022	+ 7,7	+ 6,7	52,9	53,4

Bereichs ein Rückgang der Fertigungsberufe bei Verstärkung des Gewichts der technischen Kräfte. Insbesondere die Zahl der Ingenieure ist sehr stark angewachsen, wobei anzunehmen ist, daß dieser verstärkte Einsatz vor allem in der Forschung und Entwicklung erfolgte. In der Gruppe "Herstellung von Kraftfahrzeugen" (einschl. Reparatur) hat sich die Zahl der Ingenieure innerhalb von 7 Jahren mehr als verdoppelt. In der eigentlichen Produktion dürfte die rückläufige Zahl der Fertigungsberufe kaum durch Techniker ersetzt worden sein. Vielmehr ist aus dem geänderten Verhältnis von Arbeitern und Angestellten der Schluß zu ziehen, daß die technischen Kräfte verstärkt zu Hilfsdiensten für die Produktion herangezogen worden sind. Auffallend ist weiterhin, daß die Zahl der Waren- und Dienstleistungskaufleute sehr stark angewachsen ist, während die Zahl der übrigen Dienstleistungsberufe - vor allem Bürokräfte - im Verarbeitenden Gewerbe stagniert oder rückläufig ist. Einer abnehmenden Zahl von buchhalterisch/kalkulatorisch Tätigen steht eine wachsende Zahl von Datenverarbeitungsfachleuten gegenüber. Damit sind aber auch qualitative Veränderungen innerhalb des Informationssektors angesprochen. Diese zeigen, daß die versuchte Abgrenzung eines Informationssektors mit Hilfe der Berufstätigkeit nicht alle Probleme, die mit der Änderung der Arbeitslandschaft verbunden sind, aufzeigen kann. Die Definition eines Informationsbereichs kann aber ein Indikator unter mehreren dafür sein, in welche Richtung sich der Arbeitsmarkt künftig entwickeln wird. Darüber hinaus könnte die Aussagefähigkeit der Abgrenzung eines "quartären" Sektors erhöht werden, wenn innerhalb dieses Sektors noch stärker differenziert würde nach "Routinetätigkeiten" und "herausgehobenen Tätigkeiten".

Ein Zusammenhang zwischen der IB-Quote und dem Produktivitätsniveau in den einzelnen Branchen ist unter Berücksichtigung der von der VGR ausgewiesenen Bruttowertschöpfung (BWS) je Erwerbstätigen von 1979 bzw. 1984 eindeutig gegeben: Von den untersuchten Wirtschaftszweigen mit hoher Produktivität hatten nahezu alle auch eine überdurchschnittliche IB-Quote aufzuweisen. Dies gilt nicht nur für Bereiche im Produzierenden Gewerbe mit hohem Kapitaleinsatz wie Energieversorgung u.ä., sondern auch für bestimmte Untergliederungen des Dienstleistungsbereichs.

Umgekehrt korrespondieren Wirtschaftszweige mit unterdurchschnittlicher Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen mit entsprechenden IB-Quoten.

Ferner läßt sich zwischen dem Wachstum und dem Anteil der Informationsberufe in den einzelnen Branchen eine Verbindung herstellen, da verschiedene Wirtschaftszweige wie Druck/Papier, Elektrotechnik/DV-Anlagen und Banken/Versicherungen sowohl durch ein hohes Wachstum der Wertschöpfung als auch durch über-

Tabelle 3

Beschäftigtenentwicklung*) nach Berufsgruppen in ausgewählten Wirtschaftsgliederungen des Verarbeitenden Gewerbes 1979 und 1986

Wirtschaftsgliederung / Berufliche Gliederung	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt			Eisen- und Stahlerzeugung, Maschinenbau, Zahnradherstellung			Herstellung von Kraftwagen und -rädern einschließlich Reparatur		
	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Fertigungsberufe	1 077 451	1 046 551	– 2,9	245 361	254 851	+ 3,9	148 482	160 259	+ 7,9
Ingenieure	37 198	51 705	+ 39,0	9 110	11 630	+ 27,7	3 759	8 017	+ 113,3
Naturwissenschaftler	2 733	3 875	+ 41,8	126	198	+ 57,1	49	385	x
Techniker, techn. Sonderfachkräfte	115 617	123 088	+ 6,5	33 827	37 289	+ 10,2	15 141	15 415	+ 1,8
Dienstleistungs- und Warenkaufleute	67 864	72 829	+ 7,3	7 456	7 494	+ 0,5	5 858	5 955	+ 1,6
Übrige Dienstleistungsberufe	368 871	354 376	– 3,9	73 720	74 614	+ 1,2	50 097	50 465	+ 0,7
Sonstige Arbeitskräfte	13 624	10 336	– 24,1	1 758	1 018	– 42,1	3 046	2 929	– 3,9
Insgesamt	1 683 358	1 662 760	– 1,2	371 358	387 094	+ 4,2	226 432	243 425	+ 7,5

*) Laut Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stichtag jeweils 31. März.

durchschnittliche IB-Quoten (und außerdem eine starke Zunahme der Informationsberufe) gekennzeichnet sind.

Im Zusammenhang mit der Verbreitung der Informationstechnik wird auch häufig die Frage diskutiert, inwieweit neue Techniken eine räumliche Konzentration fördern oder wegen eventuell entfallender Agglomerationsvorteile und Transportprobleme die Dekonzentration erleichtern.

Regionale Unterschiede

Unter diesem Aspekt erscheint es wichtig, auch die räumliche Verteilung der Informationsberufe näher zu untersuchen. In Anhangtabelle 1 sind diese Berufe pro Kreis in ihrer Entwicklung auch im Verhältnis zum Wachstum der Gesamtbeschäftigung dargestellt. Bei Betrachtung des Anteils der Informationsberufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (IB-Quote) in den Spalten 10 und 11 fällt zunächst der Unterschied zwischen Stadt- und Landkreisen auf. Hierbei liegen Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg mit einer IB-Quote von über 40 % (1986) an der Spitze, obwohl in diesen Kreisen die Gesamtbeschäftigung stagniert oder rückläufig ist. Unter den einzelnen Regionen liegt der Mittlere Neckarraum an der Spitze und die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg am Schluß der IB-Quoten-Reihenfolge. Die IB nehmen in nahezu allen Kreisen stärker zu als die Gesamtbeschäftigung, so daß die Erhöhung der IB-Quote weitgehend gleich gerichtet verläuft. Eine echte Ausnahme bildet der Landkreis Heilbronn als Kreis mit dem höchsten Beschäftigtenzuwachs im Land und etwas geringerer Zunahme der IB.

Da in Tabelle 2 bereits deutlich wurde, daß es hinsichtlich der IB-Quote branchenspezifische Unterschiede gibt, muß versucht werden, diesen Einfluß auf die regionalen Unterschiede auszuschalten. Aus diesem Grunde wurde die IB-Quote in Anhangtabelle 2 getrennt für alle Wirtschaftsabteilungen und für ausgewählte Wirtschaftsgruppen ausgewiesen, und zwar für das 1. Quartal 1979 in Teil A und für das 1. Quartal 1986 in Teil B. Generell zeigt sich dabei, daß auch in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen die

Herstellung von DV-Anlagen einschließlich Reparatur, Elektrotechnik			Feinmechanik und Optik, Herstellung von Sport-, Spiel- und Schmuckwaren		
1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979
Anzahl		%	Anzahl		%
151 564	150 407	– 0,8	123 569	117 961	– 4,5
18 256	24 059	+ 31,8	1 973	2 765	+ 40,1
999	1 259	+ 26,0	167	281	+ 68,3
28 346	31 965	+ 12,8	11 865	11 930	+ 0,5
5 096	5 777	+ 13,4	4 672	4 852	+ 3,8
63 793	64 097	+ 0,5	37 042	34 875	– 5,9
3 004	3 076	+ 2,4	643	319	– 50,4
271 058	280 640	+ 3,5	179 931	172 983	– 3,9

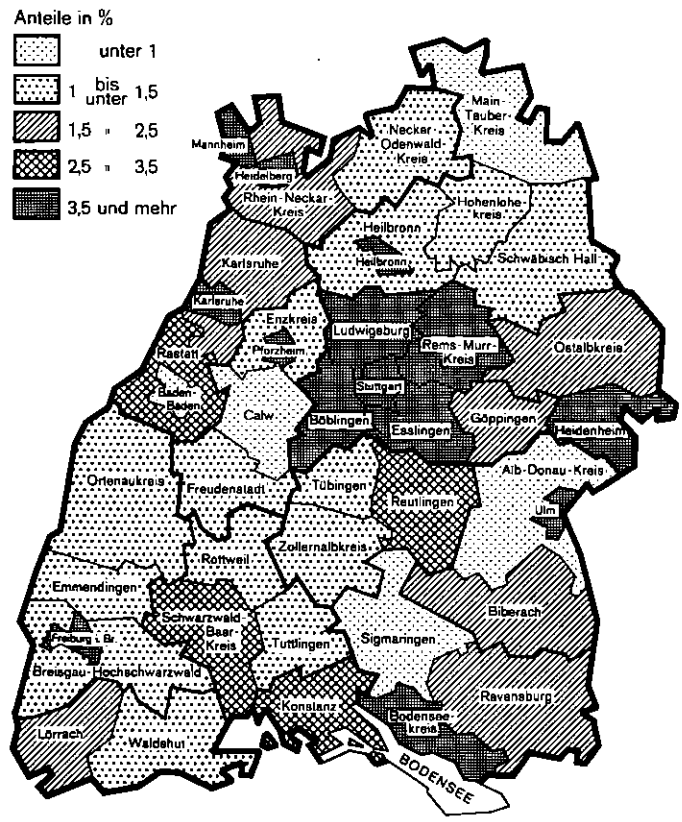
IB-Quote in den großen Städten meist höher ist als in den Landkreisen. Im Verarbeitenden Gewerbe liegt der Anteil der Informationsberufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Durchschnitt der Stadtkreise etwa um die Hälfte höher als im Mittel der Landkreise; hierbei zeigt sich zwischen 1979 und 1986 kein Unterschied. Wegen der regional unterschiedlichen Entwicklung der Gesamtbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe bedeutet dies für die Stadtkreise dennoch eine geringfügige Abnahme der Informationsberufe (Durchschnitt: - 2,1 %) bei erheblich stärkerem Rückgang der übrigen Beschäftigten (- 11,1 %). Dies könnte bedeuten, daß die Verlagerung von Produktionsstätten aus den Agglomerationszentren nicht in gleichem Maße die produktionsorientierten Dienstleistungen erfaßte. Nach einer Untersuchung des WZB [4] beträgt der Anteil der tertiären Aktivitäten in den zentralen Gebieten ein Vielfaches derjenigen in peripheren Gebieten; bei Großunternehmen ist der Unterschied noch ausgeprägter.

Technische Dienste ungleich verteilt

Als wichtiger Bestandteil der tertiären Aktivitäten werden in der Regel die technischen Dienstleistungen gewertet. Aus der Beschäftigtenstatistik sind diese nur näherungsweise über die ausgeübten naturwissenschaftlich-technischen Berufe zu ermitteln. In Schaubild 2 ist die Zahl der Ingenieure und Naturwissenschaftler im Verarbeitenden Gewerbe in Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der Beschäftigten in dieser Wirtschaftsabteilung. Im Landesdurchschnitt beträgt der Anteil der ingenieur- oder naturwissenschaftlich Tätigen 3,3 %, in den Stadtkreisen liegt er jedoch im Mittel mit 6,1 % mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen (2,6 %). Eine Ausnahme von diesem

Schaubild 2

Anteil der Ingenieure und Naturwissenschaftler an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe am 31. 3. 1986



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 134 87

4) Vgl. Bade, F.-J.: "Die funktionale Struktur der Wirtschaft und ihre räumliche Arbeitsteilung", in: II MV/Strukturpolitik, discussion paper Nr. IIM/IP 84-27, Tabelle V.2.

Übersicht: Zuordnungsschema für Informationsberufe*)

Berufs-kennziffer	Bezeichnung
	I. Informationsberufe im engeren Sinne
60	Ingenieure
61	Naturwissenschaftler
635	Technische Zeichner
69	Bank- und Versicherungskaufleute
703	Werbefachleute
75	Geschäftsführer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
76	Administrativ Entscheidende, Abgeordnete
77	Rechnungs-, DV-Kaufleute (ohne Kassierer - 773 -)
78	Bürokräfte
81	Rechtswahrer und -berater (ohne 814)
82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare
88	Geistes- und naturwiss. Berufe soweit anderweitig nicht genannt
	II. Informationsberufe im weiteren Sinne (ohne Infrastruktur)
03	Verwalter/Berater in der Landwirtschaft
052	Gartenarchitekten und -verwalter
621,623, 624,626	Maschinenbau-, Vermessungs-, Bau-,Chemie- und Physiko-Techniker
681	Groß- und Einzelhandelskaufleute
683	Verlagskaufleute, Buchhändler
687	Handelsvertreter, Reisende
70	Dienstleistungskaufleute (ohne Werbefachleute - 703 -)
83	Künstler (ohne Techniker -835/836/838 -)
862,863	Heimleiter, Sozialpädagogen, Arbeits-, Berufsberater
87	Lehrer (ohne Sportlehrer - 876 -)
891	Seelsorger
921,922	Hauswirtschaftsverwalter, Verbraucherberater
	III. Informationsinfrastrukturberufe
17	Drucker
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs

*) Die Abgrenzung der Informationsberufe wurde in Anlehnung an das IAB (vgl. Dostal, Fußnote 3) in Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Tübingen vorgenommen.

Stadt-Land-Gefälle bildet der Bodenseekreis mit der höchsten Ingenieurquote aller Kreise, die im wesentlichen von einer Konzentration verschiedener privater Forschungseinrichtungen in dieser Region zeugt.[5]

Der Einfluß unterschiedlicher Forschungsintensität einzelner Branchen dürfte für die regional unterschiedliche Verteilung der technischen Dienstleistungen eine geringe Rolle spielen. Auch bei Betrachtung einzelner Wirtschaftsgruppen wie z.B. der Elektrotechnik und des Kfz-Bereichs zeigen sich die geschilderten Tendenzen in der Streuung der Ingenieurdichte. Die Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreisen ergeben sich im übrigen auch bei einer Betrachtung des Anteils der administrativ Entscheidenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten, und zwar sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für die übrigen Wirtschaftsbereiche. Insbesondere bei großen Unternehmen scheint demnach für höhere Verwaltungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsfunktionen die Neigung zu zentralen Standorten gegeben zu sein.

Das Schwergewicht der technischen Dienstleistungen liegt jedoch im Verarbeitenden Gewerbe im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE). Zur regionalen Verteilung der FuE-Intensitäten im Verarbeitenden Gewerbe liegt eine Untersuchung[6] vor, die interessante Übereinstimmungen zwischen der dort ausgewiesenen FuE - Intensität - basierend auf Informationen des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft sowie eigenen Schätzungen - und der hier ausgewiesenen Ingenieurdichte auf der Grundlage der Beschäftigtenstatistik aufweist. Danach sind in beiden Untersuchungen Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Ulm und der Bodenseekreis die an der Spitze liegenden administrativen Einheiten, wäh-

...

5) Siehe hierzu: Statistisch-prognostischer Bericht 1985/86, Seite 120.

6) Vgl. Keller, K.: "Zur Regionalstruktur der personellen Forschungskapazitäten", in: Baden- Württemberg in Wort und Zahl", Heft 11/1986, Seite 452 ff.

rend die Kreise Calw, Sigmaringen, Alb-Donau und Main-Tauber sowohl nach der FuE-Intensität 1983 als auch nach Ingenieurdichte 1986 am Ende der Kreis-Rangfolge stehen. Die in den Stadtkreisen meist höhere IB-Quote (Anteil der Informationsberufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten) im Verarbeitenden Gewerbe ist nicht nur auf das stärkere Gewicht der technischen Dienstleistungen zurückzuführen, sondern auch auf die größere Bedeutung der übrigen tertiären Aktivitäten. In Anhangtabelle 3 wurden zur Untermauerung dieser These wiederum verschiedene Berufsgruppen hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten auf das gesamte Verarbeitende Gewerbe bezogen. Wie für Ingenieure gilt auch für Bürokräfte, Kaufleute und Datenverarbeitungsfachleute, daß sie in den Stadtkreisen anteilmäßig meist stärker vertreten sind als in den umliegenden Landkreisen; allerdings fällt der regionale Unterschied nicht so groß aus wie bei den naturwissenschaftlich-technischen Berufen.

Baden-Württemberg im Bundesvergleich

Wie bereits dargelegt, wurde der Informationsbereich hier enger abgegrenzt als in bereits vorliegenden Untersuchungen, die sich auf den Bund beziehen. Aus diesem Grunde ist ein überregionaler Vergleich erschwert, insbesondere auch deswegen, weil die Berufsangaben der Beschäftigtenstatistik im Bund und in den meisten Ländern nicht in der erforderlichen tiefen Gliederung vorliegen bzw. veröffentlicht sind. Vergleiche zwischen dem Bund und Baden-Württemberg auf der Basis des Mikrozensus zeigen jedoch eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des Gewichts und der Entwicklung der Informationsberufe, die generell in der hier verwendeten Abgrenzung etwa ein Drittel aller Erwerbstätigen umfassen.

Für Nordrhein-Westfalen konnte auf eine Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik, ähnlich der hier verwendeten, zurückgegriffen werden.[7] Danach ist der Anteil der Informationsberufe unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ähnlich wie in Baden-Württemberg zwischen 1979 und 1986 von 30 auf 31 bis 32 % gestiegen; im Verarbeitenden Gewerbe liegt er allerdings mit gegenwärtig knapp 23 % etwas unterhalb dem entsprechenden Wert für Baden-Württemberg (24,4 %).

Da die Bedeutung der produktionsorientierten Dienstleistungen für das Wirtschaftswachstum allgemein anerkannt ist, soll auf diese Funktionen ebenfalls aus überregionaler Sicht kurz eingegangen werden. Aus der Beschäftigtenstatistik lassen sich auch hierzu nähere Aufschlüsse gewinnen. Die Ingenieurdichte (Anteil der Ingenieure an allen Beschäftigten) liegt nach den vorliegenden Daten in Baden-Württemberg am höchsten. Allerdings kann nicht für alle Länder auf eine nach Wirtschaftsabteilungen differenzierte Analyse, die beispielsweise den hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbe in unserem Land berücksichtigen würde, zurückgegriffen werden.

Im Gegensatz zur Ingenieurdichte ist der Anteil der Bank-/Versicherungskaufleute unter den Beschäftigten in den meisten Bundesländern höher als in Baden-Württemberg. Bei Ländern wie Hessen mit einer Konzentration des Bankengewerbes in Frankfurt ist dies nicht überraschend. Überregionale Vergleiche müßten ohnehin streng genommen die unterschiedliche Wirtschafts- und Siedlungsstruktur in den einzelnen Ländern berücksichtigen. Diese variiert aber innerhalb des Bundesgebiets ähnlich stark wie innerhalb der Bundesländern.

Arbeitsplatzzuwachs in den Landkreisen

Auch wenn die Informationsberufe insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe in den Stadtkreisen relativ stärker vertreten sind, darf nicht vernachlässigt werden, daß die Beschäftigung insgesamt gesehen in den Landkreisen eher expandiert, während sie in den großen Städten stagniert oder rückläufig ist. Im sekundären Sektor ist die Beschäftigung zwar auch in den ländlichen Gebieten selten von großer Dynamik, doch ist insbesondere in verschiedenen Bereichen des tertiären Sektors ein Land-Stadt-Gefälle bei der Arbeitsplatzentwicklung

7) Wir danken dem Statistischen Bundesamt und den Landesämtern in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen für die Bereitstellung von Sonderauswertungen.

zu erkennen. Dies gilt insbesondere auch für stark expandierende Wirtschaftsgliederungen mit hohem IB-Anteil wie das Kreditwesen, in dem die Zahl der Beschäftigten im betrachteten Zeitraum in den Stadtkreisen um 8,1 %, in den Landkreisen dagegen um 21,2 % zunahm. Noch deutlicher fällt der Unterschied für das Versicherungsgewerbe aus: Stadtkreise + 2,5 %, Landkreise + 24,8 %. Allerdings ist hier wie auch zum Teil bei den anderen Stadt-Land-Vergleichen die unterschiedliche Ausgangsposition zu beachten: Während von allen Beschäftigten im Land jeder 10. seinen Arbeitsplatz in Stuttgart hat, konzentrieren sich im Versicherungsgewerbe rund 40 % aller Arbeitsplätze auf die Landeshauptstadt. Nimmt man noch Karlsruhe hinzu, so entfallen auf diese beiden Städte mehr als 60 % der Arbeitsplätze im Versicherungsgewerbe des Landes. Unter diesen Vorzeichen ist ein stärkeres Wachstum der übrigen Kreise nicht verwunderlich. Überraschend ist eher, daß Stuttgart seine dominierende Rolle als Versicherungssitz mit einem Zuwachs von 6 % zwischen 1979 und 1986 behaupten konnte. Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe dürfte hier die Landeshauptstadt als Standort von Hauptverwaltungen und Landesgeschäftsstellen eine bevorzugte Stellung einnehmen.

Als weitere Wirtschaftsgliederung mit hoher IB-Quote zeigt sich die Gruppe "Rechtsberatung sowie Wirtschaftsberatung und -prüfung". Im betrachteten Zeitraum ist die Zahl der Beschäftigten in Rechtsanwaltspraxen und Notariaten um 35,3 % angewachsen; bei der (wirtschaftlichen) Unternehmungsberatung und -prüfung betrug die Wachstumsrate der Beschäftigung sogar 48,8 %. Vergleicht man die regionalen Veränderungsraten in dieser Wirtschaftsgruppe mit der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung, so stellt man eine weitgehende Parallelität fest. Kreise mit hoher Anhebung des allgemeinen Beschäftigungsniveaus zwischen 1979 und 1986 wie Böblingen, Heilbronn (Land) und Alb-Donau-Kreis weisen auch eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitnehmerzahlen im Bereich der Wirtschafts- und Rechtsberatung auf. Bei Architektur- und Ingenierbüros ist die Korrelation weniger ausgeprägt.

In Ballungsgebieten Verlagerung an den Rand

Es ist unbestreitbar, daß die regionale Beschäftigungssituation von einer Vielzahl von Faktoren beeinflußt wird, jedoch soll an dieser Stelle versucht werden, einige allgemeine Gesetzmäßigkeiten

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt sowie in Informationsberufen nach räumlichen Aggregationen 1979 und 1986*)

Räumliche Aggregation	Beschäftigte insgesamt			Darunter in Informationssektor im weiteren Sinne einschließlich Infrastrukturberufe (I + II + III)				
							Anteil an den Beschäftigten insgesamt	
	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986
	Anzahl		%	Anzahl		%		
Stadtkreise zusammen	1 035 218	1 027 991	– 0,7	409 586	429 003	+ 4,7	39,6	41,7
Landkreise des Mittleren Neckarraumes	604 354	651 249	+ 7,8	171 763	199 471	+ 16,1	28,4	30,6
Übrige Landkreise	1 702 035	1 785 122	+ 4,9	421 975	475 560	+ 12,7	24,8	26,6
Landkreise zusammen	2 306 389	2 436 371	+ 5,6	593 738	675 031	+ 13,7	25,7	27,7
Land Baden-Württemberg	3 341 607	3 464 362	+ 3,7	1 003 324	1 104 034	+ 10,0	30,0	31,9

*) Stichtag jeweils 31. März.

herauszuarbeiten. Hierzu wurde zunächst in Tabelle 4 die globale Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen nochmals zusammengefaßt. Als Ansatz für eine weitere Differenzierung wurden die Landkreise des Mittleren Neckarraumes - in aggregierter Form - getrennt von den übrigen Landkreisen ausgewiesen, um die besondere Stellung des Ballungsgebiets um Stuttgart zu unterstreichen. Zwar liegen die Landkreise der Region Franken hinsichtlich der Zunahme der Gesamtbeschäftigung und der Informationsberufe noch etwas höher, doch ist die Zahl der Arbeitsplätze im Mittleren Neckarraum viermal so hoch wie in Franken. Die übrigen Landkreise liegen global betrachtet im Zuwachs deutlich zurück, rangieren aber weit vor der Aggregation der Stadtkreise. Daß sich in den Stadtkreisen die in den letzten beiden Spalten der Tabelle 4 aufgeführte IB-Quote vom Abstand der Prozentpunkte her gesehen noch etwas stärker erhöht hat, liegt daran, daß die Verlagerung der Arbeitsplätze aus den Agglomerationskernen die Informationsberufe nicht in gleichem Maße erfaßt hat, sondern diesen sogar noch einen Zuwachs bei sinkender Gesamtbeschäftigung gebracht hat.

Die bereits erkennbar gewordene unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigten insgesamt und in Informationsberufen ist in Schaubild 3 noch differenzierter dargestellt. Legt man durch die Koordinaten des Landesdurchschnitts jeweils eine Gerade parallel zur X- und zur Y-Achse (gestrichelte Linien), so kann man die Kombination der Wachstumswerte in 4 Kategorien (Quadranten) einteilen:

I: Überdurchschnittliches Wachstum der Beschäftigung insgesamt und der Informationsberufe

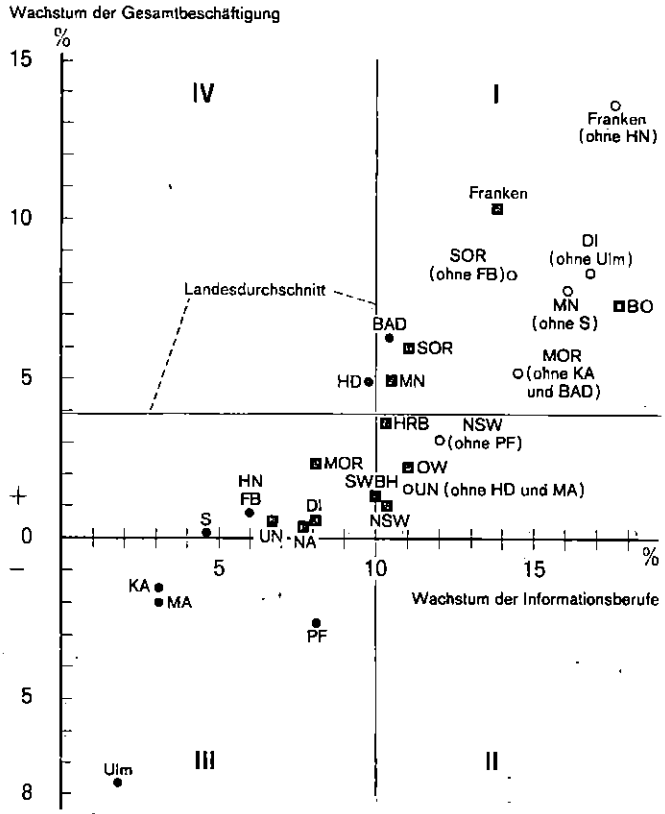
II: Überdurchschnittliches Wachstum der Informationsberufe bei unterdurchschnittlicher Zunahme der Gesamtbeschäftigung

III: Wachstum der Informationsberufe und der Gesamtbeschäftigung jeweils unterdurchschnittlich

IV: Überdurchschnittliches Wachstum der Gesamtbeschäftigung bei unterdurchschnittlichem Wachstum der Informationsberufe.

Schaubild 3

Zusammenhang zwischen der Veränderung der Gesamtbeschäftigung und der Veränderung der Beschäftigtenzahl in Informationsberufen nach Regionen und Teil-Regionen zwischen 1979 und 1986*)



■ Regionen

MN = Mittlerer Neckar
OW = Ostwürttemberg
MOR = Mittlerer Oberrhein
UN = Unterer Neckar
NSW = Nordschwarzwald
SOR = Südlicher Oberrhein
SWBH = Schwarzwald-Baar-Heuberg
HRB = Hochrhein-Bodensee
NA = Neckar-Alb
DI = Donau-Iller[1])
BO = Bodensee-Oberschwaben

○ Regionen ohne Kerne (Stadtkreise)

MN = (ohne Stuttgart)
MOR = (ohne Baden-Baden und Karlsruhe)
UN = (ohne Heidelberg und Mannheim)
NSW = (ohne Pforzheim)
SOR = (ohne Freiburg)
DI = (ohne Ulm)

• Stadtkreise

S = Stuttgart
HN = Heilbronn
BAD = Baden-Baden
KA = Karlsruhe
HD = Heidelberg
MA = Mannheim
PF = Pforzheim
FB = Freiburg

*) Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stichtag jeweils 31. März.
1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 174 87

Im IV. Quadranten ist praktisch keine der betrachteten regionalen Einheiten angesiedelt, wobei der Stadtkreis Heidelberg dem Randbereich zuzuordnen ist. Das bedeutet, daß ein überdurchschnittliches Wachstum der Gesamtbeschäftigung ohne eine entsprechende Zunahme der Informationsberufe schwer denkbar ist.

Ein überdurchschnittliches Wachstum sowohl der Gesamtbeschäftigung als auch der Informationsberufe wiesen vor allem der Mittlere Neckarraum, Franken und Bodensee-Oberschwaben auf. Bei den beiden Regionen in Nordwürttemberg, Mittlerer Neckar und Franken, fällt der Abstand zu den übrigen räumlichen Einheiten jedoch erheblich größer aus, wenn man die zugehörigen Stadtkreise (Stuttgart bzw. Heilbronn) und die Regionen ohne ihre Kerne betrachtet. Mit Ausnahme Baden-Badens und Heidelbergs liegen nämlich die Stadtkreise im III. Quadranten, das heißt, daß das Wachstum der Gesamtbeschäftigung und der Informationsberufe unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Das an administrative Gegebenheiten gebundene Kriterium für die Kerne, das Vorhandensein eines Stadtkreises, spielt bei den Wachstumsunterschieden nicht die entscheidende Rolle. Vielmehr ist generell in Ober- und Mittelzentren eine Verschiebung in die umliegenden Gemeinden zu erkennen. Auch in den Verdichtungsbereichen des ländlichen Raumes wächst die Beschäftigung um die Mittelzentren stärker als in den Zentren selbst. Beispielhaft seien hier die Verdichtungsbereiche Aalen-Heidenheim, Offenburg-Lahr, Villingen-Schwenningen, Balingen-Albstadt und Ravensburg genannt.

Höherwertige Produktionsdienste in den großen Städten

Als allgemeine Erscheinungsform ist demnach hier festzuhalten, daß die Beschäftigung an den Rändern der Ober- und Mittelzentren stärker zunimmt als in den Kernen; dies gilt in aller Regel auch für Informationsberufe. Allerdings bleibt der strukturelle Unterschied zwischen Stadt und Land erhalten, d.h. der Anteil der Informationsberufe erhöht sich in den Stadtkreisen mindestens ebenso stark wie in den Landkreisen. Aus den großen Städten werden in erster Linie Fertigungsaktivitäten verlagert, wodurch auf der einen Seite Arbeitsplätze verloren gehen. Auf der anderen Seite werden aber die produktionsorientierten Dienstleistungen nicht in gleichem Umfange verlegt; gleichzeitig nehmen auch andere tertiäre Tätigkeiten zu. Somit ergibt sich für die Städte eine qualitative Verbesserung des Arbeitsplatzangebots, die den Abstand zu den ländlichen Gebieten in dieser Hinsicht (strukturell) beibehält, obwohl sich quantitative Annäherungen ergeben haben. Vieles deutet darauf hin, daß sich der qualitative Unterschied der Arbeitsplätze zwischen Verdichtungszentren und den weniger verdichteten Gebieten noch verstärkt hat. Eine Studie des DIW, die ebenfalls auf der Basis der Beschäftigtenstatistik operiert, stellt für die höherwertigen "Produktionsdienste - FuE, Unternehmensberatung, EDV und Marketing - für die Agglomerationskerne einen Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten zwischen 1976 und 1983 fest.[8] Demgegenüber haben die höherwertigen Produktionsdienste in den peripheren Gebieten der Bundesrepublik in diesem Zeitraum nur um 0,3 Prozentpunkte zugenommen. Eine analoge Betrachtungsweise in unserem Land kommt für die Ingenieurdichte (Anteilswert) im Zeitraum von 1979 bis 1986 in den Stadtkreisen auf einen größeren Zuwachs an Prozentpunkten als für die Landkreise. Unberücksichtigt bleibt dabei aber die unterschiedliche Basis - 1979 war die Ingenieurdichte in den Stadtkreisen mehr als doppelt so hoch - und die unterschiedliche Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in den Stadt- und Landkreisen. Vereinfacht könnte diese differenzierte Situation wie folgt charakterisiert werden: Unter der stagnierenden oder rückläufigen Zahl von Arbeitsplätzen in den Stadtkreisen nimmt das Gewicht der qualifizierten Arbeitsplätze stärker zu, obwohl die meisten Landkreise höhere Wachstumsraten auch bei den Informationsbeschäftigten aufzuweisen haben; sie bleiben aber anteilmäßig vor allem wegen des unterschiedlichen Ausgangsniveaus zurück.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Wie bisher gezeigt wurde, nimmt die Beschäftigung in nahezu allen Berufen, die vorwiegend mit der Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Informationen beschäftigt sind, deutlich zu. Diese

---

8) Siehe Bade, F.-J.: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, in: DIW-Sonderheft 143/1987, Seite 138.

Tendenz soll hier noch unter geschlechtsspezifischen Aspekten erörtert werden.

Das Wachstum der Informationsbeschäftigten erscheint bei globaler Betrachtungsweise zunächst als Vorteil für die Frauen: Ihre IB-Quote liegt mit über 40 % deutlich über der der Männer, von denen gegenwärtig nur rund 26 % einen IB ausüben. Allerdings ist gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß sich diese Quoten nur auf die abhängig Beschäftigten, soweit diese der Sozialversicherungspflicht unterliegen, beziehen. Bei den Beamten und Selbständigen sind zwar auch unter den Frauen relativ mehr in Informationsberufen tätig; da aber das Geschlechterverhältnis bei den Selbständigen ca. 3:1 und bei den Beamten etwa 4:1 beträgt, ist die absolute Zahl der weiblichen Informationsbeschäftigten in diesen beiden Bereichen sehr viel geringer als die der männlichen Beamten bzw. Selbständigen in entsprechender Funktion.

Faßt man alle Erwerbstätigen unter Einschluß der Selbständigen und Beamten zusammen, so waren 1985 von den 4,3 Millionen Personen, die einer Erwerbsarbeit nachgingen, über 1,4 Millionen oder etwa ein Drittel in einem Informationsberuf tätig. Da aber rund 60 % aller Erwerbstätigen männlichen Geschlechts sind, ist die absolute Zahl der weiblichen Informationstätigen trotz höherer IB-Quote niedriger als die der männlichen.

Im Rahmen dieses Beitrags wurde im wesentlichen die Beschäftigtenstatistik herangezogen. Auch hier sind bezüglich der hohen IB-Quote der Frauen noch Einschränkungen zu machen: Gerade in den in Schaubild 1 ausgewiesenen IB, die eine außergewöhnliche Expansion erfahren haben, sind Frauen unterproportional vertreten: Bei den Ingenieuren beträgt ihr Anteil beispielsweise 2,5 %, bei den Naturwissenschaftlern 8,9 %. Unter den Bank- und Versicherungskaufleuten sind allerdings schon fast die Hälfte (47,6 %) weiblichen Geschlechts. Problematisch erscheint, daß Frauen unter den in einer Umorientierungsphase befindlichen Büroberufen überdurchschnittlich (zu 77,5 %) repräsentiert sind. Zwar steigt die Zahl der Bürofachkräfte noch leicht an, doch ist bei Stenotypist(inn)en eine rückläufige Zahl festzustellen. Daß gleichzeitig jedoch trotz zunehmenden Computereinsatzes die Zahl der Datentypist(inn)en kaum anwächst, mag überraschend wirken. Diese Beobachtung scheint jedoch weniger ein Verschlüsselungsproblem im Rahmen der Beschäftigtenstatistik zu sein. Vielmehr deutet dies daraufhin, daß die bloße (stapelweise) Erfassung von Datenbeständen von der dialogorientierten Einzelfall-Bearbeitung zurückgedrängt wird. Die gegenläufige Entwicklung bei Bürokräften allgemeiner Art und bei Stenotypist(inn)en läßt sich mit der Ersetzung von traditioneller Schreibarbeit durch sachbearbeiterorientierte Textverarbeitung erklären.

Eine weitere Relativierung der hohen IB-Quote unter den weiblichen Arbeitnehmern ergibt sich aus der zunehmenden Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung, die sich zu über 90 % auf Frauen konzentriert und im wesentlichen Dienstleistungsberufe betrifft.

Weiteres Wachstum der Informationsberufe zu erwarten

Eine Prognose für die Bundesrepublik auf der Basis der Prognos/IAB-Studie 1985 ergab für den Informationsbereich ein weiteres Wachstum bei eher stagnierender oder rückläufiger Gesamtbeschäftigung.[9] Der Anteil der Informationsberufe an der gesamten Erwerbstätigkeit steigt nach diesen Schätzungen von rund 40 % (1980) auf ca. 46 % im Jahre 2 000. Dabei ist zu beachten, daß diese Prognosen auf der Basis des Mikrozensus, und zwar mit einer erweiterten IB-Abgrenzung, vorgenommen wurden. Dagegen wurde in diesem Beitrag vor allem auf die in der Beschäftigtenstatistik ausgewiesenen Arbeitnehmerzahlen abgehoben und der Informationsbereich etwas enger abgegrenzt. Die

---

9) Vgl. Dostal, W.: "Informationstechnik und Informationsbereiche im Kontext aktueller Prognosen", in: "Arbeitskräftestruktur 2 000", Mitt AB Nr. 1/1986, Seite 134 ff.

mittlere Variante der Prognos/IAB-Studie kommt für den Zeitraum zwischen 1980 und 2000 zu einem möglichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um rund 1 Million, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Informationstätigen noch um etwa 1 Million zunehmen soll. Diese Vorausschätzung darf als Bestätigung für die im Rahmen dieses Beitrags erkennbare Tendenz zur weiteren Expansion der Informationsberufe gewertet werden.

Zusammenfassung

- Die traditionelle Drei-Sektoren-Einteilung der Wirtschaft weist verschiedene Schwächen auf. Vor allem berücksichtigt sie ungenügend qualitative Veränderungen innerhalb der Sektoren. Obwohl der Anteil der Beschäftigten im tertiären (Dienstleistungs-) Sektor sich innerhalb eines Vierteljahrhunderts von 32 auf 48 % erhöht hat, gibt es innerhalb dieses Sektors Bereiche, die stagnieren oder rückläufig sind. Zur besseren Kennzeichnung des Strukturwandels wird in der Literatur häufig ein quartärer Sektor definiert, worunter meist informationsbezogene Tätigkeiten verstanden werden.

- Im Rahmen dieser Untersuchung wurden in Anlehnung an Arbeiten des IAB "Informationsberufe" (IB) abgegrenzt von den übrigen ausgeübten Berufen. Bei den IB liegt das Schwergewicht der Tätigkeit auf der Produktion, Verarbeitung oder Verteilung von Informationen, während sich die übrigen Berufe eher auf Menschen oder auf ein Produkt beziehen. Die IB umfassen gegenwärtig rund 32 % aller versicherungspflichtig Beschäftigten. Nahezu alle Informationsberufe verzeichnen ein hohes Wachstum der Beschäftigung. Die größten Zuwachsraten sind für Datenverarbeitungsfachleute, Ingenieure und Naturwissenschaftler sowie Bank- und Versicherungskaufleute festzustellen.

- Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes vollzieht sich eine Verlagerung des personellen Einsatzes von der Fertigung zur Forschung und Entwicklung und anderen produktionsorientierten Dienstleistungen.

- In den Agglomerationszentren (Stadtkreisen) ist der Anteil der Informationsberufe (IB-Quote) wesentlich höher als in den umliegenden Landkreisen; dies gilt auch in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Als Maß für technische Dienstleistungen zeigt die Ingenieurdichte im Verarbeitenden Gewerbe ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle.

- Das wesentlich größere Wachstum der Beschäftigten in den Landkreisen hat sich auf die Verteilung der Informationsberufe bislang nicht ausgewirkt. Nach wie vor scheinen höhere Verwaltungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsfunktionen in den Stadtkreisen sehr viel stärker vertreten zu sein. Die Beschäftigtenzahl nimmt in der Umgebung der Ober- und Mittelzentren stärker zu als in den Zentren selbst. Für höherwertige Produktionsdienste gilt dies nur sehr bedingt.

- Frauen weisen eine höhere IB-Quote auf als Männer. In einzelnen Berufen mit starker Ausweitung sind sie jedoch nur schwach vertreten. Innerhalb der Informationsberufe scheinen Frauen in den Bereichen stärker repräsentiert, wo formalisierbare Vorgänge abzuarbeiten sind. Jedoch verlagert sich die Büroarbeit stärker zur Einzelfallbearbeitung.

- Nach Prognosen von IAB/Prognos wird das Gewicht der Informationsberufe bei stagnierendem bzw. rückläufigem Erwerbstätigkeitsniveau in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

3. Zur Wettbewerbssituation Baden-Württembergs

Das Verarbeitende Gewerbe auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt und im Export

Vorbemerkungen

Die Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Produkte muß sich nicht nur auf den Auslandsmärkten erweisen, sondern auch auf dem bundesdeutschen Inlandsmarkt. Denn hier treten die Güter inländischer Produktion in Konkurrenz zu den importierten Produkten. Dieser Aspekt tritt besonders dann hervor, wenn in Zeiten schwierigerer Absatzbedingungen auf den Auslandsmärkten die Verkaufsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt eine größere Bedeutung erhalten, gleichzeitig aber - wie derzeit - Importprodukte verstärkt hereindrängen. Die räumliche Nähe und die institutionelle Vertrautheit von Käufer und Verkäufer können dabei sicherlich zunächst einige günstigere Komponenten eines ausländischen Angebotes kompensieren. Diese Vorteile finden allerdings in Zeiten finanziell sowie verkehrsmäßig und nachrichtentechnisch immer stärker und schneller verbundener internationaler Märkte bald ihre Grenzen. Damit sind die den Auslandsabsatz beeinflussenden Komponenten wie technologischer Standard, bedarfsgerechte Produktion, Preis und Service sowie - dies zeigt die jüngste Entwicklung - Wechselkurs- und Konjunkturentwicklung auch für die Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt von Bedeutung.

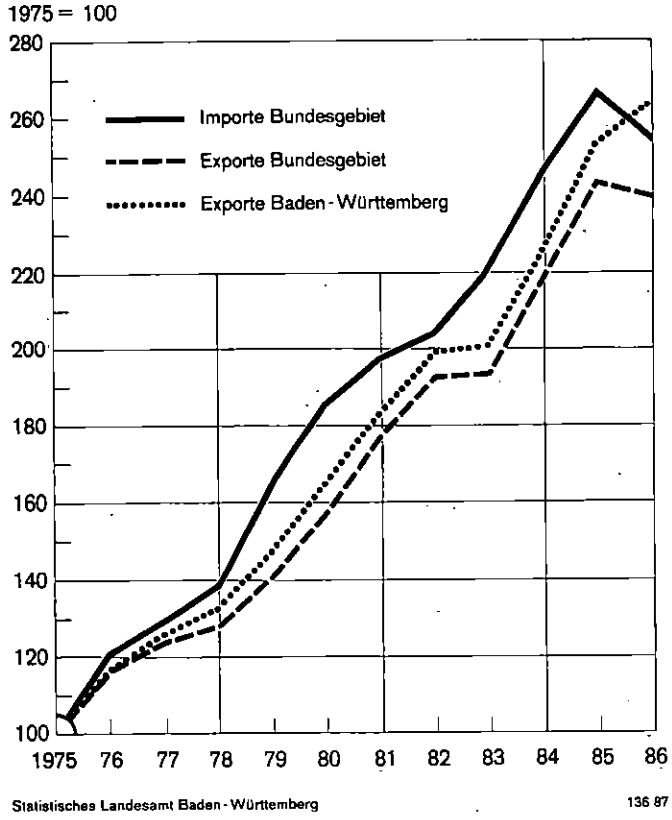
Der seit den siebziger Jahren zu verzeichnende zunehmende Konkurrenzdruck durch ausländische Anbieter hatte sich zunächst besonders stark im Verbrauchsgüterbereich ausgewirkt. Die im Anschluß an die Wechselkursfreigabe von 1973 erfolgte weltweite Umstrukturierung industrieller Standorte hatte dazu geführt, daß neue Anbieter insbesondere aus den sog. Schwellenländern in traditionelle Produktmärkte europäischer und damit auch bundesdeutscher und baden-württembergischer Anbieter hatten eindringen können, nicht zuletzt über den Preis. Gegen Ende des Jahrzehnts brachte aber die Exportoffensive technologisch führender Nationen wie die USA und Japan[1)] auch den Investitionsgüterbereich unter verschärften Importdruck. Dieser Konkurrenzdruck durch hochentwickelte, marktgerechte Produkte - die zudem geschickt und offensiv auf dem Markt eingeführt werden - hielt seither sowohl auf dem Inlandsmarkt wie auf den Auslandsmärkten an. Der im Frühjahr 1985 einsetzende rapide Dollarverfall hat durch die starke Verbilligung ausländischer Waren eine neuerlich verschärfte Wettbewerbslage auf dem Inlandsmarkt geschaffen. Gleichzeitig führte die dadurch hervorgerufene Verteuerung der Exportprodukte zu einer Erschwerung der Ausfuhr.

Im Hinblick auf den Inlandsmarkt ist der durch Importe entstehende Konkurrenzdruck für die baden-württembergischen

1) Vgl. dazu W. Münzenmaier: Zur Stellung Baden-Württembergs auf nationalen und internationalen Märkten, in: Baden- Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1982 und U. Scheiper: Zur Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf europäischen und nichteuropäischen Märkten, in: ebenda, Heft 10, 1985 sowie ders.: Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Produktmärkten im nichteuropäischen Ausland, in: ebenda, Heft 11, 1985.

Schaubild 1

Entwicklung der Exporte bzw. Importe im Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 136 87

Anbieter entscheidend, wenngleich sie sich hier auch im Wettbewerb mit den Produkten aus anderen Bundesländern befinden. Insbesondere konkurrieren Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer um die aufgrund der steigenden Importanteile eingeschränkteren Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt. Zwar ist bei den meisten Produktgruppen ganz allgemein eine steigende Nachfrage zu verzeichnen, doch wird ein Teil dieser Zunahme durch ausländische Produkte abgedeckt. Dies hat zur Folge, daß sich das Warenangebot aus inländischer Produktion nur mit einer geringeren Zuwachsrate ausweiten kann als es dem gesamten Nachfrageanstieg entspricht.

In der nachfolgenden Darstellung wird untersucht, wie sich die baden-württembergische Produktpalette in dieser doppelten Konkurrenzbeziehung - zum einen zu den Importen, zum anderen zu den Produkten aus anderen Bundesländern - auf dem bundesdeutschen Markt behauptet hat. Dies ist für die einzelnen Produktgruppen wegen des unterschiedlich starken Importdrucks durchaus unterschiedlich. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob sich die höheren Importe stärker zu Lasten Baden-Württembergs oder der anderen Bundesländer durchgesetzt haben. Ein Indikator hierfür ist die Veränderung desjenigen Anteils, den die Erzeugnisse aus baden-württtembergischer Produktion bzw. aus der Produktion der anderen Bundesländer am Gesamtangebot der jeweiligen Produktgruppe auf dem Inlandsmarkt haben. Die Entwicklung dieses Anteils hängt wiederum davon ab, ob es den baden-württembergischen Produkten gelungen ist, proportional am Anstieg der Gesamtnachfrage teilzunehmen, bzw. in welchem Ausmaß sie wegen der zunehmenden Importe bzw. wegen des zunehmenden Angebots von Produkten aus anderen Bundesländern dahinter zurückgeblieben sind.

Der seit den siebziger Jahren enorme Importanstieg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich auch die Exporte außerordentlich stark ausgeweitet haben (Schaubild 1). Diese Entwicklungen sind Ausdruck der sich generell intensivierenden internationalen Austauschbeziehungen, die in einem ständig steigenden Welthandel ihren Niederschlag finden. Die Analyse der Importentwicklungen muß deshalb um eine Betrachtung der Exportentwicklung ergänzt werden, nur dann ergibt sich ein ökonomisch sinnvolles Bild zur Lage einer Gesamtwirtschaft und ihrer einzelnen Branchen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß - ausgehend von einem bereits hohen Exportniveau - Bund und Land auf den erhöhten Importdruck mit vermehrten Exportanstrengungen reagiert haben. Als Pendant zum Konkurrenzdruck durch Importe auf dem Binnenmarkt wird deshalb auch die Ausfuhrentwicklung der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes dargestellt. Hierbei zeigt sich, daß sich die seit jeher hohe Exportintensität Baden-Württembergs weiter gefestigt hat. Die Exporte des Landes prägen insbesondere in einigen Investitionsgüterbereichen in hohem Ausmaß die Ausfuhren des Bundes.

Der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu beobachtende besonders starke Exportanstieg wurde mitbedingt durch eine weltweit günstige und gleichlaufende Konjunkturentwicklung einerseits sowie durch die zwischen 1980 und dem Frühjahr 1985 kontinuierliche Verteuerung des Dollar andererseits. So stieg der Preis für den Dollar in DM von 1,82 im Jahresdurchschnitt 1980 auf 2,85 im Jahr 1984, und damit um 57 %, um bis zum März 1985 nochmals weiter auf 3,31 zu steigen. Diese wechselkursbedingte Verbilligung bundesdeutscher Produkte hat die Ausfuhr in dieser Zeit erleichtert. Dies gilt besonders für solche Produkte, die unter anderen Umständen einem Preiswettbewerb auf dem Weltmarkt nicht hätten standhalten können.

Inzwischen hat sich in nur kurzer Zeit eine geänderte Wettbewerbslage ergeben. Der seit Frühjahr 1985 eingetretene rapide Verfall des Dollarkurses - so ergab sich im Mai 1987 eine Notierung von 1,79 DM - führte zu einer starken Verbilligung der Importe einerseits und einer starken Verteuerung der Exporte andererseits. Im Jahr 1986 drängten deshalb industrielle Importprodukte verstärkt auf den bundesdeutschen Markt - so ergab sich preisbereinigt eine Zunahme um 7,6 %. Demgegenüber nahmen die Exporte von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes bundesweit in realer Rechnung nur um 1,7 % zu. Baden-Württemberg konnte allerdings auch unter diesen erschwerten Bedingungen seine Ausfuhr weit überdurchschnittlich - und zwar real um 5,2 % - steigern. Dies ist teilweise auch eine Konsequenz der im vorausgegangenen Jahr aufgelaufenen Auftragsbestände. Es zeigt aber auch, daß die vom Verarbeitenden Gewerbe des Landes angebotene Produktpalette wegen ihrer hohen Qualität und der kundengerechten Spezialisierung zumindest im vergangenen Jahr einem verschärften Preiswettbewerb standhalten konnte.

Grundtendenzen auf dem bundesdeutschen Markt

Die spezifische Entwicklung des Landes läßt sich erst vor dem Hintergrund bundesweiter Entwicklungstendenzen herausarbeiten. Diese müssen deshalb vorab dargestellt werden. Hierbei ist zunächst festzuhalten, daß sich die Inlandsversorgung des bundesdeutschen Marktes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes[2] zusammensetzt aus den für den Inlandsabsatz bestimmten Umsätzen dieses Bereichs zuzüglich der Importe solcher Produkte[3]. Dieses Gesamtangebot hatte sich im Zeitraum 1970 bis 1980 von knapp 500 Mrd.DM auf 1 016 Mrd.DM gut verdoppelt (Tabelle 1). Wegen der lang anhaltenden Rezession Anfang der achtziger Jahre stieg es zunächst nur langsam auf 1 089 Mrd.DM im Jahr 1983 an, um dann aber im Zuge der wirtschaftlichen Erholung fast wieder mit dem Tempo der siebziger Jahre auf 1 224 Mrd.DM (1985) zuzunehmen. Die Bedeutung ausländischer Lieferungen hat im Betrachtungszeitraum sehr stark zugenommen, sie war aber im ersten Jahrfünft der achtziger Jahre deutlich höher als in den siebziger Jahren. In den siebziger Jahren nahm bei einem Anstieg der Gesamtversorgung um 104 % die Versorgung aus bundesdeutscher Produktion um 85 % zu. Sie blieb also um rund ein Fünftel hinter dem Gesamtanstieg zurück. Demgegenüber war die Zuwachsrate der Importe mit gut 200 % fast doppelt so hoch. Zwischen 1980 und 1985 lag bei einer Zunahme der Gesamtversorgung um 20,5 % der Absatz aus bundesdeutscher Produktion - der um 13,2 % zunahm - sogar um mehr als ein Drittel unter diesem Ge-

---

2) Im wesentlichen sind dies die Sypro-Zweisteller der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe.

3) Hierzu werden für die Importe und Exporte die Warengruppen der Außenhandelsstatistik nach den Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken zugeordnet. - Die Importe werden nur für das Bundesgebiet nachgewiesen, da die Importstatistik nur das erste bekannte Zielland einer eingeführten Ware feststellt, das mit dem Bundesland, in dem die Ware verbraucht wird, in der Regel nicht identisch ist. Es kann deshalb auch für Bundesländer keine "Außenhandelsbilanz" aufgestellt werden.

Tabelle 1

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten
— in jeweiligen Preisen —

Jahr	Inlands-versorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
	Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
			Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
1970	498 653,5	71 052,0	14,3	346 584,5	69,5	81 017,0	16,3
1980	1 015 684,4	137 273,6	13,5	633 435,7	62,4	244 975,2	24,1
1983	1 089 236,1	141 447,0	13,0	656 578,3	60,3	291 210,8	26,7
1985	1 223 858,4	156 828,3	12,8	715 515,3	58,5	351 514,8	28,7
			Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes				
1970	156 619,1	14 493,4	9,3	109 332,5	69,8	32 793,2	20,9
1980	327 285,2	26 756,8	8,2	206 942,5	63,2	93 586,0	28,6
1983	338 580,3	27 471,5	8,1	201 736,8	59,6	109 372,0	32,3
1985	386 090,3	31 453,0	8,1	221 173,3	57,3	133 464,0	34,6
			Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	169 725,0	31 983,0	18,8	113 090,8	66,6	24 651,2	14,5
1980	354 873,4	67 009,6	18,9	209 579,6	59,1	78 284,3	22,1
1983	394 556,0	69 896,4	17,7	223 751,9	56,7	100 907,8	25,6
1985	459 356,5	79 525,2	17,3	254 150,6	55,3	125 680,6	27,4
			Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	97 643,9	17 379,4	17,8	65 806,9	67,4	14 457,6	14,8
1980	194 136,7	29 365,7	15,1	112 278,9	57,8	52 492,0	27,0
1983	193 868,6	29 094,0	15,0	109 868,2	56,7	54 906,3	28,3
1985	211 416,2	30 725,1	14,5	116 863,5	55,3	63 827,5	30,2
			Nahrungs- und Genußmittel				
1970	74 665,4	7 196,2	9,6	58 354,2	78,2	9 115,0	12,2
1980	139 389,1	14 141,5	10,1	104 634,7	75,1	20 612,9	14,8
1983	162 231,2	14 985,1	9,2	121 221,4	74,7	26 024,7	16,0
1985	166 995,6	15 125,0	9,1	123 327,9	73,9	28 542,7	17,1

samtzuwachs, während die Zuwachsrate der Importe mit 43,5 % deutlich mehr als doppelt so hoch war.

Trugen 1970 die Importe nur zu gut 16 % zur Inlandsversorgung bei, so war dieser Anteil aufgrund der oben dargestellten Expansion bis 1980 auf rund 24 % und bis 1985 auf knapp 29 % gestiegen (Tabelle 1). Diese Entwicklung ist aber keineswegs mit einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gleichzusetzen, denn die Exporte haben - ausgehend von einem bereits hohen Niveau - absolut gesehen sehr viel stärker zugenommen als die Importe. In den zehn Jahren zwischen 1970 und 1979 stiegen sie von fast 119 Mrd. DM auf 298 Mrd. DM und damit um gut 179 Mrd. DM oder 151 %. Die Importe legten um 137 Mrd. DM (oder 169 %) auf 218 Mrd. DM zu. Damit ergab sich in dieser Zeit ein kumulierter Außenhandelsüberschuß von 700 Mrd. DM. Noch sehr viel dynamischer war die Entwicklung des Auslandsabsatzes zwischen 1980 und 1985. Trotz des bereits erreichten hohen Niveaus der Exporte stiegen sie mit 54 % deutlich stärker an als die Importe (+ 43,5 %), so daß der kumulierte Außenhandelsüberschuß sich weiter steigerte auf 748 Mrd. DM (Schaubild 2).

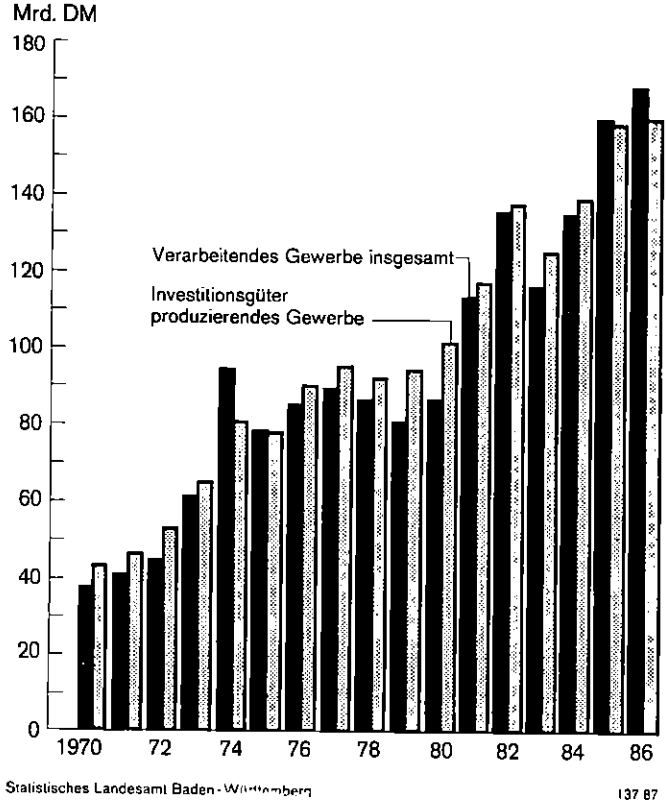
Dem stärksten internationalen Konkurrenzdruck auf dem Binnenmarkt war insbesondere in den siebziger Jahren das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe ausgesetzt. Ausgehend von einer im Jahr 1970 noch fast ausgeglichenen Handelsbilanz steigerte er sich durch weit überdurchschnittlich zunehmende Importe insbesondere in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre - zwischen 1970 und 1980 stiegen die Importe hier um das Dreieinhalbfache -, denen auch stark steigende Exporte nicht gegenhalten konnten. In den achtziger Jahren konnte aber diese Entwicklung aufgefangen werden, denn im Zeitraum 1980 bis 1985 stiegen die Importe nur noch um ein gutes Fünftel, während die Exporte um gut die Hälfte zunahmen. Der Anteil ausländischer Produkte an der Inlandsversorgung in diesem Bereich stieg deshalb in diesem Jahrfünft vergleichsweise mäßig, und zwar von 27 % auf gut 30 %, nachdem er in den siebziger Jahren von knapp 15 % auf 27 % gestiegen war.

Auch die Produkte des Investitionsgüterbereichs waren und sind einer scharfen Auslandskonkurrenz ausgesetzt, die in den siebziger Jahren dazu führte, daß die Importe sich weit mehr als verdreifachten, während die Exporte nur um gut das Eineinhalbfache stiegen. Da allerdings trotzdem das Exportniveau 1980 mit 180 Mrd.DM weit mehr als doppelt so hoch war wie das Importniveau (78 Mrd. DM), ergaben sich in diesem Zeitraum weiterhin hohe Handelsbilanzüberschüsse. Der Importdruck hat sich allerdings in den achtziger Jahren wesentlich verschärft, die Importe dieses Bereichs stiegen zwischen 1980 und 1985 um 60,5 % und damit erheblich stärker als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (43,5 %). Als Konsequenz nahm der Anteil ausländischer Investitionsgüterprodukte an der Inlandsversorgung dieses Bereichs in diesem Zeitraum stark zu, und zwar von 22,1 % auf 27,4 %. Im Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 war der Anstieg demgegenüber weniger stark ausgefallen (von 14,5 % auf 22,1 %).

Auf den erheblichen Importdruck hat die bundesdeutsche Investitionsgüterindustrie - begünstigt durch eine allgemein gute Konjunktur- und Wechselkurssituation - mit enormen Exportausweitungen reagiert. In nur 5 Jahren stiegen die

Schaubild 2

Außenhandelsüberschuß des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt und des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet 1970 bis 1986



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 137 87

Investitionsgüterexporte um gut 100 Mrd.DM auf knapp 285 Mrd.DM im Jahr 1985 an (+ 58 %). Der Außenhandelsüberschuß dieser Produktgruppe steigerte sich damit auf fast 159 Mrd. DM (1985). Mit diesen Entwicklungen tritt die schon erwähnte Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen besonders markant hervor. Gleichzeitig wird deutlich, daß sie bei dem bereits erreichten hohen Niveau primär durch den Austausch hochentwickelter und ausdifferenzierter Investitionsgüterprodukte die wichtigsten Impulse empfängt.

An der Inlandsversorgung mit Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes haben seit jeher ausländische Produkte einen hohen Anteil gehabt, er lag bereits 1970 bei über einem Fünftel. Bis 1980 hat er weiter auf fast 29 % zugenommen. Dies bedeutet, daß die Importe sich knapp verdreifachten (+ 185 %) gegenüber stärkeren Zunahmen sowohl im Investitionsgüterbereich und

ganz besonders im Verbrauchsgütersektor. Die Importentwicklung zwischen 1980 und 1985 verlief im Industriedurchschnitt, womit aber wegen des bereits erreichten hohen Niveaus ein weiterer Anstieg auf deutlich über ein Drittel (34,6 %) an der Versorgung des Binnenmarktes verbunden war. Dieser Entwicklung konnte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit beachtlichen Exportsteigerungen gegenhalten, so daß in allen Jahren ein wenn auch in der Regel geringfügiger Außenhandelsüberschuß erzielt werden konnte.

Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist das Angebot ausländischer Produkte demgegenüber vergleichsweise gering, und auch die Importsteigerungen verliefen unterdurchschnittlich, wobei sie allerdings in den achtziger Jahren stärker anzogen als in den siebziger. Entsprechend stieg der Anteil ausländischer Waren am binnenländischen Gesamtangebot von Nahrungs- und Genußmitteln von gut 12 % im Jahr 1970 zunächst auf knapp 15 % im Jahr 1980 und dann bis 1985 auf gut 17 %.

Wie bereits zuvor erwähnt, hat sich wechselkursbedingt der Importdruck im Jahr 1986 erheblich verstärkt. In realer Rechnung zeigt sich,[4] daß die aus dem Ausland bezogenen Produkte im Verarbeitenden Gewerbe inzwischen einen Marktanteil von 30 % erreicht haben (Tabelle 2). Besonders unter Druck gerieten die Verbrauchsgüter, da sie dem Preiswettbewerb besonders stark ausgesetzt sind. Nach der vergleichsweise gemäßigten Entwicklungsphase in der ersten Hälfte der achtziger Jahre stieg - in realer Rechnung - die Importquote dieses Bereichs zwischen 1985 und 1986 abrupt von 30,2 auf 32,1 %. Der Investitionsgüterbereich sah sich, wie schon zuvor, einem weiter steigenden internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt, der Anteil der Importe am gesamten Angebot dieser Produktgruppe auf dem Inlandsmarkt stieg - preisbereinigt - zwischen 1985 und 1986 um etwa einen Prozentpunkt auf über 28 %. Anders als in den Vorjahren konnten 1986 die Exportzunahmen diesem Importdruck nicht gegenhalten. Preisbereinigt stiegen die Ausfuhren des Verarbeitenden Gewerbes bundesweit nur um 1,7 % (Verbrauchsgüter: + 4,2 %; Investitionsgüter: + 1,5 %). Die durchaus beachtlich steigende Binnennachfrage nach Industriegütern - so stieg die Inlandsversorgung zwischen 1985 und 1986 preisbereinigt um 4,0 % - wurde weit überproportional (+ 7,6 %) durch importierte Produkte abgedeckt - wodurch das Bundesgebiet Wachstumsimpulse ins Ausland transferierte -, ohne daß gleichzeitig expandierende Effekte aus dem Ausland über eine entsprechend hohe Auslandsnachfrage im Inland wirksam wurden.

---

4) Wegen des Verfalls des Dollarkurses sinken die Einfuhrpreise, so daß die Importe in jeweiligen Preisen zwischen 1985 und 1986 rückläufig ausgewiesen werden, obwohl sie mengenmäßig sehr stark steigen. Um die Wettbewerbssituation auf dem bundesdeutschen Markt auch für 1986 der Tendenz nach zutreffend auszuweisen, wird deshalb eine Preisbereinigung derart vorgenommen, daß alle Größen für 1986 in Preisen von 1985 ausgedrückt werden. Die Preisbereinigung für 1986 auf das Preisniveau von 1985 erfolgt schätzungsweise über bundesweite Deflatoren. Für die Importe wird der Index der Durchschnittwerte für die Einfuhren herangezogen, der Preisbereinigung der Inlandsumsätze wird der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz zugrunde gelegt. Die Exporte werden über den Index der Durchschnittswerte für die Ausfuhren bereinigt.

5) Im Zusammenhang mit den Inlandsumsätzen der Bundesländer muß allerdings auf folgendes hingewiesen werden: Zugrundegelegt wurden die Umsätze von sogenannten fachlichen Betriebsteilen, und zwar von Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (1970) bzw. von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten (ab 1976). Das Fehlen von Umsatzangaben von Kleinbetrieben bzw. des Handwerks (1970) macht sich allenfalls

Tabelle 2

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten 1985 und 1986

– in Preisen von 1985 * –

Produktionsgruppe		Inlandsversorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
			Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
		Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1985	1 223 858,4	156 828,3	12,8	715 515,3	58,5	351 514,8	28,7
	1986	1 273 088,9	164 848,4	12,9	730 171,9	57,4	378 068,6	29,7
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985	386 090,3	31 453,0	8,1	221 173,3	57,3	133 464,0	34,6
	1986	405 641,5	33 940,1	8,4	229 148,1	56,5	142 553,3	35,1
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1985	459 356,5	79 525,2	17,3	254 150,6	55,3	125 680,6	27,4
	1986	475 768,5	84 257,9	17,7	256 718,3	54,0	134 792,3	28,3
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1985	211 416,2	30 725,1	14,5	116 863,5	55,3	63 827,5	30,2
	1986	221 195,6	31 232,9	14,1	118 955,2	53,8	71 007,5	32,1
Nahrungs- und Genußmittel	1985	166 995,6	15 125,0	9,1	123 327,9	73,9	28 542,7	17,1
	1986	170 483,3	15 417,5	9,0	125 350,3	73,5	29 715,5	17,4

* Die Preisbereinigung erfolgte schätzungsweise über bundesweite Deflatoren. Importe: Index der Durchschnittswerte, Inlandsumsätze: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz.

Landesentwicklung

Vor diesem Hintergrund der Entwicklungen auf dem bundesdeutschen Markt ist die Situation Baden-Württembergs zu untersuchen und dies zunächst unter dem Gesichtspunkt, in welchem Ausmaß die baden-württembergische Produktpalette auf dem Binnenmarkt dem Importdruck einerseits und der Konkurrenz des Angebots aus anderen Bundesländern andererseits standhalten konnte[5]. Weiterhin ist in einem späteren Abschnitt zu fragen, in welchem Ausmaß die Unternehmen Baden-Württembergs die starken Exportsteigerungen des Bundes mitgeprägt haben.

---

bei einzelnen Produktionsbereichen (wie Herstellung von Backwaren und von Fleischereierzeugnissen) bemerkbar. Umsätze wurden als Surrogat für abgesetzte Produkte gewählt, da ein entsprechender Nachweis der Produktionsleistungen im In- und Auslandsabsatz nicht möglich ist. Die hieraus erwachende Problematik - auch im Vergleich zu der rein produktbezogenen Erfassung der Importe - dürfte nicht allzu hoch einzuschätzen sein.- Umstellungen in der Systematik im Produzierenden Gewerbe betreffen Kfz-Zubehör (1970: Teil der EBM-Waren; ab 1976: Teil des Fahrzeugbaus) und die Fertigteilbauten (1970: Teil von Steinen und Erden; ab 1976: Teil des Bauhauptgewerbes).- In den Umsätzen sind die Produktionssteuern wie Mineralölsteuer und Kaffeesteuer mitenthalten, nicht jedoch die Umsatzsteuer; die Importe umfassen nicht die deutschen Einfuhrabgaben.- Die Bezugnahme auf Umsätze führt bei einigen Branchen zu Problemen, da die Umsätze von sogenannten Mehrländerunternehmen nicht immer die Produktionsleistung von Bundesländern adäquat wiedergeben können, beispielsweise erbringen baden-württembergische Betriebsstätten von Unternehmen der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten oder der Mineralölverarbeitung Produktionsleistungen, die im betreffenden Konzern weiterverarbeitet werden bzw. von Betriebsstätten mit Sitz in anderen

In den siebziger Jahren hatte das Angebot an Produkten des Verarbeitenden Gewerbes auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt sich auf über 1 000 Mrd.DM mehr als verdoppelt. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre fiel der Anstieg des Gesamtangebots mit + 20 % auf 1 224 Mrd.DM (1985) deutlich geringer aus. In beiden Zeitphasen stiegen die Importe doppelt so stark wie die Gesamtversorgung. Ihr Marktanteil nahm damit von zunächst 16 % auf 24,1 % (1980) und dann weiter auf knapp 29 % (1985) zu. Innerhalb dieses enger werdenden Spielraumes für den Inlandsabsatz haben sich die baden-württembergischen Produkte besser behaupten können als die der anderen Bundesländer. Dies gilt auch angesichts der im Jahr 1986 deutlich verschärften Wettbewerbslage.

In den siebziger Jahren war der Binnenabsatz durch Baden-Württemberg nachhaltig "verteidigt" worden. Damals ging in zehn Jahren der Landesanteil nur um 0,8 Prozentpunkte auf 13,5 % zurück, so daß der immense Importdruck in diesem Jahrzehnt im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes überwiegend zu Lasten der anderen Bundesländer gegangen war (Tabellen 3 und 4).

Auch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre steigerte Baden-Württemberg seinen Inlandsabsatz an industriellen Produkten mit einer Rate von 14,2 % etwas stärker als die anderen Bundesländer (+ 13,0 %). Doch war der Vorsprung damit geringer als zuvor, so daß in diesem Jahrfünft der Landesanteil durch das gestiegene Gewicht der Importe um 0,7 Prozentpunkte auf 12,8 % zurückging.

Ursächlich für diesen gegenüber dem Zeitraum 1970/80 etwas stärkeren Rückgang ist, daß der Landesanteil des Investitionsgüterbereichs von 1980 nach 1983 besonders stark, und zwar von 18,9 % auf 17,7 %, zurückging. Dies überrascht insofern, als in den siebziger Jahren das hohe Inlandsgewicht baden-württembergischer Investitionsgüter von fast einem Fünftel trotz eines stark steigenden ausländischen Angebots - dessen Anteil von 14,5 % auf 22,1 % zunahm - hatte gehalten werden können. Dieser Anteilsrückgang Baden-Württembergs auf dem Binnenmarkt zu Anfang der achtziger Jahre ging einher mit einer enormen Exportsteigerung. So stieg die Exportquote - also der Anteil der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen - allein in den drei Jahren zwischen 1979 und 1982 im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe von gut 35 % auf gut 40 %, im großen Bereich des Maschinenbaus sogar von knapp 42 % auf knapp 47 %. Im Bundesdurchschnitt stiegen die entsprechenden Quoten nicht ganz so stark (von knapp 35 % auf 39,5 % bzw. von knapp 43 % auf 46,3 %).

In den Jahren zwischen 1983 und 1985 "fing" sich dann die Situation: Bei weiterhin stark steigenden Ausfuhren - sie nahmen in dieser Zeit im Land und Bund jeweils um ein gutes Viertel zu - expandierte Baden-Württemberg auf dem Binnenmarkt für Investitionsgüter mit der gleichen Zuwachsrate (jeweils + 14 %) wie die anderen Bundesländer.

Die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes waren in den siebziger Jahren einem massiven ausländischen Konkurrenzdruck ausgesetzt gewesen, der Anteil von Importen an der Inlandsversorgung stieg zwischen 1970 und 1980 von knapp 15 % auf weit über ein Viertel (27 %). Entsprechend konnte sich das inländische Angebot nur unterdurchschnittlich ausdehnen, wobei Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer in etwa gleichem Ausmaß von dieser restriktiven Entwicklung betroffen waren. Bei einer knappen Verdopplung des Marktvolumens dieser Produktgruppe

---

Bundesländern verkauft werden und so nicht als Umsätze Baden-Württembergs bzw. als Produktionsleistungen des Landes erscheinen. Diese Bereiche werden deshalb hier nicht gesondert kommentiert. Bei der Umsetzung der Außenhandelsstatistik in die Systematik nach dem Güterverzeichnis für die Produktionsstatistiken ist zu beachten, daß die Asbestwaren ab 1979 der Produktionsgruppe "Steine und Erden" zugeordnet sind (zuvor: Gummiwaren).

Tabelle 3

Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung sowie an den Exporten des Bundesgebiets
— in jeweiligen Preisen —

Produktionsgruppe	Anteil an der Inlandsversorgung[1]			Anteil an den Exporten[2]	
	1970	1980	1985	1975 – 1979	1980 – 1985
	%				
Verarbeitendes Gewerbe	14,3	13,5	12,8	17,2	17,4
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	9,3	8,2	8,1	7,7	8,3
Spalt- und Brutstoffe	–	–	–	0,1	1,0
Steine und Erden, Asbestwaren	14,1	13,6	13,4	5,9	7,9
Eisen und Stahl	0,8	1,0	1,1	2,2	2,1
Eisen-, Stahl- und Temperguß	11,3	10,7	10,1	11,2	12,8
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	8,8	10,4	8,9	5,4	5,8
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	7,0	7,5	6,0	10,4	9,2
NE-Metallguß	28,7	30,1	31,5	20,2	19,3
Mineralölerzeugnisse	11,2	6,7	9,3	8,5	12,9
Chemische Erzeugnisse	9,6	8,5	7,6	8,3	8,5
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	14,6	13,1	13,1	21,3	19,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	15,3	13,3	11,4	20,5	21,5
Gummiwaren	12,2	9,0	8,4	14,4	11,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	18,8	18,9	17,3	22,1	22,6
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	11,1	10,9	11,1	9,4	11,9
Maschinenbauerzeugnisse	20,4	21,5	19,7	23,8	25,0
Straßenfahrzeuge	20,1	21,0	20,1	23,6	25,7
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	2,2	2,9	.	0,9	1,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	20,9	19,9	17,9	22,6	22,5
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	33,6	23,1	20,1	35,8	35,5
Erzeugnisse der Stahlverformung	16,9	19,4	20,5	17,4	16,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	16,9	17,5	17,4	18,4	18,0
Büromaschinen, ADV	7,8	7,9	5,7	13,9	10,3
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	17,8	15,1	14,5	18,7	18,2
Feinkeramik	5,7	4,7	5,1	6,2	5,1
Glas und Glaswaren	9,6	9,8	9,3	12,4	13,4
Holzwaren	20,1	17,8	16,9	18,4	17,4
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	27,9	15,5	19,0	30,6	29,2
Papier- und Pappewaren	17,8	17,1	17,3	18,2	20,4
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen	17,1	18,1	18,4	20,1	20,4
Kunststofferzeugnisse	17,9	15,6	15,4	18,3	15,6
Leder	30,7	18,3	18,7	32,4	29,4
Lederwaren	13,4	7,3	5,7	13,5	10,2
Schuhe	14,7	9,3	6,4	18,8	18,5
Textilien	21,7	18,6	16,2	20,6	21,3
Bekleidung	12,0	9,0	8,8	10,5	9,3
Reparaturen von Gebrauchsgütern ohne Elektrogeräte	–	77,7	62,5	–	–
Nahrungs- und Genußmittel	9,6	10,1	9,1	9,7	8,8

1) Anteil Baden-Württembergs an der Inlandsversorgung des Bundesgebietes (Inlandsumsätze plus Importe). — 2) Anteil der kumulierten Exporte Baden-Württembergs an den kumulierten Exporten des Bundesgebiets.

Tabelle 4

Entwicklung der bundesdeutschen Inlandsversorgung mit Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten zwischen 1970 und 1980; 1980 und 1985

— in jeweiligen Preisen —

Produktionsgruppe	1970 gegen 1980						
	Veränderung der Inlandsversorgung				Veränderung der Anteile in der Versorgung durch		
	insgesamt	davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg	anderen Bundesländern	dem Ausland	Baden-Württemberg	andere Bundesländer	das Ausland
	%				Prozentpunkte		
Verarbeitendes Gewerbe	+ 103,7	+ 93,2	+ 82,8	+ 202,4	– 0,8	– 7,1	+ 7,8
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 109,0	+ 84,6	+ 89,3	+ 185,4	– 1,1	– 6,6	+ 7,7
Spalt- und Brutstoffe	–	–	–	–	–	–	–
Steine und Erden, Asbestwaren	+ 81,9	+ 75,2	+ 75,5	+ 145,2	– 0,5	– 2,8	+ 3,2
Eisen und Stahl	+ 43,7	+ 77,8	+ 30,4	+ 90,4	+ 0,2	– 7,2	+ 7,0
Eisen-,Stahl- und Temperguß	+ 31,5	+ 23,8	+ 27,6	+ 176,5	– 0,6	– 2,6	+ 3,2
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	+ 28,9	+ 52,7	+ 15,8	+ 132,9	+ 1,6	– 8,4	+ 6,8
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	+ 96,4	+ 110,9	+ 94,8	+ 95,8	+ 0,5	– 0,4	– 0,2
NE-Metallguß	+ 66,7	+ 75,0	+ 58,9	+ 281,2	+ 1,4	– 3,3	+ 1,9
Mineralölerzeugnisse	+ 267,8	+ 119,7	+ 232,4	+ 608,9	– 4,5	– 7,4	+ 11,8
Chemische Erzeugnisse	+ 118,1	+ 93,3	+ 92,4	+ 226,3	– 1,1	– 8,4	+ 9,5
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	+ 110,9	+ 89,1	+ 96,2	+ 154,0	– 1,5	– 4,1	+ 5,5
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	+ 97,6	+ 72,4	+ 72,2	+ 133,6	– 2,0	– 5,6	+ 7,5
Gummiwaren	+ 59,2	+ 17,2	+ 37,2	+ 196,0	– 3,2	– 10,0	+ 13,2
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 109,1	+ 109,5	+ 85,3	+ 217,6	+ 0,1	– 7,5	+ 7,6
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	+ 84,1	+ 81,7	+ 78,0	+ 236,8	– 0,2	– 2,8	+ 2,9
Maschinenbauerzeugnisse	+ 86,4	+ 96,2	+ 68,0	+ 150,8	+ 1,1	– 6,4	+ 5,3
Straßenfahrzeuge	+ 165,7	+ 177,1	+ 146,8	+ 226,8	+ 0,9	– 4,6	+ 3,7
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	+ 165,2	+ 254,2	+ 116,0	+ 246,8	+ 0,7	– 11,6	+ 10,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 106,9	+ 97,0	+ 79,2	+ 263,4	– 1,0	– 8,8	+ 9,8
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	+ 176,7	+ 89,7	+ 171,9	+ 309,5	– 10,5	– 0,7	+ 11,3
Erzeugnisse der Stahlverformung	+ 71,2	+ 96,3	+ 53,7	+ 294,0	+ 2,5	– 8,0	+ 5,5
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 64,3	+ 70,2	+ 46,6	+ 201,0	+ 0,6	– 8,0	+ 7,4
Büromaschinen, ADV	+ 132,5	+ 136,6	+ 79,5	+ 192,0	+ 0,1	– 11,1	+ 11,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 98,8	+ 69,0	+ 70,6	+ 263,1	– 2,7	– 9,6	+ 12,2
Feinkeramik	+ 100,6	+ 65,8	+ 48,7	+ 365,2	– 1,0	– 20,3	+ 21,2
Glas und Glaswaren	+ 96,4	+ 101,0	+ 80,9	+ 174,5	+ 0,2	– 6,0	+ 5,7
Holzwaren	+ 145,8	+ 116,8	+ 130,6	+ 455,7	– 2,3	– 4,6	+ 7,0
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	+ 288,4	+ 115,9	+ 187,5	+ 504,2	– 12,4	– 9,4	+ 21,8
Papier- und Pappewaren	+ 96,2	+ 88,7	+ 87,5	+ 281,7	– 0,7	– 3,4	+ 4,1
Druckereierzeugnisse; Lichtpausen	+ 101,2	+ 112,0	+ 95,4	+ 172,2	+ 1,0	– 2,3	+ 1,3
Kunststofferzeugnisse	+ 157,8	+ 124,9	+ 145,7	+ 315,3	– 2,3	– 3,5	+ 5,8
Leder	+ 62,0	– 3,6	+ 40,3	+ 137,5	– 12,4	– 4,4	+ 16,9
Lederwaren	+ 79,8	– 2,0	+ 27,7	+ 422,4	– 6,1	– 21,0	+ 27,1
Schuhe	+ 87,8	+ 19,0	+ 22,0	+ 335,3	– 5,4	– 22,5	+ 27,8
Textilien	+ 51,6	+ 29,9	+ 10,9	+ 164,4	– 3,1	– 14,7	+ 17,7
Bekleidung	+ 83,5	+ 36,9	+ 36,0	+ 365,9	– 3,0	– 19,0	+ 22,1
Reparaturen von Gebrauchsgütern ohne Elektrogeräte	–	–	–	–	–	–	–
Nahrungs- und Genußmittel	+ 86,7	+ 96,5	+ 79,3	+ 126,1	+ 0,5	– 3,1	+ 2,6

1980 gegen 1985							
Veränderung der Inlandsversorgung				Veränderung der Anteile in der Versorgung durch			
insgesamt	davon durch Produkte aus						
	Baden-Württemberg	anderen Bundesländern	dem Ausland	Baden-Württemberg	andere Bundesländer	das Ausland
%				Prozentpunkte		
+ 20,5	+ 14,2	+ 13,0	+ 43,5	– 0,7	– 3,9	+ 4,6
+ 18,0	+ 17,6	+ 6,9	+ 42,6	– 0,1	– 5,9	+ 6,0
+ 105,9	–	+ 4,4	+127,7	–	– 8,8	+ 8,8
– 5,4	– 6,7	– 8,1	+ 12,4	– 0,2	– 2,1	+ 2,3
+ 10,4	+ 28,2	+ 2,2	+ 30,1	+ 0,1	– 5,3	+ 5,1
+ 2,4	– 2,8	+ 0,8	+ 32,9	– 0,6	– 1,3	+ 1,9
+ 12,0	– 3,8	+ 8,2	+ 41,5	– 1,5	– 2,6	+ 4,0
+ 5,3	– 16,8	+ 3,2	+ 10,3	– 1,5	– 0,8	+ 2,4
+ 23,4	+ 29,3	+ 20,5	+ 30,1	+ 1,4	– 1,6	+ 0,1
+ 16,0	+ 60,9	– 4,6	+ 61,2	+ 2,6	– 12,1	+ 9,6
+ 35,9	+ 22,8	+ 24,8	+ 64,2	– 0,9	– 5,2	+ 5,9
– 18,7	– 18,1	– 18,0	– 20,1	+ 0,0	+ 0,5	– 0,5
+ 35,4	+ 15,7	+ 29,0	+ 45,6	– 1,9	– 1,7	+ 3,7
+ 25,7	+ 17,2	+ 22,4	+ 35,5	– 0,6	– 1,7	+ 2,2
+ 29,4	+ 18,7	+ 21,3	+ 60,5	– 1,6	– 3,8	+ 5,3
+ 4,7	+ 6,0	+ 4,7	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	– 0,1
+ 25,3	+ 14,8	+ 25,9	+ 34,3	– 1,8	+ 0,3	+ 1,5
+ 26,6	+ 21,6	+ 19,3	+ 53,9	– 0,9	– 3,4	+ 4,2
+ 43,3	+ –	+ 1,3	+ 98,6	.	– 14,9	+ 17,8
+ 36,8	+ 23,1	+ 30,3	+ 65,2	– 2,0	– 2,8	+ 4,7
+ 19,6	+ 4,0	+ 8,8	+ 43,0	– 3,0	– 3,8	+ 6,8
+ 12,6	+ 19,1	+ 8,3	+ 31,1	+ 1,1	– 2,7	+ 1,6
+ 13,2	+ 13,0	+ 9,5	+ 28,4	– 0,1	– 2,1	+ 2,2
+ 125,6	+ 60,6	+ 93,2	+157,9	– 2,2	– 5,5	+ 7,7
+ 8,9	+ 4,6	+ 4,1	+ 21,6	– 0,6	– 2,5	+ 3,2
– 3,9	+ 4,6	– 3,0	– 6,3	+ 0,4	+ 0,6	– 0,9
+ 4,9	– 0,0	– 4,3	+ 39,2	– 0,5	– 6,1	+ 6,6
– 10,9	– 14,5	– 12,3	+ 8,4	– 0,9	– 1,7	+ 2,6
– 19,7	– 1,7	– 1,7	– 32,8	+ 3,5	+ 6,0	– 9,5
+ 22,3	+ 23,7	+ 18,2	+ 55,2	+ 0,2	– 2,5	+ 2,3
+ 16,8	+ 18,7	+ 15,0	+ 35,4	+ 0,3	– 1,1	+ 0,9
+ 24,1	+ 22,4	+ 18,8	+ 50,6	– 0,2	– 2,9	+ 3,2
+ 56,5	+ 59,6	+ 25,9	+ 71,8	+ 0,4	– 5,6	+ 5,2
– 4,9	– 25,6	– 16,3	+ 12,9	– 1,6	– 6,2	+ 7,7
+ 13,0	– 22,6	– 2,6	+ 33,0	– 2,9	– 5,8	+ 8,7
+ 11,2	– 3,2	+ 3,5	+ 25,1	– 2,4	– 2,7	+ 5,2
+ 8,8	+ 7,5	– 4,1	+ 28,3	– 0,2	– 6,5	+ 6,6
+ 58,6	+ 27,6	+ 166,7	–	– 15,2	+ 15,2	–
+ 19,8	+ 7,0	+ 17,9	+ 38,5	– 1,0	– 1,2	+ 2,3

stieg der Absatz des Landes um 69 % und der der anderen Bundesländer um knapp 71 % bei einem Importanstieg um 263 %. Der Landesanteil an der Inlandsversorgung sank deshalb wegen der überdurchschnittlich gestiegenen Importe von 17,8 % im Jahr 1970 bis 1980 auf 15,1 %. Anders als bei den Investitionsgütern hat der Verbrauchsgüterbereich in den siebziger Jahren zunächst auf diese Herausforderung nicht mit einer entsprechend starken Exportoffensive antworten können. Die Exportquoten stiegen wesentlich schwächer als die Importquoten zunahmen (Tabelle 5).

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre zeichnete sich aber ein bemerkenswerter Umschwung ab: Auf einem insgesamt nur schwach expandierenden Binnenmarkt für diese Produktgruppe - so nahm die Inlandsversorgung an Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes zwischen 1980 und 1985 nur um knapp 9 % zu bei einem Anstieg für das gesamte Verarbeitende Gewerbe von 20,5 % - stiegen die Importe mit einer Rate von 21,6 % deutlich schwächer als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (+ 43,5 %). Der Anteil der inländischen Produkte an der Gesamtversorgung nahm damit zwar weiterhin ab, doch hielt sich dieser Rückgang im Vergleich zu den siebziger Jahren in Grenzen. Baden-Württemberg konnte dabei geringfügig besser abschneiden als die anderen Bundesländer. Die Zunahme baden-württembergischer Verbrauchsgüter für die Inlandsversorgung betrug 4,6 % gegenüber 4,1 % bei den anderen Bundesländern. Damit sank der Anteil des Landes an der Bundesversorgung nicht ganz so stark wie der der anderen Bundesländer. Er lag 1985 bei 14,5 %.

Bemerkenswert ist, daß sich gleichzeitig die Ausfuhren von Verbrauchsgütern (Bund: + 52 %) wesentlich stärker ausweiteten als die Einfuhren (Bund: + 22 %), so daß - anders als in den siebziger Jahren - die Zunahme der Exportquoten höher war als die der Importquoten (Tabelle 5). Die Exportzunahme des Landes lag dabei mit + 51 % im Bundesdurchschnitt. Zum Teil wurden diese Entwicklungen auch durch den in diesen Jahren hohen Dollarkurs begünstigt. Andererseits zeigen diese Tendenzen aber auch an, daß der Umstruktu-

Tabelle 5

Entwicklung der Import- bzw. Exportquoten des Bundesgebietes sowie der Exportquoten Baden-Württembergs nach ausgewählten größeren Produktionsgruppen

— in jeweiligen Preisen —

Produktionsgruppe	Bundesgebiet								
	Importquoten 1)2)					Exportquoten 3)			
	1970	1980	1985	Veränderung in %-Punkten		1970	1980	1985	1986
	%			1980/1970	1985/1980	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	16,3	24,1	28,7	+ 7,8	+ 4,6	19,3	25,5	31,4	31,1
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	20,9	28,6	34,6	+ 7,7	+ 6,0	19,1	25,0	31,1	30,9
darunter: NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	50,2	50,0	52,4	– 0,2	+ 2,4	18,5	27,3	31,4	31,9
Chemische Erzeugnisse	19,2	28,7	34,6	+ 9,5	+ 5,9	30,9	38,4	44,4	43,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	41,4	48,9	52,6	+ 7,5	+ 3,7	14,3	27,0	37,8	.
Gummiwaren	15,5	28,7	30,9	+13,2	+ 2,2	14,2	23,9	26,0	26,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	14,5	22,1	27,4	+ 7,6	+ 5,3	28,8	35,4	40,8	40,3
darunter: Maschinenbauerzeugnisse	15,3	20,6	22,1	+ 5,3	+ 1,5	35,4	43,6	45,1	46,5
Straßenfahrzeuge	16,0	19,7	23,9	+ 3,7	+ 4,2	39,5	41,0	50,2	48,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	13,0	22,8	27,5	+ 9,8	+ 4,7	21,8	29,8	33,2	32,8
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	23,6	34,9	41,7	+11,3	+ 6,8	36,8	33,7	39,4	39,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	8,9	16,3	18,5	+ 7,4	+ 2,2	17,0	21,8	26,8	27,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	14,8	27,0	30,2	+12,2	+ 3,2	10,8	15,1	20,9	20,8
darunter: Holzwaren	5,5	12,5	15,1	+ 7,0	+ 2,6	6,7	9,6	13,7	14,4
Musikinstrumente; Spielwaren usw.	36,0	57,8	48,3	+21,8	– 9,5	27,9	26,8	34,2	33,5
Kunststofferzeugnisse	9,3	15,1	18,3	+ 5,8	+ 3,2	14,1	17,8	24,0	23,9
Textilien	23,8	41,5	46,7	+17,7	+ 5,2	13,9	21,0	28,3	28,2
Nahrungs- und Genußmittel	12,2	14,8	17,1	+ 2,6	+ 2,3	2,8	7,5	9,9	9,4

1) Importquote: Anteil der Importe an der Inlandsversorgung. – 2) Importquoten 1986 in Preisen von 1985 für die 4 Hauptgruppen vgl. Tabelle 2. – 3) Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

rierungsprozeß, der im Verbrauchsgüterbereich in den siebziger Jahren durch eine starke Preiskonkurrenz und durch die aufgrund der Wechselkursfreigabe von 1973 ausgelösten internationalen Standortverlagerungen eingetreten war, zu einem gewissen Abschluß gekommen war. Auf einem für Verbrauchsgüter ganz allgemein enger werdenden Markt - so betrug der Anteil dieser Produktgruppe an der gesamten Inlandsversorgung 1970 noch 19,6 %, 1985 aber nur noch 17,3 % - hatte sich die Lage konsolidiert.

Im Jahr 1986 hat sich allerdings die Wettbewerbslage wechselkursbedingt abrupt geändert, was besonders starke Auswirkungen im Verbrauchsgütersektor zeigte. Die Verbilligung des ausländi-

Bundesgebiet			Baden-Württemberg						
			Exportquoten[3]						
Veränderung in % - Punkten			1970	1980	1985	1986	Veränderung in % - Punkten		
1980/1970	1985/1980	1986/1985	%				1980/1970	1985/1980	1986/1985
+ 6,2	+ 5,9	– 0,3	20,2	26,5	32,5	32,6	+ 6,3	+ 6,0	+ 0,1
+ 5,9	+ 6,1	– 0,2	11,4	16,9	22,8	23,4	+ 5,5	+ 5,9	+ 0,6
+ 8,8	+ 4,1	+ 0,5	14,9	18,5	27,2	27,2	+ 3,6	+ 8,7	0,0
+ 7,5	+ 6,0	– 0,6	20,8	27,9	35,9	35,8	+ 7,1	+ 8,0	– 0,1
+12,7	+10,8		11,4	24,2	35,9	34,9	+12,8	+11,7	– 1,0
+ 9,7	+ 2,1	+ 0,5	15,8	26,3	29,8	29,2	+10,5	+ 3,5	– 0,6
+ 6,6	+ 5,4	– 0,5	29,8	35,9	41,4	40,9	+ 6,1	+ 5,5	– 0,5
+ 8,2	+ 1,5	+ 1,4	37,4	43,2	47,8	46,2	+ 5,8	+ 4,6	– 1,6
+ 1,5	+ 9,2	– 1,9	36,6	40,6	49,0	49,1	+ 4,0	+ 8,4	+ 0,1
+ 8,0	+ 3,4	– 0,4	21,7	28,4	31,3	31,5	+ 6,7	+ 2,9	+ 0,2
– 3,1	+ 5,7	– 0,4	36,8	38,2	45,3	45,3	+ 1,4	+ 7,1	0,0
+ 4,8	+ 5,0	+ 0,2	18,1	23,5	27,1	26,7	+ 5,4	+ 3,6	– 0,4
+ 4,3	+ 5,8	– 0,1	11,9	15,9	21,1	21,0	+ 4,0	+ 5,2	– 0,1
+ 2,9	+ 4,1	+ 0,7	6,9	10,2	14,4	15,7	+ 3,3	+ 4,2	+ 1,3
– 1,1	+ 7,4	– 0,7	28,8	28,9	35,9	34,6	+ 0,1	+ 7,0	– 1,3
+ 3,7	+ 6,2	– 0,1	17,7	18,4	22,5	22,2	+ 0,7	+ 4,1	– 0,3
+ 7,1	+ 7,3	– 0,1	12,4	19,9	27,0	27,6	+ 7,5	+ 7,1	+ 0,6
+ 4,7	+ 2,4	– 0,5	1,9	6,8	10,0	9,8	+ 4,9	+ 3,2	– 0,2

schen Angebots führte zu einem starken Anstieg des Importvolumens: Zwischen 1985 und 1986 nahm die Einfuhr von Verbrauchsgütern preisbereinigt um 11,2 % zu. Angesichts dieser Expansion blieb bei einer Zunahme der gesamten Inlandsversorgung um real 4,6 % für den Absatz von Produkten aus inländischer Produktion kaum noch ein Spielraum. Entsprechend stieg der Inlandsabsatz baden-württembergischer Verbrauchsgüter nur um 1,7 %, derjenige aus anderen Bundesländern um 1,8 %. Diese jüngsten Entwicklungen haben also das Land bei dieser Produktgruppe etwas stärker betroffen als den Bund. Entsprechend ging der Landesanteil am Gesamtangebot auf dem bundesdeutschen Markt von 14,5 % auf preisbereinigt 14,1 % zurück (Tabelle 2).

Anders als in den Vorjahren konnte der Verbrauchsgütersektor des Landes 1986 nur noch schwach steigende Exporte verzeichnen (real + 3,0 %). Ganz allgemein blieben in diesem Jahr die Exporte dieses Bereichs weit hinter den Importen zurück. Doch war mit dieser Rate die Ausfuhrentwicklung des Landes nochmals schwächer als die des Bundes (real: + 4,2 %). Besonders betroffen waren dabei die Sparten Schuhe (- 11,6 %), Leder (- 7,1 %) sowie Musikinstrumente und Spielwaren (- 3,6 %).

Die Situation für den Investitionsgüterbereich des Landes stellt sich demgegenüber im Jahr 1986 wesentlich günstiger dar. Nach der zwischen 1980 und 1985 vergleichsweise mäßigen Ausdehnung des Landesabsatzes auf den Binnenmarkt nahm dieser von 1985 nach 1986 mit einem Mehrabsatz von knapp 7 Mrd. DM außerordentlich stark zu, und zwar um 8,4 % auf 86,2 Mrd. DM. Die anderen Bundesländer erreichten demgegenüber nur eine Zunahme um 3,3 %. Um unter Berücksichtigung der Importe ein zutreffendes Bild von den damit verbundenen Gewichtsverschiebungen auf dem Inlandsmarkt zu erhalten, müssen die Angaben für 1986 preisbereinigt werden. Danach ergibt sich, daß die im Investitionsgüterbereich um rund 1 Prozentpunkt auf 28,3 % gestiegen Importquote voll zu Lasten der anderen Bundesländer ging. Trotz dieser Importsteigerungen konnte demgegenüber Baden-Württemberg seinen Landesanteil von 17,3 % auf 17,7 % ausdehnen (Tabelle 2), wodurch der Absatz der anderen Bundesländer auf dem Inlandsmarkt nochmals zurückging.

Diese Landesentwicklung auf dem Binnenmarkt ging einher mit einer weit überdurchschnittlichen Exportsteigerung. So nahmen die Ausfuhren des baden-württembergischen Investitionsgütersektors von 1985 nach 1986 preisbereinigt um 5,8 % zu gegenüber einer Zunahme um nur 1,5 % im Bundesdurchschnitt. Dies ist auf besonders stark steigende Exporte des Straßenfahrzeugbaus (+ 11,2 %) zurückzuführen, doch erzielten auch die elektrotechnischen Erzeugnisse (+ 5,5 %) und der Maschinenbau (+ 3,8 %) beachtliche Zunahmen. Demgegenüber mußte die Produktsparte Feinmechanik, Optik, Uhren einen erheblichen Exportrückgang um real 11,7 % hinnehmen.

Insgesamt gesehen konnte somit im Jahr 1986 das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs dem stark gestiegenen Importdruck durchaus standhalten, denn in realer Rechnung blieb der Landesanteil an der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit 12,9 % gegenüber 1985 (12,8 %) konstant. Gleichzeitig nahmen bei allerdings deutlichen Unterschieden zwischen den Branchen die Ausfuhren des Landes mit real + 5,2 % deutlich stärker zu als im Bundesdurchschnitt (+ 1,7 %) (Tabelle 6, Ausweis in jeweiligen Preisen).

Investitionsgüterbereich

Die Darstellung für die großen Wirtschaftsbereiche gibt einen ersten Überblick über die relevanten Strukturen und Entwickungstendenzen. Dies wird nachfolgend für detailliertere Gütergruppen ergänzt. Angesichts der Vielzahl und Differenziertheit der Produkte handelt es sich auch hierbei noch um relativ heterogene Aggregate. Einzelne Produkte und einzelne Unternehmen können deshalb durchaus eine von der Gesamttendenz ihrer Gruppe abweichende Entwicklung aufweisen.

Mit einem Anteil von 37,5 % (1985) an der gesamten Inlandsversorgung sind die Investitionsgüter der größte Bereich. Der Anteil des Landes an dem Angebot von Investitionsgütern auf dem Inlandsmarkt ist mit 17,3 % weit überdurchschnittlich (Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: 12,8 %), wobei allerdings, wie bereits dargestellt, das Gewicht des Landes in dieser Produktgruppe in der ersten Hälfte der achtziger Jahre besonders stark gesunken ist. Ursächlich hierfür ist, daß bei den drei großen Branchen des Landes, dem Maschinenbau, dem Fahrzeugbau und der Elektrotechnik die Versorgungsanteile zurückgingen, während sie in den siebziger Jahren noch hatten ausgebaut werden können (Tabelle 3 und Anhangtabelle 1). Damals war deshalb der Importdruck [6] - der insbesondere durch das Vordringen Japans sowie der außereuropäischen Entwicklungsländer ausgelöst wurde - ganz zu Lasten der anderen Bundesländer gegangen.

Tabelle 6

Exportentwicklung Baden-Württembergs 1986

— in jeweiligen Preisen —

Produktionsgruppe	Exporte	Anteil an den Exporten des Verarbeitenden Gewerbes	Veränderung gegen Vorjahr		Anteil an den Exporten des Bundesgebietes
			Baden-Württemberg	Bundesgebiet	
	Mill. DM	%			
Verarbeitendes Gewerbe	93 401,0	100	+ 4,2	— 1,4	18,5
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	11 576,7	12,4	— 6,9	— 9,3	9,0
Spalt- und Brutstoffe	2,8	0,0	— 88,3	+ 7,1	0,2
Steine und Erden, Asbestwaren	391,0	0,4	+ 10,4	+ 2,7	8,0
Eisen und Stahl	475,7	0,5	— 29,1	— 19,0	2,4
Eisen-, Stahl- und Temperguß	161,0	0,2	— 0,7	+ 3,3	13,2
Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse	167,2	0,2	— 2,1	— 4,1	5,2
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug	1 201,0	1,3	— 0,6	— 7,8	10,8
NE-Metallguß	39,7	0,0	— 5,3	— 2,8	21,6
Mineralölerzeugnisse	538,9	0,6	— 52,7	— 47,9	16,7
Chemische Erzeugnisse	6 535,1	7,0	+ 0,8	— 6,1	9,3
Schnittholz; Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	386,5	0,4	+ 12,9	+ 2,8	22,2
Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	1 195,9	1,3	— 10,4	— 3,8	20,3
Gummiwaren	481,9	0,5	— 5,2	+ 2,8	9,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	68 582,7	73,4	+ 7,0	+ 1,9	23,7
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	575,1	0,6	— 4,2	— 2,5	14,5
Maschinenbauerzeugnisse	21 528,1	23,0	+ 6,6	+ 4,3	26,1
Straßenfahrzeuge	25 363,3	27,2	+ 12,6	+ 3,2	26,7
Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge	102,3	0,1	— 26,3	— 31,9	1,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	13 125,5	14,1	+ 5,6	+ 4,9	23,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	3 443,8	3,7	— 9,0	+ 2,4	32,1
Erzeugnisse der Stahlverformung	696,0	0,7	+ 1,3	+ 3,2	17,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	2 662,8	2,9	— 0,7	+ 0,2	18,2
Büromaschinen, ADV	1 067,1	1,1	+ 5,0	+ 1,4	7,9
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	11 250,7	12,0	+ 1,0	+ 2,5	17,8
Feinkeramik	104,0	0,1	+ 6,3	+ 2,5	5,7
Glas und Glaswaren	492,0	0,5	+ 6,5	+ 4,9	13,7
Holzwaren	939,3	1,0	+ 11,6	+ 3,7	19,0
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	1 291,0	1,4	— 9,3	— 2,9	28,5
Papier- und Pappewaren	768,5	0,8	+ 2,6	+ 2,1	19,5
Druckereierzeugnisse, Lichtpausen	842,1	0,9	+ 1,7	+ 4,0	19,8
Kunststofferzeugnisse	1 751,0	1,9	+ 5,5	+ 7,3	15,3
Leder	264,0	0,3	— 7,4	— 6,5	29,1
Lederwaren	66,1	0,1	+ 1,9	+ 2,0	10,5
Schuhe	231,1	0,2	— 11,7	— 6,0	17,9
Textilien	3 883,8	4,2	+ 1,0	+ 0,2	21,2
Bekleidung	617,9	0,7	0,0	+ 4,6	8,0
Nahrungs- und Genußmittel	1 990,9	2,1	+ 0,6	— 4,5	8,8

6) In Anhangtabelle 1 sind für die einzelnen Produktgruppen die DM-Beträge und Anteilsquoten für die Jahre 1970, 1980 und 1985 ausgewiesen. Tabelle 2 weist hierzu die Veränderungen in Form von Zuwachs- bzw. Abnahmeraten sowie die Differenz der Anteilsquoten in Prozentpunkten aus.

Besonders markant war der Rückgang im Maschinenbau - zwischen 1980 und 1985 von 21,5 % auf 19,7 % - wobei dies nicht zuletzt deshalb überrascht, als hier die Zunahme der Importe mit 34 % im Vergleich zum gesamten Investitionsgüterbereich (+ 60,5 %) vergleichsweise mäßig war. Die japanischen Anbieter erhöhten ihren Anteil an den Maschinenimporten zwischen 1980 und 1985 im Vergleich zur Entwicklung bei anderen Produktgruppen recht mäßig, die Hauptkonkurrenten kamen damit zu rund 80 % nach wie vor aus den europäischen Ländern (Anhangtagelle 2)[7]. Angesichts dieses im Durchschnitt der Branche mäßigen Importdrucks und der nur unterdurchschnittlichen Teilnahme Baden-Württembergs (+ 15 %) an der Expansion dieser Produktgruppe auf dem Binnenmarkt (+ 25 %) konnten die anderen Bundesländer (+ 26 %) ihren Versorgungsanteil sogar leicht um 0,3 Prozentpunkte erhöhen. Dieser zurückhaltenden Landesentwicklung auf dem Inlandsmarkt steht allerdings eine außerordentliche Forcierung der Exporte gegenüber. So stieg zwischen 1980 und 1985 die Exportquote des Maschinenbaus in Baden-Württemberg von 43,2 % auf 47,8 % - d.h., daß 1985 der Maschinenbau fast die Hälfte seines Umsatzes im Auslandsabsatz erreichte. Im Bundesdurchschnitt stieg die Exportquote dieser Branche demgegenüber nur um 1,5 Prozentpunkte auf 45,1 % (Tabelle 5).

Auch der Anteilsrückgang des Landes an der Inlandsversorgung mit Straßenfahrzeugen - von 21,0 % auf 20,1 % - ist in Verbindung mit einer - noch stärkeren - Exportforcierung zu sehen. In dieser Branche entspricht allerdings die unterdurchschnittliche Teilnahme (+ 22 %) an dem Gesamtzuwachs dieser Produktgruppe auf dem Binnenmarkt (+ 27 %) in etwa dem Bundesdurchschnitt (+ 19 %). Durch die Importzunahme um mehr als 50 % erfahren somit das Land und die anderen Bundesländer Einbußen auf dem Binnenmarkt in einem vergleichsweise ähnlichen Ausmaß. Auch die starke Exportzunahme verläuft im Bundesdurchschnitt, die Exportquote des Straßenfahrzeugbaus steigt zwischen 1980 und 1985 im Land von knapp 41 % auf 49 % und im Bund von 41 % auf 50 %. Der Straßenfahrzeugbau hat dabei - zusammen mit der Elektrotechnik sowie der Feinmechanik und Optik - den größten Wandel hinsichtlich der internationalen Konkurrenz erfahren. 1970 kamen noch rund 90 % aller Importe aus dem Raum der EG, 1980 waren es 70 % und 1985 nur noch 59 %. In dieser Zeit erreichte Japan - ausgehend von 0 - einen Importanteil von rund 18 %. Diese Größenordnung erreicht auch das Angebot aus dem Europa außerhalb der EG, wobei diese sich insbesondere in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ausweitete.

Die Konkurrenzsituation wie auch die Entwicklungstendenzen sind im Bereich elektrotechnischer Erzeugnisse wiederum anders gelagert. Absolut gesehen ist es die Produktgruppe, die auf dem Binnenmarkt den größten Absatz erreicht, hier wurden 1985 22,5 Mrd.DM umgesetzt (Fahrzeugbau: 20,7 Mrd.DM, Maschinenbau: 19,7 Mrd.DM). Trotzdem hat sie damit nur unterdurchschnittlich (+ 23 %) an einer relativ starken Marktexpansion (Anstieg des Gesamtangebots: + 37 %) teilgenommen. Die ausländische Konkurrenz - vor allem aus Japan - drängte außerordentlich (Anstieg der Importe: + 65 %), auch der Absatz der anderen Bundesländer auf dem Binnenmarkt war etwas höher (+ 30 %). Durch diese Entwicklungen war der Verlust auf dem Inlandsmarkt in der ersten Hälfte der achtziger Jahre - so sank der Anteil an der Inlandsversorgung von 1980 bis 1985 von 19,9 % auf 17,9 % - stärker als in den siebziger Jahren, wo er nur um einen Prozentpunkt zurückgegangen war. In Verbindung mit der schwächeren Präsenz elektrotechnischer Produkte des Landes auf dem Inlandsmarkt zog die Exportausweitung allerdings nicht - wie im Maschinen- und Fahrzeugbau - entsprechend an, sie erfolgte vielmehr im Tempo

7) In Anhangstabelle 2 sind die Anteile der Importe nach 7 Herkunftsgebieten dargestellt.- Die Importentwicklung kann ökonomisch sinnvoll nur für das Bundesgebiet dargestellt werden, da ihr Nachweis nach dem Sitz des Importeurs, nicht aber des Verbrauchs erfolgt.

der siebziger Jahre, wobei die Landesentwicklung - hier stieg die Exportquote zwischen 1980 und 1985 von 28,4 % auf 31,3 % - etwas hinter der Bundesentwicklung zurückblieb (Anstieg der Exportquote von 29,8 % auf 33,2 %).

Gerade die elektrotechnische Industrie sieht sich einer stark gewandelten internationalen Konkurrenz gegenüber. Kamen 1970 noch knapp 60 % aller Importe aus den EG-Ländern, so sind es 1985 nur noch kanpp 40 %. Demgegenüber hat Japan einen Importanteil von knapp einem Fünftel erreicht, womit es die USA auf Platz 2 verdrängt hat. In den siebziger Jahren hatten auch außereuropäische Entwicklungsländer (Importanteil: knapp 10 %) sowie die Länder Europas außerhalb der EG (Importanteil 1980: knapp 19 %) auf den bundesdeutschen Markt gedrängt und hohe Importanteile erreicht. Während aber der Druck dieser Konkurrenten sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nicht weiter steigerte, blieb Japan weiterhin offensiv.

Der Landesanteil der vom Volumen her kleineren Branche Feinmechanik, Optik, Uhren - der Absatz auf dem Inlandsmarkt betrug 1985 3,2 Mrd.DM - ist mit einem Fünftel nach wie vor bedeutend, ein noch größeres Gewicht hat sie allerdings für die bundesdeutschen Exporte, an denen sie einen Anteil von 36 % hat. Noch 1970 hatte ihr Anteil an der Inlandsversorgung in der gleichen Größenordnung gelegen (knapp 34 %), dieser war allerdings in den siebziger Jahren aufgrund der immensen Importzunahmen (+ 310 %) um ein Drittel auf 23 % zurückgegangen, wobei der Importdruck in diesem Fall fast ganz zu Lasten der baden-württembergischen Branche gegangen war. Der dadurch ausgelöste Umstrukturierungsprozeß führte dazu, daß einerseits der Druck der ausländischen Konkurrenz in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weniger stark zum Zuge kam - so nahmen die Importe dieser Branche mit 43 % weniger stark zu als im Durchschnitt des Investitionsgüterbereichs (+ 60,5 %). Andererseits gelang es dieser Branche, auf ausländischen Märkten weiter Fuß zu fassen und die schon hohen Exporte nochmals auszuweiten. Der Landesanteil dieser Produktgruppe an der bundesdeutschen Inlandsversorgung sank allerdings im Vergleich zu dem Anteil der anderen Bundesländer trotzdem recht stark, da Baden-Württemberg mit einer Zuwachsrate von nur 4 % (1980 bis 1985) nur weit unterdurchschnittlich und deutlich schwächer als das übrige Bundesgebiet (+ 8,8 %) an der Nachfrageexpansion auf diesem Produktmarkt (plus knapp 20 %) teilnahm. Auch hier ist allerdings im Gegenzug besonders für das Land eine außerordentlich starke Exportausweitung zu verzeichnen. So stieg der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz zwischen 1980 und 1985 von 38 % auf über 45 %. Der Bund blieb hinter dieser Expansion deutlich zurück (Anstieg der Exportquote von knapp 34 % auf 39,4 %). Wie schon dargestellt hat aber die neuerliche Verschärfung der Wettbewerbslage diese Branche in Baden-Württemberg besonders getroffen: 1986 nahmen die Exporte gegenüber 1985 um 9 % ab, gegenüber einer noch leichten Zunahme um 2,4 % im Bundesdurchschnitt.

Der Importanteil an der Inlandsversorgung in diesem Produktbereich war bis 1985 auf rund 42 % gestiegen und lag damit weit über dem Durchschnitt der Investitionsgüter (27,4 %) und des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt (28,7 %), wobei der Anteil Japans an den Importen mit 28 % inzwischen genau so groß ist wie der der Anbieter aus der EG. In den siebziger Jahren waren auch die außereuropäischen Entwicklungsländer nachhaltig in den bundesdeutschen Markt eingedrungen (Anteil an den Importen 1980: 9 %). Diese Tendenz hat sich allerdings in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nicht weiter fortgesetzt (1985: 6,6 %). Demgegenüber nahm der Anteil des nordamerikanischen Raumes (USA/Kanada) auf beachtliche 17 % zu.

Ein vergleichsweise gutes Abschneiden baden-württembergischer Produkte auf dem Inlandsmarkt auch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist für die Erzeugnisgruppe der Stahlverformung (1985: Landesanteil: 20,5 % - Umsatz: 3,1 Mrd.DM), der Eisen-, Blech- und Metallwaren (1985: Landesanteil: 17,4 % - Umsatz: 6,3 Mrd.DM) sowie der Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge (1985: Landesanteil: 11,1 % - Umsatz: 2,1 Mrd.DM) zu verzeichnen. Wie schon in den siebziger Jahren so konnten diese Produktgruppen auch jetzt ihre Anteile

an der Inlandsversorgung mehr oder weniger halten oder sogar leicht erhöhen. Dabei ist bemerkenswert, daß der inzwischen auch bei den EBM-Waren deutlich bemerkbare Importdruck (Importquote: 1985: 18,5 %, 1970: 8,9 %) zu Lasten der anderen Bundesländer ging. Die Ausfuhren wurden mäßig aber kontinuierlich ausgeweitet, so stieg die Exportquote von 18 % (1970) über 23,5 % (1980) auf 27 % (1985). Die Importzunahme ging dabei in den siebziger Jahren von den außereuropäischen Entwicklungsländern aus, besonders stark aber auch von den europäischen Ländern außerhalb der EG. 1985 betrug ihr Anteil an den Importen dieses Bereichs 28 %.

Die Erzeugnisse der Stahlverformung sowie die Stahlbauerzeugnisse sind der internationalen Konkurrenz weit weniger ausgesetzt. Gleichzeitig ist der Absatz der beiden Branchen auf den Auslandsmärkten verhältnismäßig gering, dies gilt besonders für das Land.

Verbrauchsgüter

In den siebziger Jahren hat sich das Angebot an Verbrauchsgütern (+ 99 %) auf dem Inlandsmarkt etwa im Gleichklang mit dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (+ 104 %) verdoppelt, wobei die Importe mit einer Rate von 263 % weit überdurchschnittlich zunahmen (insgesamt: 202 %). Entsprechend nahmen die Importquoten der einzelnen Produktsparten überwiegend stark zu, für den Sektor insgesamt stieg sie von knapp 15 % auf 27 %. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre war der Markt für diesen Produktbereich weit weniger expansiv, das Verbrauchsgüterangebot nahm zwischen 1980 und 1985 nur mit einer Rate von knapp 9 % auf 211 Mrd.DM zu (insgesamt: + 20,5 %). Auf einzelnen Märkten war sogar ein Rückgang zu verzeichnen (Musikinstrumente und Spielwaren, Holz- und Lederwaren, Feinkeramik). Das ausländische Angebot nahm vergleichsweise moderat zu (+ 22 %, Verarbeitendes Gewerbe: + 43,5 %), wobei dies vor allem für diejenigen Gütermärkte bemerkenswert ist, die noch in den siebziger Jahren von Importen überschwemmt wurden. In diesem Jahrzehnt hatte Baden-Württemberg bei den Verbrauchsgütern etwa in gleichem Ausmaß wie die anderen Bundesländer Marktanteile zugunsten der Auslandskonkurrenz aufgeben müssen, wobei zwischen den Branchen durchaus erhebliche Unterschiede bestanden. Im Zeitraum 1980 bis 1985 stellt sich die Situation des Landes demgegenüber für diese Produktgruppe etwas günstiger dar. In fünf der aufgeführten Sparten hat sich die Landessituation so deutlich gebessert, daß jeweils eine leichte Zunahme der Marktanteile - so bei Papier und Pappe, Druckereierzeugnissen, Feinkeramik und Leder - und bei Musikinstrumenten und Spielwaren sogar eine starke Zunahme erreicht werden konnte. In diesen Produktsegmenten war allerdings auch die Auslandskonkurrenz zurückhaltend, bei den Musikinstrumenten und Spielwaren sowie bei der Feinkeramik war sie sogar rückläufig. In drei anderen Produktgruppen - bei Kunststofferzeugnissen, Bekleidung und Glaswaren - ging der Landesanteil an der Inlandsversorgung zwar geringfügig zurück, jedoch deutlich schwächer als der Versorgungsanteil der anderen Bundesländer. Das relativ starke Vordringen der Importe in diesem Bereich ging also überwiegend zu deren Lasten. Verschlechtert, und zwar auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, hat sich die inländische Marktsituation für Textilien und Schuhe.

Im einzelnen sind die Konkurrenzbeziehungen für die aufgeführten Sparten sowohl auf dem inländischen wie auf dem ausländischen Markt auch im Zeitablauf äußerst differenziert. Die im Land relativ großen Produktbereiche wie Druckereierzeugnisse, Papier und Pappe - sie setzten 1985 auf dem bundesdeutschen Markt knapp 4,2 bzw. 3,0 Mrd.DM um - waren, wie auch die Kunststofferzeugnisse (1985: 5,1 Mrd.DM), von einer überdurchschnittlich stark expandierenden Binnennachfrage begünstigt, an der das Land zwischen 1980 und 1985 etwa im Gleichklang partizipiert hat. Das durchaus beachtliche Vordringen der Importe ging also zu Lasten der anderen Bundesländer, wobei allerdings die Importquoten niedrig sind und nur bei den Kunststofferzeugnissen mit 18 % ein größeres Ausmaß erreichen. Umgekehrt sind auch die Exportquoten mäßig, wobei allerdings auffällt, daß - anders als in den siebziger Jahren - im Zeitraum 1980 bis 1985 bei Papier- und Pappewaren sowie bei den Kunststofferzeugnissen die

Exportbemühungen in Land und Bund erheblich waren, so daß 1985 fast 18 % bzw. 23 % des Umsatzes der Landesbranchen im Ausland getätigt wurden. Dem Zug der Zeit folgend haben sich also auch in diesen Bereichen die internationalen Austauschbeziehungen in gleichgewichtigem Ausmaß erhöht, wenngleich sie nach wie vor nicht das große Gewicht wie in anderen Sparten haben. Die wichtigsten Handelspartner sind dabei jeweils neben den EG-Ländern das übrige Europa sowie zum Teil auch der nordamerikanische Raum.

Auch die Holzwaren - von denen Baden-Württemberg 1985 immerhin 4,3 Mrd.DM auf dem bundesdeutschen Markt absetzte - sind von Import- und Exportbewegungen im Vergleich zu den anderen Sektoren des Verbrauchsgütergewerbes nur unterdurchschnittlich berührt. Als Exportländer treten dabei neben den europäischen Ländern zunehmend auch die Staatshandelsländer in Erscheinung. Diese Produktgruppe sah sich - nach überdurchschnittlichen Zunahmen in den siebziger Jahren - im Zeitraum 1980/85 einem schrumpfenden Markt gegenüber, wovon das Land stärker betroffen wurde als die anderen Bundesländer, so daß der Landesanteil um 0,9 Prozentpunkte auf 16,9 % zurückging (alle anderen Bundesländer zusammen: - 1,7 Prozentpunkte).

Der Landesanteil der Textilerzeugnisse schrumpfte zwischen 1980 und 1985 in fast gleichem Ausmaß wie der aller anderen Bundesländer - und zwar von 18,6 % auf 16,2 %, was einem Umsatz von 7,5 Mrd.DM im Jahr 1985 entspricht -, nachdem sich diese Sparte im Land in den siebziger Jahren sehr gut gehalten hatte. Der Ansturm der ausländischen Konkurrenz auf diesem Markt - so stieg die Importquote zwischen 1970 und 1980 von knapp 24 % auf 41,5 % - hatte die anderen Bundesländer weit stärker getroffen. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre hat nun auch Baden-Württemberg - in Verbindung mit weiter steigenden Importen - überdurchschnittlich hohe Einbußen hinnehmen müssen. Mit einer Importquote von 46,7 % wird inzwischen fast die Hälfte aller auf dem bundesdeutschen Markt angebotenen Textilien importiert, wobei die europäischen Länder außerhalb der EG sowie die außereuropäischen Entwicklungsländer inzwischen mit je einem knappen Fünftel an den Importen partizipieren. Angesichts dieser Situation und im Hinblick auf eine nur noch geringfügig steigende Gesamtnachfrage forciert diese Branche in Bund und Land gleichermaßen die Ausfuhr. Allein zwischen 1980 und 1985 stieg die Exportquote des Landes für Textilerzeugnisse von 20 % auf 27 %.

Im Bekleidungssektor hat Baden-Württemberg demgegenüber in der ersten Hälfte der achtziger Jahre besser abgeschnitten als zuvor, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, wobei allerdings der Marktanteil mit knapp 9 % gering ist (Inlandsabsatz 1985: 2,8 Mrd.DM). Der Absatz Baden-Württembergs auf dem bundesdeutschen Markt nahm fast im Durchschnitt der allerdings nur mäßig steigenden Nachfrage zu, wohingegen der der anderen Bundesländer zurückging. Die auf 43 % (1985) weiter gestiegene Importquote - wobei die Importe 1985 zu je etwa 30 % aus den EG-Ländern sowie den außereuropäischen Entwicklungsländern und zu einem Viertel aus europäischen Ländern außerhalb des EG-Raumes kommen - ging also zu deren Lasten. Die Exportentwicklung ist insbesondere im Land unterdurchschnittlich (Exportquote 1985: 16 %, Verbrauchsgüter insgesamt: 21 %).

Vom Volumen her kleinere Produktgruppen im Land wie Feinkeramik und Glas und Glaswaren einerseits sowie Lederwaren und Schuhe andererseits haben auch eine vergleichsweise geringe Bedeutung auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt. Das ausländische Güterangebot hat ein jeweils großes und noch zunehmendes Gewicht, wobei bei den Lederwaren die Importquote die 50 %-Marke fast erreicht und bei Schuhen bereits erheblich überschritten hat (58 %). Die Position des Landes auf dem Inlandsmarkt ist bei beiden Sparten ungünstiger als die anderer Bundesländer, wobei allerdings im Gegenzug die Ausfuhren Baden-Württembergs besonders stark ausgebaut wurden. So stieg innerhalb von nur fünf Jahren die Exportquote bei Lederwaren von 15,5 % auf 25,6 % und bei Schuhen, ebenfalls ausgehend von 15,5 % im Jahr 1980 auf sogar knapp 29 % im Jahr 1985. Bei Feinkeramik und Glas und Glaswaren ist die Landessi-

tuation bei allerdings mehr oder weniger stagnierender Binnennachfrage etwas günstiger als die der anderen Bundesländer, wobei dies auch in den siebziger Jahren schon ähnlich war. Der Ausbau der Exporte war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre stärker als in den siebziger Jahren und konnte damit den Importzunahmen gegenhalten.

Der Markt für Leder expandierte zwischen 1980 und 1985 außerordentlich stark. Baden-Württemberg konnte hier mithalten und seinen Landesanteil von gut 18 % behaupten, nachdem dieser allerdings zwischen 1970 und 1980 von fast 31 % auf diese Größenordnung geschrumpft war. Die weiterhin stark steigenden Importe - die Importquote liegt inzwischen bei 58 % - gingen damit voll zu Lasten der anderen Bundesländer. Diese steigerten ihre Exporte auf einen Anteil am Gesamtumsatz von 27 % (1985), während die Ausfuhrquote im Land bei 25 % verblieb.

Die Entwicklungen im Bereich der heterogenen Produktgruppe "Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, usw." waren sehr differenziert und untypisch. Einer sehr starken Nachfrageexpansion in den siebziger Jahren - die mit weit überdurchschnittlichen Importzunahmen einherging - stand zwischen 1980 und 1985 eine Schrumpfung der Inlandsversorgung um ein Fünftel gegenüber, wobei die Importe um ein Drittel zurückgingen, so daß die Importquote in diesen fünf Jahren von 58 % auf 48 % sank. Den damit gewonnenen größeren Spielraum auf dem Binnenmarkt nutzte das Land besonders stark. Es baute seinen Marktanteil um 3,5 Prozentpunkte auf 19 % aus (andere Bundesländer: + 6 Prozentpunkte auf 33 %). Damit wurden aus baden-württembergischer Produktion 1985 für 1,55 Mrd. DM Waren auf dem Binnenmarkt abgesetzt. In den siebziger Jahren hatte diese Sparte im Land allerdings besonders große Einbußen hinnehmen müssen, so war der Anteil an der Inlandsversorgung von fast 28 % auf 15,5 % gesunken. Die im Vergleich hierzu während der ersten Hälfte der achtziger Jahre stabilisiertere Situation verdeutlicht auch die erheblich gesteigerte Exportquote, die 1985 mit fast 36 % um 7 Prozentpunkte über der von 1980 (und 1970) lag.

Grundstoff- und Produktionsgüter - Nahrungs- und Genußmittel

Mit einem Landesanteil von 9,1 % bzw. von 8,1 % im Jahr 1985 haben die beiden unterschiedlichen Produktgruppen Nahrungs- und Genußmittel einerseits sowie Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes andererseits für die Inlandsversorgung des Bundesgebietes ein in etwa gleich großes Gewicht. Im Vergleich zur Bedeutung von Investitions- und Verbrauchsgütern ist diejenige dieser Produktsparten relativ gering, was Ausdruck ist für eine bundesweite Arbeitsteilung in der Produktion bestimmter Produktgruppen. Andererseits hat sich aber das Gewicht dieser im Land kleineren Sparten im Zeitraum seit 1970 nur unwesentlich geändert, es ist also auf niedrigem Niveau relativ stabil.

Dies gilt besonders für den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, hier ging die zu verzeichnende Zunahme des Angebots ausländischer Produkte besonders im Zeitraum 1980 bis 1985 fast ausschließlich zu Lasten der anderen Bundesländer. Das Angebot aus der Produktion des Landes konnte deshalb in dieser Zeit im Durchschnitt der Nachfragesteigerung dieses Bereichs zunehmen (jeweils plus rund 18 %) und 1985 einen Betrag von 31,5 Mrd.DM erreichen. Vom Volumen her haben die chemischen Erzeugnisse mit knapp 9,7 Mrd.DM Absatz auf dem Binnenmarkt (1985) für das Land die größte Bedeutung, wenngleich ihr Anteil an der gesamten Inlandsversorgung mit 7,6 % unterdurchschnittlich ist und auch seit 1970 abgenommen hat. Die Aufgabe von Marktanteilen zugunsten ausländischer Produkte - wobei kein Importkonkurrent spezifisch hervortritt - erfolgte dabei im Land in etwa im Ausmaß der anderen Bundesländer. Einen Ausgleich für diese Entwicklung suchte die chemische Industrie des Landes im gesteigerten Export, so nahm die Exportquote von 1970 nach 1980 von knapp 21 % auf 28 % und nach 1985 nochmals weiter auf knapp 36 % zu. Die Exportquote dieser Produktgruppe im Bund liegt allerdings inzwischen bei über 44 %.

Exportintensität

Die Mobilisierung der Ausfuhraktivitäten führte dazu, daß in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Exportquote [8] des Verarbeitenden Gewerbes stärker anstieg - und zwar im Bundesdurchschnitt um 5,9 Prozentpunkte auf 31,4 % (1985) - als die Importquote (um 4,6 Prozentpunkte auf 28,7 %), nachdem in den siebziger Jahren die Entwicklung genau umgekehrt gewesen war (Tabelle 5). Der Tendenz nach gilt dies für fast alle Branchen, wobei aber der Umschwung bei den Verbrauchsgütern besonders markant war. Nach wie vor liegt allerdings hier die Importquote mit 30 % weit über der Exportquote von gut einem Fünftel. Im Investitionsgüterbereich wurden demgegenüber mit gut 40 % (1985) fast doppelt so viel Produkte auf Auslandsmärkten abgesetzt, die Importquote lag 1985 mit 27,4 % deutlich darunter.

Bemerkenswert ist allerdings, daß in diesem Bereich die Importquote zwischen 1980 und 1985 wesentlich stärker stieg als bei den Verbrauchsgütern, wobei der gestiegene Investitionsgüterexport diesem starken ausländischen Konkurrenzdruck in diesem Zeitraum gerade noch gegenhalten konnte.

Vor dem Hintergrund dieser bundesweiten Entwicklungen hat Baden-Württemberg seine traditionell hohe Exportintensität halten können, die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes lag 1985 mit 32,5 % nach wie vor um rund einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklungen waren allerdings in den einzelnen Produktsparten durchaus unterschiedlich. So ist der immer noch bestehende Exportvorsprung des Landes bei den Verbrauchsgütern im Beobachtungszeitraum deutlich geringer geworden (Tabelle 5). Dies ist einerseits ein Spiegelbild der während der ersten Hälfte der achtziger Jahre günstigeren Situation dieses Bereichs auf dem Binnenmarkt. Andererseits aber haben die anderen Bundesländer sowohl in den siebziger wie auch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre stärker zugelegt, wobei dies dort insbesondere die Position der Produktgruppen Kunstofferzeugnise, Bekleidung, Leder und Druckereierzeugnisse verbessert hat.

Der Exportvorsprung bei den Investitionsgütern ist 1985 (Exportquote: Land: 41,4 %, Bund: 40,8 %) bei allgemein stark erhöhter Bedeutung des Auslandsabsatzes gleich hoch wie 1980. Zwischen 1970 und 1980 hatte der Bund seine Exportaktivitäten demgegenüber etwas stärker erhöht. In diesem Zeitraum waren im Land insbesondere die Ausfuhranstrengungen der großen Bereiche des Maschinenbaus und der Elektrotechnik hinter denen der anderen Bundesländer zurückgeblieben. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre holte der Maschinenbau wieder deutlich auf, auch die Produktgruppe Feinmechanik, Optik, Uhren intensivierte ihre Exportanstrengungen vergleichsweise stark. Da aber gleichzeitig die anderen Bundesländer besonders beim Straßenfahrzeugbau und bei den EBM-Waren aufholten und zudem ihren Vorsprung bei der Elektrotechnik behielten, konnte der Verlust aus den siebziger Jahren nicht wettgemacht werden.

Mit dieser hohen Exportintensität seiner Branchen prägt das Land die Ausfuhrentwicklung des Bundes in entscheidendem Maße. In den Jahren 1980 bis 1985 wurden vom Verarbeitenden Gewerbe des Bundes insgesamt Waren im Wert von 2 491 Mrd.DM auf Auslandsmärkten abgesetzt, davon kamen 434 Mrd.DM aus Baden-Württemberg, was einem Landesanteil an den Bundesexporten von im Durchschnitt 17,4 % entspricht (Tabelle 3). Der Landesanteil ist somit nochmals etwas gestiegen (Durchschnitt 1975 bis 1979: 17,2 %)[9]. Ursächlich hierfür war in er-

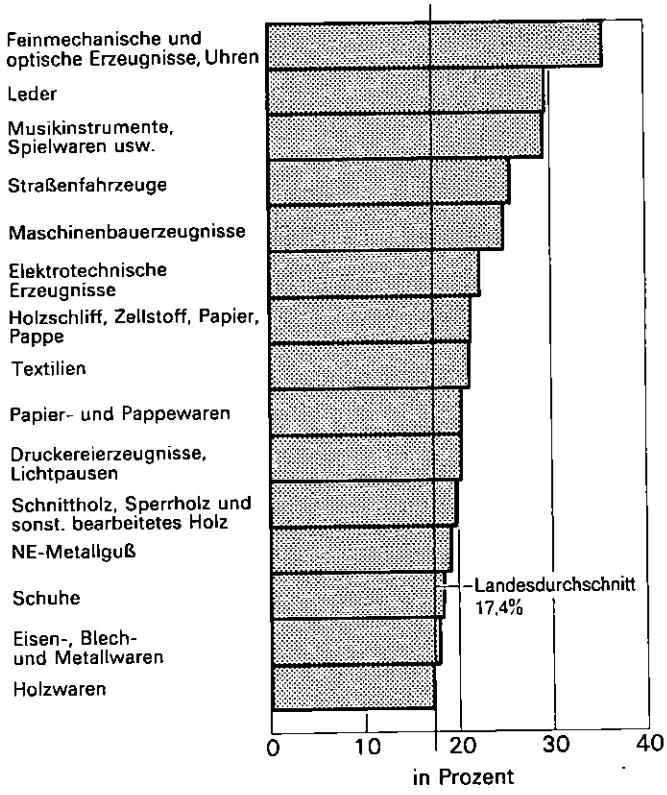
---

8) Exportquote = Ausfuhrumsatz bezogen auf Gesamtumsatz. Importquote = Einfuhr bezogen auf Inlandsversorgung (Inlandsumsatz + Importe).

9) Die Summierung der Exporte über mehrere Jahre schaltet Zufälligkeiten aus und ermöglicht die Gegenüberstellung zu den Importen. Die Darstellung für den Zeitraum 1975/79 gegenüber zuvor 1970/79 mußte deshalb vorgenommen werden, weil der Ausweis der Exporte nach dem Güterverzeichnis für die Produktionsstatistiken auf Landesebene erst ab 1975 vorliegt.

Schaubild 3

Die 15 Branchen Baden-Württembergs mit den höchsten Anteilen an den kumulierten Exporten des Bundesgebietes 1980 bis 1985



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 187 87

ster Linie eine weitere Steigerung der bereits überdurchschnittlich hohen Bedeutung der Investitionsgüterexporte des Landes für den Bundesexport dieses Produktbereichs. Grundsätzlich haben Investitionsgüterprodukte für die Exporte der Bundesrepublik das mit Abstand größte Gewicht. Mit einem Wert von 1 377 Mrd.DM (kumuliert 1980 bis 1985) machen sie weit über die Hälfte (55 %) aller Ausfuhren aus (Grundstoff- und Produktionsgüter: 28 %, Verbrauchsgüter: 12 %). Baden-Württemberg ist hieran wiederum überdurchschnittlich stark, und zwar mit einem Anteil von 22,6 % beteiligt, was einer Größenordnung von 312 Mrd.DM entspricht. Der Landesanteil ist dabei gegenüber dem Zeitraum 1975/79, in dem er 22,1 % betrug, nochmals gestiegen.

Innerhalb des Investitionsgüterbereichs ist die Situation nach Branchen durchaus verschieden. So kommen mehr als ein Drittel (35,5 %) aller Bundesexporte der vom Volumen her kleineren Sparte Feinmechanik, Optik, Uhren aus Baden-Württemberg. Mit Landesanteilen von jeweils einem Viertel sind auch die im Land großen Branchen des Maschinenbaus (25 %) und Straßenfahrzeugbaus (26 %) von ausschlaggebender Bedeutung für die jeweilige Ausfuhr des Bundes. Die Elektrotechnik liegt mit einem Anteil von 22,5 % im Durchschnitt des Investitionsgüterbereichs (Schaubild 3).

Mit einem Anteil von 18,2 % sind auch die Verbrauchsgüter des Landes leicht überdurchschnittlich an den entsprechenden Bundesexporten beteiligt. Gegenüber der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (18,7 %) ist das Landesgewicht allerdings leicht gesunken. Mit Anteilen von jeweils fast 30 % haben hierbei die Sparten Musikinstrumente und Spielwaren sowie Leder eine herausragende Bedeutung für die jeweiligen Ausfuhren des Bundes. Mit rund einem Fünftel sind auch die Landessparten Textilien, Papier- und Pappewaren sowie Druckereierzeugnisse von erheblichem Gewicht für die Bundesexporte.

Die kumulierten Exporte des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs erreichten im Jahrfünft 1980 bis 1985 die respektable Größenordnung von 57,6 Mrd. DM, womit sie größer waren als die des Verbrauchsgütersektors (54 Mrd.DM). Zudem steigerte dieser Bereich seine Exporte gegenüber dem Zeitraum 1975/80 mit einem Zuwachs von 66 % deutlich stärker als der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (55,8 %). Der Schwerpunkt von Produktion und Export dieser Produktgruppe liegt aber in anderen Bundesländern, der Landesanteil am Bundesexport ist deshalb mit 8,3 % nach wie vor vergleichsweise gering (1975/79: 7,7 %). Allerdings treten auch hier einige Branchen des Landes hervor: So haben mit Gewichten von jeweils rund einem Fünftel die Sparten Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe sowie Schnittholz, Sperrholz und der NE-Metallguß eine weit überdurchschnittliche Bedeutung für die jeweilige Bundesausfuhr.

Aus den geschilderten Größenverhältnissen und Entwicklungstendenzen geht hervor, daß die Exportaktivitäten des Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs die Bundesentwicklung nachhaltig geprägt haben, wobei dies in besonderem Maße für den Investitionsgüterbereich

zutrifft. Der Export von Investitionsgütern ist die Domäne der bundesdeutschen Wirtschaft, was allein daraus ersichtlich ist, daß Jahr für Jahr der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik vom Aktivsaldo dieses Produktbereichs bestimmt wird (Schaubild 2). Stellt man einmal in einem rechnerischen Exempel die Importe an Investitionsgütern in die Bundesrepublik den Investitionsgüterexporten Baden-Württembergs gegenüber, so zeigt sich, daß diese die Importe im Zeitraum 1980 bis 1985 bereits zur Hälfte kompensieren. Im Maschinen- und Fahrzeugbau wird ein wesentlich höheres Verhältnis erreicht: So decken in dieser Zeit die Exporte des Landes an Maschinen und Fahrzeugen dem Volumen nach etwa 90 % der Importe dieser Produkte in das Bundesgebiet ab. Der Deckungsgrad von Feinmechanik beträgt rund 50 %, der von elektrotechnischen Erzeugnissen und EBM-Waren etwa 36 %. Solche Relationen verdeutlichen im Rahmen der weltweiten Arbeitsteilung die Bedeutung des Standortes Bundesrepublik für die Produktion von Investitionsgütern und hierin wiederum das herausragende Gewicht Baden-Württembergs.

Es ist allerdings festzustellen, daß - obwohl Baden-Württemberg seine Exportaktivitäten bei Investitionsgütern etwas stärker ausbaute als der Bundesdurchschnitt - das Ausmaß der Abdeckung der Importe leicht gesunken ist: Im Zeitraum 1975/79 kompensierten die baden-württembergischen Investitionsgüterexporte noch knapp 60 % der entsprechenden Importe im Bundesgebiet, im Zeitraum 1980/85 gelang dies nur noch zu 52 %. Dies zeigt, daß, wie schon zuvor mehrfach ausgeführt, der Importdruck in diesem Bereich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erheblich zugenommen hat. Dies hat sich insbesondere bei den Branchen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik sowie der Feinmechanik und Optik, Uhren ausgewirkt. Beim Maschinenbau konnten im Zeitraum 1975/79 die Landesexporte den entsprechenden Bundesimport zu 100 % auffangen, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre gelang dies zu gut 90 %. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen sank der Deckungsgrad von 44 % auf 36 % und bei den feinmechanischen und optischen Produkten von knapp 60 % auf 53 %. Besonders betroffen war auch die kleinere Branche der Stahlverformung, bei der diese Relation von über 50 % auf 36 % zurückging. Umgekehrt steigerte der Fahrzeugbau seinen Deckungsgrad von 75 % auf über 90 %, was die weltweit überragende Exportdynamik dieser baden-württembergischen Produktgruppe in diesem Zeitraum unterstreicht.

Zusammenfassung

- Die Inlandsversorgung des bundesdeutschen Marktes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Aus den Inlandsumsätzen dieses Bereichs und aus den Importen solcher Produkte. Die Produkte aus Baden-Württemberg stehen somit auf dem Binnenmarkt sowohl unter dem Druck der Importe wie in Konkurrenz zu den Produkten aus den anderen Bundesländern.

- Das Gesamtangebot an Produkten des Verarbeitenden Gewerbes auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik hatte sich im Jahrzehnt 1970/80 von 500 Mrd. DM auf 1 016 Mrd. DM verdoppelt, zwischen 1980 und 1985 stieg es um ein Fünftel auf 1 224 Mrd. DM. Trugen 1970 die Importe nur zu gut 16 % zur Inlandsversorgung bei, so war dieser Anteil (= Importquote) bis 1980 auf knapp ein Viertel und bis 1985 auf knapp 30 % gestiegen.

- Im Zuge der Intensivierung der internationalen Austauschbeziehungen sind die Exporte ebenfalls gestiegen, und zwar absolut gesehen sehr viel stärker als die Importe. Diese Entwicklung war in den achtziger Jahren nochmals stärker als in den Siebzigern. Der jährliche Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes addiert sich zwischen 1970 und 1979 auf 700 Mrd. DM und zwischen 1980 und 1985 auf 748 Mrd. DM.

- Seit 1986 hat sich wegen des rapiden Verfalls des Dollarkurses in nur kurzer Zeit eine geänderte Wettbewerbslage ergeben. Die Importe haben sich erheblich verbilligt, während umgekehrt die Exporte sich verteuerten. Industrielle Importprodukte drängten deshalb verstärkt auf den bundesdeutschen Markt, preisbereinigt ergab sich gegenüber 1985 ein Anstieg um 7,6 % (Investitionsgüter: + 7,2 %, Verbrauchsgüter: + 11,2 %). Demgegenüber nahmen die Exporte von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes bundesweit in realer Rechnung nur um 1,7 % zu.
- Die vorgelegte Untersuchung bezieht sich auf zwei Aspekte: Wie hat sich die baden-württembergische Produktpalette auf dem bundesdeutschen Markt angesichts der durch die Importe enger gewordenen Absatzmöglichkeiten behauptet, und mit welcher Intensität hat sie an der starken Exportausweitung des Bundes teilgenommen und in welchem Ausmaß hat sie diese mitbestimmt.

- In den siebziger Jahren ging bei einem Anstieg der Importquoten von 16 % auf 24 % an der Inlandsversorgung mit Industriegütern der Anteil von Produkten aus Baden-Württemberg nur geringfügig zurück, und zwar von 14,3 % auf 13,5 % (1970 bis 1980). Der hohe Importdruck ging also damals im wesentlichen zu Lasten der anderen Bundesländer.

- In der ersten Hälfte der achtziger Jahre waren auch für Baden-Württemberg durch weiter steigende Importe - die Importquote nahm zwischen 1980 und 1985 von 24,1 % auf 28,7 % zu - verstärkt Einbußen zu verzeichnen: Der Landesanteil sank von 13,5 % auf 12,8 %.

- Damit wurden 1985 auf dem bundesdeutschen Markt Industriewaren aus Baden-Württemberg im Wert von 157 Mrd. DM abgesetzt, 1986 waren es 163 Mrd. DM. Dies waren 14,2 % bzw. 18,6 % mehr als 1980, die entsprechenden Raten für die Produkte aus anderen Bundesländer betragen 13,0 % bzw. 11,8 %. Nach wie vor konnte sich also Baden-Württemberg auf dem bundesdeutschen Markt besser behaupten als die anderen Länder.

- Dies tritt nach einer zurückhaltenderen Entwicklung zwischen 1980 und 1985 im Jahr 1986 besonders deutlich hervor. Der in diesem Jahr steigende Importdruck ging ganz zu Lasten der anderen Bundesländer. Preisbereinigt blieb der Anteil der Produkte aus Baden-Württemberg an der gesamten Inlandsversorgung des Bundes mit 12,9 % gegenüber 1985 (12,8 %) praktisch konstant.

- Mit einem Anteil von 37,5 % (1985) an der Inlandsversorgung des Bundesgebietes sind die Investitionsgüter die größte Produktgruppe (459 Mrd. DM). 17,3 % hiervon kommen aus Baden-Württemberg, dies ist überproportional viel im Vergleich zum Industriedurchschnitt von 12,8 %.

- Zwischen 1970 und 1980 war der steigende Importanteil bei den Investitionsgütern - von 14,5 % auf 22,1 % - ganz zu Lasten der anderen Bundesländer gegangen. Der Landesanteil lag konstant bei rund 18,8 %. In den achtziger Jahren setzte sich der Importdruck in diesem Bereich verstärkt fort, die Importquote stieg bis 1985 auf 27,4 %. Im Zuge dieser Entwicklung, und verstärkt durch die Rezession Anfang der achtziger Jahre, sank auch der Landesanteil auf 17,3 %.

- 1986 traten die Investitionsgüter aus Baden-Württemberg auf dem bundesdeutschen Markt trotz weiter steigender Importe wieder besonders stark in Erscheinung: Mit knapp 7 Mrd. DM erreicht das Land einen fast ebenso hohen Mehrabsatz gegenüber 1985 wie alle anderen Bundesländer zusammen (rund 8,5 Mrd. DM). Es erreichte damit einen Binnenabsatz von 86 Mrd. DM.

  Dies führte dazu, daß auch in realer Rechnung der Landesanteil an der bundesdeutschen Versorgung mit Investitionsgütern zwischen 1985 und 1986 von 17,3 % auf 17,7 % stieg, der steigende Importdruck in diesem Bereich also im Jahr 1986 ganz zu Lasten der anderen Bundesländer ging.

- Einem massiven ausländischen Konkurrenzdruck sind die Verbrauchsgüter ausgesetzt. Die Importquote auf dem

bundesdeutschen Markt stieg in den siebziger Jahren von 14,8 % auf 27,0 %. Der Landesanteil sank besonders stark von 17,8 % auf 15,1 %. Damit ging mehr als ein Fünftel des durch zunehmende Importe bedingten Bedeutungsverlustes auf dem Inlandsmarkt zu Lasten des Landes, dies war überproportional viel.

- Zwischen 1980 und 1985 hatte sich die Situation stabilisiert: Die Importquote stieg mäßig weiter auf 30,2 %, der Landesanteil sank auf 14,5 % und damit etwas weniger stark als der Anteil der anderen Bundesländer. Der 1986 wieder verstärkte Importdruck ging allerdings wiederum etwas stärker zu Lasten von Baden- Württemberg: Preisbereinigt ging der Landesanteil am Gesamtangebot dieser Produktgruppe auf dem bundesdeutschen Markt von 14,5 % (1985) auf 14,1 % zurück.

- Die Entwicklungen auf dem Binnenmarkt können nicht unabhängig von der Exportentwicklung gesehen werden. Den starken Importzunahmen standen erhebliche Exportsteigerungen gegenüber. Der Importdruck der siebziger Jahre führte zu einer Mobilisierung der Ausfuhraktivitäten, die durch günstige Konjunktur- und Wechselkursbedingungen unterstützt wurden. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre stieg deshalb die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes (= Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz) stärker an - und zwar im Bundesdurchschnitt auf 31,4 % (1985) und damit um 5,9 Prozentpunkte - als die Importquote, die um 4,6 Prozentpunkte auf 28,7 % zulegte.

- Vor dem Hintergrund dieser bundesweiten Entwicklungen hat Baden-Württemberg seine traditionell hohe Exportintensität halten können. Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes lag 1985 mit 32,5 % nach wie vor um rund einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. Die Exportquote des Investitionsgüterbereichs ist mit 41,4 % weit überdurchschnittlich (Bund: 40,8 %).

- Der Landesanteil an den Bundesexporten des Verarbeitenden Gewerbes betrug im Durchschnitt des Zeitraums 1980/85 17,4 %. Im Jahr 1986 ist er auf 18,5 % gestiegen. Ursächlich hierfür war, daß von 1985 nach 1986 die Exporte des Landes nochmals um 4,2 % auf 93,4 Mrd. DM zunahmen, während sie im Bundesdurchschnitt bereits rückläufig waren (- 1,4 %). - Bei Ausschaltung der auch von 1985 nach 1986 noch geringfügigen Steigerungen der Exportpreise ergab sich damit in realer Rechnung ein Anstieg der Landesexporte von 5,2 % und der Bundesexporte von 1,7 %.
- Die starke Exportentwicklung des Landes wurde in erster Linie durch eine weitere Steigerung der Investitionsgüterexporte hervorgerufen. Hierdurch stieg auch das bereits seither überdurchschnittlich hohe Landesgewicht dieser Produktgruppe für den Bundesexport von Investitionsgütern. Der Landesanteil betrug im Zeitraum 1980/85 durchschnittlich 22,6 %, womit er gegenüber der 2. Hälfte der siebziger Jahre deutlich gestiegen war (22,1 %). 1986 erhöhte sich das Landesgewicht der Investitionsgüter für den Bundesexport weiter auf 23,7 %.

4. Strukturen des Gesamtverkehrsnetzes

Regionale Entwicklung der Verkehrs- und Straßenflächen

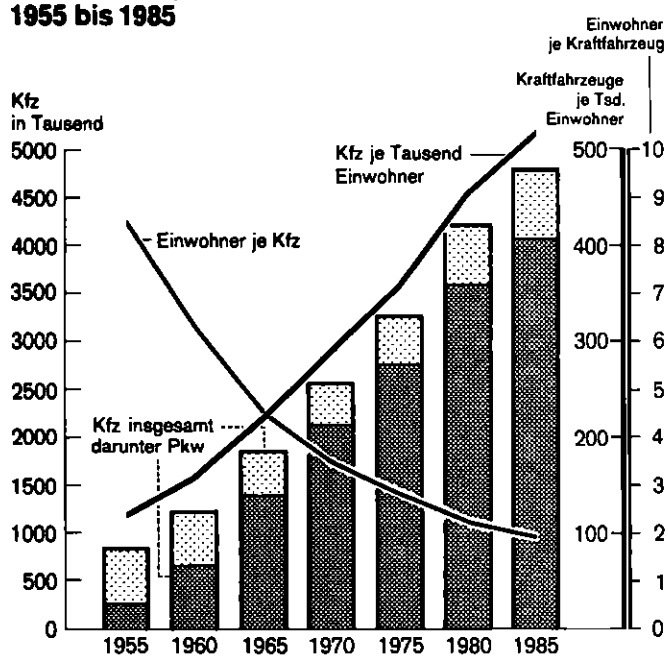
Die wirtschaftliche Prosperität der Industriestaaten stand schon immer im Zusammenhang mit der Entwicklung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes, das für den Produktionsprozeß in einer durch hohe Arbeitsteiligkeit und starke räumliche Differenzierung gekennzeichneten Volkswirtschaft eine überaus wichtige Rolle spielt. Reichweite und Entwicklungsmöglichkeiten der Verkehrssysteme bestimmten maßgeblich nicht nur die Ansiedlung von Arbeits- und Produktionsstätten, sondern auch das Wachstum von Städten und Besiedlung allgemein.

Die seit Mitte der fünfziger Jahre einsetzende Motorisierungswelle (vgl. Schaubild 1) führte zu einer steigenden Mobilität der Bevölkerung, die neue siedlungsstrukturelle Entwicklungen weitgehend unabhängig von den traditionellen Massenverkehrsmitteln begünstigte. Der Ausbau des Straßennetzes, der in Anpassung an diesen wachsenden Individualverkehr und aufgrund der Verpflichtung der Kommunen zur öffentlichen Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten praktisch überall erfolgte, ermöglichte zunehmend größere Distanzen zwischen den einzelnen Aufenthalts- und Zielorten der Bürger in der hochindustrialisierten Gesellschaft, wie Wohnort, Arbeitsplatz, Einkaufsstätte, Dienstleistungs- und Verwaltungszentren.

Die Begleiterscheinungen des mehr und mehr über die Straßen erfolgenden Personen- und Güterverkehrs (vgl. Schaubilder 2 und 3), wie steigende Unfallzahlen, Luftverschmutzung, Oberflächenversiegelung, Zerschneidung von Freiflächen, hoher Energieverbrauch, Lärm- und Abgasemissionen in stark befahrenen Straßen bewohnter Gebiete, ließen allerdings bereits in den sechziger Jahren Überlegungen aufkommen, wie die dauerhafte Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur unter Berücksichtigung von Lebensqualität sowie Natur- und Umweltschutz erreicht werden kann. In

Schaubild 1

Entwicklung von Motorisierungsgrad und Kraftfahrzeugbestand*) in Baden-Württemberg 1955 bis 1985



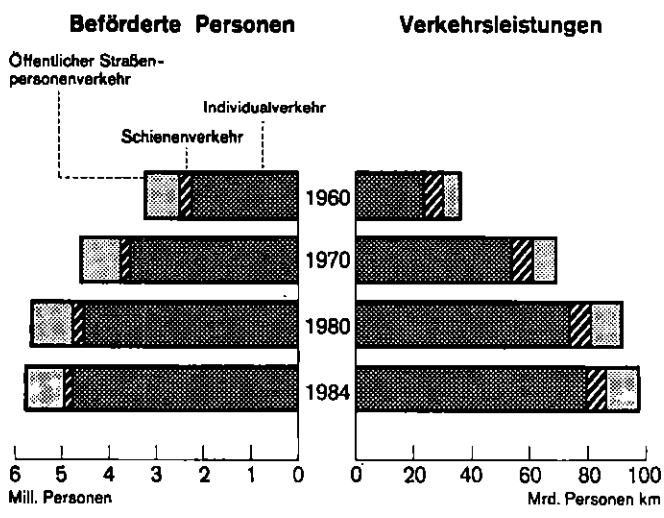
*)Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge zum 1. 7.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 152 87

Schaubild 2

Entwicklung des Personenverkehrs in Baden-Württemberg 1960 bis 1984

– nach Verkehrsträgern*) **) –



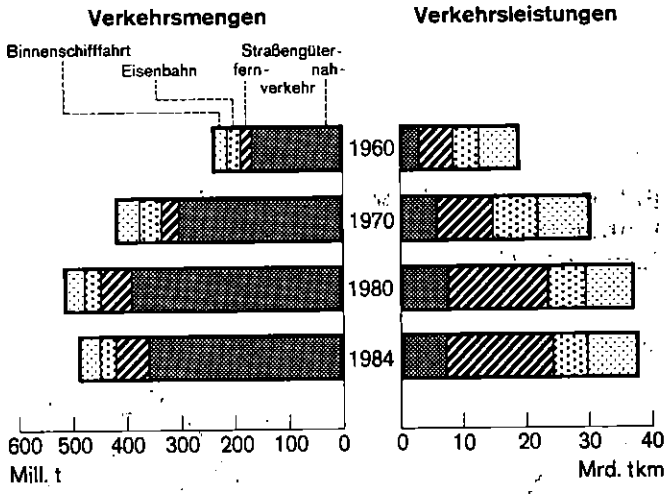
*)Datenquelle: Generalverkehrsplan 1986. - **)Ohne Luftverkehr.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 158 87

Schaubild 3

Entwicklung des Güterverkehrs in Baden-Württemberg 1960 bis 1984

– nach Verkehrsträgern*)**) –



*)Datenquelle: Generalverkehrsplan 1986. – **)Ohne Luftverkehr und Rohölfernleitungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 159 87

jüngster Zeit wird gerade auch in Baden-Württemberg, das als überdurchschnittlich exportorientiertes Bundesland und nach Bayern bedeutendstes Fremdenverkehrsland im Bundesgebiet auf günstige verkehrliche Voraussetzungen angewiesen ist, um wettbewerbsfähig zu bleiben, die Ambivalenz einzelner Maßnahmen zur Anpassung des Verkehrs- und Straßennetzes an den aktuellen und zukünftigen Bedarf verstärkt deutlich. Dem Versorgungsaspekt steht bei der Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur in der Regel der Belastungsaspekt, sichtbar durch zusätzliche Landinanspruchnahme, gegenüber.

Die folgende Untersuchung zur regionalen Entwicklung der Verkehrs- und Straßenflächen in Baden-Württemberg soll schwerpunktmäßig diesen beiden genannten Gesichtspunkten Rechnung tragen. Was den Versorgungsaspekt anbelangt, soll die regionale Struktur und Entwicklung des Straßennetzes bezogen auf Gebietsfläche, Bevölkerung und Kraftfahrzeugbestand dargestellt werden. In diesem Zusammenhang ist auch der zeitliche Verlauf der Jahresfahrleistungen und der durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärken in den Regionen des Landes von Interesse. Hinsichtlich des Belastungsaspektes steht bei der Analyse der regionalen Flächeninanspruchnahme durch das Verkehrswege- und Straßennetz der Flächenanteil an der Verkehrs-, Siedlungs- und Gesamtfläche sowie die Herausarbeitung des Umfangs der befestigten Straßenflächen einerseits und der Nebenflächen andererseits im Vordergrund. Dabei wird auch auf die Aufgliederung nach dem Flächenanteil der Straßen des überörtlichen Verkehrs, Gemeindestraßen sowie des Wegenetzes eingegangen.

Erhebliche Lücken im statistischen Gesamtbild

Datenorientierte Untersuchungen haben ihre Begrenzung durch das zur Verfügung stehende Basismaterial; dies gilt insbesondere auch für das Gebiet des Verkehrs. Denn das statistische Gesamtbild zur Verkehrserzeugung und -verteilung sowie zur längen- und flächenmäßigen Struktur und Entwicklung des Verkehrsnetzes weist erhebliche Lücken auf, vor allem auch was Konsistenz, Kontinuität sowie sachliche und regionale[1)] Tiefengliederung der Daten anbelangt:

So gibt es in der amtlichen Statistik keine Unterlagen für über 80 % der an sich notwendigen Informationen auf dem Gebiet des Personenverkehrs, nämlich für den motorisierten Individualverkehr. Für diesen Verkehr mit Personenkraftwagen, Krafträdern und Mopeds werden jährlich nur Schätzungen vom Bundesministerium für Verkehr vorgelegt.

Zur regionalen Entwicklung der durchschnittlichen Verkehrsstärken und der Jahresfahrleistungen im Straßenverkehr stehen vollzählige Angaben lediglich für die Straßen des überörtlichen Verkehrs,

1 Vgl. Legert, Wilfried, Die heimischen Volkszählungen, in: Berliner Statistik, Heft 2/1984, S. 54 ff. oder Kloas, J., Kuhfeld, H. u.a., Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980, DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 88, 1985, S. 65 ff.

und zwar nur für die Jahre 1980 und 1985 zur Verfügung. Durch die mitunter schwache Besetzung bzw. schwankende Anzahl der Meßstellen innerhalb einzelner Beobachtungsgebiete ergeben sich teilweise methodische Probleme hinsichtlich der Repräsentativität der Ergebnisse insbesondere auch im Zeitverlauf.

Was die Straßenlängen anbelangt, so wurden die Gemeindestraßen, die den Hauptteil aller Straßen ausmachen, letztmals zum 1.1.1976 statistisch erfaßt, da die für 1981 ursprünglich geplante Erhebung der "Statistikbereinigung" zum Opfer gefallen ist. Die Längen der Straßen für den überörtlichen Verkehr liegen auf Kreisebene zwar jährlich vor, sind jedoch infolge der Verwaltungsreform lediglich ab 1975 voll vergleichbar, wobei Umwidmungen vor allem bei Landes- und Kreisstraßen zum 1.1.1984 zu einem weiteren Strukturbruch im Zeitverlauf führten. Unschärfen ergeben sich zudem aus der uneinheitlichen Einbeziehung von Autobahnzu- und -abfahrten (den sog. Ästen) sowie aufgrund technischer Verfahrensumstellungen bei der Erfassung der Straßenlängen innerhalb des Beobachtungszeitraums.

Drei unterschiedliche Datenquellen zum Nachweis der Verkehrsflächen

Statistische Grundlage regionaler Flächenangaben zum Verkehrs- und Straßennetz bilden die Bodennutzungshaupterhebung, die Flächenerhebung und die Daten aus der Straßendatenbank. Aus der traditionellen Bodennutzungshaupterhebung stehen bis 1978 Regionaldaten zur Verkehrswegefläche zur Verfügung, die alle öffentlichen und privaten Wege und Straßen einschließlich öffentlicher Plätze (auch Parkplätze) sowie Flächen des Schienenverkehrs umfassen. Dabei zählen zum Wegeland auch katasteramtlich nicht vermessene Feldwege sowie 5 und mehr Meter breite Waldwege. Den Ergebnissen der Flächenerhebung, die 1979 erstmals auf Grundlage der Unterlagen des Liegenschaftskatasters durchzuführen und zum 1.1.1981 und 1.1.1985 jeweils von den staatlichen Vermessungsämtern und städtischen Vermessungsdienststellen zu aktualisieren war, sind regional tief gegliederte Angaben zur Verkehrsfläche zu entnehmen, die allerdings nicht nur wegen unterschiedlicher Erhebungsverfahren und Erhebungsprinzipien, sondern auch wegen der abweichenden Definition nur sehr eingeschränkt mit den Flächennachweisungen der Bodennutzungshaupterhebung vergleichbar sind. So gehören zur Verkehrsfläche der Flächenerhebung außer den Verkehrswegeflächen der Bodennutzungshaupterhebung auch Flächen, die vorherrschend dem Luftverkehr dienen (Flugplätze). Nach der Flächenerhebung sind zwar bereits die Flächen für Straßen, Wege und Plätze als Unterposition darstellbar, eine weitergehende Aufgliederung liegt jedoch aufgrund der Unterlagen des Liegenschaftskatasters derzeit noch nicht vor, so daß für den speziellen Nachweis der regionalen Straßenflächen auf das Material der Straßendatenbank zurückgegriffen werden muß, das hinsichtlich der Straßen für den überörtlichen Verkehr für die Jahre 1981 (Autobahn: 1982) und 1985 vorhanden ist.

Darüber hinausgehende sachlich differenzierte Angaben zu den Verkehrswege- und Straßenflächen, wie z.B. zu Gemeindestraßen oder zu land- und forstwirtschaftlichen Wegen gehen aus den einschlägigen Erhebungen nicht hervor.[2] Damit sind auch die versiegelten Flächen für Verkehrszwecke nur lückenhaft darstellbar, zumal ohnehin die Stellplatz- und Fahrbahnflächen auf bebauten Haus- und Betriebsgrundstücken, die an Wohnung, Einkaufsstätte, Arbeitsplatz oder im Freizeitbereich für das einzelne Auto benötigt werden, nicht bei den Verkehrsflächen, sondern bei den Gebäudeflächen erfaßt werden. Der Flächenanteil, der eigentlich auch zur Flächeninanspruchnahme durch den Kraftfahrzeugverkehr zu zählen ist und durch die hohen Lärmimmissionen und Schadstoffbelastungen beiderseits der

---

2 Letztmalige Schätzungen hierzu wurden für Baden-Württemberg für das Jahr 1980 vorgenommen: Dr. Stadler, Rudolf, und Schwarz, Gerhard, Zum Nachweis der Verkehrsflächenentwicklung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10, 1981, S.335 ff. -

stark befahrenen Straßen in seiner Nutzbarkeit für andere Zwecke gemindert wird, ist allenfalls über grobe Schätzungen zu veranschlagen.

Bei allen Überlegungen zur bedarfsgerechten Anpassung des Verkehrs- und Straßennetzes spielt die regionale Komponente insbesondere auch bezogen auf Verkehrsregionen und Planungsräume nach dem Landesentwicklungsplan eine wichtige Rolle. Die Darstellung nach Verkehrsregionen ist dabei für Baden-Württemberg datenmäßig unproblematisch, da diese Verkehrsregionen im wesentlichen mit der Abgrenzung der Regionen im Land übereinstimmen. [3)]

Die Analyse nach den üblichen Raumtypen gemäß Landesentwicklungsplan (Verdichtungsräume, Randzonen um die Verdichtungsräume, Verdichtungsbereiche und ländlicher Raum) setzt dagegen voraus, daß für eine dementsprechende Zuordnung das Datenmaterial ab Gemeindeebene vorliegt. In vielen Fällen stehen aber Ergebnisse erst ab Kreisebene zur Verfügung, z.B. beim Zahlenmaterial aus der Straßendatenbank. Um in solchen Fällen die besonderen Strukturen und Entwicklungen nach verdichteten bzw. ländlichen Gebieten wenigstens ausgehend von Kreistypen sichtbar zu machen, wurde als alternative Darstellung zur raumtypenbezogenen Betrachtung eine Gruppenbildung der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg vorgenommen (vgl. Übersicht 1).

Vor den regionalen Untersuchungen soll zunächst ein Gesamtüberblick über Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der "klassischen" Träger der materiellen Verkehrsinfrastruktur - Straße, Schiene und Binnenwasserstraße - gegeben werden, wobei dem Straßennetz auf Grund seiner vielfältigen Funktionen eine besondere Bedeutung zukommt. Der Flugverkehr ist in der Gesamtdarstellung der Vollständigkeit halber aufgeführt, jedoch lediglich in globaler Form. Auf die Darstellung weiterer Komponenten der Verkehrsinfrastruktur, wie z.B. den Rohrleitungsverkehr, wird hier verzichtet; infolge von Wandlungen im Energieverbrauch wird derzeit ein zusätzlicher Bedarf an Pipelines nicht gesehen.

3 Kloas, J., Kuhfeld, H. u.a., a.a.O., S. 161 f.

Übersicht 1

Gebiet und Bevölkerung nach Kreistypen

Kreistypen	Abgrenzung	Gebiet[1)]		Zahl der Kreise	Einwohner[1)]		Bevölkerungsdichte
		insgesamt	Anteil am Land insgesamt		insgesamt	Anteil am Land insgesamt	
		1000 ha	%	Anzahl	1000	%	Einwohner je km²
Stadtkreise	Alle Stadtkreise	124,4	3,5	9	1 807,9	19,5	1 453,0
Landkreise mit Verdichtungsräumen	Landkreise mit mind. 1/3 Fläche an Verdichtungsraum	365,1	10,2	5	1 898,1	20,5	519,8
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	Landkreise mit weniger als 1/3 Fläche an Verdichtungsraum sowie weniger als 2/3 Fläche an ländlichem Raum	840,7	23,5	11	2 777,7	24,6	270,9
Ländlich geprägte Kreise	Landkreise mit mehr als 2/3 Fläche an ländlichem Raum	2 243,9	62,8	19	3 287,7	35,4	146,5
Land		3 574,1	100	44	9 271,4	100	259,4

1) Stand 1.1.85.

Besondere Bedeutung der Straßen im Gesamtverkehrsnetz

Das Straßennetz, das sowohl die Erfordernisse des innerörtlichen und des Nahverkehrs abdeckt als auch den Belangen des Fernverkehrs dient, wird üblicherweise in Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) und in Gemeindestraßen gegliedert.

Zum 1.1.1976, dem Stichtag, zu dem die Gemeindestraßen letztmals statistisch erfaßt wurden, entfielen von der Gesamtlänge aller Straßen des Landes von insgesamt rund 71 000 km rund 61 % auf die Gemeindestraßen (43 600 km). Hiervon waren wiederum knapp zwei Drittel (27 900 km) Innerortsstraßen, rund 15 700 km Außerortsstraßen. Bei den Straßen des überörtlichen Verkehrs, die 1976 mit einer Länge von zusammen rund 27 400 km einen Anteil von knapp 39 % am Gesamtstraßenaufkommen einnahmen (vgl. Tabelle 1), hatten Landesstraßen mit knapp 12 700 km Länge den größten Anteil (46,3 %) vor den Kreisstraßen (33,6%), den Bundesstraßen (17,3 %) und den Bundesautobahnen (2,8 %).

Gut vier Fünftel der überörtlichen Straßen waren "Freie Strecken". Diese dienen fast ausschließlich der Abwicklung des Fernverkehrs. Der Rest der überörtlichen Straßen (ohne Bundesautobahnen) entfiel auf "Ortsdurchfahrten", die neben dem Durchgangsfernverkehr auch dem innerörtlichen Verkehr zur Verfügung stehen. Die außerörtlichen Gemeindestraßen dagegen erfüllen sowohl die Verbindungsfunktion zwischen Gemeinden und Ortsteilen als auch die Anbindungsfunktion an das überörtliche Straßennetz. Die freien Strecken der überörtlichen Straßen und der außerörtliche Teil der Gemeindestraßen - also alle Straßenstrecken außerhalb geschlossener Ortschaften - vereinten 1976 auf sich einen Anteil von ca. 53 % des gesamten Straßennetzes.

Im Vergleich zu 1960, als die Straßen des überörtlichen Verkehrs eine Länge von knapp 24 500 km aufwiesen, hatten die überörtlichen Straßen 1976 einen Zuwachs von + 12 % zu verzeichnen. Auch seitdem wurden weitere Straßen des überörtlichen Verkehrs im Lande gebaut. Allerdings hat ihre Länge bis heute lediglich noch um 1,8 % zugenommen. So wiesen diese Straßen 1986 eine Länge von rund 27 900 km auf. Nicht zuletzt infolge der Umstufung von 2 937 km Landesstraßen zu Kreisstraßen und von 452 km Kreisstraßen zu Landesstraßen am 1.1.1984 entfiel 1986 auf die

Tabelle 1

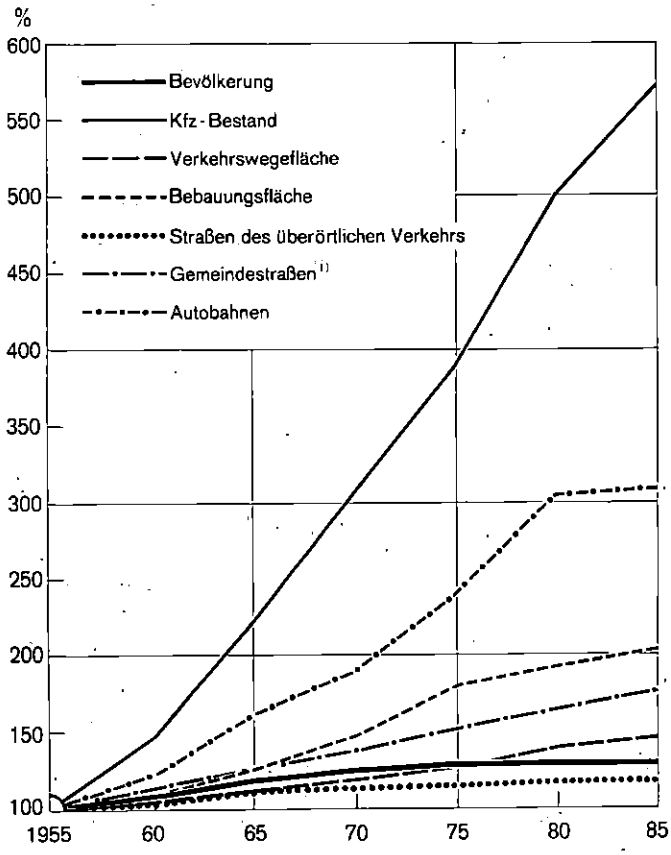
Die Entwicklung des Straßennetzes

Straßenart	1961	1966	1971	1976	1980	1985	1986
	Länge in km						
Bundesautobahnen	386	484	591	775	914	923	927
Bundesstraßen	3 550	4 144	4 665	4 730	4 775	4 930	4 950
Landesstraßen	11 679	12 995	12 678	12 696	12 694	10 223	10 211
Kreisstraßen	8 905	8 854	9 030	9 193	9 238	11 807	11 811
Überörtliche Straßen zusammen	24 520	26 477	26 965	27 394	27 620	27 883	27 899
davon							
Freie Strecken	20 053	21 601	21 887	22 259	22 372	22 585	22 627
Ortsdurchfahrten	4 467	4 866	5 078	5 135	5 248	5 298	5 272
Gemeindestraßen [1]	32 684	35 981	39 542	43 645	.	.	.
davon							
Außerortsstraßen	14 932	15 237	15 497	15 700	.	.	.
Innerortsstraßen	17 752	20 744	24 045	27 945	.	.	.

1) Letzmalig zum 1. Januar 1976 statistisch erfaßt.

Schaubild 4

Langfristige Entwicklung von Bevölkerung, Kraftfahrzeugbestand, Verkehrswege- und Bebauungsflächen, Straßen des überörtlichen Verkehrs und Gemeindestraßen



1) Die Längenentwicklung der Gemeindestraßen 1955 bis 1980 bezieht sich auf das jeweils folgende Jahr. 1980 und 1985 geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 160 87

Kreisstraßen mit 42,3 % der größte Längenanteil aller überörtlichen Straßen vor den Landes- (36,6 %) und den Bundesstraßen (17,7 %) sowie den Bundesautobahnen (3,3 %).

Die Gemeindestraßen, die zum 1.1.1961 eine Länge von fast 32 700 km aufgewiesen hatten, waren bis 1976 um fast 11 000 km oder beinahe + 34 % auf gut 43 600 km angewachsen. Neuere Originärdaten über die Gemeindestraßen liegen nicht vor. Es ist jedoch nach eigenen Regressionsschätzungen davon auszugehen, daß seitdem eine weitere Zunahme um über 15 % auf schätzungsweise 50 000 km erfolgt ist (vgl. Schaubild 4); die Längenentwicklung der überörtlichen Straßen ist damit deutlich übertroffen worden. Nach den Erhebungen zum Gemeindefinanzausgleich haben die Gemeindeverbindungsstraßen, deren Anteil 1976 knapp 31 % aller Gemeindestraßen betragen hatte, allein um + 7,5 % zugenommen. Das gesamte Straßennetz in Baden-Württemberg dürfte sich derzeit auf rund 78 000 km belaufen, das wären beinahe 40 % mehr als Anfang der sechziger Jahre. Aufgrund des überdurchschnittlichen Zuwachses hat sich der Anteil der Gemeindestraßen von damals 57 % auf jetzt 64 % merklich erhöht.

Schienennetz rückläufig, Wasserstraßennetz unverändert

Das Schienennetz des Landes setzt sich aus dem Streckennetz der Deutschen Bundesbahn sowie dem Schienennetz nichtbundeseigener Eisenbahnen zusammen. 1985 betrug die Gesamtstreckenlänge des Schienennetzes der Deutschen Bundesbahn 3 644 km, wovon 2 844 km auf Haupt-, 800 km auf Nebenstrecken entfielen (vgl. Tabelle 2). Knapp 47 % der Gesamtstreckenlänge wurden davon elektrisch betrieben. Seit 1964 wies die Streckenlänge der Deutschen Bundesbahn im Lande damit als Folge von Streckenstillegungen im Rahmen des Sanierungskonzepts der Deutschen Bundesbahn eine Abnahme von - 11 %, seit 1975 immerhin noch um etwas mehr als - 4 % auf. In absehbarer Zukunft sind größere Neubauten, wie die Trasse Mannheim - Stuttgart, eher die Ausnahme. Im Zusammenhang mit weiteren Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen der Bundesbahn dürften dagegen dem Ausbau von Strecken zur Verbesserung der Verkehrssituation, exemplarisch erwähnt seien hier lediglich die Abschnitte Karlsruhe - Rastatt und Stuttgart - Ulm, tendenziell größere Bedeutung zukommen.

Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen hatten 1985 daneben ein Streckennetz von 545 km, von dem rund 23 % (123 km) elektrifiziert waren. Hierbei fiel der Rückgang des Schienennetzes, das seit 1961 um 31 %, seit 1975 noch um 17 % abgenommen hat, der Tendenz nach um einiges stärker aus.

Die für die Schiffahrt nutzbaren Binnenwasserstraßen sind seit dem Ausbau des Neckars bis Plochingen im Jahre 1968 längenmäßig unverändert

Tabelle 2

Streckennetz der Eisenbahnen in Baden-Württemberg*)

Streckennetz	1961	1964	1970	1971	1975	1980	1981	1985	1986
	km								
Deutsche Bundesbahn (Eigentumslänge)									
Gesamtstreckenlänge	.	4 090	3 953	3 909	3 810	3 733	3 711	3 644	.
darunter: Hauptbahnstrecken	.	3 111	3 056	3 023	3 872	2 867	2 867	2 844	.
Von den Gesamtstrecken werden elektrisch betrieben	.	1 050	1 067	1 099	1 467	1 645	1 645	1 701	.
Nichtbundeseigene Eisenbahnen (Streckenlängen)									
Gesamtstreckenlänge	793	.	.	663	658	.	603	545	536
darunter: elektrisch betrieben	156	.	.	123	123	.	123	123	114

*) Stand jeweils 31.12.

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg; Generalverkehrsplan 1986.

geblieben, wobei eine Erweiterung des bestehenden schiffbaren Wasserstraßennetzes auch in absehbarer Zukunft nicht erfolgen dürfte. Am Rhein, Neckar und Main, deren Flußläufe in Baden-Württemberg eine schiffbare Länge von zusammen mehr als 500 km aufwiesen, lagen 1985 10 Häfen sowie 94 sonstige Lösch- und Ladestellen, die in erster Linie der Abfertigung des Güterverkehrs dienten (vgl. Tabelle 3). Stuttgart und Plochingen ergänzten im Zuge der Schiffbarmachung des Neckars 1958 bzw. 1968 das System der Hafenanlagen, der Hafen Heidelberg wurde dagegen im August 1984 stillgelegt. Abgesehen von 14 km Landeswasserstraße von Rheinfelden bis Basel, die für die Großschiffahrt nutzbar ist, sind alle schiffbaren Flüsse des Landes Bundeswasserstraßen.

Der Luftverkehr, dem in strukturpolitischen Diskussionen oft unter dem Gesichtspunkt standortbedingter Vorteile einer hochtechnisierten, stark exportorientierten Wirtschaft, darüber hinaus jedoch auch unter dem Aspekt zunehmender Fern-Reiselust breiter Bevölkerungsschichten besonderes Gewicht zugemessen wird, dient neben besonders eiligen Transporten über Kurz- und auch Mittelstrecken vor allem der Anbindung an nationale und internationale Luftverkehrsnetze.

Im wesentlichen erfolgt der Luftverkehr im Lande über den Flughafen Stuttgart sowie zu einem kleineren Teil über derzeit 20 Verkehrslandeplätze, wobei 12 Landeplätzen überörtliche Bedeutung zukommt (vgl. Übersicht 2). Um den internationalen Sicherheitsanforderungen zu genügen, ist eine Sanierung bzw. ein Ausbau des Flughafens der Landeshauptstadt, der auch an das Schienen-Nahver-

Tabelle 3

Wasserstraßennetz in Baden-Württemberg 1986

Wasserstraße	Schiffbare Länge	Häfen	Sonstige Lösch- und Ladestellen
	km		Anzahl
Rhein	284[1]	Mannheim Karlsruhe Kehl Breisach Weil Rheinfelden	35
Neckar	201	Heilbronn Stuttgart Plochingen	53
Main	38	Wertheim	6

1) Einschließlich 14 km für Großschiffahrt nutzbare Strecke bis Basel (Landeswasserstraße).

Übersicht 2

Verkehrslandeplätze in Baden-Württemberg*)

Verkehrslandeplatz mit internationaler Bedeutung

Flughafen Stuttgart

Verkehrslandeplätze mit überörtlicher Bedeutung

Aalen-Heidenheim-Elchingen
Baden-Baden/Oos
Donaueschingen-Villingen
Freiburg
Friedrichshafen
Heubach
Karlsruhe-Forchheim
Leutkirch-Unterzeil
Mannheim-Neuostheim
Mengen
Offenburg
Schwenningen

Weitere Verkehrslandeplätze

Biberach/Riß
Giengen/Brenz
Mosbach-Lohrbach
Konstanz
Pfullendorf
Schwäbisch Hall-Weckrieden
Tannheim
Walldürn

*) Für gewerblichen und nichtgewerblichen Verkehr mit Motorflugzeugen.

kehrsnetz angebunden werden soll, vorgesehen. Die Planung hierzu ist bereits weitgehend abgeschlossen. Der Neubau von vier weiteren Verkehrslandeplätzen, deren Standorte jedoch noch nicht definitiv feststehen, ist im Generalverkehrsplan 1986 zwar angeführt, dem Ausbau bereits vorhandener Verkehrslandeplätze wird jedoch eindeutig Priorität eingeräumt. Im Zusammenhang mit der geplanten "Wissenschaftsstadt" in Ulm kommt der Schaffung einer Verkehrslandemöglichkeit für den Raum Ulm besondere Bedeutung zu.

Personenverkehr: über 80 % der Gesamtverkehrsleistung im Individualverkehr

Die Inanspruchnahme des Verkehrsnetzes hat auf Grund des gestiegenen Mobilitätsbedürfnisses weiter Kreise der Bevölkerung und der expandierenden Wirtschaftsbeziehungen sowohl beim Verkehrsaufkommen als auch bei den personen- bzw. tonnenkilometrischen Verkehrsleistungen generell zugenommen. 1984 wurden im Lande fast 5,8 Milliarden Personen befördert (vgl. Schaubild 2). Nach Schätzungen des DIW, denen bundesweit geltende Durchschnittswerte für Fahrleistungen, Besetzungsgrad und Reiseweiten im Kfz-Verkehr nach relevanten Bevölkerungsgruppen zugrunde liegen, entfielen auf den Individualverkehr mehr als vier Fünftel der beförderten Personen. Demnach haben sich Verkehrsaufkommen (+ 110 %) und Verkehrsleistungen (+ 230 %) im Individualverkehr von 1960 bis 1984 vergleichsweise stark erhöht. Unterbrochen wurde dieser kontinuierliche Anstieg durch die zweite Ölpreiskrise mit einem Rückgang von - 7 % bzw. - 5 % im Jahr 1981 gegenüber 1980.

Rund 985 Millionen Personen wurden 1984 mittels öffentlicher Verkehrsmittel befördert, wobei insgesamt eine Verkehrsleistung von gut 18 Milliarden Personen-Kilometern erbracht wurde. Den Hauptanteil dieser so Beförderten verzeichnete hierbei der öffentliche Straßenverkehr mit einem Anteil von 80 % vor dem Schienenverkehr (19 %). Auch hinsichtlich der erbrachten Verkehrsleistungen der öffentlichen Verkehrsmittel nahm der Anteil der von den Straßenverkehrsunternehmen beförderten Personen mit Abstand den ersten Rang ein (58 %). Infolge der wohl im Durchschnitt je Person zurückgelegten größeren Fahrleistungen fiel jedoch der Abstand zum Anteil der Verkehrsleistungen des Schienenverkehrs, der immerhin gut ein Drittel aller öffentlichen Verkehrsleistungen auf sich vereinigte, deutlich geringer aus als beim vergleichbaren Verkehrsaufkommen. Dominierend waren bei den genannten Verkehrszweigen beim Straßenpersonenverkehr der Linienverkehr, auf den mehr als 98 % des Aufkommens im öffentlichen Straßenpersonenverkehr entfiel, beim

Schienenverkehr die Deutsche Bundesbahn, die einen Anteil von 84 % des Gesamtaufkommens im Schienenverkehr verzeichnete. Der seit 1978 bestehende S-Bahn-Verkehr im Ballungsraum Stuttgart entpuppte sich als ein sehr attraktives Beförderungsmittel; das Verkehrsaufkommen bezifferte sich 1984 auf über 65 Millionen beförderte Personen oder gut 40 % der Beförderungsfälle im Schienenverkehr der Deutschen Bundesbahn (1980: 55 Millionen Beförderungsfälle mit einem Anteil von 31,5 %). Beim Luftverkehr, für den allerdings lediglich Angaben über Fluggäste im gewerblichen Verkehr am Flughafen Stuttgart vorliegen, belief sich das Fluggastaufkommen - ohne Transit - 1984 auf rund 2,69 Millionen, 1986 auf etwas mehr als 3 Millionen Personen. Rund zwei Drittel davon wurden als Fluggäste im Linienverkehr befördert.

Insgesamt wurden 1984 mehr als 500 Millionen Tonnen Güter im Lande befördert, wobei eine Verkehrsleistung von nicht ganz 40 Milliarden Tonnenkilometer zustande kam (vgl. Schaubild 3). Etwa 360 Millionen Tonnen Güter mit einer Verkehrsleistung von rund 7,3 Milliarden Tonnenkilometer entfielen - nach Schätzungen des DIW und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln - auf Güter im Güternahverkehr. Von den, von der amtlichen Statistik erfaßten rund 140 Millionen Tonnen an Gütern des Güterverkehrs wies der Straßengüterverkehr mit nicht ganz 44 % den höchsten Aufkommensanteil auf vor der Binnenschiffahrt (26 %), der Eisenbahn (21 %) sowie dem Rohölfernleitungsverkehr (9 %) und dem Luftverkehr. Hinsichtlich der Verkehrsleistungen, die beim Güterverkehr etwas mehr als 32 Milliarden Tonnenkilometer ausmachten, dominiert der Straßengüterfernverkehr (52 %) noch stärker vor der Binnenschiffahrt (25 %), den Eisenbahnverkehr (17 %) und den Rohölfernleitungsverkehr (5 %); der Luftverkehr macht weniger als 1 Promille aus.

Die Entwicklung der Verkehrsnachfrage verlief nach Zeitabschnitten und Verkehrsträgern recht unterschiedlich. Während von 1960 bis 1975 die Zahl aller beförderten Personen (einschließlich Individualverkehr) um insgesamt 60 % bzw. jährlich um 3,2 % anstieg, fiel der weitere Zuwachs bis zum Jahre 1984 mit 11 % (jährlich + 1,2 %) vergleichsweise gemäßigt aus. Die Zahl der vom öffentlichen Straßenpersonenverkehr sowie vom Schienenverkehr beförderten Personen, die 1981 mit insgesamt 1,11 Milliarden um rund 15 % über der Zahl der Beförderungsfälle von 1960 lag, ging seitdem bis 1984 ständig zurück (- 12 % bzw. - 9 %). Allerdings zeigt sich in jüngerer Vergangenheit in Landesteilen mit verbessertem öffentlichem Verkehrsangebot vor allem in Ballungsräumen (z.B. Mittlerer Neckarraum), aber auch im ländlichen Raum (z.B. Nahverkehrsmodell Hohenlohekreis) eine tendenziell andere Entwicklung. Beim Individualverkehr wurde der Zuwachs des Verkehrsaufkommens von 1981 bis 1984 auf 12 % veranschlagt. Die unterschiedlichen Entwicklungen beim Personenverkehr von Verkehrsträger zu Verkehrsträger sind noch ausgeprägter bezogen auf die Verkehrsleistungen. Beim Güterverkehr nahmen die Verkehrsmengen von 1960 bis 1975 um 65 % (Straßengüternahverkehr: + 78 %), seither um knapp 16 % (+ 20 %), die Verkehrsleistungen um 67 % bzw. um 23 % zu (Straßengüternahverkehr: + 70 % bzw. + 27 %).

Steigende Mobilitätsanforderungen

Jeder Verkehrsträger hat seine Eigenarten, sein Vorzüge und seine Voraussetzungen; dies gilt gleichermaßen für den Personenverkehr als auch für den Güterverkehr. Daß in beiden Bereichen der Straßenverkehr mehr und mehr an Boden gewinnt, hängt sicherlich sehr wesentlich mit den gestiegenen Mobilitätsanforderungen und -bedürfnissen in der hochentwickelten Volkswirtschaft zusammen. Das Hineinwachsen in die Freizeitgesellschaft bedingt auch zunehmend Verkehrsbewegungen, bei denen die Vorteile des PKW (Schnelligkeit, Komfort, Flexibilität, Unabhängigkeit von Fahrplänen und Linienführungen) zur Geltung kommen. Der LKW entspricht in einer Zeit, wo viele Ausgangs- und Zielorte gar nicht an das Schienennetz angebunden sind, den notwendigen Transportbedürfnissen, um nicht zuletzt die Wirtschaftsräume in der räumlichen Dezentralisierung lebensfähig zu erhalten.

Wenn über die gewachsenen Mobilitätsansprüche hinaus im einzelnen durchaus unterschiedliche Gesichtspunkte für die Verkehrserzeugung und -verteilung im Personenverkehr einerseits und Güterverkehr andererseits heranzuziehen sind, so stimmen die Erklärungskonzepte in der Regel darin überein, daß den nachfrageorientierten Bedingungszusammenhängen im allgemeinen der Vorzug gegeben wird.[4] So wird beim Personenverkehr einerseits die gesamtwirtschaftliche, aggregierte Verkehrsnachfrage bei den einzelnen Fahrtzwecken (Berufsverkehr, Ausbildungsverkehr, Geschäfts- und Dienstreiseverkehr, Einkaufsverkehr, Freizeitverkehr, Urlaubsverkehr) mit Hilfe demographischer und sozioökonomischer Bestimmungsfaktoren (wie z.B. Wohnbevölkerung, Privathaushalte, Erwerbstätige, Auszubildende, Arbeitstage, Urlaubstage, PKW-Bestand u.a.) oder andererseits über durch Haushaltsbefragungen beobachtete typische Verhaltensweisen der relevanten Bevölkerungsgruppen erklärt. Für die Höhe des Verkehrsaufkommens speziell im Individualverkehr werden darüber hinaus üblicherweise neben dem PKW-Bestand die Komponenten durchschnittliche Fahrleistung, Fahrtweite und Besetzung zugrundegelegt.[5] Selbstverständlich spielen auch Kostenstrukturen für die Verkehrsnachfrage eine Rolle, wie nicht zuletzt die Verteuerung der Kraftstoffpreise infolge der Ölkrise Anfang der achtziger Jahre gezeigt hat.

Für die Güterverkehrsnachfrage werden neben den o.a. sozioökonomischen und demographischen Leitvariablen vor allem spezifische Produktions- und Verbrauchsdaten nach den einzelnen Güterbereichen für die regionale Verkehrserzeugung und Verkehrsverteilung herangezogen.[6] Änderungen in der Produktions- und Verbrauchsstruktur der Volkswirtschaft beeinflussen maßgeblich die Entwicklung der einzelnen Verkehrsträger im Güterverkehr: So begünstigen Strukturverschiebungen in der Produktion weg von den Massengütern hin zu hochwertigen Halb- und Fertigwaren, die Bevorzugung von Frischkost beim Konsumverhalten in der heutigen Gesellschaft oder die zunehmende Bedeutung des grenzüberschreitenden Verkehrs den wachsenden Straßengüterverkehr. Im Zusammenhang mit den Wandlungen der Produktionsstruktur, die gerade in Baden-Württemberg in bemerkenswerter Weise durch die zunehmende Bedeutung des Bereichs der neuen Technologien beeinflußt wird, sollten in Zukunft neben der Tonnenkilometerleistung die erwirtschafteten Beförderungsentgelte als weiterer Indikator für die erbrachte Verkehrsleistung herangezogen werden.

Status-quo-Charakter von Verkehrsprognosen

Aussagen und Erfahrungen darüber, inwiefern eine konsequente, bedarfsgerechte Verbesserung des Verkehrsangebots sich insgesamt auf die Struktur der Gesamtverkehrsnachfrage auswirken kann, lassen sich wohl nur über Modellversuche in der Praxis gewinnen.[7]

---

4 Vgl. Birg, Herwig, und Voigt, Ulrich, Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen - Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze, DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 86, 1985, S. 26 ff. - Ratzenberger, R., Längerfristige Perspektiven im Straßenverkehr, in: Ifo-Schnelldienst 16/86 (39. Jahrgang), S. 7 ff. -

5 Vgl. Kloas, Jutta, Kuhfeld, Hartmut, u.a., a.a.O., S.11 ff. und Ratzenburger, R., a.a.O., S.7 ff. -

6 Vgl. Birg, Herwig, und Voigt, Ulrich, a.a.O., S.58 ff. -

7 Vgl. Neidhardt, Jochen, Strukturgerechte Verkehrsbedienung - eine Aufgabe der Raumordnungs- und Umweltpolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, November/Dezember 1986, S. 243 ff. - Haar, Ernst, Die regionale Verkehrsbedienung der Deutschen Bundesbahn - eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe, in: Information zur Raumentwicklung, Heft 4/5. 1986, S.273 ff. -

Aufgrund von auf Verkehrsprognosen ausgerichteten Untersuchungen sind sicherlich die Wirkungen von gezielten Änderungen im Verkehrsangebot nur schwer absehbar. Denn bei Prognosen werden im wesentlichen die Beziehungen zwischen der Verkehrsnachfrage und ihrer Determinanten für die Zukunft fortgeschrieben, wie sie in der Vergangenheit beobachtet wurden. Unabhängig von ihrem Status-quo-Charakter haben jedoch die nachfrageorientierten Erklärungskonzepte für eine vorausschauende Verkehrspolitik eine wichtige Funktion, da damit die Verkehrsentwicklung in den Rahmen der voraussichtlichen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung insgesamt gestellt wird.

Die Struktur der in Anspruch genommenen Verkehrsleistungen kann sich im Zeitverlauf durch teilweise interdependente Bestimmungsfaktoren wie Änderungen im Mobilitätsverhalten, das Auftreten verstärkter Pendlerströme als Folge des räumlichen Auseinanderfallens von Wohn- und Arbeitsstätte, durch strukturelle Verschiebungen in der Altersgliederung der Bevölkerung, aber auch durch Änderungen der Verhaltensweisen oder durch das Auftreten "neuer" Verkehrsmittel bzw. das Angebot bisher nicht existenter Verkehrsleistungen in relativ kurzer Zeit stark verändern. Die ihrer Art nach tendenziell "statische" materielle Verkehrsinfrastruktur kann dabei aber keinesfalls quasi automatisch einem geänderten Bedarf kurzfristig angepaßt werden. So müssen beispielsweise Staus an neuralgischen Abschnitten bestimmter Straßen nicht zwangsläufig zum Ausbau oder zum Bau von Umgehungsmöglichkeiten dieser Stellen führen. Aber auch eher längerfristig durchzuführende Änderungen im Verkehrsnetz können, wie sich z.B. bei der Neutrassierung von Straßen gezeigt hat, beträchtliche Widerstände nicht-ökonomischer Art entgegenstehen, die eine Realisierung derartiger Vorhaben zumindest wesentlich verzögern. So hat u.a. ein geändertes Bewußtsein breiter Kreise gegenüber Belangen des Umwelt- und Naturschutzes verschiedentlich zur Bildung von Initiativen geführt, die mit Ausschöpfung aller zu Gebote stehender rechtlichen Möglichkeiten bereits Planungen, Planfeststellungsverfahren und nicht zuletzt die Durchführung von notwendigen Maßnahmen beträchtlich verzögern bzw. blockieren.

Erweiterung des Straßennetzes um nur 2 % bei kräftigem Anstieg des Fahrzeugbestands um 47 %

Das gesamte Straßennetz des überörtlichen Verkehrs ist seit Abschluß der Kreisreform bis zum Jahre 1985 nur noch in verhältnismäßig geringem Umfang gewachsen (+ 2 %) (vgl. Schaubild 4 sowie Tabelle 4 und 5), während der Kraftfahrzeugbestand indessen innerhalb des zurückliegenden Jahrzehnts kräftig zuge-

Tabelle 4

Straßen des überörtlichen Verkehrs 1985
— Struktur und Entwicklung nach Kreistypen in Baden-Württemberg —

Kreistypen	Überörtliche Straßen am 1.1.1985		Veränderung 1.1.1985 gegen 1.1.1975	Anteile der Straßenarten am 1.1.1985			
	insgesamt	Anteil am Land insgesamt		Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen
	km	%					
Stadtkreise	1 265	4,5	+ 7,3	9,6	34,9	29,3	26,4
Landkreise mit Verdichtungsräumen	3 359	12,1	+ 1,9	6,3	18,4	36,4	38,9
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	6 726	24,1	+ 1,7	2,5	18,3	36,4	42,9
Ländlich geprägte Kreise	16 535	59,3	+ 1,7	2,6	16,0	37,4	44,1
Baden-Württemberg	27 883	100	+ 2,0	3,3	17,7	36,7	42,3

Tabelle 5

Kraftfahrzeugbestand 1985*)

– Struktur und Entwicklung nach Kreistypen in Baden-Württemberg –

Kreistypen	Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1985					Veränderung 1.1.1985 gegen 1.1.1975			
	insgesamt	Anteil am Land insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		
			Krafträder	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen		Krafträder	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen
	Anzahl	%							
Stadtkreise	833 825	17,3	3,3	89,3	4,8	+ 34,5	+ 236,7	+ 33,0	+ 3,7
Landkreise mit Verdichtungsräumen	993 392	20,7	3,7	87,7	3,8	+ 51,2	+ 350,7	+ 50,1	+ 20,6
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	1 196 811	24,9	4,0	85,1	3,8	+ 48,8	+ 279,8	+ 49,0	+ 20,6
Ländlich geprägte Kreise	1 783 249	37,1	3,8	80,7	3,9	+ 49,2	+ 283,3	+ 52,8	+ 25,8
Baden-Württemberg	4 807 277	100	3,7	84,7	4,0	+ 46,7	+ 286,0	+ 47,1	+ 18,3

*) Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge.

nommen hat, und zwar um 47 %. Bei differenzierterer Betrachtung zeigen sich dabei jedoch, sowohl im Hinblick auf die verschiedenen Straßenarten als auch hinsichtlich regionaler Disparitäten, zum Teil deutliche Unterschiede. Wie bereits erwähnt, sind allerdings in diesem Zusammenhang Veränderungen zu berücksichtigen, die sich aus Straßenumstufungen im Rahmen der Straßenneuordnung zum 1.1.1984 ergeben haben. Daneben können in geringem Umfange Unschärfen gegenüber früheren Vermessungen auftreten, die mit der Einführung EDV-gestützter Vermessungstechniken in der Straßenbauverwaltung während des Untersuchungszeitraums sowie mit zeitweilig bestehenden Zuordnungsproblemen methodischer Art zusammenhängen.

Kapazitätsmäßig "echte", d.h. auf Neubauten zurückzuführende Zunahmen nennenswerten Ausmaßes weisen von den untersuchten Straßenarten vor allem die Bundesautobahnen auf, deren Länge im genannten Zeitraum um nahezu 30 % auf fast 930 km gewachsen ist. Besonders ins Gewicht fällt hier hauptsächlich die neu gebaute, in nord-südlicher Richtung verlaufende Bodensee-Autobahn (A 81) ab Stuttgart und ihr ab Heilbronn in nord-östlicher Richtung verlaufendes Gegenstück nach Würzburg mit Anbindung an die Bundesautobahnen A 3 (Frankfurt-Bamberg) bzw. A 7 (Fulda-Ulm-Kempten). In östlicher Richtung wurden ferner Teile der A 6 (Heilbronn-Nürnberg) neu gebaut.

Diese neu trassierten Strecken prägten die Entwicklungen in den betroffenen Räumen entscheidend. Vor allem in zuvor eher "autobahnarmen" Kreisen, auf deren Flächen seit 1975 die oben genannten Bundesautobahnen gebaut wurden, wie in den Landkreisen Tübingen, Freudenstadt, Rottweil sowie im Schwarzwald-Baar-Kreis, ferner in den Landkreisen Schwäbisch Hall und Heidenheim schlagen diese Neubauten nachhaltig zu Buche. Autobahnbauten waren außerdem prägend für die Entwicklungen im Landkreis Ravensburg und im Stadtkreis Baden-Baden. Weit überdurchschnittliche Steigerungen von jeweils zum Teil deutlich mehr als 50 % seit 1975 verzeichneten Kreise, in denen vor allem an bereits früher bestehenden Autobahnteilstücken oder -verbindungen weitergebaut wurde, wie die Landkreise Böblingen, Konstanz, der Stadtkreis Heilbronn, der Hohenlohekreis sowie der Stadtkreis Freiburg und der Landkreis Lörrach. Geringere, jedoch noch über dem Landesdurchschnitt liegende Zunah-

men wiesen der Stadtkreis Karlsruhe und der Alb-Donau-Kreis auf.

Von den Regierungsbezirken verzeichnete damit Freiburg, den beschriebenen Entwicklungen auf Kreisebene entsprechend, mit einer Ausdehnung der Autobahnlänge von + 65 % die höchste Zuwachsrate vor Tübingen (+ 51 %) und Stuttgart (+ 34 %). Im Regierungsbezirk Karlsruhe auf den 1975 knapp 37 %, 1986 etwas mehr als 29 % des Autobahnnetzes des Landes entfielen, fiel die Zunahme (+ 2 %) vergleichsweise sehr gering aus.

Rund 5880 km Bundesfernstraßen

Das Netz der Bundesstraßen im Lande nahm zur selben Zeit um etwas weniger als 5 % auf 4 950 km zu; sie machen damit gut 84 % der rund 5880 km Bundesfernstraßen aus. Neben dem Bau zahlreicher Ortsumgehungen wurden auch Räume verkehrsmäßig "neu" erschlossen - exemplarisch hervorgehoben seien hier die B 10, die B 27 (bis zum Anschluß an die B 297 im Neckartal) oder die B 29 (Remstal). Die größten prozentualen Steigerungen von jeweils mehr als 20 % wiesen der Stadtkreis Karlsruhe und der Landkreis Esslingen auf. Zuwachsraten von immerhin jeweils mehr als 15 % wurden im Stadtkreis Ulm, im Rems-Murr-Kreis, im Landkreis Emmendingen sowie im Stadtkreis Heidelberg erreicht.

Bei den Landstraßen und bei den Kreisstraßen sind seit 1975 längenmäßig - sieht man von den bereits erwähnten, umstufungsbedingten Veränderungen ab - keine nennenswerten Entwicklungen festzustellen. Lediglich die Kreisstraßen wiesen noch - bei rechnerischer Elimination der Umstufungen - einen leichten Zuwachs von weniger als 2 % auf; die Entwicklung bei den Landesstraßen stagnierte dagegen. Die während dieses Zeitraums vorgenommenen Baumaßnahmen dienten hier also nicht in erster Linie dem Bau "neuer", bisher überhaupt nicht existenter Straßen, sondern sie dürften vor allem im Zuge des Ausbaus bereits bestehender Straßen zur (qualitativen) Verbesserung des Verkehrsgeschehens erfolgt sein. So wird auch im Generalverkehrsplan 1986 zum Beispiel auf rund 1 760 Baumaßnahmen verwiesen, die alleine bei den Landesstraßen in der Zeit von 1975 bis 1985 Um- und Ausbauten von 2 620 km Länge umfaßten. Dies zeigt, auch ohne das Vorliegen exakter Regionaldaten über einzelne Um- und Ausbaumaßnahmen im Rahmen der Straßenlängenstatistik, daß beim Landes- und wohl auch beim Kreisstraßenbau dem Prinzip "Ausbau vor Neubau" Rechnung getragen wurde und dieser Grundsatz ausweislich der Angaben zum mittelfristigen Ausbauprogramm bis 1995 im Generalverkehrsplan 1986 auch in Zukunft weiterverfolgt wird. Wie sich derartige Ausbaumaßnahmen in den zurückliegenden Jahren dagegen rein flächenmäßig ausgewirkt haben, wird Gegenstand der Untersuchungen über die regionale Flächeninanspruchnahme des Straßenverkehrsnetzes sein.

Bevor der Gesichtspunkt des sogenannten Landverbrauchs durch das Verkehrsnetz behandelt wird, der allgemein aus Umwelt- und Naturschutzgründen als wesentlicher Bestandteil des Belastungsgrades gerade auch durch Straßenbaumaßnahmen angesehen wird, soll zunächst auf die Frage nach der regionalen Versorgung mit Straßen im Land eingegangen werden. Hinsichtlich des Versorgungsaspektes bietet es sich an, die regionale Struktur und Entwicklung der Straßen des überörtlichen Verkehrs bezogen auf Fläche und Bevölkerung (Erschließungsgrad), Kraftfahrzeugbestand (Motorisierungsgrad) sowie Fahrtmengen (Verdichtungsgrad) zu untersuchen.

Zusammenhang zwischen Gemeindestraßen und Bebauungsflächenentwicklung

Bezüglich der Gemeindestraßenentwicklung können keine vergleichbaren Betrachtungen angestellt werden, da entsprechende aktuelle Längennachweisungen fehlen. Allerdings kann vermutet werden, daß gebietlich Bedarf und Versorgung beim Gemeindestraßennetz in engem Zusammenhang stehen mit der örtlichen Siedlungstätigkeit. Für das Land insgesamt zeigt sich dies recht deutlich beim langfristigen Verlauf von Gemeindestraßen einerseits und Bebauungsfläche andererseits (vgl. Schaubild 4). Von Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre war beiderseits ein gleichgerichteter Zuwachs um jeweils rund 25 % zu verzeichnen. Innerhalb des folgenden Jahrzehnts blieb die Zunahme der Ge-

Tabelle 6

Regionale Kennziffer zur Motorisierung und Straßenversorgung

Kreistypen	Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner			Einwohner je Kraftfahrzeug		Längen der überörtlichen Straßen					
						je 10 000 zugelassener Kfz		je 10 000 Pkw		je 10 000 ha	je 10 000 Einw.
	1.7.1975	1.7.1985	Veränderung 1985 gegen 1975	1.7.1975	1.7.1985	1.1.1985	Veränderung 1985 gegen 1975	1.1.1985	Veränderung 1985 gegen 1975	1.1.1985	
	Anzahl		%	Anzahl		km	%	km	%	km	
Stadtkreise	330	462	+ 40,0	3,0	2,2	15	– 21,0	17	– 19,0	102	7
Landkreise mit Verdichtungsräumen	355	526	+ 48,2	2,8	1,9	34	– 32,0	39	– 31,6	92	18
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	357	528	+ 47,9	2,8	1,9	56	– 31,7	66	– 32,0	80	30
Ländlich geprägte Kreise	369	543	+ 47,2	2,7	1,8	93	– 31,6	115	– 33,1	74	50
Baden-Württemberg	355	520	+ 46,5	2,8	1,9	59	– 31,4	70	– 31,4	78	30

meindestraßen aufgrund der an Bedeutung gewinnenden geschlosseneren Siedlungstätigkeit, wodurch vergleichsweise weniger Straßenlängen für die Anbindung der neuen Wohn- und Gewerbegebiete erforderlich waren, deutlich hinter der Erhöhung der Bebauungsfläche zurück (+ 21 % gegenüber + 60 %). Auch in den zurückliegenden 10 Jahren ging der Bedarf an zusätzlichen Orts- und Erschließungsstraßen von der fortgesetzten Siedlungstätigkeit aus, die allerdings von 1975 bis 1985 nur in abgeschwächtem Ausmaß erfolgte (+ 15 %). Deswegen dürfte der Anstieg der Gemeindestraßen weit über die Gesamtlängenentwicklung der Straßen des überörtlichen Verkehrs hinausgegangen sein (vgl. Schaubild 4).

Was die Versorgung mit Straßen des überörtlichen Verkehrs anbelangt, sind regional bemerkenswerte Unterschiede festzustellen, die bezogen auf die gewählten Raum- bzw. Kreistypen (Gebiete mit ähnlichen Strukturmerkmalen) in der Regel als quasi signifikant zu bezeichnen sind; möglicherweise ist dies eine Bestätigung dafür, daß die Struktur des Verkehrsangebots wesentlich bestimmt wird durch die Grundform des zugehörigen Gebietstyps (vgl. Tabelle 4 und 6).

Fast 80 km Überortsstraßen je 10 000 ha Gebietsfläche

Zunächst einmal fällt die Gegenläufigkeit des flächenmäßigen und des einwohnerbezogenen Erschließungsgrads nach Kreistypen auf. Bezogen auf die Fläche sind die mehr verdichteten Gebiete vergleichsweise gut abgedeckt. Bei einem Landesdurchschnitt von rund 80 km kommen in den ländlich geprägten Kreisen nur knapp 75 km auf 10 000 ha Gebietsfläche, in den Landkreisen mit Verdichtungsräumen (92 km) sind es etwa 25 %, in den Stadtkreisen (102 km) sogar fast 40 % mehr. Die niedrigsten Werte liegen bei 60 km (Landkreise Heidenheim, Ortenau und Emmendingen), die höchsten Werte bei 120 km (Stadtkreise Ulm und Stuttgart). Bezogen auf die Bevölkerungszahl weisen dagegen die ländlichen Gebiete mit 50 km je 10 000 Einwohner einen überdurchschnittlich hohen Straßenumfang auf (Landesdurchschnitt 30 km), der sich in den Landkreisen Schwäbisch Hall und Hohenlohe sogar auf über 80 km beläuft. In den stark verdichteten Landkreisen und Stadtkreisen machte der einwohnerbezogene Straßenumfang nur knapp zwei Drittel (18 km) bzw. ein Siebtel (7 km) des Mittelwerts der ländlich geprägten Kreise aus.

Schaubild 5

Pkw - Dichte in den Gemeinden Baden - Württembergs am 1. Juli 1983

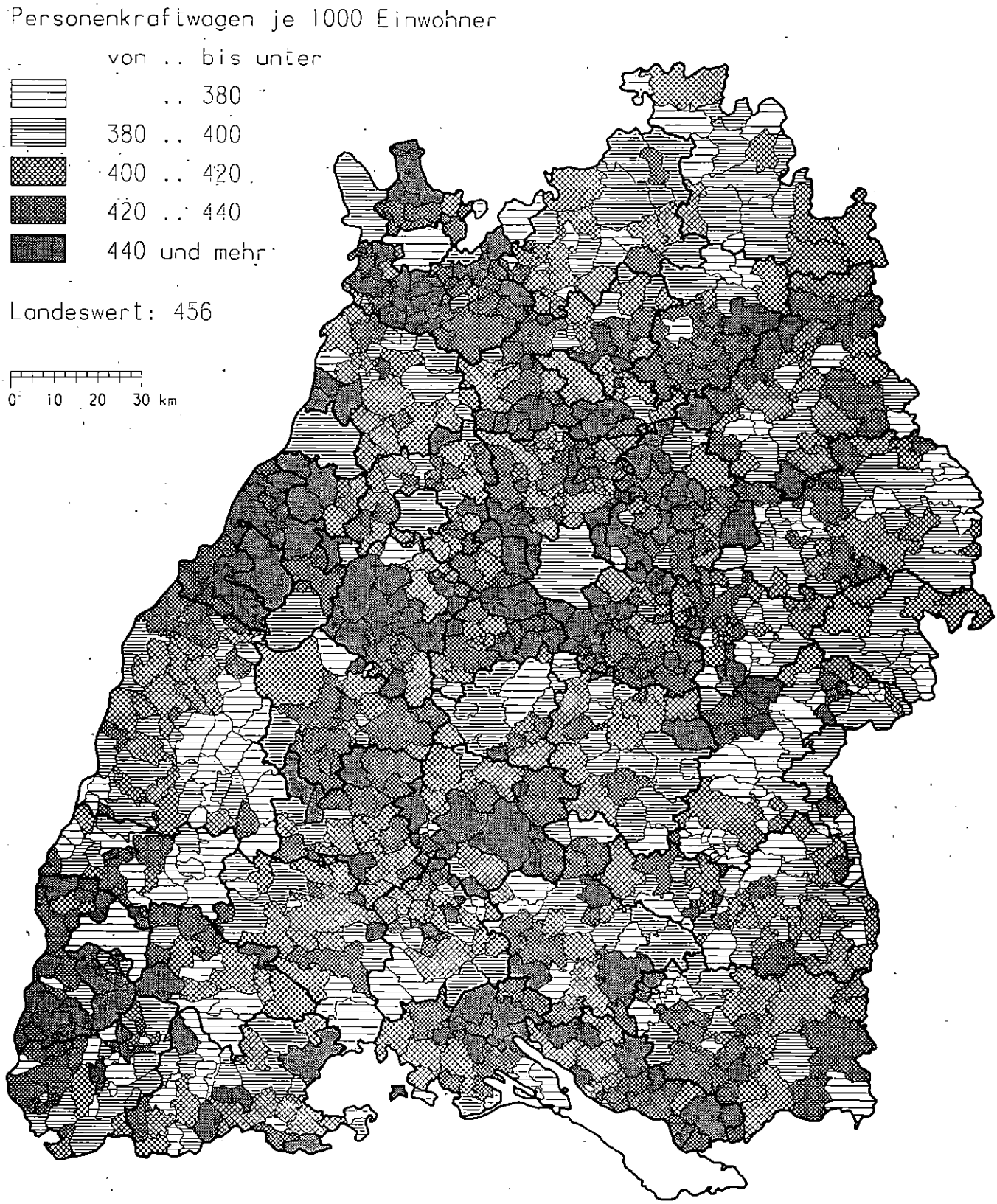
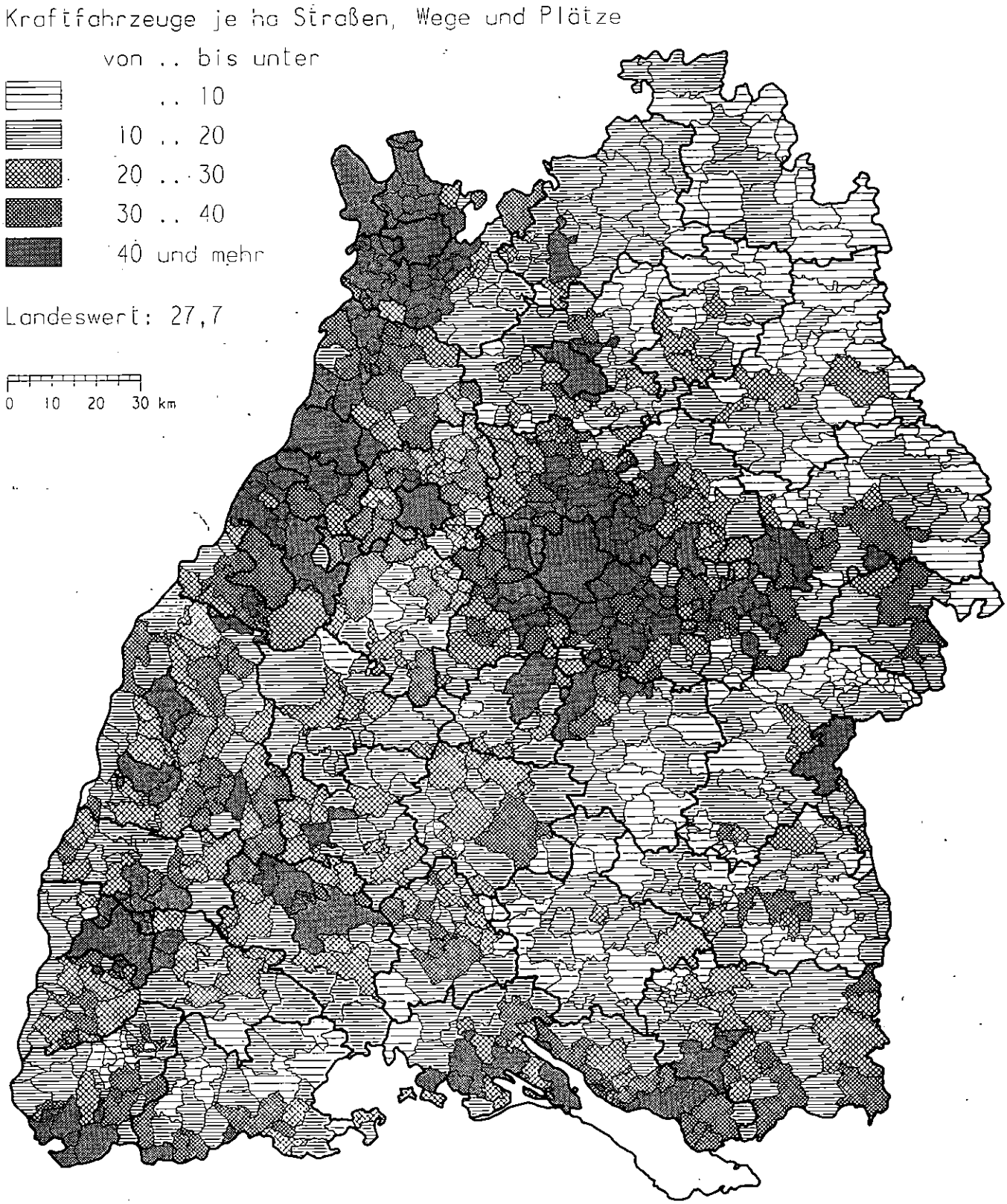


Schaubild 6

Kfz - Dichte in den Gemeinden Baden - Württembergs am 1. Juli 1983



Die Beziehung zwischen Länge der überörtlichen Straßen und Motorisierungsgrad sieht strukturell nach Gebietstypen ähnlich aus wie bei der einwohnerbezogenen Betrachtung. In diesem Zusammenhang ist zunächst auf die regional sehr unterschiedliche Struktur und Entwicklung bei Kraftfahrzeugbestand und Motorisierungsgrad hinzuweisen (vgl. Tabelle 5 und 6 sowie Schaubild 5 und 6). Der Bestand an Kraftfahrzeugen in einer Gemeinde hängt vor allem von der Zahl der Einwohner ab, wobei für die regionale Zuordnung davon auszugehen ist, daß im allgemeinen der bei der Zulassungsstelle angegebene regelmäßige Standort übereinstimmt mit dem Wohnort des Fahrzeughalters. In den Ballungsgebieten und Städten sind deshalb erheblich mehr Fahrzeuge registriert als in den Landgemeinden. Dies kommt deutlich im Schaubild 6 zum Ausdruck, wo die Kraftfahrzeugdichte in den Gemeinden Baden-Württembergs zum Stand vom 1.7.1983 dargestellt ist als Zahl der Kraftfahrzeuge bezogen auf die Fläche von Straßen, Wege und Plätze. Demnach ist die Kraftfahrzeugdichte besonders hoch in Verdichtungsräumen und Verdichtungsbereichen.

Hoher Motorisierungsgrad in den ländlichen Gebieten

Anders sieht das Bild bei der Pkw-Dichte aus, definiert als die Zahl der Personenkraftwagen je 1000 Einwohner, die als Gradmesser für die Motorisierung der Bevölkerung gelten kann. Tendenziell ergibt sich, daß der Motorisierungsgrad in den Städten geringer ist als auf dem Lande (vgl. Schaubild 5). Dies dürfte nicht zuletzt auch damit zusammenhängen, daß in den Städten im allgemeinen ein besseres Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln besteht. In den ländlich geprägten Kreisen kommen bereits über 540 Kraftfahrzeuge auf 1000 Einwohner; der Motorisierungsgrad hat damit um über 47 % binnen 10 Jahren zugenommen. In den Landkreisen mit Verdichtungsräumen und Verdichtungsansätzen war der Zuwachs sogar leicht höher, doch liegt die Kennziffer mit knapp 530 Kraftfahrzeugen je 1000 Einwohner doch noch etwas niedriger. Deutlich darunter bewegt sich dagegen der Motorisierungsgrad in den Stadtkreisen (rund 460 Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner), allerdings macht hier der Stadtkreis Baden-Baden (566) eine bemerkenswerte Ausnahme.

Der Kraftfahrzeugbestand in Baden-Württemberg hat 1986 erstmals die 5-Millionengrenze überschritten, am 1.1.1987 wurden knapp 5,1 Millionen zulassungspflichtige Fahrzeuge festgestellt. Von 1975 bis 1985 war bei den Krafträdern der höchste Zuwachs zu verzeichnen (+ 286 %), doch liegt ihre absolute Zahl noch deutlich unter 200 000. Vergleicht man die Zuwächse von Kraftfahrzeugen mit denen der Straßen des überörtlichen Verkehrs nach Gebietstypen so fällt auf, daß zwar in den ländlich geprägten Kreisen der Kraftfahrzeugbestand überdurchschnittlich (+ 49,2 % gegenüber + 46,7 % im Landesmittel), der Umfang der Überortsstraßen dagegen unterdurchschnittlich (+ 1,7 % gegenüber + 2,0 % im Land insgesamt) im zurückliegenden Jahrzehnt zugenommen hat. Umgekehrt verhält es sich in den Stadtkreisen; denn dort ist der Kraftfahrzeugbestand um nur 34,5 %, die Straßenlängen des überörtlichen Verkehrs jedoch um 7 % angestiegen. Entwicklung des Kraftfahrzeugbestands und Motorisierungsgrads stehen demnach in keinem direkten Zusammenhang mit dem Bedarf an einer Ergänzung des Straßennetzes. Als Indikatoren für regionale Engpaßsituationen auf den Straßen scheinen allerdings die bereits oben behandelte Kenngröße "Längen der überörtlichen Straßen bezogen auf die Zahl der Kraftfahrzeuge" oder die verkehrsflächenmäßige Kraftfahrzeugdichte (vgl. Schaubild 6) geeignet zu sein. Je höher die absolute Zahl der Kraftfahrzeuge, desto mehr Verkehrsbewegungen, je geringer dabei der Umfang des Straßennetzes, desto mehr Verkehrsverdichtungen sind zu erwarten. Allerdings werden in den beiden genannten Bezugsgrößen nur Verkehrsbewegungen sichtbar gemacht, die in der Regel vom Standort der Kraftfahrzeuge ausgehen. Um die tatsächliche Dynamik des Straßenverkehrs regional abzubilden, müssen jedoch zusätzlich auch die Ziel- und Durchgangsorte der Verkehrsbewegungen berücksichtigt werden.

Hinweise auf berufsbedingt notwendige Pendlerbewegungen ergeben sich beispielsweise aus der unterschiedlichen regionalen Verteilung der wohnortsbezo-

Tabelle 7

Regionale Entwicklung der Bevölkerung 1975 bis 1985

Raumtypen[1]	Bevölkerung				Bevölkerungsdichte	Anteil der Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren an der Bevölkerung der jeweiligen Raumtyps		
	1985		Veränderung gegen			unter 5	5 -- 18	18 und älter
	insgesamt	Anteil am Land insgesamt	1980	1975				
	Anzahl	%			Einwohner je km²	%		
Verdichtungsraum	3 531 292	38,1	−0,7	−0,5	1 040,6	4,7	13,1	82,2
Randzone	1 919 686	20,7	+ 1,3	+ 4,4	333,6	5,5	15,5	79,0
Verdichtungsbereich	1 066 053	11,5	−0,5	−0,1	369,6	5,1	15,0	79,9
Ländlicher Raum	2 754 339	29,7	+ 0,6	+ 2,1	116,2	5,7	17,0	77,3
Baden-Württemberg	9 271 370	100	+ 0,1	+ 1,3	259,3	5,2	15,0	79,8

1) Nach Landesentwicklungsplan 1983.

genen Bevölkerungszahlen einerseits und der arbeitsplatzbezogenen Beschäftigtenzahlen andererseits (vgl. Tabelle 7 und 8). In den Verdichtungsräumen und -bereichen haben nur knapp 50 % der Einwohner von Baden-Württemberg ihren Wohnort, aber über 60 % der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Bei einem etwa gleich hohen Bevölkerungsanteil beläuft sich dagegen im ländlichen Raum einschließlich Umland um die Verdichtungsräume der Beschäftigtenanteil auf lediglich knapp 40 %. Die daraus resultierenden unterschiedlich hohen Beschäftigtenquoten (45 % bzw. 29 %) deuten an, in welchem Ausmaß Berufspendler in den Randzonen um die Verdichtungsbereiche und im ländlichen Raum darauf angewiesen sind, täglich mit Verkehrsmitteln an ihre Arbeitsstätten in den Verdichtungsräumen und -bereichen zu gelangen. Dabei benutzt ein Großteil der Berufstätigen das Auto, ein wesentlicher Grund für die arbeitstäglichen Verdichtungen im Straßenverkehr in den Ballungsgebieten.

Tabelle 8

Regionale Entwicklung der Beschäftigten 1975 bis 1985

Raumtypen[1]	Beschäftigte[2]				
	1985	Anteil am Land insgesamt	Beschäftigtenquote	Veränderung	
				1985 gegen 1980	1985 gegen 1975
	Anzahl	%			
Verdichtungsraum	1 617 539	47,3	45,8	− 1,0	+ 2,8
Randzone	565 113	16,5	29,4	+ 0,5	+ 8,7
Verdichtungsbereich	455 452	13,3	42,7	− 3,0	+ 0,1
Ländlicher Raum	782 880	22,9	28,4	+ 1,3	+ 11,4
Baden-Württemberg	3 420 984	100	36,9	− 0,5	+ 5,2

1) Nach Landesentwicklungsplan 1983. — 2) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

Tabelle 9

Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken (DTV) auf überörtlichen Straßen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	1980	1985	1980	1985	Veränderung 1985 gegen 1980	
	Freie Strecken		Ortsdurchfahrten		FS	OD
	Kfz-Anzahl				%	
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	26 724	30 810	14 752	14 153	+ 15,3	– 4,1
Landkreise						
Böblingen	10 717	11 232	6 703	7 398	+ 4,8	+ 10,4
Esslingen	11 422	12 451	8 470	8 389	+ 9,0	– 1,0
Göppingen	6 560	6 948	6 825	7 529	+ 5,9	+ 10,3
Ludwigsburg	8 203	9 569	7 132	8 434	+ 16,7	+ 18,3
Rems-Murr-Kreis	4 891	6 086	5 889	6 697	+ 24,4	+ 13,7
Stadtkreis						
Heilbronn	7 234	6 551	8 470	9 275	– 9,4	+ 9,5
Landkreise						
Heilbronn	4 807	5 199	3 274	3 809	+ 8,2	+ 16,3
Hohenlohekreis	2 363	2 861	2 021	2 238	+ 21,1	+ 10,7
Schwäbisch Hall	1 712	2 263	2 165	2 445	+ 32,2	+ 12,9
Main-Tauber-Kreis	2 254	2 532	1 844	2 101	+ 12,3	+ 13,9
Landkreise						
Heidenheim	2 914	2 827	4 282	4 353	– 3,0	+ 1,7
Ostalbkreis	2 552	3 002	3 915	4 273	+ 17,6	+ 9,1
Regierungsbezirk Stuttgart	4 942	5 732	.	.	+ 16,0	.
Stadtkreise						
Baden-Baden	8 707	8 105	6 854	7 883	– 6,9	+ 15,0
Karlsruhe	18 652	20 388	16 451	16 955	+ 9,3	+ 3,1
Landkreise						
Karlsruhe	9 006	9 327	6 501	6 998	+ 3,6	+ 7,6
Rastatt	6 296	6 787	6 981	6 488	+ 7,8	– 7,1
Stadtkreise						
Heidelberg	9 869	10 779	10 670	11 415	+ 9,2	+ 7,0
Mannheim	21 680	22 732	13 147	15 317	+ 4,9	+ 16,5
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	1 761	2 037	2 195	2 400	+ 15,7	+ 9,3
Rhein-Neckar-Kreis	9 808	10 298	5 843	6 336	+ 5,0	+ 8,4
Stadtkreis						
Pforzheim	7 238	7 830	7 474	7 946	+ 8,2	+ 6,3
Landkreise						
Calw	2 720	2 942	4 052	4 289	+ 8,2	+ 5,8
Enzkreis	4 810	5 539	4 663	4 742	+ 15,2	+ 1,7
Freudenstadt	2 790	2 984	3 275	3 269	+ 7,0	– 0,2
Regierungsbezirk Karlsruhe	6 523	6 958	.	.	+ 6,7	.
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	6 663	6 108	11 496	12 126	– 8,3	+ 5,5
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	5 344	5 621	5 219	5 621	+ 5,2	+ 7,7
Emmendingen	5 847	6 356	4 370	4 770	+ 8,7	+ 9,2
Ortenaukreis	6 699	7 181	5 613	6 012	+ 7,2	+ 7,1
Landkreise						
Rottweil	3 373	4 158	3 414	3 592	+ 23,3	+ 5,2
Schwarzwald-Baar-Kreis	3 348	3 372	3 793	4 246	+ 0,7	+ 11,9
Tuttlingen	2 920	3 102	4 045	3 851	+ 6,2	– 4,8
Landkreise						
Konstanz	3 705	4 052	3 535	3 619	+ 9,4	+ 2,4
Lörrach	3 404	3 895	4 013	4 253	+ 14,4	+ 6,0
Waldshut	1 898	2 172	3 171	3 472	+ 14,4	+ 9,5
Regierungsbezirk Freiburg	4 255	4 691	.	.	+ 10,2	.
Landkreise						
Reutlingen	3 145	3 628	5 006	5 357	+ 15,4	+ 7,0
Tübingen	4 775	5 211	6 026	6 079	+ 9,1	+ 0,9
Zollernalbkreis	2 883	3 425	4 180	4 430	+ 18,8	+ 6,0
Stadtkreis						
Ulm	7 864	8 952	5 384	5 402	+ 13,8	+ 0,3
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	3 660	4 038	2 289	2 571	+ 10,3	+ 12,3
Biberach	1 873	2 127	2 348	2 317	+ 13,6	– 1,3
Landkreise						
Bodenseekreis	3 509	3 792	4 428	4 777	+ 8,1	+ 7,9
Ravensburg	2 017	2 249	3 130	3 550	+ 11,5	+ 13,4
Sigmaringen	1 911	1 982	2 467	2 700	+ 3,7	+ 9,4
Regierungsbezirk Tübingen	2 877	3 167	.	.	+ 10,1	.
Baden-Württemberg	4 559	4 972	4 253	4 577	+ 9,1	+ 7,6

Indikator für Verkehrsbelastungen: durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken

Ein repräsentatives Bild über die Verkehrsverdichtungen und -belastungen im gesamten Straßennetz des Landes liefern die zur Ermittlung der Verkehrsmengen auf den Bundesfernstraßen durchgeführten flächendeckenden Straßenverkehrszählungen, die bundeseinheitlich erfolgen. Um die Verkehrsentwicklung auf dem gesamten Netz der Straßen für den überörtlichen Verkehr zu erfassen, wurde in Baden-Württemberg 1975, 1980 und 1985 der Straßenverkehr auch auf den Landes- und Kreisstraßen mitgezählt. Da allerdings für diese Untersuchung keine regionalen Ergebnisse für die Autobahnen im Jahr 1975 zur Verfügung standen, beschränkt sich die Darstellung der Entwicklung der Jahresfahrleistungen 1975 bis 1985 auf die Verkehrsentwicklung auf den überörtlichen Straßen ohne Autobahnen (vgl. Tabelle 9a bis 9c). Im Rahmen der flächendeckenden Straßenverkehrszählungen ist im Land auch der Verkehr in Ortsdurchfahrten in Gemeinden bzw. Gemeindeteilen mit mehr als 5000 Einwohnern ermittelt worden, wobei der Verkehr auf den jeweiligen Ortsdurchfahrtsstrecken in der Baulast des Bundes, des Landes und der Landkreise gezählt worden ist. Die daraus vorliegenden Ergebnisse, die üblicherweise als durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken nach einzelnen Zählstellenabschnitten in den betroffenen Gemeinden veröffentlicht werden (vgl. Straßenverkehrszählung 1985, Verkehrsstärken in Ortsdurchfahrten, herausgegeben vom Innenministerium Baden-Württemberg, Straßenbauverwaltung), wurden für diese Arbeit als Mittelwerte nach Kreisen für die Ortsdurchfahrten der überörtlichen Straßen 1980 und 1985 zusammengestellt (vgl. Tabelle 9). Nach den Ergebnissen dieser Straßenverkehrszählungen ergeben sich folgende Verkehrsbelastungen auf den überörtlichen Straßen in Baden-Württemberg:

Im Landesmittel lagen 1985 die mittleren Verkehrsstärken (DTV) für die freien Strecken auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs bei knapp 5 000 Kraftfahrzeugen je Tag (Kfz/24 h), sie bezifferten sich auf 38 200 Kfz/24 h für die Autobahnen, 9 200 Kfz/24 h für die Bundesstraßen, 3 300 Kfz/24 h für die Landesstraßen und 1 600 Kfz/24 h für die Kreisstraßen. In den Stadtkreisen mit einem überdurchschnittlichen Bundesfernstraßenanteil wurden die höchsten DTV-Werte mit 30 800 Kfz/24 h (Stuttgart), 22 700 Kfz/24 h (Mannheim) und 20 400 Kfz/24 h (Karlsruhe) festgestellt; vergleichsweise hohe Werte zwischen 10 000 und 12 000 Kfz/24 h wurden auch in den Landkreisen Böblingen, Esslingen

Tabelle 9 a

Entwicklung der Jahresfahrleistungen des Kraftfahrzeugverkehrs auf Straßen des überörtlichen Verkehrs 1975 bis 1985*)

Kreistypen	Kraftfahrzeugverkehr insgesamt					
	1975	1980	1985	Veränderung		
				1985 gegen 1975	1985 gegen 1980	1980 gegen 1975
	Mio. Fahrzeugkilometer			%		
Stadtkreise	1 430,2	2 367,4	2 735,4	+ 91,3	+ 15,5	+ 65,5
Landkreise mit Verdichtungsräumen	3 943,3	4 740,2	5 162,2	+ 30,9	+ 8,9	+ 20,2
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	5 973,4	6 889,5	7 340,7	+ 22,9	+ 6,5	+ 15,3
Ländlich geprägte Kreise	10 368,9	11 506,4	12 143,7	+ 17,1	+ 5,5	+ 11,0
Baden-Württemberg	21 715,8	25 503,5	27 382,0	+ 26,1	+ 7,4	+ 17,4

*) Ohne Autobahnen.

Tabelle 9 b

Entwicklung der Jahresfahrleistungen des Personen- und Güterverkehrs auf Straßen des überörtlichen Verkehrs 1975 bis 1985*)

Kreistypen	Personenverkehr						Güterverkehr					
				Veränderung						Veränderung		
	1975	1980	1985	1985 gegen 1975	1985 gegen 1980	1980 gegen 1975	1975	1980	1985	1985 gegen 1975	1985 gegen 1980	1980 gegen 1975
	Mio. Fahrzeugkilometer			%			Mio. Fahrzeugkilometer			%		
Stadtkreise	1 312,7	2 181,7	2 554,1	+ 94,6	+ 17,1	+ 66,2	117,1	184,9	180,6	+ 54,2	— 2,3	+ 57,9
Landkreise mit Verdichtungsräumen	3 544,2	4 298,9	4 752,3	+ 34,1	+ 10,5	+ 21,3	399,0	440,8	409,5	+ 2,6	— 7,1	+ 10,5
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	5 324,6	6 208,8	6 723,2	+ 26,3	+ 8,3	+ 16,6	648,8	680,2	617,5	— 4,8	— 9,2	+ 4,8
Ländlich geprägte Kreise	9 133,7	10 214,9	10 979,2	+ 20,2	+ 7,5	+ 11,8	1 235,8	1 293,4	1 165,6	— 5,7	— 9,9	+ 4,7
Baden-Württemberg	19 315,2	22 904,3	25 008,8	+ 29,5	+ 9,2	+ 18,6	2 400,7	2 599,3	2 373,2	— 1,1	— 8,7	+ 8,3

*) Ohne Autobahnen.

und Rhein-Neckar gemessen (vgl. Tabelle 9). In vielen ländlich geprägten Kreisen, deren Überortsstraßennetz zu 45 % und mehr durch Kreisstraßen bestimmt wird, beliefen sich die durchschnittlichen Verkehrsstärken 1985 lediglich auf 2 500 Kfz/24 h oder weniger, so in den Kreisen Schwäbisch Hall, Neckar-Odenwald, Biberach, Sigmaringen und Ravensburg. Der Bodenseekreis und Rems-Murr-Kreis allerdings, die ebenfalls durch einen sehr hohen Kreisstraßenanteil auffallen - und zwar von jeweils über 50 % -, jedoch zu den Landkreisen mit Verdichtungsansätzen zu zählen sind, wiesen dagegen DTV-Werte von 3 800 Kfz/24 h bzw. sogar 6 100 Kfz/24 h auf.

Eine überdurchschnittliche Zunahme der DTV-Werte war 1985 gegenüber 1980 besonders in den Kreisen zu verzeichnen, wo ein Ausbau des Bundesfernstraßennetzes erfolgte, so in den Landkreisen Schwäbisch Hall (+ 32 %), Rottweil (+ 23 %), Zollernalb (+ 19 %) oder Hohenlohe (+ 17 %); im Landesdurchschnitt bezifferte sich der Zuwachs auf lediglich + 9 %. Die Entwicklung der durchschnitt-

Tabelle 9 c

Entwicklung der Jahresfahrleistungen des Kraftfahrzeugverkehrs auf den Autobahnen 1980 und 1985

Kreistypen	Kfz.-Verkehr insgesamt			Personenverkehr			Güterverkehr		
	1980	1985	Veränderung 1985 gegen 1980	1980	1985	Veränderung 1985 gegen 1980	1980	1985	Veränderung 1985 gegen 1980
	Mio. Fahrzeug-kilometer		%	Mio. Fahrzeug-kilometer		%	Mio. Fahrzeug-kilometer		%
Stadtkreise	1 249,5	1 354,7	+ 8,4	1 065,7	1 171,9	+ 10,0	184,0	183,2	— 0,4
Landkreise mit Verdichtungsräumen	4 308,6	4 590,5	+ 6,5	3 607,9	3 865,9	+ 7,2	700,5	724,4	+ 3,4
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	2 156,1	2 255,6	+ 4,6	1 840,0	1 900,7	+ 3,3	316,5	355,2	+ 12,2
Ländlich geprägte Kreise	4 093,3	4 658,3	+ 13,8	3 425,4	3 903,8	+ 14,0	667,4	754,0	+ 13,0
Baden-Württemberg	11 807,5	12 859,1	+ 8,9	9 939,0	10 842,3	+ 9,1	1 868,4	2 016,8	+ 7,9

lichen Verkehrsstärken auf den Ortsdurchfahrten, die sich im Landesmittel um + 7,6 % erhöhte, zeigt dagegen, daß offensichtlich vielerorts die Belastung der Ortsdurchfahrten aufgrund von Umgehungen, großräumigen Anbindungen u.ä. stark abgebremst oder sogar reduziert werden konnte, so in den Landkreisen Tübingen (+ 0,9 %), Freudenstadt (- 0,2 %), Biberach (- 1,3 %) oder Tuttlingen (- 4,8 %). Auch in den Kreisen Esslingen (- 1,0 %), Stuttgart (- 4,1 %) und Rastatt (- 7,1 %) wurden nennenswerte Verminderungen bei der Ortsdurchfahrtenbelastung festgestellt.

Auf der Grundlage der mittleren DTV-Werte in Baden-Württemberg sowie der Straßennetzlängen und der Anzahl der Tage im Jahr 1985 ergaben sich die Jahresfahrleistungen 1985 zu 27,4 Mrd. Fahrzeugkilometern (Fzkm) für die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und zu 12,9 Mrd. Fzkm für die Bundesautobahnen bzw. 40,2 Mrd. Fzkm für die Straßen des überörtlichen Verkehrs insgesamt und damit 8 % mehr als 1980 (37,3 Mrd. Fzkm) (vgl. Tabelle 9a bis 9c). Bei einem Anteil der Autobahnennetzlänge von nur 4,2 % an den gesamten freien Strecken der Überortsstraßen in Baden-Württemberg belief sich 1985 der Kfz-Fahrleistungsanteil der Bundesautobahnen an der Gesamtfahrleistung auf 32 % (1980: 31,6 %). Dabei ergaben sich auffallende Unterschiede bezogen auf Personenverkehr und Güterverkehr einerseits, aber auch bezogen auf die verschiedenen Raumtypen andererseits. So betrug diese Quote beim Personenverkehr 1985 rund 30,2 % (1980: 30,3 %), beim Güterverkehr dagegen fast 46 % (1980: 42 %). Sowohl beim Personenverkehr als auch beim Güterverkehr war der Kfz-Fahrleistungsanteil der Autobahnen jeweils am höchsten in den Landkreisen mit Verdichtungsräumen (44,9 % bzw. 63,9 %), in der Rangfolge schlossen sich dann gleichermaßen mit der nächsthöchsten Quote die Stadtkreise (31,5 % bzw. 50,4 %) sowie die ländlich geprägten Kreise an (26,2 % bzw. 39,3 %), die niedrigsten Werte wiesen jeweils die Landkreise mit Verdichtungsansätzen (22,0 % bzw. 36,5 %) auf. Diese Abstufungen hängen sicherlich zu einem wesentlichen Teil mit der unterschiedlichen streckenmäßigen Versorgung mit Autobahnen in den einzelnen Landesteilen zusammen, doch dürften auch noch andere Faktoren eine Rolle spielen; denn der netzmäßige Anteil der Autobahnen an den gesamten Straßen des überörtlichen Verkehrs ist in den Stadtkreisen (9,6 %) deutlich höher als in den Kreisen mit Verdichtungsräumen (6,3 %).

Verlagerungen beim Güterverkehr aufgrund verbessertem Autobahnnetz

Offensichtlich hat in den letzten Jahren verstärkt eine Verlagerung des Güterverkehrs auf das verbesserte Autobahnenstraßennetz stattgefunden; diese Entwicklung hat sicherlich auch zur Entlastung der Ortsdurchfahrten beigetragen. Während sich die Jahresfahrleistungen des Güterverkehrs von 1980 bis 1985 auf den überörtlichen Straßen (ohne Autobahnen) um rund 9 % auf 2,4 Mrd. Fzkm verringerten (vgl. Tabelle 9b), nahmen sie im gleichen Zeitraum auf den Autobahnen um 8 % auf jetzt über 2,0 Mrd. Fzkm zu (vgl. Tabelle 9c). Diese Tendenz fällt am stärksten auf in den ländlich geprägten Kreisen mit Veränderungsraten von - 9,9 % bzw. + 13 %. Die Jahresfahrleistungen des Güterverkehrs insgesamt gingen von 1980 bis 1985 um 1,7 % auf 4,39 Mrd. Fzkm (1980: 4,47 Mrd. Fzkm) zurück. Dies dürfte teilweise konjunkturell bedingt sein, zumal die Anfang der achtziger Jahre gesamtwirtschaftlich bedingten Rückschläge erst wieder aufgeholt werden mußten und der Straßengüternahverkehr in hohem Maße vom Baugewerbe abhängt. Teilweise dürften sich bereits aber auch Rationalisierungen im Güterverkehr bemerkbar machen durch verbesserte Auslastung der vorhandenen Ladekapazitäten der Lkw. Demgegenüber haben die Jahresfahrleistungen beim Personenverkehr von 1980 bis 1985 um über 9 % auf 35,85 Mrd. Fzkm zugenommen (1980: 32,8 Mrd. Fzkm). Eine vergleichsweise hohe Zuwachsrate ist dabei in den Stadtkreisen zu verzeichnen (+ 15 %), in den Landkreisen mit Verdichtungsansätzen betrug sie nur rund 7 %.

Wenn auch Baden-Württemberg - bei vereinzelten Lücken insbesondere im großräumigen Netzzusammenhang - im großen und ganzen mit einem ausreichenden Straßennetz für den überörtlichen Verkehr versorgt ist, so zeigen doch die gebietlichen und örtlichen Verdichtungen

immer wieder auf einzelne Engpaßsituationen hin. Das Ausmaß dieser Verdichtungen wird vor allem dann sichtbar, wenn man die durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärken einzelner Streckenabschnitte betrachtet und dann noch bedenkt, daß die Belastungen auf diesen Streckenabschnitten sich an bestimmten Tagen bzw. zu bestimmten Tageszeiten massieren. 1985 wurden die höchsten DTV-Werte an zwei Autobahnabschnitten um Stuttgart mit einem Jahresmittel von fast 82 000 Kfz/24 h, an den Urlaubswerktagen von sogar über 90 000 Kfz/24 h festgestellt.[8] Auf Teilstrecken von Ortsdurchfahrten wurden 1985 mittlere Verkehrsstärken ermittelt, die durchaus vergleichbar sind mit den durchschnittlichen Verkehrsstärken auf den Autobahnen, so z.B. in Fellbach (B 14: 39 000 Kfz/24 h), Wendlingen (B 313: 31 000 Kfz/24 h), Uhingen (B 10: 28 000 Kfz/24 h) oder Schorndorf (B 29: 27 000 Kfz/24 h).

Flächenmäßige Belastungen durch Straßenverkehr gehen über unmittelbare Landinanspruchnahme hinaus

Im Zusammenhang mit der Beseitigung von Verdichtungs- und Engpaßsituationen mittels Straßenneubaumaßnahmen wird seit Mitte der siebziger Jahre in verstärktem Maße die Frage der Belastung von Natur und Umwelt infolge von Ausweitungen des Verkehrswegenetzes aufgeworfen. Dabei wird nicht nur auf die zusätzliche Versiegelung und direkte Flächeninanspruchnahme durch Verkehrsbauten hingewiesen, sondern auch auf Folgewirkungen, die weit über die für diese Nutzung unmittelbar in Anspruch genommene Fläche hinaus auf mehr oder weniger große Nachbarflächen eintreten.[9] Was die flächenmäßige Belastung durch Straßen und Verkehrswege anbelangt, wird in der Regel als Indikator der sog. Landverbrauch herangezogen, der als Anteil der Verkehrsflächen an den Gesamtflächen zu bestimmen ist. Doch die Belastungen der Fläche gehen durch die technischen Auswirkungen des Kraftfahrzeugverkehrs darüber hinaus; zu berücksichtigen sind nämlich auch die Freiflächenbereiche, die durch Schadstoff- und Lärmimissionen betroffen sind.[10] Bevor nun im folgenden die regionale Struktur und Entwicklung von Verkehrs- und Straßenflächen behandelt wird, soll zunächst auf die Gliederung der gesamten Verkehrsfläche und ihre quantitative Zusammensetzung eingegangen werden (vgl. Übersicht 3).

Bei der Flächenerhebung 1985, deren Erhebungsprogramm das Nutzungsverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltung der Länder (AdV-Katalog) zugrundeliegt, wurde für Baden-Württemberg eine Verkehrsfläche von 175 785 ha oder 4,9 % der gesamten Gemarkungsfläche festgestellt. Davon entfielen 91,1 % oder 160 210 ha auf Straßen, Wege und Plätze und 8,9 % oder 15 575 ha auf Flächen, die dem schienengebundenen Verkehr und dem Luftverkehr dienen. Die Flächen des Straßenverkehrs umfassen dabei befestigte Flächen einschließlich Fußgängerzonen sowie die zu den Straßenflurstücken zugehörigen Nebenflächen, wie Trenn- und Seitenstreifen, Brücken, Gräben und Böschungen, Parkstreifen, Rad- und Gehwege. Nicht enthalten in der Verkehrsfläche der Flächenerhebung sind Flächen zu Lande, die dem Schiffsverkehr dienen (Hafenanlagen, Anlegestellen). Über die beiden genannten Aggregate hinaus (Flächen für Straßen, Wege und Plätze einerseits, Bahngelände und Flugplätze andererseits) gibt die Flächenerhebung eine weitere Untergliederung der Verkehrsfläche nach einzelnen Nutzungsar-

8 Straßenverkehrsentwicklung und Unfallgeschehen in Baden-Württemberg, Jahresvergleich 1985/1984 und langfristige Entwicklungen, Innenministerium Baden-Württemberg. –

9 Vgl. Bodenschutzprogramm 1986 Baden-Württemberg, herausgegeben vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg, S. 3.

10 Vgl. Landschaftsrahmenplan, Materialien zum Bodenschutz und zur Freiflächensituation in einzelnen Bereichen der Region Mittlerer Neckar, Regionalverband Mittlerer Neckar (Schriftenreihe Heft 20) Stuttgart 1986, S. 24.

Übersicht 3

Quantitative Aufgliederung der Verkehrsfläche 1985

Flächenerhebung	Schätzungen		Straßenstatistik
Aufgliederung mit Nachweis der Flächen für Straße, Wege, Plätze sowie der Flächen für Schienen- und Luftverkehr	Verhältnisschätzung zur Aufgliederung der Flächen für Wege und Plätze auf Grundlage vorliegender ALB-Ergebnisse[1]	Regressionsschätzung zum Nachweis der Gemeindestraßenflächen[2]	Aufgliederung der Flächen[2] für die Straßen des überörtlichen Verkehrs nach Straßenarten sowie nach freien Strecken (FS) und Ortsdurchfahrten (OD)
Verkehrsfläche 175 785 ha (100%)	Wege, Plätze 72 000 ha (41,0%)	Gemeindestraßen 38 900 ha (22,1%)	Straßen des überörtlichen Verkehrs 49 310 ha (28,1%)
davon Straßen, Wege, Plätze 160 210 ha (91,1%)	davon Flächen der Wege 70 500 ha (40,1%) Plätze 1 500 ha (1%)	Flächen der Gemeindestraßen 38 900 ha (22,1%)	davon Freie Strecken 44 200 ha (25,1%) FS der Bundesfernstraßen 17 300 ha (9,8%) FS der Landes- und Kreisstraßen 26 900 ha (15,3%) Ortsdurchfahrten[3] 5 110 ha (2,9%)
Schienen- und Luftverkehr 15 575 ha (8,9%)	Schienenverkehr 8 400 ha (4,8%)[4] Luftverkehr 7 175 ha (4,1%)[5]		

1) ALB = Automatisiertes Liegenschaftsbuch. — 2) Einschließlich Nebenflächen. — 3) Ortsdurchfahrten aller klassifizierten Straßen. — 4) Schätzung auf Grundlage der Streckenlängen 1985. — 5) Ermittlung über Differenzrechnung.

ten nicht her, wie z.B. Flächen nur für Straßen oder Flächen nur für Wege. Nach der traditionellen Bodennutzungshaupterhebung liegt die Verkehrswegefläche lediglich als Gesamtsumme für Straßen, Wege, Plätze und Bahngelände vor. Die Frage nach dem Umfang der versiegelten Verkehrsflächen ist über die Ergebnisse der beiden einschlägigen Erhebungen zur Bodennutzung ohnehin nicht zu beantworten. Nur neue und verbesserte Erhebungsverfahren (Luftbildauswertung, automatisiertes Liegenschaftskataster mit tiefergegliedertem Nutzungsartennachweis) lassen die eigentlich notwendigen, differenzierteren Informationen zur Flächennutzung im Verkehrsbereich erwarten.

Das automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) wird künftig Grundlage sein zum regionalen Nachweis der einzelnen Positionen der Verkehrsfläche, getrennt nach Straßen, Wege, Plätze sowie ergänzend für die Straßenflächen nach den klassifizierten Straßenarten. Die bisher vorliegenden Angaben für etwa 730 Gemarkungen mit ALB in Baden-Württemberg lassen allenfalls eine vorläufige Schätzung hinsichtlich des Anteils der einzelnen Verkehrsflächenarten zu. Demnach wird aber die Gesamtaufgliederung der Straßenflächen (100 %) nach Flächen der Straßen des überörtlichen Verkehrs (55 %) und Flächen der Gemeindestraßen (45 %) bestätigt, die auf Grundlage der Angaben aus der Straßenstatistik unter Berücksichtigung von Schätzfaktoren für die Nebenflächen berechnet wurde (56 % bzw. 44 %). Bei der regionalen Betrachtung kommen bemerkenswerte Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der Verkehrsflächenarten zum Ausdruck (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10

Verkehrsflächenanteile in 730 Gemarkungen mit automatisiertem Liegenschaftsbuch (ALB)

Zuordnung der Gemarkungen	Anteil an Flächen für Straßen, Wege und Plätze insgesamt			Anteil an Straßenflächen insgesamt	
	Straßen	Wege	Plätze	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Gemeindestraßen
	%				
Alle Gemarkungen	44,3	55,0	0,7	55,2	44,8
Gemarkungen im ländlichen Raum	41,5	58,0	0,5	58,8	41,2
Übrige Gemarkungen	52,5	46,3	1,2	46,8	53,2

So fällt bei den Gemarkungen im ländlichen Raum der hohe Anteil von Wegeflächen und Flächen für Straßen des überörtlichen Verkehrs auf im Vergleich zu den Gemarkungen in Verdichtungsräumen und Verdichtungsbereichen. In den agrarwirtschaftlich dominierten Landesteilen besteht ein dichteres Netz an land- und forstwirtschaftlichen Wegen und aufgrund der geringeren Siedlungsdichte ist der Straßenerschließungsaufwand bezüglich überörtlicher Straßen größer, im Verhältnis dazu sind jedoch weniger Erschließungsstraßen vorhanden. Wenn damit auf der einen Seite die vorliegenden Ergebnisse der 730 ALB-Gemarkungen durchaus plausible Flächenverhältnisse bezogen auf einzelne Verkehrsflächenarten und Raumtypen widerspiegeln, so erscheint auf der anderen Seite ein Wegelandanteil mit 55 % an den Flächen für Straßen, Wege und Plätze bzw. rund 50 % an der Verkehrsfläche insgesamt zu hoch. Das entspräche nämlich einem Wegeland in Höhe von 88 000 ha. Aber ausgehend von der über die Flächenerhebung bekannten Fläche für Straßen, Wege und Plätze läßt sich mittels einer Differenzrechnung, d.h durch Abzug der über die Straßenstatistik ableitbaren Straßenflächen überschlagsmäßig ermitteln, daß das Wegeland wohl rund 40 % der Verkehrsfläche ausmacht, wenn gleichzeitig bei der Residualfläche für Wege und Plätze die Verhältnisse der 730 ALB-Gemarkungen unterstellt werden. Damit würde das Wegeland sich in Baden-Württemberg auf schätzungsweise 70 000 ha belaufen und die Flächen für die Straßen des überörtlichen Verkehrs um etwa 40 % und die für die Gemeindestraßen um sogar 80 % übertreffen.

Etwa 40 % der Verkehrsfläche entfallen auf Wegeland

Es ist zu beachten, daß das im Liegenschaftskataster erfaßte Wegeland nicht als die Fläche des Netzes der land- und forstwirtschaftlichen Wege zu interpretieren ist. Landwirtschaftliche Wege sind nur berücksichtigt, wenn sie eigenständige Flurstücke sind. Die Waldwege wurden nach dem Waldgesetz als Flurstücke aufgegeben und sind deshalb in der Regel nicht enthalten, es sei denn, daß ein Waldweg noch als Flurstück existiert. So handelt es sich beim Wegeland der Flächenerhebung im allgemeinen um einen Teil der landwirtschaftlichen Wege sowie Wohnwege, Fußgängerwege und sonstige nicht als Straße zuordenbare Verbindungen. Die geänderte Flächenzuordnung von unter 5 m breiten Waldwege zur Waldfläche - 1981 waren diese noch bei der Verkehrsfläche nachgewiesen worden - hat zu einem methodisch bedingten Rückgang des in der Flächenerhebung erfaßten Wegelands 1985 gegenüber 1981 geführt. Über den landwirtschaftlichen Wegebau im Zuge der Flurbereinigung liegen jährliche Längenangaben für befestigte und nichtbefestigte Wege vor; demnach wurden einschließlich der außerhalb der Flurbereinigung durchgeführten Wegebaumaßnahmen, die amtlicherseits im Bereich der Wasserwirtschaft erfaßt werden, in den sechziger Jahren

Tabelle 11

Flächeninanspruchnahme des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr 1985

Kreistypen	Gesamtkronenfläche der überörtlichen Straßen [1]						Schadstoff-zone [2]	Verlärmungs-zone [2]
	1985 [3]	Veränderung 1985 gegen 1981	Anteil an				Anteil an Gesamtfläche	
			Straßen, Wege, Plätze	Verkehrs-fläche	Siedlungs-fläche	Gesamt-fläche		
	ha	%						
Verdichtungsraum	1 180	+ 5,6	11,0	9,1	2,9	0,9	14,4	26,1
Randzone	3 570	+ 3,4	16,1	14,8	5,5	1,0	12,6	25,2
Verdichtungsbereich	6 173	+ 5,7	16,3	15,0	6,1	0,7	10,4	21,0
Ländlicher Raum	14 821	+ 4,1	16,6	15,3	7,2	0,7	9,5	19,2
Baden-Württemberg	25 741 [2]	+ 4,4	16,1	14,6	6,3	0,7	10,2	20,5

1) Einschließlich Ortsdurchfahrten. – 2) Nur freie Strecken: 22 300 ha. – 3) Abweichungen in der Summe durch Runden der Zahlen.

gut 26 900 km, in den siebziger Jahren knapp 20 000 km und von 1980 bis 1985 etwa 8 000 km landwirtschaftliche Wege neu gebaut. In diese Bilanz sind nicht eingegangen die weggefallenen Wege im Rahmen der Flurbereinigung, aber auch nicht die von Gemeinden oder Privaten angelegten Wege. Unterstellt man für die o.g. neubefestigten Wege (insgesamt rund 55 000 km) eine durchschnittliche Breite von 3-4 m, so entspricht bereits dieses Wegeland einer Fläche von fast 20 000 ha. Bei einer angenommenen Wegedichte von 4 km je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche würde sich das gesamte landwirtschaftliche Wegenetz in Baden-Württemberg auf etwa 72 000 km mit einer Fläche von 25 000 ha belaufen.

Kronenfläche der Überortsstraßen nur 0,6 % der gesamten Gebietsfläche

Nach den Angaben der Straßendatenbank belief sich die Gesamtkronenfläche der Straßen des überörtlichen Verkehrs 1985 auf 22 300 ha (vgl. Tabelle 11). Um eine mit den Nachweisungen der Flächenerhebung vergleichbare Flächengröße zu erhalten, müssen neben den in der Straßendatenbank enthaltenen befestigten Flächen, Mittelstreifen und Bankettflächen auch die darüber hinausgehenden üblicherweise zu den Straßenflurstücken fehlenden Nebenflächen hinzugerechnet werden, insbesondere Mulden und Böschungen. Unter Berücksichtigung von aus der Straßenstatistik 1981 stammenden Flächenfaktoren für diese Nebenflächen, die je nach Straßenarten unterschiedlich ausfallen, ist die Gesamtfläche für die Straßen des überörtlichen Verkehrs 1985 auf 49 400 ha oder 28 % der Verkehrsflächen zu veranschlagen; davon sind 44 200 ha den freien Strecken und 5 200 ha den Ortsdurchfahrten zuzurechnen. Von den Flächen außerhalb der Ortsdurchfahrten sind etwa 22 000 ha Nebenflächen, die ganz überwiegend mit dem Ziel eines naturnahen Zustandes gepflegt werden. Die Flächenbelastung durch die freien Strecken des überörtlichen Straßenverkehrs stellt sich recht verschieden dar, je nachdem ob die Fahrbahnbreite, die Kronenfläche, die Gesamtfläche oder die durch den Straßenverkehr bewirkte Schadstoff- bzw. Verlärmungszone betrachtet wird (vgl. Tabelle 12).

Bei den Immissionsbereichen der Verkehrswege (Schadstoff- bzw. Verlärmungszone) wird unterstellt, daß durch den Straßenverkehr je nach Verkehrsdichte in unterschiedlichem Ausmaß Freiflächenbereiche durch Lärm und Abgase beeinträchtigt sind; so geht eine Untersuchung des Regionalverbands Mittlerer Neckar [11] davon aus, daß für die

11 Vgl. Fußnote 9.

Tabelle 12

Flächenbelastung durch Verkehrswege
— Freie Strecken der Straßen des überörtlichen Verkehrs —

Belastete Fläche	Fahrbahnfläche (befestigte Flächen)	Kronenfläche (befestigte Flächen einschließlich Mittelstreifen und Bankette)	Gesamtfläche (Kronenfläche einschließlich Nebenflächen[1])	Schadstoffzone	Verlärmungszone
In ha	16 307	22 298	44 200	363 825	736 880
In %[2]	0,46	0,62	1,21	10,2	20,5

1) Mulden und Böschungen. — 2) Anteil an Gesamtfläche.

Schadstoffzone bzw. die Verlärmungszone beiderseits der Autobahnen mindestens 100 bzw. 250 m anzusetzen sind, beiderseits der Bundes- und Landesstraßen auf mindestens 75 bzw. 150 m sowie beiderseits der Kreisstraßen auf mindestens 50 bzw. 100 m.

Überdurchschnittliche Zunahme der Verkehrsfläche in den verdichteten Landesteilen

Im ländlichen Raum hat die Verkehrswegefläche in den sechziger und siebziger Jahren unterdurchschnittlich zugenommen (vgl. Tabelle 13); auch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre lag die Zuwachsrate der Verkehrsfläche in den ländlichen Gebieten unterhalb der Steigerungsrate in den anderen Landesteilen (vgl. Tabelle 14). Nach der Flächenerhebung 1985 ist die Dichte der Straßen-, Wege- und Platzflächen in den Verdichtungsräumen und -bereichen besonders hoch (vgl. Schaubild 7). Bei örtlich durchaus unterschiedlichen Tendenzen (vgl. Schaubild 8) hatte sich von 1981 bis 1985 die Fläche für Straßen, Wege und Plätze vergleichsweise stark in den Ballungsgebieten (+ 3,9 %) erhöht (vgl. Tabelle 15). Die Straßenbaumaßnahmen im Land waren Anfang der achtziger Jahre weniger durch Neubau als durch Ausbau bestimmt. Dies wird bestätigt durch die Entwicklung der Gesamtkronenfläche der überörtlichen Straßen verglichen mit der Längenentwicklung. Das Überortsstraßennetz wurde nämlich von 1981 bis 1985 nur um 1,1 % erweitert, dagegen hat im gleichen Zeitraum die Ge-

Tabelle 13

Regionale Entwicklung der Verkehrswegefläche*) 1960 bis 1978

Raumtypen[1]	Verkehrswegefläche			Anteil der Verkehrswegefläche 1978 an der	
	1978[2]	Anteil am Land insgesamt	Veränderung 1978 gegen 1960	Siedlungsfläche	Gemarkungsfläche
	ha	%			
Verdichtungsraum	27 516	16,7	+ 29,9	32,5	7,4
Randzone	29 348	17,8	+ 31,1	41,0	5,3
Verdichtungsbereich	16 470	10,0	+ 34,3	39,5	5,5
Ländlicher Raum	91 752	55,5	+ 24,2	51,0	4,0
Baden-Württemberg	165 089	100	+ 27,3	43,7	4,7

*) Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung. — 1) Nach Landesentwicklungsplan 1983. — 2) Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

Schaubild 7

Anteil der Straßen-, Wege- und Platzflächen an der Gemarkungsfläche in den Gemeinden Baden-Württembergs 1985

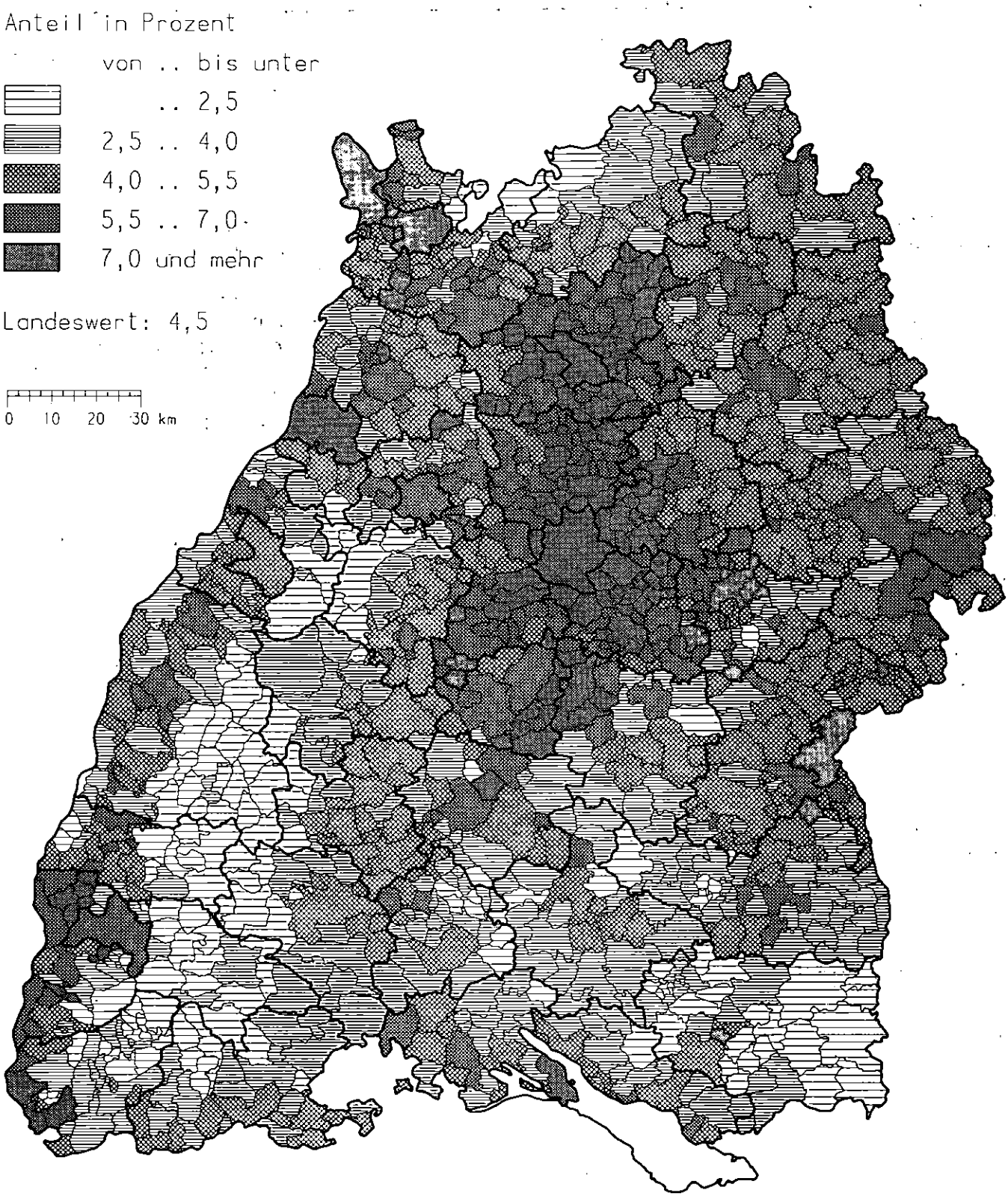


Schaubild 8

Veränderung der Straßen-, Wege- und Platzflächen in den Gemeinden Baden-Württembergs 1985/1981

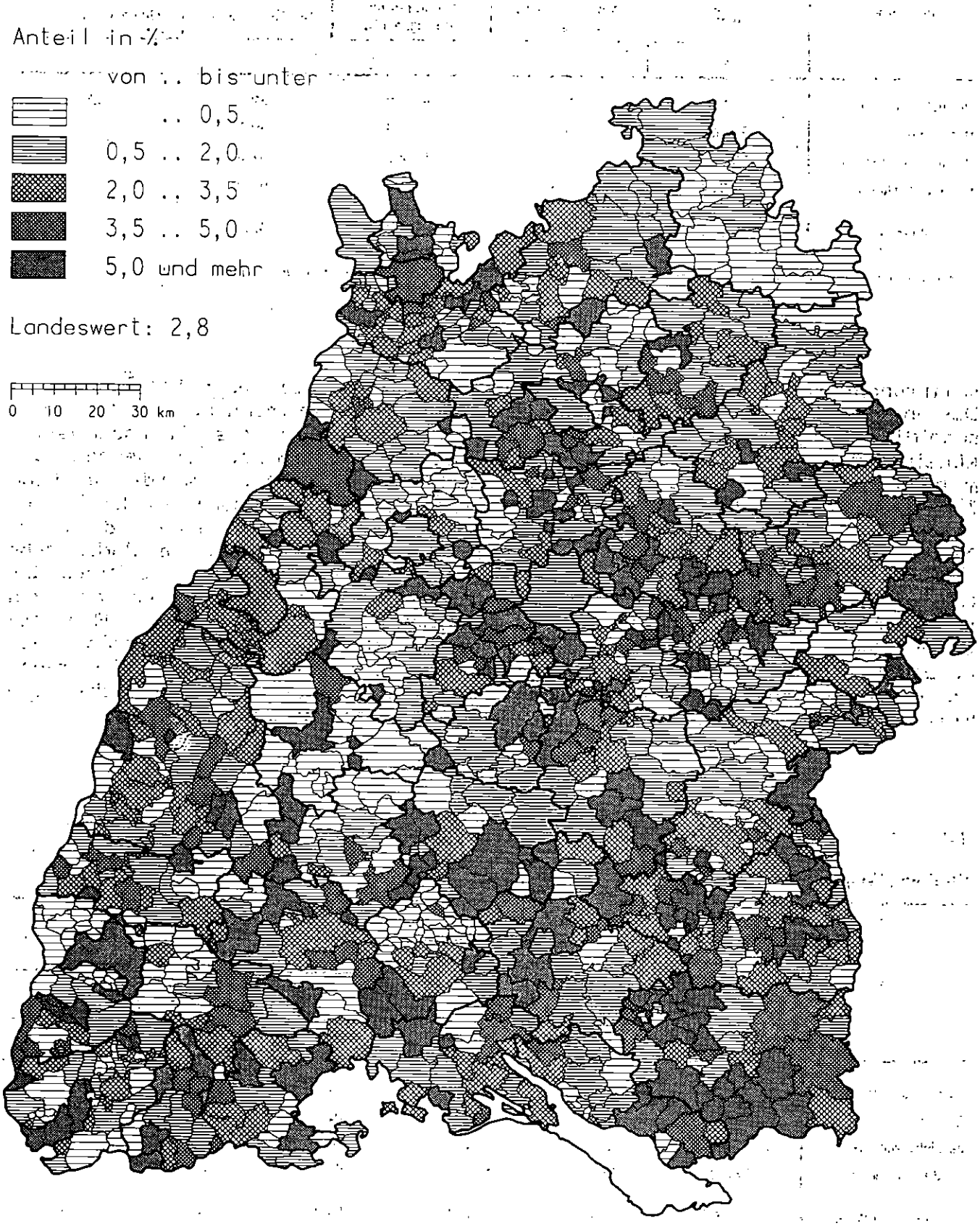


Tabelle 14

Regionale Entwicklung der Verkehrsfläche*) 1981 bis 1985

Raumtypen[1]	Verkehrsfläche			Anteil der Verkehrsfläche 1985 an	
	1985[2]	Anteil am Land insgesamt	Veränderung 1985 gegen 1981	Siedlungsfläche	Gemarkungsfläche
	ha	%			
Verdichtungsraum	29 870	17,0	+ 3,3	32,6	8,8
Randzone	32 007	18,2	+ 2,5	39,6	5,6
Verdichtungsbereich	16 237	9,2	+ 2,8	37,3	5,6
Ländlicher Raum	97 637	55,6	+ 2,0	49,9	4,1
Baden-Württemberg	175 753	100	+ 2,4	42,7	4,9

*) Ergebnisse der Flächenerhebung. — 1) Nach Landesentwicklungsplan 1983. — 2) Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

samtkronenfläche um 4,4 % zugenommen. Das entspricht einer Zunahme der durchschnittlichen Straßenbreite im Mittel der klassifizierten Straßen von 9,20 auf 9,70 m bei den freien Strecken und 7,35 auf 7,55 m bei den Ortsdurchfahrten.

300 ha Straßenfläche rekultiviert

Gleichwohl wurde die Entwicklung gerade in den letzten Jahren durch landschaftsschonenden und flächensparenden Straßenbau bestimmt, indem verstärkt Querschnittsverringerungen durchgeführt wurden. Auch die Rekultivierung nicht benötigter Straßen oder Straßenteile ist in diesem Zusammenhang als Maßnahme zur Reduzierung des Landschaftsverbrauchs im Straßenbau zu nennen. Innerhalb von 10 Jahren wurden im Land etwa 300 ha Straßenfläche wieder in eine dem Naturhaushalt dienende und im biologischen Sinne produktive Bodenfläche zurückverwandelt; für den Zeitraum bis 1990 sind weitere Rekultivierungen von Straßenflächen im Umfang von 100 ha geplant. Dreistreifige Straßenführungen anstelle von zweibahnigen Bundesstraßen haben sich bis auf einige Versuchsstrecken bisher nicht durchgesetzt.

Tabelle 15

Straßen-, Wege- und Platzflächen 1985

Kreistypen	Straßen, Wege, Plätze					
	1985[1]	Anteil am Land	Veränderung 1985 gegen 1981	Anteil an		
				Verkehrsfläche	Siedlungsfläche	Gesamtfläche
	ha	%				
Verdichtungsraum	26 090	16,3	+ 3,9	87,3	28,4	7,6
Randzone	29 515	18,4	+ 2,5	92,2	36,4	5,1
Verdichtungsbereich	14 295	8,9	+ 3,7	88,0	32,8	4,9
Ländlicher Raum	90 275	56,4	+ 2,4	92,4	46,1	3,8
Baden-Württemberg	160 178	100	+ 2,8	91,1	38,9	4,4

1) Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

Zusammenfassung

- Auf dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Versorgungslücken bei der verkehrlichen Infrastruktur und um Belastungen durch jedwede Ausweitung der Verkehrswege wird ein Gesamtüberblick über Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Verkehrsnetzes und der Verkehrsleistungen im Land gegeben. Gegenstand regionaler Untersuchungen sind die Versorgungsstruktur des Straßennetzes bezogen auf Gebietsfläche, Einwohnerzahlen, Kraftfahrzeugbestand und Motorisierungsgrad sowie die Belastungssituation, was die Flächeninanspruchnahme durch das Verkehrswegenetz anbelangt.

- Im Gesamtverkehrsnetz des Landes kommt den Straßen eine besondere Bedeutung zu: Beim Personenverkehr entfallen über 80 % des Verkehrsaufkommens auf den Individualverkehr und weitere 14 % auf den öffentlichen Straßenpersonenverkehr sowie beim Güterverkehr insgesamt gut 70 % der Verkehrsmengen auf den Straßengüternahverkehr und weitere 12 % auf den Straßengüterfernverkehr.

- Während der Kraftfahrzeugbestand innerhalb des zurückliegenden Jahrzehnts weiterhin kräftig zugenommen hat (+ 47 %), ist im gleichen Zeitraum eine nur geringe Ausweitung der Straßen des überörtlichen Verkehrs um knapp 2 % auf rund 27 900 km erfolgt. Die Gemeindestraßen dürften um über 15 % auf schätzungsweise 50 000 km zugenommen haben. Dementsprechend wäre das gesamte Straßennetz in Baden-Württemberg mit etwa 78 000 km um beinahe 40 % größer als Anfang der sechziger Jahre.

- Bei den Überortsstraßen wurde seit Mitte der siebziger Jahre der qualitativen Verbesserung des Verkehrsgeschehens mit dem Prinzip Ausbau statt Neubau der Vorrang eingeräumt. Kapazitätsmäßig echte, d.h. auf Neubauten zurückzuführende Zunahmen nennenswerten Ausmasses erfolgten vor allem bei den Bundesautobahnen (+ 30 %) und in vergleichsweise geringem Umfang bei den Bundesstraßen (+ 5 %).

- Was die Versorgung mit Straßen des überörtlichen Verkehrs anbelangt, so sind regional bemerkenswerte Unterschiede bezogen auf Gebiete mit ähnlichen Strukturmerkmalen festzustellen. So schneiden beim flächenmäßigen Erschließungsgrad die verdichteten Landesteile vergleichsweise gut ab mit über 100 km je 10 000 ha Gebietsfläche in den Stadtkreisen gegenüber 75 km in den ländlich geprägten Kreisen (Landesdurchschnitt: 80 km).

- In den ländlichen Gebieten ist ein relativ hoher Motorisierungsgrad mit 540 Kraftfahrzeugen je 1000 Einwohner festzustellen gegenüber rund 460 Kraftfahrzeugen in den Stadtkreisen, in denen ein besseres Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln besteht.

- Die durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärken (DTV) für die freien Strecken auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs waren 1985 am höchsten in den Stadtkreisen mit einem hohen Bundesfernstraßenanteil, am niedrigsten in ländlich geprägten Kreisen mit einem hohen Kreisstraßenanteil. Eine überdurchschnittliche Zunahme der DTV-Werte auf den freien Strecken war 1985 gegenüber 1980 in den Kreisen zu verzeichnen, in denen ein Ausbau des Bundesfernstraßennetzes erfolgte.

- Die Entwicklung der durchschnittlichen Verkehrsstärken auf den Ortsdurchfahrten zeigt, daß vielerorts die Belastungen der Ortsdurchfahrten durch den Straßenverkehr aufgrund von Umgehungen oder großräumigen Anbindungen stark abgebremst oder sogar reduziert werden konnten.

- Sowohl beim Personen- als auch Güterverkehr sind bezogen auf die verschiedenen Raumtypen auffallende Unterschiede hinsichtlich des Fahrleistungsanteils der Bundesautobahnen an der Gesamtleistung festzustellen mit 45 % bzw. 64 % in den Landkreisen mit Verdichtungsräumen sowie 32 % bzw. 50 % in den Stadtkreisen dagegen mit 26 % bzw. 39 % in den ländlich geprägten Kreisen.

- In den zurückliegenden Jahren hat offensichtlich verstärkt eine Verlagerung

des Güterverkehrs auf das verbesserte Autobahnstraßennetz stattgefunden. Während sich die Jahresfahrleistungen des Güterverkehrs insgesamt von 1980 bis 1985 auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen um rund 9 % verringerten, nahmen sie gleichzeitig auf den Autobahnen um 8 % zu. Diese Tendenz fällt am stärksten auf in den ländlich geprägten Kreisen mit - 10 % bzw. + 13 %.

- Von der gesamten Verkehrsfläche (176 000 ha) entfallen rund 40 % oder 70 600 ha auf Wegeland; damit übertreffen die Wegeflächen einerseits die Flächen für Straßen des überörtlichen Verkehrs (49 400 ha) und andererseits die Flächen für Gemeindestraßen (38 900 ha). In den ländlichen Gebieten ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Wegeflächen und an Flächen für Überortsstraßen festzustellen.

- Bezogen auf die Gesamtfläche stellt sich die Flächeninanspruchnahme der freien Strecken der überörtlichen Straßen recht verschieden dar, je nachdem ob die Fahrbahnflächen (16 300 ha oder 0,5 %), die Kronenfläche (22 300 ha oder 0,6 %), die Gesamtfläche einschließlich Mulden und Böschungen (44 200 ha oder 1,2 %), die Schadstoffzone (364 000 ha oder 10,2 %) oder die Verlärmungszone (737 000 ha oder 21 %) betrachtet werden. Durch die technisch bedingten Auswirkungen des Kraftfahrzeugverkehrs gehen die flächenmäßigen Belastungen durch den Straßenverkehr weit über die unmittelbare Landinanspruchnahme hinaus.

- In den achtziger Jahren ist eine überdurchschnittliche Zunahme der Verkehrsflächen in den Verdichtungsräumen und -bereichen festzustellen. Die Entwicklung der Gesamtkronenfläche der überörtlichen Straßen (+ 4,4 %) verglichen mit der Längenentwicklung (+ 1,1 %) bestätigt, daß die Straßenbaumaßnahmen in den zurückliegenden Jahren weniger durch Neubau als durch Ausbau bestimmt wird. Gleichwohl wurde die Entwicklung gerade in den letzten Jahren durch einen landschaftsschonenden und flächensparenden Straßenbau bestimmt, wobei auch die Rekultivierung nicht mehr benötigter Straßen oder Straßenteile als Instrument zur Reduzierung des Landschaftsverbrauchs im Straßenbau zu nennen ist.

Anhang

Stamp

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt:

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn (Abt. 1)

Dr. Ehrentraut Graw (Abt. 2)

Dr. Klaus Keller (Abt. 1)

Dr. Gerhard Maag (Abt. 3)

Dr. Gerd Rückert (Abt. 2)

Dipl.- Volkswirt Herbert Sinn (Abt. 4)

Dipl.- Volkswirt Manfred Wörner (Abt. 2)

Tabelle 1

Schülerbewegung zwischen den weiterführenden Schulen*)

Jahr	Klassenstufe	Hauptschule – Realschule				Hauptschule – Gymnasium				Realschule – Gymnasium			
		HS – RS		RS – HS		HS – Gy		Gy – HS		RS – Gy		Gy – RS	
		absolut	%[1]	absolut	%[1]	absolut	%[1]	absolut	%[1]	absolut	%[1]	absolut	%[1]
1970	5	179	16,1	474	21,9	45	33,1	290	26,1	66	4,6	436	11,3
	5 – 10	1 115	100	2 169	100	136	100	1 111	100	815	56,3	3 864	100
	11	–	–	–	–	–	–	–	–	629	43,6	–	–
	5 – 13	1 115	100	2 169	100	136	100	1 111	100	1 444	100	3 864	100
1975	5	.	.	1 414	28,7	449	52,5	858	44,2	101	5,9	433	8,1
	5 – 10	.	.	4 933	100	856	100	1 943	100	956	55,6	5 359	100
	11	–	–	–	–	–	–	–	–	762	44,4	–	–
	5 – 13	.	.	4 933	100	856	100	1 943	100	1 718	100	5 359	100
1980	5	4 013	70,5	110	4,1	543	63,2	9	1,7	38	2,8	196	5,6
	5 – 10	5 691	100	2 701	100	859	100	543	100	1 043	77,0	3 526	100
	11	–	–	–	–	–	–	–	–	309	23,0	–	–
	5 – 13	5 691	100	2 701	100	859	100	543	100	1 334	100	3 526	100
1985	5	1 460	57,5	13	0,7	207	45,4	5	2,3	18	2,4	96	3,1
	5 – 10	2 541	100	1 849	100	456	100	220	100	492	66,8	3 062	100
	11	–	–	–	–	–	–	–	–	245	33,2	–	–
	5 – 13	2 541	100	1 849	100	456	100	220	100	737	100	3 062	100

*) Öffentliche und private Schulen. – 1) Prozentualer Anteil der Wechsler an der Gesamtzahl der Wechsler.

Tabelle 2

Zur Fachschulreife führende Berufsfachschulen nach Schultyp*)

Schultyp	Schuljahr	Schüler im ersten Ausbildungsjahr mit Hauptschulabschluß						Schüler insgesamt					
		männlich		weiblich		zusammen		männlich		weiblich		zusammen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wirtschaftlich	1980	3 551	53,6	6 627	56,0	10 178	55,2	6 591	54,7	12 430	56,7	19 021	56,0
	1985	2 719	55,0	5 016	55,1	7 735	55,1	4 955	55,7	8 901	53,8	13 856	54,4
Gewerblich-technisch	1980	2 802	42,4	224	1,9	3 026	16,4	5 014	41,6	359	1,6	5 373	15,8
	1985	1 998	40,4	118	1,3	2 116	15,1	3 534	39,8	203	1,2	3 737	14,7
Landwirtschaftlich	1980	89	1,3	25	0,2	114	0,6	151	1,3	48	0,2	199	0,6
	1985	48	1,0	24	0,3	72	0,5	106	1,2	47	0,3	153	0,6
Haus- und ernährungswirtschaftlich	1980	181	2,7	4 956	41,9	5 137	27,8	289	2,4	9 081	41,4	9 370	27,6
	1985	178	3,6	3 936	43,3	4 114	29,3	296	3,3	7 408	44,7	7 704	30,3
Insgesamt	1980	6 623	100	11 832	100	18 455	100	12 045	100	21 918	100	33 963	100
	1985	4 943	100	9 094	100	14 037	100	8 891	100	16 559	100	25 450	100

*) Öffentliche und private Schulen.

Tabelle 3

Zahl der Schüler an ausgewählten Schulen*) des beruflichen Schulsystems nach Schularten

Jahr	Schüler an					
	Berufsfachschulen zur Fachschulreife führend (BFS)	Berufsaufbau-schulen (BAS)	Berufskolleg (BK)	Fachschulen[1] (FS)	beruflichen Gymnasien (BGy)	Berufsober-schulen (BOS) TO/WO
	Anzahl					
	insgesamt					
1960	3 675	127		21 026		
1965	4 929	2 121		18 789		
1970	20 281	2 348	4 539	21 950	13 678	651
1975	29 276	2 642	9 540	32 767	21 680	687
1980	33 963	1 928	19 579	27 633	30 066	1 120
1985	25 450	1 089	28 978	30 713	30 753	971
	darunter weiblich					
1960	2 589			8 825		
1965	3 345	59		8 586		
1970	11 608	320	3 825	10 460	4 643	4
1975	17 517	712	7 627	18 716	8 726	43
1980	21 918	583	14 611	15 086	12 856	156
1985	16 559	281	19 899	17 724	12 763	172

*) Öffentliche und private Schulen. — 1) Einschließlich Techniker- und Gesundheitsschulen.

Tabelle 4

Altersstruktur der Schüler an beruflichen Schulen*) nach ausgewählten Schularten 1984/85

Alter	Berufsfachschulen zur Fachschulreife führend			Berufsaufbau-schulen			Berufskollegs			Fachschulen		
	absolut	%	kumuliert	absolut	%	kumuliert	absolut	%	kumuliert	absolut	%	kumuliert
15 und jünger	4 712	16,9	16,9	–	–	–	57	0,2	0,2	–	–	–
16	11 331	40,7	57,6	–	–	–	3 261	11,6	11,8	–	–	–
17	8 316	29,9	87,5	–	–	–	5 954	21,1	32,9	–	–	–
18	2 568	9,2	96,7	104[1]	9,0	9,0	5 069	18,0	50,9	–	–	–
19	620	2,2	98,9	246	21,3	30,3	4 418	15,7	66,6	–	–	–
20	191	0,7	99,6	225	19,4	49,7	3 702	13,1	79,7	2 664[1]	27,0	27,0
21	66	0,2	99,8	165	14,3	64,0	2 468	8,7	88,4	839	8,5	35,5
22	54[2]	0,2	100	417[2]	36,0	100	3 259[2]	11,6	100	877	8,9	44,4
23	–	–	–	–	–	–	–	–	–	990	10,0	54,4
24	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1 026	10,4	64,8
25	–	–	–	–	–	–	–	–	–	782	7,9	72,7
26	–	–	–	–	–	–	–	–	–	621	6,3	79,0
27 und älter	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2 067	21,0	100

*) Öffentliche und private Schulen — 1) Und jünger. — 2) Und älter.

Berufliche Gymnasien			Berufsober-schulen TO/WO		
absolut	%	kumuliert	absolut	%	kumuliert
–	–	–	–	–	–
3 493[1]	11,0	11,0	–	–	–
7 639	24,1	35,1	–	–	–
9 480	29,9	65,0	–	–	–
6 772	21,3	86,3	75[1]	7,5	7,5
2 703	8,5	94,8	199	19,9	27,4
1 655[2]	5,2	100	237	23,8	51,2
–	–	–	487[2]	48,8	100
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–

Zu II/2.2

Tabelle 1

Beschäftigte insgesamt bzw. in Informationsberufen nach Kreisen*) 1979 und 1986

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte insgesamt		Darunter im						Veränderung der Beschäftigten insgesamt 1986 gegen 1979	Anteil der Beschäftigten im Informationssektor (I + II + III) an den Beschäftigten insgesamt	
			Informationssektor im engeren Sinne (I)			Informationssektor im weiteren Sinne einschließlich Infrastrukturberufe (I + II + III)					
	1979	1986	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979	1979	1986	Veränderung 1986 gegen 1979		1979	1986
	Anzahl			%	Anzahl		%				
Stadtkreis											
Stuttgart, Landeshauptstadt	358 607	358 796	125 676	133 403	+ 6,1	161 039	168 439	+ 4,6	+ 0,1	44,9	46,9
Landkreise											
Böblingen	118 708	140 856	26 188	32 643	+ 24,6	33 691	41 503	+ 23,2	+ 18,7	28,4	29,5
Esslingen	161 299	170 830	34 153	38 763	+ 13,5	46 686	52 851	+ 13,2	+ 5,9	28,9	30,9
Göppingen	79 380	81 486	14 543	16 577	+ 14,0	19 916	22 456	+ 12,8	+ 2,7	25,1	27,6
Ludwigsburg	135 485	141 258	30 885	35 546	+ 15,1	40 770	46 468	+ 14,0	+ 4,3	30,1	32,9
Rems-Murr-Kreis	109 482	116 819	22 275	26 813	+ 20,4	30 700	36 193	+ 18,2	+ 6,7	28,0	30,1
Region Mittlerer Neckar	962 961	1 010 045	253 720	283 745	+ 11,8	332 802	367 910	+ 10,5	+ 4,9	34,6	36,4
Stadtkreis											
Heilbronn	58 722	59 183	14 366	15 129	+ 5,3	19 967	21 175	+ 6,0	+ 0,8	34,0	35,8
Landkreise											
Heilbronn	61 254	73 049	10 263	12 359	+ 20,4	13 610	16 066	+ 18,0	+ 19,3	22,2	22,0
Hohenlohekreis	26 960	30 118	4 725	5 693	+ 20,5	7 229	8 595	+ 18,9	+ 11,7	26,8	28,5
Schwäbisch Hall	44 961	49 436	9 837	11 429	+ 16,2	12 682	14 585	+ 15,0	+ 10,0	28,2	29,5
Main-Tauber-Kreis	36 056	39 612	6 144	7 525	+ 22,5	7 995	9 567	+ 19,7	+ 9,9	22,2	24,2
Region Franken	227 953	251 398	45 335	52 135	+ 15,0	61 483	69 988	+ 13,8	+ 10,3	27,0	27,8
Landkreise											
Heidenheim	45 396	45 899	8 482	9 554	+ 12,6	11 221	12 306	+ 9,7	+ 1,1	24,7	26,8
Ostalbkreis	91 969	94 433	17 617	20 044	+ 13,8	23 289	25 983	+ 11,6	+ 2,7	25,3	27,5
Region Ostwürttemberg	137 365	140 332	26 099	29 598	+ 13,4	34 510	38 289	+ 11,0	+ 2,2	25,1	27,3
Regierungsbezirk Stuttgart	1 328 279	1 401 775	325 154	365 478	+ 12,4	428 795	476 187	+ 11,1	+ 5,5	32,3	34,0
Stadtkreise											
Baden-Baden	22 728	24 153	5 487	6 201	+ 13,0	7 637	8 435	+ 10,4	+ 6,3	33,6	34,9
Karlsruhe	141 504	139 199	45 471	48 107	+ 5,8	58 026	59 843	+ 3,1	– 1,6	41,0	43,0
Landkreise											
Karlsruhe	95 796	100 415	18 294	21 120	+ 15,4	23 610	26 986	+ 14,3	+ 4,8	24,6	26,9
Rastatt	62 235	65 787	10 524	12 481	+ 18,6	14 155	16 273	+ 14,7	+ 5,7	22,7	24,7
Region Mittlerer Oberrhein	322 263	329 554	79 776	87 909	+ 10,2	103 204	111 537	+ 8,1	+ 2,3	32,0	33,8
Stadtkreise											
Heidelberg	63 939	67 084	17 819	19 307	+ 8,4	23 730	26 066	+ 9,8	+ 4,9	37,1	38,9
Mannheim	173 838	170 363	50 935	52 577	+ 3,2	63 891	65 847	+ 3,1	– 2,0	36,8	38,6
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	35 946	36 578	6 294	7 198	+ 14,4	8 645	9 791	+ 13,3	+ 1,8	24,0	26,8
Rhein-Neckar-Kreis	113 636	115 344	21 207	23 972	+ 13,0	28 519	31 415	+ 10,2	+ 1,5	25,1	27,2
Region Unterer Neckar	387 359	389 369	96 255	103 054	+ 7,1	124 785	133 119	+ 6,7	+ 0,5	32,2	34,2
Stadtkreis											
Pforzheim	60 185	58 610	15 157	16 428	+ 8,4	19 672	21 261	+ 8,1	– 2,6	32,7	36,3
Landkreise											
Calw	36 610	37 268	6 398	7 128	+ 11,4	8 654	9 449	+ 9,2	+ 1,8	23,6	25,3
Enzkreis	42 142	43 592	6 731	7 754	+ 15,2	8 698	9 833	+ 13,0	+ 3,4	20,6	22,6
Freudenstadt	31 149	32 495	5 275	6 272	+ 18,9	7 710	8 778	+ 13,9	+ 4,3	24,8	27,0
Region Nordschwarzwald	170 086	171 965	33 561	37 582	+ 12,0	44 734	49 321	+ 10,3	+ 1,1	26,3	28,7
Regierungsbezirk Karlsruhe	879 708	890 888	209 592	228 545	+ 9,0	272 947	293 977	+ 7,7	+ 1,3	31,0	33,0
Stadtkreis											
Freiburg im Breisgau	80 726	81 389	22 979	24 191	+ 5,3	31 288	33 167	+ 6,0	+ 0,8	38,8	40,8
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	43 514	50 500	6 930	8 840	+ 27,6	9 538	11 782	+ 23,5	+ 16,1	21,9	23,3
Emmendingen	32 323	34 036	5 281	6 238	+ 18,1	7 049	8 146	+ 15,6	+ 5,3	21,8	23,9
Ortenaukreis	118 432	125 474	21 403	24 449	+ 14,2	29 929	33 247	+ 11,1	+ 5,9	25,3	26,5
Region Südlicher Oberrhein	274 995	291 399	56 593	63 718	+ 12,6	77 804	86 342	+ 11,0	+ 6,0	28,3	29,6
Landkreise											
Rottweil	43 822	45 077	6 916	8 175	+ 18,2	9 350	10 868	+ 16,2	+ 2,9	21,3	24,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	77 981	75 507	15 012	15 618	+ 4,0	19 734	20 471	+ 3,7	– 3,2	25,3	27,1
Tuttlingen	39 634	42 911	6 690	7 920	+ 18,4	8 678	10 184	+ 17,4	+ 8,3	21,9	23,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	161 437	163 495	28 618	31 713	+ 10,8	37 762	41 523	+ 10,0	+ 1,3	23,4	25,4
Landkreise											
Konstanz	73 070	74 975	16 735	18 824	+ 12,5	22 055	24 589	+ 11,5	+ 2,6	30,2	32,8
Lörrach	61 011	62 970	11 295	12 593	+ 11,5	16 096	17 420	+ 8,2	+ 3,2	26,4	27,7
Waldshut	41 856	44 254	7 554	8 608	+ 14,0	10 165	11 297	+ 11,1	+ 5,7	24,3	25,5
Region Hochrhein-Bodensee	175 937	182 199	35 584	40 025	+ 12,5	48 316	53 306	+ 10,3	+ 3,6	27,5	29,3
Regierungsbezirk Freiburg	612 369	637 093	120 795	135 456	+ 12,1	163 882	181 171	+ 10,5	+ 4,0	26,8	28,4
Landkreise											
Reutlingen	87 255	88 898	16 972	18 746	+ 10,5	22 910	25 049	+ 9,3	+ 1,9	26,3	28,2
Tübingen	50 570	51 683	11 667	12 828	+ 10,0	15 606	16 777	+ 7,5	+ 2,2	30,9	32,5
Zollernalbkreis	70 991	69 152	11 662	12 381	+ 6,2	14 919	15 707	+ 5,3	– 2,6	21,0	22,7
Region Neckar-Alb	208 816	209 733	40 301	43 955	+ 9,1	53 435	57 533	+ 7,7	+ 0,4	25,6	27,4
Stadtkreis											
Ulm	74 969	69 214	18 614	18 419	– 1,0	24 336	24 770	+ 1,8	– 7,7	32,5	35,8
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	32 974	36 964	4 861	6 297	+ 29,5	6 548	8 362	+ 27,7	+ 12,1	19,9	22,6
Biberach	45 061	47 608	8 048	9 055	+ 12,5	10 996	12 137	+ 10,4	+ 5,7	24,4	25,5
Region Donau-Iller[1]	153 004	153 786	31 523	33 771	+ 7,1	41 880	45 269	+ 8,1	+ 0,5	27,4	29,4
Landkreise											
Bodenseekreis	53 719	58 966	11 537	14 470	+ 25,4	15 464	19 102	+ 23,5	+ 9,8	28,8	32,4
Ravensburg	70 528	76 150	13 900	16 037	+ 15,4	19 165	22 115	+ 15,4	+ 8,0	27,2	29,0
Sigmaringen	35 184	35 971	5 793	6 693	+ 15,3	7 756	8 680	+ 11,9	+ 2,2	22,0	24,1
Region Bodensee-Oberschwaben	159 431	171 087	31 230	37 200	+ 19,1	42 385	49 897	+ 17,7	+ 7,3	26,6	29,2
Regierungsbezirk Tübingen	521 251	534 606	103 054	114 926	+ 11,5	137 700	152 699	+ 10,9	+ 2,6	26,4	28,6
Baden-Württemberg	3 341 607	3 484 362	758 595	844 405	+ 11,3	1 003 324	1 104 034	+ 10,0	+ 3,7	30,0	31,9

*) Stichtag jeweils 31. März. – 1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 2 A

Anteil der Informationsberufe im weiteren Sinne an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1979*)

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wirtschaftsabteilung[1]																	
	I	II	III	IV	V	darunter in d. WKL[2]	VI	VII	darunter in d. WKL[2]	VIII	darunter in der Wirtschaftsgruppe			IX	darunter in der Wirtschaftsgruppe		X
	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) einschl. ohne Angabe	Baugewerbe	Handel	620 u. 621 Großhandel, Handelsvermittlung	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	690 Kreditinstitute und sonstige Finanzierungsinstitute	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	74 u. 75 Hochschulen, Schulen, sonstige Unterrichtsanstalten usw.	76 u. 77 Kunst, Theater, Film, Verlags- und Pressewesen	79 – 81 Rechtsberatung, Architekturbüros, Vermögensverwaltung	Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	88 Politische Parteien u. sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter	89 Christliche Kirchen usw.	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
	%																	
Stadtkreis																		
Stuttgart, Landeshauptstadt	11,2	39,6	33,8	18,4	43,6	57,9	50,4	92,5	91,4	46,6	61,7	73,3	83,5	56,7	44,7	55,8	69,8
Landkreise																		
Böblingen	7,4	36,5	23,1	11,1	38,6	56,6	45,5	90,5	90,5	33,7	43,6	80,2	69,3	17,4	7,8	44,7	42,8
Esslingen	9,6	45,3	23,9	12,6	38,5	56,6	36,0	91,0	90,8	37,0	51,6	75,4	83,4	41,6	40,4	42,0	45,2
Göppingen	8,0	36,0	20,5	12,5	31,4	53,3	32,9	92,1	91,6	27,1	51,8	56,7	70,8	44,4	50,5	44,3	47,4
Ludwigsburg	8,7	25,8	23,9	11,3	35,4	52,3	36,4	91,1	90,8	32,4	42,6	83,0	82,7	41,0	32,5	49,7	57,4
Rems-Murr-Kreis	7,3	30,5	23,6	11,3	37,0	51,3	41,2	90,3	89,6	31,3	47,8	83,0	78,9	39,1	28,8	42,5	60,3
Region Mittlerer Neckar	8,9	37,9	26,1	14,1	39,8	56,1	43,9	91,9	91,0	39,3	52,3	73,9	80,8	50,5	40,1	50,8	60,1
Stadtkreis																		
Heilbronn	7,9	30,9	27,3	11,7	38,6	51,2	28,2	94,4	93,5	31,2	44,7	67,5	90,0	48,7	35,8	50,0	55,6
Landkreise																		
Heilbronn	8,7	34,7	17,7	11,7	39,2	49,7	24,0	88,8	88,4	25,1	49,4	82,0	86,9	22,5	14,0	33,9	31,7
Hohenlohekreis	6,2	29,2	23,0	10,6	42,6	57,1	34,9	94,4	94,2	26,7	42,1	13,6	87,6	30,2	19,0	44,7	44,6
Schwäbisch Hall	3,5	31,2	18,3	8,3	31,1	42,0	26,2	88,3	88,2	26,9	51,5	80,0	82,4	34,6	19,7	48,0	48,4
Main-Tauber-Kreis	4,7	34,1	16,6	9,2	30,7	46,0	34,7	94,0	93,7	20,7	35,2	75,2	80,3	33,7	24,8	36,8	40,8
Region Franken	5,9	32,2	20,4	10,3	37,2	49,8	28,0	90,9	90,3	26,2	45,5	71,7	86,2	34,4	22,1	41,7	45,9
Landkreise																		
Heidenheim	3,9	26,9	22,0	10,5	27,1	41,7	32,0	90,9	90,6	26,9	42,2	45,9	81,3	44,4	44,6	43,8	53,1
Ostalbkreis	5,1	35,2	19,9	9,2	37,3	56,3	29,9	88,0	87,6	28,3	40,2	61,8	88,6	29,7	26,5	30,4	56,6
Region Ostwürttemberg	4,8	32,4	20,6	9,6	34,0	52,4	30,5	88,9	88,5	27,8	40,9	51,8	86,3	34,7	32,8	35,5	55,8
Regierungsbezirk Stuttgart	7,3	35,9	24,5	12,8	38,9	54,8	40,3	91,6	90,7	36,2	50,1	73,2	81,7	48,2	38,6	49,0	56,9
Stadtkreise																		
Baden-Baden	8,8	14,4	26,5	11,9	34,4	51,8	41,0	88,2	87,3	38,6	41,4	70,5	87,8	39,8	35,8	53,2	44,6
Karlsruhe	8,6	36,6	29,5	11,8	40,0	57,5	33,3	92,4	90,8	36,8	49,3	64,0	83,6	67,8	61,3	70,3	66,9
Landkreise																		
Karlsruhe	5,2	32,1	16,6	11,3	32,0	44,0	27,6	90,6	90,4	36,8	55,1	48,8	81,7	38,8	46,2	42,3	43,1
Rastatt	7,1	25,7	19,1	10,0	31,5	51,8	24,6	92,2	92,0	25,6	33,2	53,9	86,1	33,2	28,1	38,0	45,1
Region Mittlerer Oberrhein	7,0	34,3	22,4	11,2	36,6	53,2	31,7	92,0	90,7	35,8	50,4	66,4	84,0	61,9	54,6	68,5	57,0
Stadtkreise																		
Heidelberg	6,3	36,0	30,8	12,3	36,2	60,6	28,4	92,7	92,2	37,5	58,0	74,3	84,1	38,1	34,1	38,4	59,9
Mannheim	11,0	32,3	29,1	18,5	40,8	56,1	39,1	92,4	89,4	35,8	48,6	67,0	82,2	56,3	37,2	30,5	53,2
Landkreise																		
Neckar-Odenwald-Kreis	3,5	36,6	18,5	10,2	33,7	44,4	34,5	88,3	88,1	28,1	38,3	68,7	87,6	43,0	40,0	59,0	38,7
Rhein-Neckar-Kreis	6,2	38,7	21,6	10,6	32,5	50,9	28,4	93,4	93,4	29,0	38,3	79,7	79,3	34,8	28,1	43,5	40,1
Region Unterer Neckar	6,4	34,1	25,6	13,6	37,4	54,8	34,9	92,4	90,8	34,3	50,5	71,1	82,1	45,8	35,3	39,0	50,2
Stadtkreis																		
Pforzheim	4,3	20,2	26,0	12,4	41,0	59,3	44,8	94,3	94,1	30,1	48,3	71,5	80,3	49,9	34,7	44,2	68,5
Landkreise																		
Calw	8,9	36,1	17,2	11,9	34,8	58,8	37,0	93,4	93,4	21,1	48,4	66,7	73,2	40,8	30,5	49,0	46,1
Enzkreis	8,2	28,3	17,6	12,7	32,8	48,7	28,7	85,6	86,4	24,5	34,1	64,8	79,1	36,1	37,2	44,4	45,7
Freudenstadt	7,3	34,6	21,4	9,9	28,4	44,4	45,8	92,6	92,9	22,0	56,4	86,3	83,8	24,5	7,3	28,6	47,6
Region Nordschwarzwald	7,7	28,4	21,0	11,8	37,3	55,3	39,1	92,8	92,8	24,3	45,5	70,7	79,2	39,9	30,6	43,4	52,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	7,0	33,7	23,5	12,4	37,1	54,3	34,1	92,3	91,1	33,2	50,0	68,9	82,5	54,6	44,7	62,3	53,3
Stadtkreis																		
Freiburg im Breisgau	13,5	26,6	31,5	10,4	36,7	54,5	40,9	93,4	91,6	36,8	56,6	65,3	82,4	59,2	54,5	67,1	49,9
Landkreise																		
Breisgau-Hochschwarzwald	7,2	18,0	19,0	8,8	32,2	45,7	28,9	88,8	88,7	20,0	45,9	61,9	85,9	30,8	24,2	26,1	32,0
Emmendingen	4,4	38,3	19,4	10,1	25,9	41,3	17,1	85,2	84,8	20,0	39,4	54,9	57,8	42,1	18,6	23,5	43,7
Ortenaukreis	4,4	30,2	20,2	10,8	34,1	46,2	33,2	92,0	91,9	24,8	35,5	60,9	80,9	38,9	28,5	44,1	43,4
Region Südlicher Oberrhein	6,4	28,4	21,8	10,2	34,3	49,1	34,9	91,6	90,4	28,2	48,0	63,8	79,7	51,0	47,8	55,2	44,7
Landkreise																		
Rottweil	3,7	30,3	16,5	9,6	25,6	40,0	27,3	94,6	94,0	25,4	41,3	86,0	89,2	34,4	20,8	30,3	50,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	3,6	30,4	21,7	12,0	31,0	52,9	34,1	92,4	92,3	26,7	54,1	80,0	81,9	45,9	36,0	46,1	46,6
Tuttlingen	4,8	41,2	16,0	11,9	35,7	56,2	35,5	90,2	89,8	27,3	48,9	72,4	85,0	41,6	39,4	50,6	48,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	4,0	34,2	18,9	11,3	30,9	51,0	31,5	92,4	92,1	26,5	49,6	80,1	84,5	41,6	35,1	42,5	43,4
Landkreise																		
Konstanz	10,9	43,1	24,4	10,1	33,6	51,4	30,3	91,3	89,4	33,3	65,6	69,7	84,5	55,3	42,6	51,4	59,0
Lörrach	4,2	34,2	21,1	9,6	36,1	48,7	30,4	92,1	91,9	29,6	58,8	76,5	88,0	36,6	47,4	24,7	43,1
Waldshut	4,1	38,1	20,1	9,2	30,7	52,0	36,4	93,8	94,0	24,3	66,7	82,9	89,7	39,7	22,7	41,1	47,8
Region Hochrhein-Bodensee	7,6	38,3	22,2	9,7	33,9	50,9	31,2	92,1	91,3	30,3	64,3	69,5	85,2	45,7	41,1	35,6	50,2
Regierungsbezirk Freiburg	6,2	32,9	20,1	10,3	33,6	49,8	33,1	91,9	91,1	28,4	52,2	66,6	82,1	48,7	46,0	47,7	46,9
Landkreise																		
Reutlingen	7,6	13,9	19,4	10,1	35,8	51,6	39,3	93,6	92,5	32,1	36,4	77,7	87,6	50,7	56,0	42,0	54,5
Tübingen	6,2	29,4	19,8	9,6	33,6	53,1	34,7	91,5	91,6	34,2	55,3	70,3	83,0	69,9	69,2	72,7	60,8
Zollernalbkreis	5,0	36,0	16,0	10,3	32,8	51,5	36,0	93,1	92,8	27,8	52,4	66,3	90,1	41,9	34,7	48,4	47,6
Region Neckar-Alb	6,5	26,8	18,1	10,1	34,5	51,9	37,3	92,9	92,4	31,1	49,0	73,5	87,1	62,5	61,6	67,4	54,5
Stadtkreis																		
Ulm	8,3	29,3	27,7	10,3	34,6	50,2	27,0	93,6	91,8	34,7	49,2	62,2	82,9	38,8	32,9	38,6	59,9
Landkreise																		
Alb-Donau-Kreis	3,3	23,9	14,7	9,2	33,6	51,6	33,0	89,5	89,1	30,0	44,5	90,3	83,0	22,1	20,0	15,2	34,9
Biberach	5,3	42,7	21,4	9,7	29,0	43,6	35,7	89,4	88,7	24,8	50,0	65,5	80,6	27,3	41,5	21,8	44,1
Region Donau-Iller[3]	5,0	35,5	22,8	9,7	33,3	49,1	29,5	91,8	90,2	31,1	48,3	64,2	82,4	32,4	33,8	26,9	49,9
Landkreise																		
Bodenseekreis	6,0	26,2	28,1	11,8	26,4	34,6	31,7	94,3	94,2	29,3	50,4	63,4	77,9	42,7	38,7	53,7	45,6
Ravensburg	3,5	28,5	21,8	9,4	30,6	45,5	30,3	92,4	91,8	31,1	49,1	69,6	81,8	30,7	41,4	15,0	51,7
Sigmaringen	7,0	13,5	15,3	12,1	28,8	43,4	29,1	91,9	91,7	32,7	57,2	79,1	70,3	34,4	40,6	27,4	37,2
Region Bodensee-Oberschwaben	5,0	24,7	22,6	10,9	29,0	42,3	30,4	92,8	92,5	30,8	50,9	69,5	78,8	34,2	40,6	25,0	45,3
Regierungsbezirk Tübingen	5,4	30,6	20,7	10,2	32,5	48,4	32,5	92,5	91,8	31,4	49,3	68,9	82,6	47,6	48,5	50,9	50,0
Baden-Württemberg	6,6	34,1	23,0	11,8	36,6	53,1	38,2	91,9	91,0	33,0	50,3	70,3	82,1	49,8	41,8	53,5	52,9

*) Stichtag 31. März. – 1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. – 2) WKL = Wirtschaftsklasse. – 3) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 2 B

Anteil der Informationsberufe im weiteren Sinne an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1986

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wirtschaftsabteilung[1]										darunter in der Wirtschaftsgruppe				darunter in der Wirtschaftsgruppe		
	I Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	II Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	III Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) einschl. ohne Angabe	IV Baugewerbe	V Handel	darunter in d. WKL[2] 620 u. 621 Großhandel, Handelsvermittlung	VI Verkehr und Nachrichtenübermittlung	VII Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	darunter in d. WKL[2] 690 Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	VIII Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	74 u. 75 Hochschulen, Schulen, sonstige Unterrichtsanstalten usw.	76 u. 77 Kunst, Theater, Film, Verlags- und Pressewesen	79 – 81 Rechtsberatung, Architekturbüros, Vermögensverwaltung	IX Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	88 Politische Parteien u. sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter	89 Christliche Kirchen usw.	X Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
	%																
Stadtkreis																	
Stuttgart, Landeshauptstadt	12,0	41,1	36,0	18,0	44,7	59,9	50,4	93,4	92,3	48,7	62,7	77,1	87,5	57,8	47,6	56,7	67,2
Landkreise																	
Böblingen	8,5	39,9	23,8	13,1	36,6	56,3	56,8	91,9	91,8	36,9	35,7	77,6	68,2	22,2	11,8	45,7	41,6
Esslingen	9,4	45,1	25,2	13,9	40,8	59,6	38,9	93,8	93,0	37,8	42,6	77,1	84,6	45,3	41,2	46,2	45,0
Göppingen	6,9	42,0	21,9	15,0	34,2	56,2	37,6	94,3	93,8	26,5	37,5	58,0	82,3	47,5	47,8	45,7	48,5
Ludwigsburg	8,4	32,8	26,4	13,0	37,7	55,6	41,2	91,7	91,4	33,6	31,8	79,3	82,7	46,5	31,2	60,2	59,0
Rems-Murr-Kreis	7,4	30,2	26,8	13,0	37,6	54,4	42,4	90,6	90,0	33,0	37,2	86,2	86,1	40,7	31,0	44,1	71,2
Region Mittlerer Neckar	8,9	40,4	27,8	15,0	40,7	58,2	45,9	92,9	92,0	40,7	48,7	77,5	83,1	52,1	42,9	52,7	58,9
Stadtkreis																	
Heilbronn	12,1	32,1	28,4	13,4	40,8	56,9	32,4	94,9	94,3	34,0	42,3	56,2	91,1	51,6	37,5	53,0	53,1
Landkreise																	
Heilbronn	7,9	27,3	16,5	13,4	39,4	56,0	27,8	92,8	92,5	24,1	29,8	67,5	89,0	27,3	21,1	36,5	31,8
Hohenlohekreis	6,3	32,6	20,8	12,6	55,1	68,8	26,6	94,0	93,9	27,7	32,4	42,5	88,5	29,6	22,9	47,3	43,7
Schwäbisch Hall	3,4	31,1	20,2	10,1	30,8	47,6	30,8	87,1	86,9	25,8	33,4	65,0	87,9	38,5	24,8	54,0	48,1
Main-Tauber-Kreis	5,3	26,9	18,9	11,9	30,1	49,0	32,4	94,5	94,4	19,4	25,7	76,2	82,0	46,3	24,7	64,4	42,1
Region Franken	6,4	24,1	20,3	12,2	39,9	56,9	31,7	91,1	90,5	26,2	32,5	62,9	88,5	38,9	26,0	50,5	45,1
Landkreise																	
Heidenheim	4,9	29,1	23,5	13,1	30,2	48,4	38,3	91,6	91,6	24,7	31,5	36,9	85,2	41,6	42,8	43,0	58,8
Ostalbkreis	4,3	35,7	22,2	11,4	37,9	61,4	37,7	87,0	86,5	27,4	30,1	71,8	87,9	32,7	27,1	39,3	57,7
Region Ostwürttemberg	4,5	33,5	22,6	11,9	35,5	58,4	37,9	88,5	88,1	26,5	30,6	49,1	87,1	35,9	32,5	40,7	57,9
Regierungsbezirk Stuttgart	7,5	35,5	25,9	14,1	40,2	57,9	43,1	92,3	91,4	37,0	44,4	76,0	83,9	49,8	41,2	51,5	55,9
Stadtkreise																	
Baden-Baden	9,7	15,4	27,4	13,1	33,9	53,7	41,2	91,5	91,1	37,5	45,3	70,5	85,7	43,6	39,7	53,6	47,7
Karlsruhe	3,8	39,1	31,9	13,5	42,0	57,7	35,7	93,9	93,0	38,6	51,5	59,1	86,0	63,0	55,8	65,9	67,2
Landkreise																	
Karlsruhe	6,1	37,4	20,5	12,9	33,0	46,8	30,1	93,2	92,9	35,7	51,5	51,4	86,5	39,1	39,1	45,3	42,8
Rastatt	6,5	25,9	20,5	12,5	30,7	54,8	31,3	93,7	93,5	26,6	26,4	67,4	91,5	40,7	19,6	55,4	43,2
Region Mittlerer Oberrhein	6,3	37,0	24,1	13,0	37,5	54,3	34,6	93,7	92,9	36,3	49,5	65,2	86,8	56,7	50,7	61,9	56,8
Stadtkreise																	
Heidelberg	4,8	35,7	33,5	11,9	34,4	60,5	32,3	94,9	94,3	38,5	60,9	79,6	83,0	48,0	35,2	59,3	59,0
Mannheim	9,9	34,9	30,8	17,7	40,8	57,5	42,5	94,3	92,8	36,9	44,8	66,8	83,4	60,6	45,7	53,2	54,3
Landkreise																	
Neckar-Odenwald-Kreis	4,9	37,1	20,6	12,1	32,1	44,3	42,3	92,3	93,0	29,2	25,9	69,0	90,5	42,1	37,8	61,1	42,6
Rhein-Neckar-Kreis	5,2	32,6	23,2	11,4	34,0	50,4	30,9	95,3	95,2	29,1	34,2	80,4	83,9	39,0	35,7	46,9	43,8
Region Unterer Neckar	6,0	34,9	27,3	13,8	37,2	55,0	38,3	94,5	93,7	34,9	49,5	73,6	83,9	51,9	39,5	54,3	51,8
Stadtkreis																	
Pforzheim	6,4	3,1	27,7	14,8	46,4	66,4	48,9	96,1	96,2	31,6	41,8	68,3	82,2	55,7	40,2	65,4	66,0
Landkreise																	
Calw	8,4	31,6	18,4	13,1	35,4	61,4	30,0	93,2	92,9	22,0	39,9	63,9	72,0	44,6	38,6	49,8	44,5
Enzkreis	5,4	29,4	19,3	12,7	39,8	57,4	28,9	87,5	87,4	22,8	18,2	63,4	88,0	46,0	55,7	46,6	44,7
Freudenstadt	7,8	33,3	23,3	12,2	28,6	43,4	39,8	95,3	95,4	24,6	38,1	89,3	86,9	34,8	35,2	35,4	47,1
Region Nordschwarzwald	7,3	19,7	22,6	13,3	41,2	60,7	37,4	94,5	94,5	25,4	34,9	69,8	81,7	47,5	41,3	51,0	51,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	6,4	34,8	25,1	13,4	38,1	55,7	36,7	94,1	93,5	33,9	48,1	69,2	84,7	53,2	45,5	56,3	53,7
Stadtkreis																	
Freiburg im Breisgau	16,8	39,4	32,1	12,9	38,6	58,4	38,1	95,9	95,4	37,4	55,8	64,3	86,2	59,5	54,5	65,5	54,8
Landkreise																	
Breisgau-Hochschwarzwald	5,7	26,0	19,4	11,1	33,8	47,8	31,4	92,2	92,0	19,8	33,7	66,5	88,7	23,7	14,1	36,7	36,9
Emmendingen	5,8	40,9	20,5	12,6	28,0	43,5	24,8	94,6	94,4	19,5	27,3	56,7	88,9	41,3	21,6	31,2	46,3
Ortenaukreis	4,3	32,0	20,0	11,4	34,9	50,0	34,6	92,6	92,3	27,0	27,7	72,9	85,3	42,5	33,5	47,9	45,5
Region Südlicher Oberrhein	6,4	34,8	21,9	11,8	35,5	52,3	35,1	94,2	93,5	28,7	43,2	66,5	86,5	50,6	45,2	57,1	48,0
Landkreise																	
Rottweil	4,2	35,6	19,2	11,4	28,1	46,1	30,5	93,5	92,8	24,3	32,7	85,4	91,5	41,4	60,4	46,4	51,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	4,2	30,7	21,9	13,3	33,4	51,3	40,4	93,2	92,7	27,6	39,4	76,8	83,0	36,4	27,1	62,6	49,9
Tuttlingen	4,6	43,3	17,4	15,0	38,1	58,3	31,7	91,4	91,0	25,3	34,3	78,8	87,7	41,9	34,6	54,6	50,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	4,3	35,5	19,9	13,2	33,3	57,1	34,9	92,8	92,3	26,3	36,5	78,2	85,8	45,4	34,6	55,5	50,7
Landkreise																	
Konstanz	11,5	42,5	26,6	11,6	34,4	53,2	34,5	94,7	94,1	33,8	54,6	70,8	84,8	58,8	40,8	66,1	60,3
Lörrach	3,9	34,4	22,4	12,1	32,8	52,6	34,0	93,3	93,1	26,3	41,4	76,1	85,7	50,2	41,2	55,1	50,5
Waldshut	5,6	26,4	21,9	11,2	29,7	51,8	38,7	94,1	93,9	23,2	50,3	61,6	82,2	40,8	22,4	35,4	47,9
Region Hochrhein-Bodensee	8,5	33,1	23,9	11,7	32,8	52,8	34,7	94,1	93,7	29,2	58,1	70,3	84,6	50,6	37,2	54,0	53,8
Regierungsbezirk Freiburg	6,7	34,3	21,8	12,0	34,3	53,3	34,9	93,9	93,3	28,4	45,4	68,4	85,8	49,9	43,0	56,0	50,1
Landkreise																	
Reutlingen	8,2	11,7	21,1	11,0	38,0	53,5	38,2	94,1	93,3	31,4	30,1	81,4	90,1	51,4	55,7	44,0	54,1
Tübingen	4,8	34,8	20,6	11,5	35,0	53,1	39,8	91,3	91,0	34,9	54,3	71,6	87,8	61,8	66,8	58,7	61,8
Zollernalbkreis	6,3	21,0	16,6	12,8	34,3	52,3	39,6	93,9	93,7	26,5	37,0	62,7	90,2	47,7	50,0	54,6	48,2
Region Neckar-Alb	7,0	22,6	19,2	11,6	36,3	53,1	39,0	93,3	92,8	32,0	45,3	75,2	89,5	56,3	61,2	54,4	54,9
Stadtkreis																	
Ulm	9,6	22,0	31,1	11,6	35,8	52,6	31,9	93,8	92,6	36,2	56,8	69,3	85,6	43,5	31,9	50,1	55,6
Landkreise																	
Alb-Donau-Kreis	3,9	26,5	17,7	12,1	36,9	51,1	37,7	90,3	89,8	24,8	29,5	83,3	89,2	25,8	22,8	26,3	40,4
Biberach	5,0	46,5	21,4	11,9	31,7	46,8	33,5	88,7	88,1	25,1	39,0	68,5	90,9	34,2	31,8	41,9	46,7
Region Donau-Iller[3]	5,1	31,1	24,1	11,9	35,1	51,1	33,1	91,7	90,6	31,0	45,4	69,9	85,0	37,4	31,4	39,4	50,2
Landkreise																	
Bodenseekreis	4,7	29,5	31,9	13,1	28,8	41,1	48,3	93,8	93,6	31,1	45,1	53,4	82,4	40,0	26,5	62,0	50,1
Ravensburg	4,9	32,0	22,8	12,3	31,3	47,1	32,5	93,6	93,1	31,0	44,7	50,8	84,4	42,1	53,6	30,8	51,1
Sigmaringen	7,2	17,2	17,2	16,4	28,0	40,1	24,1	93,2	93,1	29,9	45,4	62,7	78,9	35,1	42,5	32,7	37,9
Region Bodensee-Oberschwaben	5,3	27,1	25,1	13,6	29,9	45,8	34,7	93,6	93,3	30,8	44,9	51,8	82,9	40,2	45,0	37,4	46,6
Regierungsbezirk Tübingen	5,7	27,5	22,3	12,4	34,0	50,5	35,7	92,9	92,3	31,3	45,2	65,0	85,8	45,9	48,2	45,0	50,6
Baden-Württemberg	6,7	34,2	24,4	13,2	37,7	55,6	38,8	93,1	92,4	33,5	46,1	71,5	84,7	50,1	43,0	52,6	53,4

*) Stichtag 31. März. – 1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. – 2) WKL = Wirtschaftsklasse. – 3) Soweit Land Baden-Württemberg.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und in ausgewählten Berufen nach Kreisen 1986*)

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	Darunter					
		Bürokräfte		Groß- und Einzelhandelskaufleute		Datenverarbeitungsfachleute	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stadtkreis							
Stuttgart, Landeshauptstadt	128 272	15 879	12,38	1 662	1,30	2 705	2,11
Landkreise							
Böblingen	88 663	6 468	7,29	698	0,79	2 253	2,54
Esslingen	98 545	10 253	10,40	1 319	1,34	515	0,52
Göppingen	46 053	4 537	9,85	535	1,16	261	0,57
Ludwigsburg	71 560	7 700	10,76	1 050	1,47	477	0,67
Rems-Murr-Kreis	66 570	7 839	11,78	1 020	1,53	655	0,98
Region Mittlerer Neckar	499 663	52 730	10,55	6 284	1,26	6 866	1,37
Stadtkreis							
Heilbronn	22 774	2 337	10,26	353	1,55	123	0,54
Landkreise							
Heilbronn	42 785	3 454	8,07	291	0,68	134	0,31
Hohenlohekreis	17 081	1 919	11,23	148	0,87	59	0,35
Schwäbisch Hall	22 541	2 218	9,84	210	0,93	53	0,24
Main-Tauber-Kreis	18 856	2 067	10,96	173	0,92	43	0,23
Region Franken	124 037	11 995	9,67	1 175	0,95	412	0,33
Landkreise							
Heidenheim	28 654	2 807	9,80	231	0,81	173	0,60
Ostalbkreis	54 940	6 218	11,32	521	0,95	284	0,52
Region Ostwürttemberg	83 594	9 025	10,80	752	0,90	457	0,55
Regierungsbezirk Stuttgart	707 294	73 750	10,43	8 211	1,16	7 735	1,09
Stadtkreise							
Baden-Baden	6 241	798	12,79	104	1,67	26	0,42
Karlsruhe	38 188	4 053	10,61	474	1,24	486	1,27
Landkreise							
Karlsruhe	51 885	4 854	9,36	721	1,39	281	0,54
Rastatt	38 083	3 337	8,76	369	0,97	146	0,38
Region Mittlerer Oberrhein	134 397	13 042	9,70	1 668	1,24	939	0,70
Stadtkreise							
Heidelberg	17 752	2 307	13,00	315	1,77	178	1,00
Mannheim	70 643	8 300	11,75	771	1,09	723	1,02
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	17 129	1 761	10,28	194	1,13	42	0,25
Rhein-Neckar-Kreis	58 230	6 178	10,61	695	1,19	369	0,63
Region Unterer Neckar	163 754	18 546	11,33	1 975	1,21	1 312	0,80
Stadtkreis							
Pforzheim	28 542	3 925	13,75	389	1,36	132	0,46
Landkreise							
Calw	15 180	1 623	10,69	145	0,96	39	0,26
Enzkreis	29 136	3 007	10,32	272	0,93	84	0,29
Freudenstadt	15 562	1 551	9,97	193	1,24	61	0,39
Region Nordschwarzwald	88 420	10 106	11,43	999	1,13	316	0,36
Regierungsbezirk Karlsruhe	386 571	41 694	10,79	4 642	1,20	2 567	0,66
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	18 275	2 172	11,88	328	1,79	193	1,06
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	20 253	1 991	9,83	269	1,33	55	0,27
Emmendingen	17 424	1 728	9,92	169	0,97	32	0,18
Ortenaukreis	59 397	5 579	9,39	473	0,80	175	0,29
Region Südlicher Oberrhein	115 349	11 470	9,94	1 239	1,07	455	0,39
Landkreise							
Rottweil	27 101	2 388	8,81	253	0,93	74	0,27
Schwarzwald-Baar-Kreis	44 012	4 284	9,73	523	1,19	408	0,93
Tuttlingen	27 610	2 704	9,79	246	0,89	108	0,39
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	98 723	9 376	9,50	1 022	1,04	590	0,60
Landkreise							
Konstanz	33 864	3 853	11,38	430	1,27	710	2,10
Lörrach	31 011	2 994	9,65	477	1,54	150	0,48
Waldshut	22 247	2 385	10,72	296	1,33	131	0,59
Region Hochrhein-Bodensee	87 122	9 232	10,60	1 203	1,38	991	1,14
Regierungsbezirk Freiburg	301 194	30 078	9,99	3 464	1,15	2 036	0,68
Landkreise							
Reutlingen	46 678	4 409	9,45	482	1,03	191	0,41
Tübingen	18 795	1 863	9,91	324	1,72	71	0,38
Zollernalbkreis	45 804	4 351	9,50	395	0,86	118	0,26
Region Neckar-Alb	111 277	10 623	9,55	1 201	1,08	380	0,34
Stadtkreis							
Ulm	28 303	3 701	13,08	464	1,64	397	1,40
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	20 566	1 965	9,55	184	0,89	60	0,29
Biberach	25 140	2 728	10,85	267	1,06	93	0,37
Region Donau-Iller[1])	74 009	8 394	11,34	915	1,24	550	0,74
Landkreise							
Bodenseekreis	31 944	3 269	10,23	517	1,62	483	1,51
Ravensburg	32 469	3 343	10,30	378	1,16	128	0,39
Sigmaringen	18 002	1 785	9,92	121	0,67	72	0,40
Region Bodensee-Oberschwaben	82 415	8 397	10,19	1 016	1,23	683	0,83
Regierungsbezirk Tübingen	267 701	27 414	10,24	3 132	1,17	1 613	0,60
Baden-Württemberg	1 662 760	172 936	10,40	19 449	1,17	13 951	0,84

*) Stichtag 31. März. — 1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 1

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten — in jeweiligen Preisen —

Jahr	Inlands-versorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
	Mill. DM	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
			Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
1970	498 653,5	71 052,0	14,3	346 584,5	69,5	81 017,0	16,3
1980	1 015 684,4	137 273,6	13,5	633 435,7	62,4	244 975,2	24,1
1985	1 223 858,4	156 828,3	12,8	715 515,3	58,5	351 514,8	28,7
			Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes				
1970	156 619,1	14 493,4	9,3	109 332,5	69,8	32 793,2	20,9
1980	327 285,2	26 756,8	8,2	206 942,5	63,2	93 586,0	28,6
1985	386 090,3	31 453,0	8,1	221 173,3	57,3	133 464,0	34,6
			Spalt- und Brutstoffe				
1970	–	–	–	–	–	–	–
1980	1 556,0	–	–	274,6	17,7	1 281,3	82,3
1985	3 204,0	–	–	286,7	8,9	2 917,3	91,1
			Steine und Erden				
1970	16 343,9	2 305,7	14,1	12 526,8	76,7	1 511,4	9,3
1980	29 725,5	4 040,6	13,6	21 979,3	73,9	3 705,6	12,5
1985	28 135,1	3 771,8	13,4	20 197,1	71,8	4 166,1	14,8
			Eisen und Stahl				
1970	27 206,5	215,7	0,8	21 134,0	77,7	5 856,8	21,5
1980	39 090,8	383,5	1,0	27 555,2	70,5	11 152,0	28,5
1985	43 154,5	491,5	1,1	28 156,4	65,2	14 506,5	33,6
			Eisen-, Stahl- und Temperguß				
1970	5 146,2	582,7	11,3	4 411,4	85,7	152,1	3,0
1980	6 768,8	721,2	10,7	5 627,1	83,1	420,5	6,2
1985	6 932,1	700,9	10,1	5 672,4	81,8	558,8	8,1
			Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse				
1970	6 693,8	588,9	8,8	5 540,6	82,8	564,3	8,4
1980	8 631,5	899,0	10,4	6 418,1	74,4	1 314,3	15,2
1985	9 670,4	864,5	8,9	6 945,9	71,8	1 860,0	19,2
			NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug				
1970	16 466,1	1 156,2	7,0	7 047,2	42,8	8 262,8	50,2
1980	32 339,5	2 438,4	7,5	13 726,5	42,4	16 174,7	50,0
1985	34 037,7	2 029,0	6,0	14 170,0	41,6	17 838,7	52,4
			NE-Metallguß				
1970	1 713,9	491,5	28,7	1 197,9	69,9	24,5	1,4
1980	2 857,4	860,1	30,1	1 904,0	66,6	93,4	3,3
1985	3 526,6	1 112,5	31,5	2 292,5	65,0	121,5	3,4
			Mineralölerzeugnisse				
1970	20 695,3	2 313,9	11,2	15 742,0	76,1	2 639,3	12,8
1980	76 122,6	5 084,1	6,7	52 327,4	68,7	18 711,1	24,6
1985	88 281,1	8 182,1	9,3	49 933,4	56,6	30 165,6	34,2
			Chemische Erzeugnisse				
1970	42 650,5	4 071,2	9,6	30 409,6	71,3	8 169,6	19,2
1980	93 040,8	7 867,8	8,5	58 514,1	62,9	26 658,9	28,7
1985	126 470,1	9 661,9	7,6	73 035,5	57,7	43 772,6	34,6
			Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz				
1970	5 783,7	842,2	14,6	3 364,4	58,2	1 577,1	27,3
1980	12 198,8	1 593,0	13,1	6 599,8	54,1	4 006,0	32,8
1985	9 918,6	1 303,9	13,1	5 412,5	54,6	3 202,2	32,3
			Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe				
1970	7 260,9	1 110,2	15,3	3 144,0	43,3	3 006,7	41,4
1980	14 350,3	1 913,5	13,3	5 413,3	37,7	7 023,5	48,9
1985	19 428,8	2 214,8	11,4	6 985,5	36,0	10 228,5	52,6

Noch: Tabelle 1

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten — in jeweiligen Preisen —

Jahr	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
	Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
			Gummiwaren				
1970	6 658,3	815,3	12,2	4 814,5	72,3	1 028,5	15,5
1980	10 603,3	955,7	9,0	6 603,1	62,3	3 044,5	28,7
1985	13 331,3	1 119,9	8,4	8 085,4	60,6	4 126,0	30,9
			Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	169 725,0	31 983,0	18,8	113 090,8	66,6	24 651,2	14,5
1980	354 873,4	67 009,6	18,9	209 579,6	59,1	78 284,3	22,1
1985	459 356,5	79 525,2	17,3	254 150,6	55,3	125 680,6	27,4
			Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge				
1970	9 866,9	1 094,4	11,1	8 420,1	85,3	352,4	3,6
1980	18 164,7	1 988,3	10,9	14 989,6	82,5	1 186,8	6,5
1985	19 015,2	2 107,9	11,1	15 694,8	82,5	1 212,5	6,4
			Maschinenbauerzeugnisse				
1970	42 788,2	8 743,3	20,4	27 495,2	64,3	6 549,7	15,3
1980	79 774,1	17 152,8	21,5	46 197,8	57,9	16 423,5	20,6
1985	99 934,1	19 696,3	19,7	58 175,7	58,2	22 062,1	22,1
			Straßenfahrzeuge				
1970	30 574,2	6 149,6	20,1	19 527,6	63,9	4 896,9	16,0
1980	81 231,2	17 037,5	21,0	48 188,8	59,3	16 004,9	19,7
1985	102 848,6	20 723,4	20,1	57 496,2	55,9	24 629,0	23,9
			Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge				
1970	5 367,6	117,1	2,2	3 353,7	62,5	1 896,8	35,3
1980	14 237,1	414,8	2,9	7 243,8	50,9	6 578,5	46,2
1985	20 399,9		.	7 336,0	36,0	13 063,9	64,0
			Elektrotechnische Erzeugnisse				
1970	44 376,6	9 274,9	20,9	29 340,2	66,1	5 761,4	13,0
1980	91 802,7	18 275,1	19,9	52 588,4	57,3	20 939,2	22,8
1985	125 600,3	22 497,6	17,9	68 506,4	54,5	34 596,3	27,5
			Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren				
1970	4 868,2	1 637,3	33,6	2 084,2	42,8	1 146,7	23,6
1980	13 469,3	3 105,9	23,1	5 667,7	42,1	4 695,7	34,9
1985	16 108,3	3 231,4	20,1	6 163,7	38,3	6 713,2	41,7
			Erzeugnisse der Stahlverformung				
1970	7 788,5	1 317,5	16,9	6 139,1	78,8	332,0	4,3
1980	13 331,6	2 586,9	19,4	9 436,6	70,8	1 308,0	9,8
1985	15 015,6	3 081,0	20,5	10 219,6	68,1	1 715,1	11,4
			Eisen-, Blech- und Metallwaren				
1970	19 503,6	3 290,5	16,9	14 479,0	74,2	1 734,1	8,9
1980	32 044,7	5 600,5	17,5	21 225,3	66,2	5 218,9	16,3
1985	36 276,5	6 327,5	17,4	23 250,0	64,1	6 699,1	18,5
			Büromaschinen, ADV				
1970	4 591,3	358,4	7,8	2 251,7	49,0	1 981,2	43,2
1980	10 674,2	847,8	7,9	4 041,5	37,9	5 784,9	54,2
1985	24 085,6	1 361,8	5,7	7 806,7	32,4	14 917,0	61,9
			Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	97 643,9	17 379,4	17,8	65 806,9	67,4	14 457,6	14,8
1980	194 136,7	29 365,7	15,1	112 278,9	57,8	52 492,0	27,0
1985	211 416,2	30 725,1	14,5	116 863,5	55,3	63 827,5	30,2
			Feinkeramik				
1970	2 088,2	119,4	5,7	1 632,6	78,2	336,2	16,1
1980	4 189,1	198,0	4,7	2 427,1	57,9	1 564,0	37,3
1985	4 026,8	207,1	5,1	2 354,3	58,5	1 465,4	36,4

Noch: Tabelle 1

Struktur der Inlandsversorgung des Bundesgebietes mit Produkten des Verarbeitenden Gewerbes nach Herkunftsgebieten — in jeweiligen Preisen —

Jahr	Inlandsversorgung des Bundesgebietes	Davon durch Produkte aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		dem Ausland	
	Mill. DM	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
			Glas und Glaswaren				
1970	4 297,8	410,4	9,6	3 266,2	76,0	621,2	14,5
1980	8 438,9	824,9	9,8	5 909,0	70,0	1 705,0	20,2
1985	8 851,8	824,5	9,3	5 654,7	63,9	2 372,6	26,8
			Holzwaren				
1970	11 626,6	2 341,1	20,1	8 641,6	74,3	643,9	5,5
1980	28 576,7	5 075,2	17,8	19 923,6	69,7	3 577,9	12,5
1985	25 689,1	4 337,9	16,9	17 474,0	68,0	3 877,2	15,1
			Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck usw.				
1970	2 619,2	731,3	27,9	945,4	36,1	972,6	36,0
1980	10 172,5	1 578,6	15,5	2 717,6	26,7	5 876,2	57,8
1985	8 172,1	1 552,0	19,0	2 672,2	32,7	3 947,9	48,3
			Papier- und Pappewaren				
1970	7 325,5	1 304,5	17,8	5 701,7	77,8	319,3	4,4
1980	14 373,7	2 461,8	17,1	10 693,2	74,4	1 218,7	8,5
1985	17 580,7	3 044,3	17,3	12 644,6	71,9	1 891,8	10,8
			Druckereierzeugnisse, Lichtpausen				
1970	9 641,3	1 652,7	17,1	7 608,0	78,9	380,7	4,0
1980	19 403,1	3 502,9	18,1	14 863,8	76,6	1 036,4	5,3
1985	22 656,7	4 157,8	18,4	17 095,9	75,5	1 403,0	6,2
			Kunststofferzeugnisse				
1970	10 301,2	1 843,1	17,9	7 495,5	72,8	962,6	9,3
1980	26 559,1	4 145,1	15,6	18 416,2	69,3	3 997,8	15,1
1985	32 967,9	5 073,3	15,4	21 874,3	66,4	6 020,3	18,3
			Leder				
1970	1 117,7	343,6	30,7	369,1	33,0	405,0	36,2
1980	1 810,8	331,1	18,3	517,7	28,6	962,0	53,1
1985	2 833,2	528,5	18,7	651,8	23,0	1 652,9	58,3
			Lederwaren				
1970	1 525,5	204,7	13,4	1 103,9	72,4	216,9	14,2
1980	2 743,6	200,7	7,3	1 409,9	51,4	1 133,0	41,3
1985	2 608,0	149,4	5,7	1 179,5	45,2	1 279,2	49,0
			Schuhe				
1970	3 877,6	570,0	14,7	2 487,6	64,2	820,0	21,2
1980	7 281,8	678,5	9,3	3 034,0	41,7	3 569,3	49,0
1985	8 225,3	525,0	6,4	2 954,4	35,9	4 745,9	57,7
			Textilien				
1970	27 487,5	5 971,0	21,7	14 969,7	54,5	6 546,8	23,8
1980	41 673,9	7 758,7	18,6	16 603,9	39,8	17 311,3	41,5
1985	46 338,5	7 512,8	16,2	17 177,8	37,1	21 647,9	46,7
			Bekleidung				
1970	15 735,9	1 887,7	12,0	11 585,7	73,6	2 262,6	14,4
1980	28 879,9	2 584,2	9,0	15 755,3	54,6	10 540,4	36,5
1985	31 412,6	2 779,3	8,8	15 110,0	48,1	13 523,4	43,1
			Reparatur von Gebrauchsgütern ohne elektrische Geräte				
1970	–	–	–	–	–	–	–
1980	33,6	26,1	77,7	7,5	22,3	–	–
1985	53,3	33,3	62,5	20,0	37,5	–	–
			Nahrungs- und Genußmittel				
1970	74 665,4	7 196,2	9,6	58 354,2	78,2	9 115,0	12,2
1980	139 389,1	14 141,5	10,1	104 634,7	75,1	20 612,9	14,8
1985	166 995,6	15 125,0	9,1	123 327,9	73,9	28 542,7	17,1

Tabelle 2

Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet nach Herkunftsländern 1980, 1985, für ausgewählte Gruppen 1970 — in jeweiligen Preisen —

Jahre	Importe insgesamt	Davon aus . . .						
		EG-Ländern[1]	übrigem Europa	USA/ Kanada	Japan	übrigen westlichen Industrie-ländern	außer-europäischen Entwicklungs-ländern	Staatshandels-ländern
	Mill. DM	%						
		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt						
1970	81 017,0	57,9	15,1	12,0	2,5	1,3	7,4	4,0
1980	245 005,3	53,7	17,1	9,2	4,2	1,2	9,6	5,0
1985	351 514,8	52,9	18,1	8,4	5,8	0,9	9,0	4,7
		Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes						
1970	32 793,2	50,8	18,8	13,8	1,5	2,5	7,4	5,3
1980	93 463,2	54,6	18,2	8,3	1,5	1,7	7,8	7,9
1985	133 464,0	56,0	19,4	7,3	1,7	1,6	6,6	7,4
		Spalt- und Brutstoffe						
1980	1 281,3	7,8	1,4	53,8	0,5	6,3	13,8	16,4
1985	2 917,3	51,2	1,0	29,1	0,1	9,3	0,0	9,2
		Steine und Erden, Asbestwaren						
1970	1 511,4	52,7	22,3	12,3	0,1	4,4	2,9	5,3
1980	3 718,5	58,0	19,6	12,1	0,5	2,7	2,6	4,5
1985	4 166,1	59,3	19,3	9,4	1,5	1,6	4,8	4,1
		Eisen und Stahl						
1980	11 143,6	60,4	24,3	0,9	2,2	2,5	3,4	6,3
1985	14 506,5	59,2	27,7	1,1	0,8	2,3	4,1	4,7
		Eisen-, Stahl- und Temperguß						
1980	420,5	61,0	26,7	1,8	2,8	0,1	2,1	5,5
1985	558,8	54,4	32,3	2,9	3,4	0,1	3,2	3,8
		Zieherei- und Kaltwalzwerkerzeugnisse						
1980	1 322,6	68,4	20,0	1,4	2,4	0,0	0,8	6,9
1985	1 860,0	68,3	23,1	0,9	1,7	0,1	1,7	4,1
		NE-Metalle und -Metallhalbzeug						
1980	16 178,0	34,8	23,7	10,6	0,8	6,0	15,5	8,6
1985	17 838,7	38,1	23,6	8,5	0,5	6,6	15,3	7,2
		NE-Metallguß						
1980	65,9	61,4	27,6	8,2	1,2	0,0	0,4	1,3
1985	121,5	58,9	32,8	5,0	0,7	0,0	0,4	2,2
		Mineralölerzeugnisse						
1980	18 711,0	66,1	2,8	1,6	0,0	0,1	13,9	15,5
1985	30 165,6	63,1	8,9	1,4	0,0	0,1	9,7	16,8
		Chemische Erzeugnisse						
1970	8 169,6	60,9	10,8	19,9	3,0	0,2	2,2	3,1
1980	26 547,8	68,3	12,7	9,3	2,9	0,4	2,0	4,5
1985	43 772,6	65,3	14,1	9,4	3,7	0,6	3,2	3,7
		Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz						
1970	1 577,1	20,4	35,8	12,0	10,4	0,1	10,8	20,5
1980	4 006,0	18,0	38,2	13,8	0,1	0,3	18,7	10,8
1985	3 202,2	19,3	40,8	11,9	0,0	0,1	17,0	10,9
		Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe						
1970	3 006,7	22,7	55,2	20,5	0,1	0,1	0,2	1,3
1980	7 023,5	27,1	49,1	19,1	0,2	0,2	2,0	2,3
1985	10 228,5	25,7	52,8	16,8	0,2	0,2	2,1	2,2

1) 1970 Gebietsstand von 1980; 1980 und 1985 jeweiliger Gebietsstand (1980: 9 Mitgliedsländer; 1985: 10 Mitgliedsländer).

Noch: Tabelle 2

Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet nach Herkunftsländern 1980, 1985, für ausgewählte Gruppen 1970 — in jeweiligen Preisen —

Jahre	Importe insgesamt	Davon aus . . .						
		EG-Ländern[1]	übrigem Europa	USA/ Kanada	Japan	übrigen westlichen Industrieländern	außereuropäischen Entwicklungsländern	Staatshandelsländern
	Mill. DM	%						
				Gummiwaren				
1980	3 044,5	69,1	16,1	4,0	4,4	0,1	4,3	2,0
1985	4 126,0	69,7	15,4	4,1	5,3	0,0	3,6	1,8
				Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	24 651,2	62,3	14,9	16,6	3,9	0,1	0,8	1,4
1980	78 312,0	53,9	17,4	13,0	10,0	0,1	4,4	1,2
1985	125 680,6	48,8	18,0	13,6	13,5	0,1	5,0	1,0
				Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge				
1970	352,4	71,4	25,1	1,7	0,2	0,0	0,0	1,5
1980	1 187,1	67,1	27,5	2,6	0,3	0,0	0,6	1,9
1985	1 212,5	57,8	30,9	5,4	0,2	0,0	3,4	2,2
				Maschinenbauerzeugnisse				
1970	6 549,7	57,0	22,0	15,8	2,6	0,1	0,4	2,2
1980	16 419,2	52,6	27,3	11,8	5,1	0,1	1,1	2,0
1985	22 062,1	48,5	28,3	11,9	7,5	0,1	1,9	1,7
				Straßenfahrzeuge				
1970	4 896,9	91,8	3,9	2,9	0,3	0,1	0,4	0,7
1980	15 993,9	70,1	10,5	2,4	14,3	0,1	1,7	0,9
1985	24 629,0	59,0	18,5	2,0	17,7	0,3	2,0	0,4
				Wasserfahrzeuge				
1980	415,2	50,2	19,5	6,9	7,7	0,0	13,3	2,3
1985	943,7	33,5	12,0	1,3	3,0	0,0	32,7	17,4
				Luft- und Raumfahrzeuge				
1980	6 166,5	75,0	0,6	23,2	0,0	0,0	1,1	0,0
1985	12 120,2	73,1	0,9	22,8	0,0	0,0	3,1	0,0
				Elektrotechnische Erzeugnisse				
1970	5 761,4	58,0	13,6	19,2	6,5	0,1	1,6	1,0
1980	20 778,8	42,5	18,8	14,8	13,5	0,0	9,4	1,0
1985	34 596,3	38,3	18,0	15,1	19,3	0,1	8,6	0,7
				Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren				
1970	1 146,7	46,1	23,7	15,4	12,9	0,2	0,9	0,8
1980	4 858,7	33,1	20,1	13,3	23,5	0,1	9,1	0,7
1985	6 713,2	27,7	19,7	17,2	28,0	0,1	6,6	0,7
				Erzeugnisse der Stahlverformung				
1980	1 134,9	56,8	23,8	7,4	4,4	0,0	4,7	2,9
1985	1 715,1	53,6	27,0	7,9	3,1	0,0	3,2	5,2
				Eisen-, Blech- und Metallwaren				
1970	1 734,1	64,9	18,5	7,9	5,4	0,1	0,9	2,4
1980	5 428,8	54,6	25,6	5,7	5,6	0,1	5,8	2,5
1985	6 699,1	54,0	28,1	4,9	4,9	0,1	5,8	2,3
				Büromaschinen, ADV				
1980	5 784,9	45,0	7,8	38,8	6,4	0,1	1,7	0,3
1985	14 917,0	43,3	8,4	29,2	13,7	0,0	5,4	0,1
				Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes				
1970	14 457,6	67,4	12,3	2,8	3,1	0,5	10,6	3,2
1980	52 471,1	48,7	18,9	5,3	1,9	1,5	18,3	5,5
1985	63 827,5	50,1	21,1	2,6	1,8	0,7	17,3	6,5

1) 1970 Gebietsstand von 1980; 1980 und 1985 jeweiliger Gebietsstand (1980:9 Mitgliedsländer; 1985: 10 Mitgliedsländer).

Noch: Tabelle 2

Importe ausgewählter Produkte des Verarbeitenden Gewerbes in das Bundesgebiet nach Herkunftsländern 1980, 1985, für ausgewählte Gruppen 1970 — in jeweiligen Preisen —

Jahre	Importe insgesamt	Davon aus . . .						
		EG-Ländern[1]	übrigem Europa	USA/ Kanada	Japan	übrigen westlichen Industrieländern	außereuropäischen Entwicklungsländern	Staatshandelsländern
	Mill. DM	%						
					Feinkeramik			
1980	1 551,1	74,3	8,7	1,4	8,0	0,0	6,5	1,2
1985	1 465,4	70,5	12,9	3,8	4,1	0,0	6,6	2,1
					Glas und Glaswaren			
1980	1 705,0	66,9	15,7	6,9	1,2	0,0	2,7	6,6
1985	2 372,6	63,9	16,3	7,7	1,6	0,0	4,1	6,4
					Holzwaren			
1970	643,9	62,1	20,8	0,9	1,8	0,0	5,8	8,6
1980	3 577,9	55,8	23,7	0,8	0,4	0,2	6,3	12,9
1985	3 877,2	50,6	27,3	0,5	0,3	0,2	4,5	16,6
					Musikinstrumente, Spielwaren usw.			
1970	942,6	58,0	11,8	2,3	12,0	0,6	13,7	1,6
1980	5 866,8	27,1	9,4	29,3	5,2	10,0	15,1	3,9
1985	3 947,9	34,0	14,2	7,3	9,1	5,8	24,4	5,1
					Papier- und Pappewaren			
1970	319,3	81,0	11,5	5,3	1,5	0,0	0,5	0,2
1980	1 231,8	66,4	20,5	5,8	1,7	0,0	5,0	0,6
1985	1 891,8	62,2	30,0	2,4	1,5	0,1	2,9	1,0
					Druckereierzeugnisse, Lichtpausen			
1980	1 039,8	51,7	36,3	6,6	1,8	0,1	2,0	1,6
1985	1 403,0	48,3	34,3	9,8	3,9	0,1	1,9	1,7
					Kunststofferzeugnisse			
1970	962,6	75,8	8,7	10,8	2,3	0,0	1,7	0,8
1980	3 984,6	71,7	15,5	5,9	2,1	0,0	4,0	0,7
1985	6 020,3	65,8	17,2	8,5	2,9	0,1	4,6	0,8
					Leder			
1980	962,0	60,8	12,7	3,5	2,0	0,2	20,1	0,7
1985	1 652,9	67,6	13,6	1,9	1,3	0,5	14,6	0,5
					Lederwaren			
1980	1 133,0	39,9	5,3	1,0	1,6	0,1	41,5	10,6
1985	1 279,2	35,3	6,2	0,6	1,0	0,1	41,9	15,0
					Schuhe			
1980	3 569,3	62,7	23,2	0,4	0,2	0,1	9,5	3,9
1985	4 745,9	56,2	27,9	0,2	0,1	0,0	9,3	6,3
					Textilien			
1970	6 546,8	71,3	9,3	1,1	2,1	0,9	12,7	2,5
1980	17 309,5	53,3	17,5	1,9	1,6	0,9	20,3	4,3
1985	21 647,9	54,5	19,1	1,5	1,3	0,7	18,4	4,5
					Bekleidung			
1980	10 540,4	27,8	26,6	1,3	0,9	0,2	33,9	9,3
1985	13 523,4	31,5	25,1	0,3	0,6	0,0	30,9	11,6
					Nahrungs- und Genußmittel			
1970	9 115,0	55,9	6,2	7,3	1,1	1,7	20,6	7,0
1980	20 758,9	61,9	6,8	8,4	0,3	2,2	15,5	4,9
1985	28 542,7	62,8	6,4	3,8	0,4	1,6	19,2	5,0

1) 1970 Gebietsstand von 1980; 1980 und 1985 jeweiliger Gebietsstand (1980: 9 Mitgliedsländer; 1985: 10 Mitgliedsländer).

Teil I

Rückblick 1986 - Ausblick 1987

	Seite
Bevölkerung	
- Geburten	8f,15
- Wanderungen	8,15ff
Bildung	
- Schüler	17f
- Studierende	17f
Arbeitsmarkt	
- Lehrstellen	18
- Arbeitslose	8,15,18ff
- Beschäftigung	8,11,15, 18,21,23
Konjunktur	
- Auftragseingänge	10f,12f, 21ff
- Produktion	23,25
- Umsätze	23
- Wachstum	7f,15
Investitionen	
- Bauinvestitionen	26f
- Ausrüstungen	14,25f
Außenwirtschaft	
- Wechselkurse	9,21,29f
- Export	9,28ff
- Import	9f,29
Privater Verbrauch	
- Preise	31f
- Einkommen	31f
- Konsum	11,14f,32
Öffentliche Haushalte	33f

Teil II

1.1 Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg
- Entwicklungen ausgewählter Schülerjahrgänge -

	Seite
Bildungsverhalten	37,44, 46f,51
Bildungswege	35ff,41, 43,45f,54
Grundschulempfehlung	38,41,54
Kohorte	35,37, 46ff,54
- Kohortenanalyse	35,46
- Schülerkohorte	37,46,54
Allgemeinbildende Schulen	
- Grundschule	38,49f,54
- Hauptschule	39ff,45, 49ff,54
- Realschule	39ff,45, 49ff,54
- Gymnasium	39f,43ff, 49ff,54
- Sonderschule	37,45
Berufliche Schulen	
- Berufsaufbauschule	41,43f,46
- Berufsfachschule	41,43ff
- Berufskolleg	42
- Berufsoberschule	42f,46
- Berufsschule	45
- Berufsvorbereitungsjahr	45
- berufliches Gymnasium	42f,46,50, 53,54
- Fachschule	42f,45
- Meisterschule	45
- Telekolleg	41
Multilaterale Versetzungsordnung	38,40

Übergangsquote 39

- tatsächliche Übergänger 39
- Übergangsverhalten 39

Schulbesuchsquoten 39

Schulabschlüsse

- Hauptschulabschluß 41,45,54
- Mittlerer Abschluß 41f,45f,54
  - Realschulabschluß 41,54
  - Fachschulreife 41,43,50f,54

Hochschulreife 42ff,50,54

1.2 Neuere Entwicklungen an den Hochschulen
- Einfluß der Bildungswanderung auf die Entwicklung der Studentenzahlen -

Seite

Studienberechtigte

- Bundesgebiet 55f
- Übergangsquote 67f

Studienanfänger 55f

Studenten

- im Bundesgebiet 55,64
- in Baden-Württemberg 57,60,64
- deutsche Studenten 57,60,64
- ausländische Studenten 63ff,66f
- Ausländerquote 64f

Hochschulabsolventen 55

Wanderungsverhalten 60,63,66f

Regionale Studentenwanderung

- Baden-Württemberg 58f,66,68
- Ländervergleich 56ff,61
- bundesweit 58ff
- für Universitäten 61
- für Hochschulbereich ohne Universitäten 63
- Wanderungsbilanz 60ff,63

Künftige zahlenmäßige Entwicklung

- Studienberechtigte 55f,67
- Studenten 55f,67f
- Studienanfänger 55f,63
- Hochschulabsolventen 55f

2.1 Kulturelle Dienstleistungen
- Schwerpunkte der öffentlichen Förderung -

Seite

Öffentliche Ausgaben für Kultur 73ff,77,80f, 83,86f,88f,90

- Land 74
- Kommunen 74f

Musik

- Musikschulen 74,77ff
- Verein 79f
- Kirchenmusik 79
- Orchester 80
- Musikhochschulen 81f

Kunst

- Kunstförderung 76
- Akademien für Bildende Künste 81f

Theater

- Theater und Festspiele 73,74, 76,80f
- Amateurtheater 81

Bibliotheken

- Kommunale Bibliotheken 82f

- Kirchliche Bibliotheken 83
- Wissenschaftliche Bibliotheken 73,84

Museen 73,84ff

Denkmalschutz 74,86f

Sport

- Sportvereine 89ff
- Sportförderung 73,90

Weiterbildung

- Volkshochschulen 87ff
- Kirchliche Erwachsenenbildung 89

2.2 Bedeutung des Informationssektors - Aspekte des beruflichen Strukturwandels -

Seite

Sektorale Betrachtungsweise

- Schwächen der Drei-Sektoren-Gliederung 95
- Heterogenität des Dienstleistungssektors 95

Informationsberufe/ Informationssektor

- Definition 95f, Übersicht 1
- Unterschiedliche Abgrenzung 96,107
- Entwicklung 1979 - 1986 97ff
- Einfluß auf Wachstum und Produktivität 99f
- Überregionaler Vergleich 103
- Prognose 107f

Verarbeitendes Gewerbe

- Berufsstruktur 98f
- Höherwertige Produktionsdienste 106
- Ingenieurdichte 101ff
- Technische Dienstleistungen 101ff
- Forschung und Entwicklung 102f

Regionale Aspekte

- Schwerpunkte in den Agglomerationszentren 100ff
- Verlagerung von Arbeitsplätzen an die Ränder der Zentren 104
- Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung und des Informationssektors in den Kreisen 105f
- Qualitative Unterschiede in der Arbeitsplatzausstattung 101f

Datenquellen

- Beschäftigtenstatistik: Grenzen der Erfassung (Arbeitnehmer) 96
- Beschäftigtenstatistik: Differenzierung 106f
- Mikrozensus-Stichprobe: Nachteile 96
- Mikrozensus-Stichprobe: Selbständige, Beamte 107

Geschlechtsspezifische Aspekte

- Frauenanteil in Informationsberufen 106f
- Büroberufe: Umorientierung 107
- Qualitative Unterschiede 107

3. Die Wettbewerbssituation Baden-Württembergs
- Das Verarbeitende Gewerbe auf dem bundesdeutschen Markt und im Export -

	Seite
Inlandsversorgung	
- Verarbeitendes Gewerbe	112,115, 116ff
- Investitionsgüter	112f,115f, 116ff,122ff
- Verbrauchsgüter	112f,115, 116ff,126ff
- Grundstoff- und Produktionsgüter	112,113f, 115,116ff, 128ff
Importe/Importquote	
- Verarbeitendes Gewerbe	120,122
- Investitionsgüter	120,122ff
- Verbrauchsgüter	120,126ff
- Grundstoff- und Produktionsgüter	120,128ff
Absatz von Produkten Baden-Württembergs auf dem Inlandsmarkt	
- Verarbeitendes Gewerbe	115,117ff
- Investitionsgüter	115,117ff, 122ff
- Verbrauchsgüter	115,117ff, 126ff
- Grundstoff- und Produktionsgüter	115,117ff, 128ff
Absatz von Produkten anderer Bundesländer auf dem Inlandsmarkt	
- Verarbeitendes Gewerbe	112,115, 118f
- Investitionsgüter	112,115, 118f,122ff
- Verbrauchsgüter	112,115, 118f,126ff
- Grundstoff- und Produktionsgüter	112,115, 118f,128ff
Internationaler Konkurrenzdruck/ Importkonkurrenz	109f,111, 113f
Importpreise	111
Wechselkurs	111
Exporte/Exportquote	110,116f, 119ff,129
- Baden-Württemberg	115ff
- Bundesgebiet	111ff
- Verarbeitendes Gewerbe	118ff
- Investitionsgüter	122ff
- Verbrauchsgüter	126ff

4. Strukturen des Gesamtverkehrsnetzes
- Regionale Entwicklung der Verkehrs- und Straßenflächen -

	Seite
Gesamtverkehrsnetz	
- Straßennetz	135,137ff 145ff,151, 156f
- Schienennetz	137,138, 140,157
- Binnenwasserstraßen	138,140f
- Luftverkehr	137,138, 141f,143, 157
Verkehrsaufkommen, Verkehrsleistungen	
- Personenverkehr	135,136 142ff,156
- Güterverkehr	135,143, 156f

Verkehrsnachfrage

- Bestimmungsfaktoren 135,136, 142ff,151f, 156,161

Kraftfahrzeugbestand

- Motorisierungsgrad 135,151f
- Kfz-, Pkw-Dichte 135,151f

Verkehrsstärken 136,137, 154ff

Straßennetz

- Straßen des überörtlichen Verkehrs 136,137, 139f,145ff 154,158f
- Gemeindestraßen 136,137, 139f,147f 158f
- regionale Längenentwicklung 145f,148
- Erschließungsgrad 146ff

Verkehrsfläche

- Flächeninanspruchnahme (Landverbrauch) 135,136, 137f,144f, 157ff,160f
- Wegeland 136,137, 159f
- versiegelte Flächen 135,136 157
- Fahrbahnbreite 160f
- Kronenflächen 160f
- Gesamtfläche 157,160
- Schadstoff- und Verlärmungszone 135,137, 157,160f

Rekultivierung 164